



# BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Vormerken!  
18. Mai  
2017

Deutscher Städtetag:

## Klimaschutz und digitale Bildung

Damit die Gesundheit geschützt und leere Innenstädte vermieden werden können, hat sich der Deutsche Städtetag für die kurzfristige Einführung einer blauen Plakette für schadstoffarme Dieselfahrzeuge ausgesprochen. Darüber hinaus forderte der Verband Länder und Bund auf, mit ihm gemeinsam einen Masterplan „Ausbau digitaler Bildung“ zu entwickeln.

Der Deutsche Städtetag will Fahrverbote in den Städten vermeiden. Er befürchtet allerdings, dass einzelne Städte in absehbarer Zeit aufgrund von Gerichtsurteilen begrenzte Fahrverbote für Dieselfahrzeuge verhängen müssen. Wegen überhöhter Stickoxidwerte in einigen Städten läuft auch ein Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission gegen Deutschland.

### Stärkere ÖPNV-Förderung

Vor diesem Hintergrund fordert der kommunale Spitzenverband neben der blauen Plakette eine deutlich stärkere Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs, damit die Luftqualität nachhaltig verbessert werden kann.

Wie die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse aus Ludwigshafen, betonte, haben die Städte in den vergangenen Jahren viel für eine bessere Luftqualität getan. Deutschlandweit würden inzwischen mehr als 240 Luftreinhaltepläne mit vielen Einzelmaßnahmen umgesetzt und immer wieder aktualisiert. Die Städte verbesserten beispielsweise den Verkehrsfluss, förderten den Radverkehr und setzten mehr Busse und Bahnen im ÖPNV ein. Um die Probleme mit den überhöhten Stickoxid-Werten in den Griff zu bekommen und Fahrverbote überflüssig zu machen, sehen die Städte die Automobilindustrie in der Pflicht. „Die

Autoindustrie muss möglichst schnell Dieselmotoren auf den Markt bringen, die geltende Emissionswerte nicht nur auf dem Prüfstand, sondern auch im Straßenverkehr einhalten“, erklärte Lohse.

### Anreize für das Nachrüsten

Die Städte fordern außerdem bessere Anreize für das Nachrüsten bereits zugelassener Fahrzeuge mit Filtersystemen und das Umrüsten auf alternative Antriebstechnologien: „Wir brauchen ein Förderprogramm von Bund und Ländern, um vor allem im Öffentlichen Nahverkehr und bei kommunalen Fahrzeugflotten möglichst viele Fahrzeuge innerhalb weniger Jahre umzurüsten (Fortsetzung auf Seite 4)



### Antrittsbesuch in Bayern

Nach einem „Griaßde Gott“ des Tölzer Knabenchors durften zahlreiche Schülerinnen und Schüler aus dem ganzen Freistaat unter dem Motto „Gelebte Demokratie“ dem neuen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier und seiner Frau Elke Büdenbender ihre Projekte im Bayerischen Landtag vorstellen. Mit seiner „Reise ins Leben unserer Demokratie“ möchte das Staatsoberhaupt „raus zu den Leuten in allen 16 Bundesländern“. Seine erste Station führte den Mann aus dem Norden der Republik ganz in den Süden: nach Bayern. Im Landtag bedankte er sich für den überaus freundlichen Empfang, der ihm als ehemaligem Studenten in Hessen, als Büroleiter von Gerhard Schröder in Niedersachsen, als Minister in Berlin, als Fan von Schalke 04“ bereitet wurde. Unser Bild zeigt (v. r.): Landtagspräsidentin Barbara Stamm, das Ehepaar Steinmeier-Büdenbender und Ministerpräsident Horst Seehofer gemeinsam mit seiner Gattin Karin Seehofer. Bildarchiv Bayerischer Landtag, Foto: Rolf Poss

### Finissage im Haus der bayerischen Landkreise:

## Forum Zukunft

### Landkreis Kulmbach – Herz Oberfrankens

Im Haus der bayerischen Landkreise in München fand die offizielle Abschlussveranstaltung der Ausstellung „Der Landkreis Kulmbach – Das Herz Oberfrankens“ statt. Ein ganzes Jahr lang nutzte der Landkreis Kulmbach nicht nur die Ausstellungsflächen, sondern zeigte mit dem „Forum Zukunft Cluster Energie / Innovation-Bauern“ und dem „Kulmbacher Medientag“ auch, dass man sich in Oberfranken mit viel Herzblut der Zukunft widmet.

„Der ländliche Raum als Impulsgeber für die Zukunft funktioniert aber nur, solange sich alle für seine Zukunft einsetzen. Also nicht nur die kommunalen Mandatsträger, sondern vor allem auch die Landes- und Bundespolitik. Dafür steht unsere Botschaft hier in München ein und dafür haben wir dieses Haus!“, betonte der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, Deggendorf.

### Traditionsreiche Feste

Wie Kulmbachs Landrat Klaus Peter Söllner hervorhob, sei der Landkreis als Heimat von über 72.000 Menschen das lebens-

und liebenswerte Herz Oberfrankens, ein Sozialraum, in dem auch das zwischenmenschliche Umfeld stimmt, in dem Brauchtum gepflegt wird und die Menschen das Leben zu genießen wissen. Traditionsreiche Feste und Heimatverbundenheit seien Ausdruck fränkischer Lebensart. Die gepflegte Bierkultur gehöre im Landkreis und in Kulmbach – der heimlichen Hauptstadt des Bieres – natürlich dazu.

Auch ehrenamtliches Engagement werde umfänglich gelebt, so Söllner. Jeder zweite Bürger engagiere sich in einem Verein und trage zu einem verantwortungsvollen Miteinander bei. „Kombi“ (Fortsetzung auf Seite 4)



Von links stehend: Landkreistagspräsident Christian Bernreiter, Landrat Klaus Peter Söllner (Kulmbach) und Landrat Hermann Hübner (Bayreuth) gemeinsam mit Musikanten.

## Wasser.Kraft.Bayern.

### GZ lädt zum 5. Wasserkraft-Forum

Wasser. Kraft. Bayern. heißt es beim 5. Bayerischen Wasserkraft-Forum am 18. Mai 2017 im Rittersaal des Straubinger Herzogschlosses. Hochkarätige Referenten erläutern Potenziale und Grenzen der Wasserkraft, deren Einsatz für das Gelingen der angestrebten Energiewende unverzichtbar ist. Angesprochen werden unter anderem Ausbaumöglichkeiten und ökologische Werthaltigkeit dieser grundlastfähigen, CO2-freien und im Höchstmaß nachhaltigen Energiequelle. Daneben spielen die Themen Natur-, Klima-, Umwelt- und insbesondere Hochwasserschutz eine wichtige Rolle.

Für kommunale Besucher und Behördenvertreter ist die Teilnahme an diesem Symposium kostenfrei. Eingeladen sind vor allem politische und kommunale Entscheidungsträger sowie Multiplikatoren, Wirtschafts- und Pressevertreter aus den Regionen entlang der bayerischen Flüsse.

Informationen: [www.bayerisches-wasserkraftforum.de](http://www.bayerisches-wasserkraftforum.de)

Thomas Huber, MdL:

## Über 5.400 Asylbewerber auf Landkreise verteilt

### Umsetzung der Wohnsitzregelung läuft hervorragend

Seit Inkrafttreten des Bundesintegrationsgesetzes Anfang August 2016 sind in Bayern zum Stichtag 31. März 2017 über 5.400 anerkannte Asylbewerber auf bestimmte Landkreise und kreisfreie Städte verteilt worden.

„Das ist ein großer Erfolg für die CSU-Landtagsfraktion. Ohne unseren Einsatz hätte es dieser Pausen nicht ins Bundesintegrationsgesetz geschafft“, vermeldet Thomas Huber, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Demographische Entwicklung der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag.

### Wohnsitzregelung

Bayern war das erste Bundesland, das per Verordnung von der Möglichkeit der Wohnsitzregelung Gebrauch gemacht hat. „Die aktuellen Zahlen belegen, dass dieses Instrument hervorragend funktioniert“, erklärt Huber. „Mit dieser Maßnahme lösen wir drei Probleme auf einmal: Wir entlasten die wohnraumknappen Ballungsräume, verhindern die Bildung von Parallelgesellschaften in großen Städten und erleichtern somit die Integration. Nicht zuletzt nutzen wir so die durch den demografischen Wandel freierwerdenden Ressourcen in ländlichen Regionen sinnvoll.“

### Megaaufgabe Integration

Nach der erfolgreichen Startphase wird die Landtags-CSU nun überprüfen, mit welchen

Maßnahmen und Programmen eine weitere erfolgreiche Umsetzung der Wohnsitzregelung gewährleistet werden kann. „Das Thema Integration ist nach wie vor eine Megaaufgabe. Klar ist: Neben allen erfolgreichen Maßnahmen ist eine dauerhafte Begrenzung der Zuwanderung Grundvoraussetzung für gelingende Integration“, so Huber abschließend.



Der Bürgermeister ist begeistert von der Idee, für Europa auf die Straße zu gehen. „Pulse of Europe“ macht es vor. Schon FJS sagte: Europa hat ein gemeinsames Schicksal und eine gemeinsame Zukunft. Was liegt näher, als dass es zu einer gemeinsamen Politik kommen muss? S. 19

## Sie lesen in dieser Ausgabe

Kabinettschließt bayerisches Bildungspaket	2
Aufschwung im Wohnungsbau	2
Gemeindetag: Missstände bereiten Kopfzerbrechen	2
GZ-Kolumne Josef Mederer:	
Ehrliches Miteinander zwischen Kommunen und Freistaat	3
Kommunikation in Kommunen	3
GZ-Fachthemen:	
Kommunale Finanzthemen	5 - 9
Kommunaler Bau	10 - 12
Wasser · Abwasser	13/14
Kommunalfahrzeuge · GaLaBau	15 - 17
Aus den bayerischen Kommunen	18 - 20

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

### Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Kabinettschließt bayerisches Bildungspaket:

## Fördern, fordern, forschen

Schwerpunkt: Reform des Gymnasiums mit Rückkehr zum G9

Als „Weichenstellung für die Zukunft der bayerischen Schulen“ hat Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle das vom bayerischen Kabinettschlossene Bildungspaket „Für Bildung begeistern! Fördern, Fordern, Forschen“ bezeichnet. Es beinhaltet rund 2.000 Stellen (1.000 für Gymnasien und 1.000 für andere Schulen) zusätzlich und stellt somit eine wertvolle Investition in die Bildung der jungen Menschen im Freistaat dar. Der Gesetzentwurf soll nach der Anhörung der Bildungsverbände noch vor dem Sommer in den Landtag eingebracht werden.

Kernpunkte des Bildungspakets sind zunächst die Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung sowie der Ausbau von Inklusion und die Stärkung der Förderschulen. Mit einem bedarfsgerechten Instrumentarium sollen sowohl die Förderschulen als Lernorte und Kompetenzzentren als auch die Inklusionsmaßnahmen an Regelschulen unterstützt werden. Zudem werden unter anderem auch drei neue Lehrstühle für Sonderpädagogik an der Universität Regensburg eingerichtet sowie je einer in Würzburg und München neu geschaffen.

### Ausbau der Mobilen Reserve

Zudem wird die Unterrichtsversorgung an den Grund- und Mittelschulen sowie an den Realschulen durch den Ausbau der Mobilen Reserve an den Grund- und Mittelschulen und durch den Ausbau der Integrierten Lehrerreserve an den Realschulen gestärkt. In Abstimmung mit den anderen betroffenen Ressorts wird das Wirtschaftsministerium ein Konzept für einen „Pakt für berufliche Bildung“ entwickeln, mit dem der enormen Bedeutung der beruflichen Bildung auch im öffentlichen Bewusstsein ein deutliches Zeichen gesetzt werden soll. Elemente sind die Stärkung des Meisterbonus durch eine Erhöhung auf durchschnittlich 1.500 Euro und die Digitalisierung in den Berufsschulen. Auch an den Beruflichen Schulen wird die Unterrichtsversorgung mit

zusätzlichen Stellen verbessert. Gerade auch der Förderung hochbegabter und besonders leistungsfähiger junger Menschen kommt in Bayern eine Schlüsselrolle zu. Daher hat die Bayerische Staatsregierung ein umfassendes Gesamtkonzept für den Schul- und Hochschulbereich erarbeitet und die Fördermaßnahmen des Elitenetzwerks Bayern im Hochschulbereich weiter entwickelt. Mit Blick auf die Förderung der Interessen und Begabungen im MINT-Bereich wird die Umsetzung des Programms „MINT-Regionen Bayern“ vorangetrieben.

Die Schulleitungen werden durch zusätzliche Verwaltungskräfte und mehr Leitungszeit entlastet, um Freiräume für neue pädagogische Herausforderungen zu schaffen.

### Das neue bayerische Gymnasium

Schwerpunkt des Bildungspakets ist das neue bayerische Gymnasium, das Minister Spaenle zufolge „grundständig auf neun Schuljahre angelegt wird, es den Schülerinnen und Schülern aber auch ermöglicht, die Lernzeit individuell und pädagogisch begleitet auf acht Jahre zu verkürzen“. Damit werde der gewachsenen

Heterogenität der Schülerinnen und Schüler und dem Bedarf an zusätzlicher Lernzeit für neue inhaltliche Anforderungen Rechnung getragen.

Konkret umfasst das neue bayerische Gymnasium die Jahrgangsstufen 5 bis 13 und wird einem hohen Qualitätsanspruch gerecht. Der LehrplanPLUS wird auf die neunjährige Lernzeit angepasst. Die Kernfächer und wichtige Themen wie Digitalisierung und politische Bildung erfahren eine Stärkung. Die zweite Fremdsprache setzt weiter in Jahrgangsstufe 6 ein. Nach Jahrgangsstufe 10 wird der mittlere Schulabschluss erreicht. Die neue Jahrgangsstufe 11 bildet künftig die Einführungsphase der Oberstufe. Das Fünf-Fächer-Abitur wird beibehalten.

### Lernzeitverkürzung möglich

Darüber hinaus ist es möglich, die Lernzeit individuell um ein Jahr zu verkürzen. Die Schüler werden in Jahrgangsstufe 8 informiert und beraten. In einem strukturierten zweijährigen Förderangebot werden sie auf das Auslaufen der Jahrgangsstufe 11 oder ein Auslandsjahr vorbereitet.

Die neue Jahrgangsstufe 11 bietet neue pädagogische und konzeptionelle Möglichkeiten, mit denen die Persönlichkeitsbildung der jungen Erwachsenen auf ihrem Weg zum Abitur unterstützt wird: das P-Seminar zur Neuakzentuierung der Studien- und Berufsorientierung, vorwissenschaftliche Arbeitstechniken, Stärkung der digitalen und politi-

schen Bildung sowie Begabtenförderung.

Der verpflichtende Nachmittagsunterricht in der Unter- und Mittelstufe erfährt eine Reduzierung. Damit entstehen zeitliche Freiräume für inner- und außerschulisches Engagement. Der Ausbau des Ganztags wird wie bisher an den Gymnasien bedarfsgerecht fortgesetzt.

### Start zum Schuljahr 2018/2019

Das neue bayerische Gymnasium soll zum Schuljahr 2018/2019 mit den Jahrgangsstufen 5 und 6 starten. Das bedeutet: Die Kinder, die zum Schuljahr 2017/2018 ins Gymnasium übertreten, werden der erste Jahrgang des neuen bayerischen Gymnasiums sein.

Das Kabinettschließt außerdem den Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes beschlossen, mit dem die rechtliche Grundlage für das neue bayerische Gymnasium geschaffen wird. Dies wird auch Verhandlungsgrundlage für die anstehenden Verhandlungen mit den Kommunen über die Kosten sein.

### Konnextitätsprinzip beim Ausbau der Schulen

Laut Bayerischem Städtetag haben die Kommunen mit dem Kabinettschluß Klarheit über die Verlängerung der Laufzeit des Gymnasiums auf neun Jahre. Auf viele Städte werden für Bau und Ausbau von Gymnasien höhere Kosten zukommen. Der Verband begrüßt, dass das Konnextitätsprinzip zur Anwendung kommt: Der Freistaat muss den Kommunen zusätzliche Investitionskosten einer Gymnasialreform ersetzen. „Wenn der Staat das neunstufige Gymnasium einführt,

muss er für die Mehrkosten bei der Umstellung aufkommen“, betonte Städtetags-Geschäftsführer Bernd Buckenhofer.

Der Verband hält die Rückkehr zum G9 für sinnvoll, da Mischmodelle nicht weiter helfen. Wie Buckenhofer erläuterte, „brauchen wir nun stabile Strukturen in der Schullandschaft – wir bauen darauf, dass diese Reform von Dauer ist. Nun müssen die Kommunen planen: Ein G9 bedeutet

einen höheren Raumbedarf für Schüler und Lehrkräfte, mehr Klassenzimmer, Fachräume und Sporthallen. Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens im Bayerischen Landtag muss nun die Kostenerstattung vor allem für den Bau und Ausbau von Schulen geregelt werden.“ Außerdem müssten die Mehrkosten für das kommunale Lehrpersonal, für Lehrmittel und Schülerbeförderung berücksichtigt werden. **DK**

### Wohnungspakt Bayern:

## Aufschwung im Wohnungsbau

Innen- und Bauminister Joachim Herrmann: Baufertigstellungen steigen 2016 auf 54.000 Wohnungen

„Unsere wohnungspolitischen Maßnahmen greifen“, betonte Bayerns Innen- und Bauminister Joachim Herrmann anlässlich der Statistik zu den Baufertigstellungen. In Bayern kamen im Jahr 2016 knapp 54.000 Wohnungen neu an den Markt. Damit wurden im Jahr 2016 so viele Wohnungen in Bayern fertiggestellt wie seit zehn Jahren nicht mehr.

„Der Anstieg der Baufertigstellungen zeigt mir, dass der Wohnungspakt Bayern den erhofften Aufschwung bringt“, sagte Herrmann mit Blick auf die Zahlen des Landesamts für Statistik. Mit der Förderung von 3.700 Mietwohnungen und Wohnplätzen sowie über 1.400 Wohnungen für Selbstnutzer verzeichnete die soziale Wohnraumförderung im Wohnungspakt Bayern 2016 das erfolgreichste Jahr seit Langem. Auch bei der Förderung von 1.610 Wohnplätzen für Studenten wurde ein Rekordergebnis erzielt.

Wie Herrmann mitteilte, ist im Jahr 2016 die Zahl der fertiggestellten Wohnungen in Bayern um 641 oder 1,2 Prozent auf insgesamt 53.993 Wohnungen gestiegen. Der Großteil entstand dabei mit insgesamt 46.923 Wohnungen in neuen Wohngebäuden und Wohnheimen. Die Wohnungsbaufertigstellungen in neuen Mehrfamilienhäusern stiegen sogar um 4,9 Prozent auf 22.466.

Besonders stark nahm die Bau-tätigkeit in den kreisfreien Städten zu. Dort stieg die Zahl der Fertigstellungen mit einem Plus von 7,7 Prozent auf insgesamt 18.834 Wohnungen. Spitzenreiter sind die acht Großstädte mit ei-

nem Anstieg um 13,4 Prozent auf 15.340. Regional gesehen ist die Steigerung am höchsten in Schwaben. Hier ist ein Anstieg um 21,4 Prozent auf 9.152 Wohnungsbaufertigstellungen zu verzeichnen, gefolgt von Niederbayern (5.757 Wohnungsbaufertigstellungen, + 6,9 Prozent) und Mittelfranken (6.477 Wohnungsbaufertigstellungen, + 2,3 Prozent).

### Beste Medizin gegen steigende Mieten

„Wir dürfen uns aber nicht auf diesen Lorbeer ausruhen“, mahnte Herrmann. „Die Wohnkostenbelastung entwickelt sich zur zentralen sozialen Frage. Wohnungsbau ist die beste Medizin, gegen steigende Mieten. Deshalb müssen alle für mehr Wohnungsbau in Bayern zusammenhelfen. Ich wiederhole hier meinen dringenden Appell an die Städte und Gemeinden, das erforderliche Bauland für den Wohnungsbau bereit zu stellen“, so Herrmann. Mit dem Kommunalen Wohnungsbauförderungsprogramm bietet die Staatsregierung den Städten und Gemeinden zudem ein sehr lukratives Angebot für den Wohnungsbau an. **□**

### Türkei-Referendum:

## Beitrittsverhandlungen zur EU beenden

Türkischstämmige Menschen mitnehmen

Angesichts des Ergebnisses des türkischen Verfassungsreferendums hält die Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Kerstin Schreyer, MdL, ein Ende der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei für die logische Konsequenz.

„Mit der Abstimmung über die Verfassung hat die Türkei die EU-Beitrittsgespräche selbst beendet“, so die Integrationsbeauftragte. Gleichwohl müssten die Gespräche mit der Türkei zu allen anderen Fragen aufrechterhalten werden. Schreyer betont: „Die Türkei ist unser Nachbar und Partner.“

In Bayern leben 336.000 Menschen mit türkischem Migrationshintergrund. Da Bayern das Land der gelingenden Integration ist, leben sie in ihrer großen Mehrzahl sehr gerne hier und sind gut integriert. Sie sind eine Bereicherung für den Freistaat. Und trotzdem, so Schreyer, „ist es Präsident Erdogan gelungen, sehr viele Menschen in Bayern und Deutschland für seine Zwecke zu vereinnahmen. Wir müssen uns fragen: Woran liegt das? Für mich ist entscheidend, dass Erdogan den Menschen vermittelt hat: Ich bin immer für Euch da!“

Hier müssten auch die bayerischen und deutschen Politiker ansetzen. Es gehe darum, den türkischstämmigen Menschen zu

zeigen, dass sie dazugehören, dass sie eine Bereicherung für unser Land und unsere Gesellschaft sind. Es gibt bereits viele Angebote, mit denen staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund fördern. Damit die Angebote aber auch wirken können, müssen sie auch angenommen werden. Neben der Förderung der Integration ist für Schreyer auch eine klare Erwartungshaltung an Menschen mit Migrationshintergrund notwendig: „Wir dürfen und müssen Integration auch einfordern, auch im Interesse der Menschen mit Migrationshintergrund.“

Für ihre eigene Arbeit zieht Schreyer die Schlussfolgerung: „Ich arbeite sehr eng mit der türkischen Community in Bayern zusammen. Diese gute Zusammenarbeit werde ich selbstverständlich fortführen und sehr genau darauf schauen, wo wir gemeinsam besser werden müssen – damit Bayern das Land der gelingenden Integration bleibt.“ **□**

### Bayerischer Gemeindetag:

## Misstände bereiten Kopfzerbrechen

Die Situation ist prekär: Flüchtlinge, die ein dauerhaftes Bleiberecht zuerkannt bekommen haben, müssen nach geltendem Recht die staatlichen Unterkünfte verlassen und sich auf dem Wohnungsmarkt selbst eine Bleibe suchen. Dies gelingt ihnen aber nur sehr selten, wie der Bayerische Gemeindetag betont. Von den derzeit etwa 125.000 Flüchtlingen, die in bayerischen Asylunterkünften untergebracht sind, müssten etwa 30.000 die Unterkunft verlassen; bis Ende 2017 werden es etwa 70.000 sein. Hinzu kämen noch die Personen, die im Rahmen des Familiennachzugs ins Land kommen werden.

Nach Kräften bemühten sich der Freistaat Bayern und die Gemeinden, Märkte und Städte, den anerkannten Asylbewerbern bei der Wohnungssuche zu helfen. So suchen etwa auf Gemeinde- und Landkreisebene sogenannte Wohnungslotsen gezielt nach leerstehendem Wohnraum oder schaffen Wohnungsbörsen im Internet. Die Situation werde sich dramatisch ändern, sollte sich der Flüchtlingszustrom nach Deutschland wieder erhöhen oder das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei in Frage gestellt werden. „Dann kommen die Gemeinden und Städte an das Ende ihrer Möglichkeiten“, unterstrich Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl.

### Wohnungsmarkt leergefegt Mieten unbezahlbar

Der Wohnungsmarkt sei wie leergefegt, bebaubare Flächen in den Kommunen kaum noch vorhanden und die Mieten nicht mehr bezahlbar. „Sollten alle Dämme brechen, so müssten möglicherweise drastische Maßnahmen, wie beispielsweise Containersiedlungen im Außenbereich, von Gemeinden und Städten ergriffen werden“, verdeutlichte Brandl.

Der Präsident wies darauf hin, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung für die kommunalen An-

forderungen zu erfüllen, als noch vor wenigen Jahren.

Laut Verband werden insbesondere die Sicherungsmaßnahmen, aber auch an die Eigen- und Fremdüberwachung mit Einrichtung von Grundwassermessstellen und deren Beprobung und Analyse „immer aufwändiger und kostspieliger“. Teilweise würden mittlerweile auch von Privat- und Kleinanlieferern Deklarationsanalysen gefordert oder deren Bodenaushub bzw. Bauschutz nicht mehr angenommen. Vor allem Südbayern leide darunter, dass Bodenmaterial aus Mooren oder Torf derzeit nicht mehr verfüllt oder deponiert werden darf.

### Bauen muss bezahlbar bleiben

Gemeindetagschef Brandl zufolge muss Bauen auch in Zukunft bezahlbar bleiben. Bei allem Verständnis für Umweltschutz, Gewässerreinigung und Altlastenvermeidung könne es nicht sein, dass der Hausleibauer sein Haus nur mehr unter größten Schwierigkeiten und mit einer gewaltigen Kostensteigerung bauen (lassen) kann, „weil die rechtlichen Anforderungen mittlerweile so hoch gesetzt worden sind, dass sie kaum noch jemand erfüllen kann“.

Um auszuloten, welche Möglichkeiten es gibt, ein gesundes Maß zwischen Umweltschutz einerseits und dem Recht auf Bauen zu erträglichen Preisen andererseits zu erzielen, forderte Brandl dringend ein politisches Spitzengespräch mit dem Freistaat Bayern. **DK**

### Probleme mit Bauschutz und Bodenaushub

Als weiteren aktuellen Misstand wertete der Bayerische Gemeindetag die Tatsache, dass Deponien seit kurzem kaum noch Bauschutz und Bodenaushub annehmen oder dafür drastisch gestiegene Gebühren fordern. Wer ein Haus, eine Schule oder eine Turnhalle bauen will, müsse den Bodenaushub über weite Strecken abtransportieren lassen.

Grund hierfür seien neue Vorschriften über den Umgang mit mineralischen Bauabfällen. So haben beispielsweise die Depo-

### Wir gratulieren

#### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rudi Schreck  
63934 Röllbach  
am 15.5.

#### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Schartner  
83125 Eggstätt  
am 15.5.

Bürgermeister Horst Engler  
63814 Mainaschaff  
am 16.5.

#### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Brigitte Heim  
63825 Westerngrund  
am 17.5.

#### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Ferdinand Geisberger  
85656 Buch am Buchrain  
am 8.5.

Bürgermeister Joseph Mayer  
86757 Wallerstein  
am 12.5.

Bürgermeister Michael Göth  
92237 Sulzbach-Rosenberg  
am 13.5.

#### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Matthias Bentz  
88145 Opfenbach  
am 5.5.

Bürgermeister Michael Gram  
97851 Rothenfels  
am 8.5.

Bürgermeisterin Anja Gebhardt  
91356 Kirchheimbach  
am 14.5.

**Hinweis in eigener Sache**  
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



Der Sitzungssaal des Landshuter Landratsamtes bot den interessierten Seminarteilnehmern eine angenehme Tagungsatmosphäre. □

#### Kommunikation in Kommunen:

## Transparenz durch Dialog

GZ-Seminarreihe in Zusammenarbeit mit Bayerischem Landkreistag, Engel & Zimmermann und TV Bayern live – Weitere Stationen: Landshut und Deggendorf

Viele Bürgerinnen und Bürger beurteilen kommunale Infrastrukturprojekte und Unternehmenssiedlungen heute zuvörderst danach, ob sie ihrem eigenen, individuellen Interesse dienen oder nicht. Die Kommunalpolitik wird durch eine zunehmende Protestbereitschaft häufig vor große Herausforderungen gestellt und der Klärungsbedarf ist enorm, wie die neue GZ-Seminarreihe „Kommunikation in Kommunen“ aufzeigte. Nach München und Rosenheim machten die Initiatoren bei ihrer Tour durch den Freistaat nun in Landshut und Deggendorf Station.

„Gerade im Landkreis Landshut ist die Kommunikation ein wichtiges Thema, weil wir eine Entwicklungsregion sind, in der viel Nachfrage nach Gewerbege-

lang Bürgermeister der Markt-

gemeinde Essenbach – zu berichten. Selbst bei einem von allen Bürgern unterstützten Vorhaben wie dem eigenfinanzierten Glasfaser-

ger mit ins Boot. Laut Färber hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass dort, wo der Bürger mitreden kann, er eine andere Einstellung zu einem Projekt zeigt und sich leichter überzeugen lässt. Die Öffentlichkeitsarbeit sei somit auch eine Art „Brückenbauer zwischen Positionen und Personen“, vermittelte also das Gefühl, ernst und wahrgenommen zu werden. Damit sollte so früh wie möglich begonnen werden.

„Öffentlichkeitsarbeit ist gleichzusetzen mit Kommunikation und die beste Kommunikation geschieht im Gespräch“, fügte Färber hinzu. Man könne sofort reagieren, etwaige Missverständnisse aus dem Weg räumen und mit eigenen Argumenten für Klarheit sorgen. Öffentlichkeitsarbeit müsse auch über die Medien erfolgen, „von denen ich eine objektive Arbeit erwarte, was allerdings nicht immer der Fall ist“, bemerkte der Vize-Landrat.

#### Basiswissen vermitteln

Seiner Beobachtung nach fehlt es gerade bei Großprojekten häufig an Basisinformation und Basiswissen. Dabei wären gerade diese Voraussetzungen wichtig, um kritische Infrastrukturprojekte erfolgreich anzugehen – siehe Ausbau der A 94, Flughafen München II oder Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen. Jahrzehntlang tobte hier die Auseinandersetzung zwischen Befürwortern und Gegnern.



Stv. Landrat Fritz Wittmann. □



Stv. Landrat Josef Färber. □

bieten herrscht“, stellte stellvertretender Landrat Fritz Wittmann im Landratsamt Landshut fest. Jeder, der sich mit Kommunalrecht beschäftige, sei mit dieser Thematik konfrontiert – in erster Linie der Bürgermeister vor Ort, häufig aber auch das Landratsamt als zuständige Genehmigungsbehörde.

#### Bürgerinitiativen gegen Infrastrukturprojekte

Erst kürzlich hat sich Wittmann zufolge eine Bürgerinitiative in Neufahrn i. NB bei einem Bürgerentscheid gegen die Errichtung einer sozialtherapeutischen Einrichtung für psychisch Kranke, ehemalige Drogenabhängige, durchgesetzt. Zudem regt sich in einer weiteren Landkreiskommune aktuell Widerstand gegen den geplanten Standort eines Gewerbegebiets. Die Motive für die Ablehnung von derlei Projekten seien vielschichtig, so Wittmann: Neben dem Sankt-Florian-Prinzip spielten u. a. die Themen Naturschutz und Flächensicherung eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Um dennoch eine erfolgreiche Standortentwicklung für die Region zu erreichen, müsse die Öffentlichkeit frühestmöglich in die Überlegungen und Planungen mit eingebunden werden, betonte der stellvertretende Landrat. Es gelte, Transparenz zu schaffen, damit Gerüchte erst gar nicht entstehen können. Offenheit und Ehrlichkeit zahlten sich aus. „Wenn bereits ein gewisses Maß an Misstrauen mitschwingt, ist es äußerst schwierig, auf eine konsensfähige Ebene zurückzukommen“, wusste Wittmann aus seiner langjährigen kommunalpolitischen Erfahrung – er war 22 Jahre

ausbau in Essenbach sei das Thema Kommunikation ungeheuer wichtig gewesen, hob Wittmann hervor. Letztlich gelte es abzuwägen: „Ist das Interesse des Bürgers wirklich dem Individualinteresse geschuldet? Wird dabei das Gemeinwohl in entsprechendem Rahmen berücksichtigt und wie muss ich dann entscheiden?“ Gelegentlich, so der stellvertretende Landrat, müsse man eben auch gegen einen Teil der Bürger entscheiden, wenn es um die Frage bestimmter Entwicklungsprozesse geht. Dies zeige alle Erfahrung.

#### Dienstleister Kommune

„Der Knackpunkt der Kommunalpolitik ist die Kommunikation in Kommunen“, unterstrich im Innovations Technology Campus ITC1 Deggendorf stellvertretender Landrat Josef Färber. Kommunen seien Dienstleister und ihre Arbeit kein Selbstzweck. Ziel sei die Optimierung des Allgemeinwohls. Dabei stehe Kommunalarbeit immer im Fokus der Öffentlichkeit. Färber zufolge ist „Öffentlichkeitsarbeit ein Zentralbegriff in den einzelnen Stadien der Kommunalarbeit“: Wir brauchen sie in der Ideenfindung, in der Entscheidungsphase und schließlich in der Ausführungszeit.“

#### Sachliche Information

Die Öffentlichkeitsarbeit sei gekennzeichnet durch sachliche Information, die vom Bürger auch inhaltlich verstanden wird. Sie schaffe damit Orientierung in einer zunehmenden Flut von Information, Sorge für Transparenz und Vertrauen und optimiere Ergebnisse. Und: Sie holt die Bür-



Anne-Marie von Hassel und Dr. Andreas Bachmeier. □

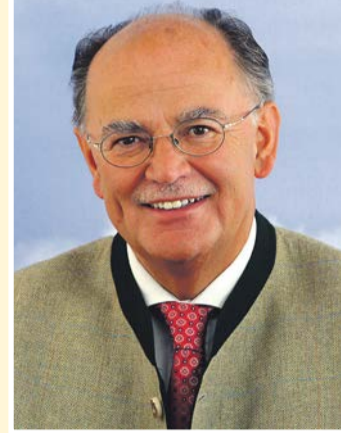
2013 machte die Staatsregierung schließlich den Weg frei für einen umweltverträglichen Donauausbau im gesamtgesellschaftlichen Konsens. Trotz dieses tragfähigen Kompromisses würden inzwischen aber schon wieder „Gegenbewegungen“ angedacht, formulierte Färber.

Selbst erst die Idee eines Streckenausbaus der vielbefahrenen A3 zwischen Passau und Regensburg sei für die gegnerische Seite schon Grund genug, Proteste zu initiieren. Besonders schlimm traf es den ehemaligen Bürgermeister, als er vor 25 Jahren in seiner Gemeinde eine Müllverbrennungsanlage installieren wollte: Er bekam Morddrohungen. Deshalb Färbers Fazit: „Man kann mit Öffentlichkeitsarbeit viel bewegen, aber

## GZ Kolumne Josef Mederer

### Liebe Leserinnen und Leser,

nach langen Diskussionen mit der Staatsregierung konnte die kommunale Familie im Dezember vergangenen Jahres einen Kompromiss durchsetzen, was die Kostenerstattung für unbegleitete eingereiste Kinder und Jugendliche sowie junge Volljährige betrifft. Die Landkreise und kreisfreien Städte stellen die bei ihnen vor Ort entstehenden Kosten den Bezirken in Rechnung. Für die unbegleiteten minderjährigen jungen Ausländer übernimmt der Freistaat die vollen Kosten; für die im Laufe der Zeit volljährig gewordenen, aber noch in Jugendhilfemaßnahmen betreuten Ausländer beteiligt sich der Freistaat mit 40 Euro



genüber dem Freistaat die Erstattung anzumelden. In der Praxis würde dies beispielsweise bedeuten, dass für einen jungen Volljährigen, der sich von April bis Juni in einer Einrichtung der Jugendhilfe befindet, die Bezirke lediglich bis 31. Dezember Zeit haben, um die Erstattung abzurechnen. Ansonsten würde der Anspruch verfallen und die Bezirke hätten keine Erstattungsansprüche. Gesetzlich können jedoch die Jugendämter bis zu vier Jahre rückwirkend ihrerseits Erstattungsansprüche gegen die Bezirke geltend machen.

In der Praxis ist die vom Freistaat geforderte Frist also nicht realistisch. Wenn man sich alleine betrachtet, mit welchem zeitlichen Nachlauf das bisherige Altverfahren, das die Fälle bis zum 1. November 2015 betrifft, abgewickelt wird, so würde eine solche Regelung die hart erkämpfte 40-Euro-Regelung geradezu ad absurdum führen und quasi ins Leere laufen lassen. Wer selbst in der kommunalen Verwaltung arbeitet oder Verantwortung trägt weiß, dass diese Abrechnungszeiträume nicht einzuhalten sind. Wir brauchen Planungssicherheit und diese gibt es nur mit den gesetzlichen Fristen. Deshalb fordern wir diese auch gegenüber dem Freistaat ein.

Ebenso fordern wir aber auch bereits hinsichtlich des anstehenden Termins zur Überprüfung der Revisionsklausel ein offenes und ehrliches Miteinander. Die seinerzeit proklamierten 80 Euro, die pro Fall und jungem Erwachsenen in Jugendhilfemaßnahmen im Schnitt anfallen, bewährten sich in der Praxis nicht. Die derzeit bestehenden Kosten sind höher und folglich muss auch der Freistaat seiner damals getätigten Aussage, sich zur Hälfte an den Kosten zu beteiligen, Taten folgen lassen und die Mehrkosten erstatten. Die kommunale Familie arbeitet schwer daran, die Kosten zu begrenzen. Jeder einzelne Landrat und die Oberbürgermeister der kreisfreien Städte sind sich hier ihrer Verantwortung sehr bewusst, einerseits den jungen Flüchtlingen im Rahmen der Jugendhilfe vernünftige Startchancen zu ermöglichen, aber andererseits die Kosten im Blick zu behalten. Es wäre also zu kurz gesprungen, wenn Kinder und Jugendliche, die Hilfe benötigen, nur deshalb keine Unterstützung bekommen, weil wir uns untereinander die Finanzverantwortung zuschieben. Hier ist der Freistaat in seiner Gesamtverantwortung gefordert und muss dieser auch gerecht werden.

### Ehrliches Miteinander zwischen Kommunen und Freistaat

ro pro Fall und Tag an der Rechnung. Im Sommer will man sich noch einmal zusammensetzen und schauen, ob dieser Kompromiss unter den richtigen finanziellen Annahmen ausgehandelt worden ist. Dieser war, gerade im Verbund mit der Revisionsklausel, aus meiner Sicht das bestmögliche Ergebnis, das wir von Seiten der kommunalen Spitzenverbände in den Verhandlungen mit den Ministerien erreichen konnten, und auch das nur dank der Intervention unseres Ministerpräsidenten.

Doch nun stellt sich in der praktischen Umsetzung dieses Verhandlungsergebnisses eine ganz andere Hürde als großes Problem heraus: Wie kann dieser Kompromiss so realisiert werden, dass die Bedürfnisse und die Erwartungen sämtlicher Beteiligter berücksichtigt werden? Die Staatsregierung ist logischerweise an einer zügigen Abrechnung der angefallenen Kosten interessiert. Also sollten die Kosten möglich bald nachdem sie entstanden sind, auch mit dem Freistaat abgerechnet und der 40-Euro-Anteil pro Tag und Fall den Bezirken wieder erstattet werden. Dem stehen auf der anderen Seite aber die gesetzlichen Verjährungsfristen gegenüber, die durch willkürlich gewählte Ausschlussfristen ersetzt werden sollen. So ist beispielsweise vorgesehen, dass die Bezirke die Ansprüche nur innerhalb von sechs Monaten nach dem Quartal, in dem der Anspruch entstanden ist, Zeit haben, ge-

den hundertprozentigen Fundamentallisten werden sie nicht überzeugen.“

„Es gilt, plausible Erklärungen

Mit fachlich überzeugender Kommunikation konnte dagegen der Bau des Forschungsreaktors München FRM II bewerkstelligt werden. Die TU erkannte die Notwendigkeit einer professionellen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Eine neu eingerichtete Pressestelle suchte und pflegte fortan täglich den Kontakt mit der Bevölkerung und den Medienvertretern. Letztlich sei solide Öffentlichkeitsarbeit ein Gebot der Fairness, betonte von Hassel.

#### Exemplarische Kommunikationsdesaster

Aus dem Archiv des Regionalmagazins TV Bayern live wurden im Anschluss diverse „Kommunikationsdesaster“ präsentiert. So ist der geplante Neubau eines Verkehrslandeplatzes bei Coburg in weite Ferne gerückt. Politischer Widerstand erhebt sich zudem gegen eine dritte Startbahn am Flughafen München sowie den geplanten Bau von Wasserkraftwerken an der Iller. Hier sind Defizite in der Kommunikation und das Gefühl mangelnder Einbindung in die Projekte Hauptursachen für eine Verweigerungshaltung auf Seiten der Bürger.

In Pfaffenhofen dagegen führte eine zielgerichtete dauerhafte Kommunikation zur erfolgreichen Umsetzung eines zukunftssträchtigen Infrastrukturprojekts: Die Wählerinnen und Wähler stimmten in einem Bürgerentscheid für einen Windpark – und damit auch dafür, dass ihre Stadt sich in Zukunft selbst mit Strom versorgen kann. Die Energieautarkie ist das große Ziel der

Stadtratsmehrheit und der eigens gegründeten Bürger-Energie-Genossenschaft BEG.

#### Gelungene Beispiele

Wie sich Kommunen und Vorhabenträger im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit idealerweise verhalten, um die Akzeptanz für ihre Projekte zu sichern, darüber informierte Dr. Andreas Bachmeier, Vorstand und Partner Engel & Zimmermann AG.

Allein im zweiten Halbjahr 2016 gingen gleich drei Bürgerentscheide in Bayern zum Nachteil der Vorhabenträger aus, wie Bachmeier aufzeigte. Die Motive für die Ablehnung von derlei Projekten seien vielschichtig: Neben alten Bekannten wie dem Sankt-Florian-Prinzip und Sorgen um Umweltfolgen sowie der Angst vor hohen Kosten sehe man sich heute auch mit einem generellen Vertrauensverlust gegenüber Politik und Vorhabenträgern konfrontiert.

So setzte sich laut Bachmeier beim Bürgerentscheid in Schliersee das Bürgerbegehren mit 56 Prozent gegen das Ratsbegehren durch. Somit darf sich das Unternehmen sixtus nicht am Schlierseer Ortsrand ansiedeln, obschon mit einem sauberen Image (Naturkosmetik) ausgestattet. Ebenso gescheitert ist der Umzug des Schlachthofs München in die Gemeinde Aschheim.

Beim geplanten Pumpspeicherkraftwerk Jochberg in den bayerischen Alpen waren in der öffentlichen Wahrnehmung eher die Gegner des Projektes präsent. Im (Fortsetzung auf Seite 4)

## Transparenz durch Dialog ...

(Fortsetzung von Seite 3)  
September 2014 wurde bekannt, dass die Bayerische Staatsregierung das Projekt aus wirtschaftlichen Gründen nicht weiterverfolgen wird. Innerhalb kürzester Zeit sei das Kraftwerk schlichtweg „totgeredet“ worden. Und auch aus der Ansiedlung eines Transgourmet Food Logistikers in Freising wurde nichts. Das Unternehmen sagte der Domstadt ab – noch vor dem Bürgerentscheid.

### Wutbürger/Aktivbürger

Ein neuer Trend? „Ja und nein“, meinte Bachmeier. Fakt sei: „Das Partizipationsbedürfnis der Bevölkerung steigt. Der Protest beginnt und organisiert sich online. Wohnen und wirtschaften gehen auf Distanz.“ Als „gefühlten Durchbruch für das Thema Wutbürger/Aktivbürger“ wertete der Kommunikationsexperte „Stuttgart 21“: Hier habe man festgestellt, dass es genehmigte Projekte gibt, die am Ende aufgrund von Widerstand möglicherweise nicht wie geplant umgesetzt werden können.

Am Beispiel Petersdom in Rom (120 Jahre Bauzeit, 14 Baumeister, Mitauslöser der Reformation) erläuterte Bachmeier,

dass große Bauwerke schon immer als Machtdemonstration der Obrigkeit verstanden worden seien und entsprechend zu Diskussionen geführt hätten, „weil sie sichtbar sind und ein Obrigkeitsgefühl bzw. ein Ohnmachtsgefühl erzeugen“.

### Thesen zur Zukunft des Bürgerdialogs

Wenngleich die Gemengelage für eine ablehnende Haltung oft diffus ist, lassen sich Bachmeier zufolge Gemeinsamkeiten erkennen: „Defizite in der Kommunikation und das Gefühl mangelnder Einbindung in die Projekte sind Hauptursachen für eine Verweigerungshaltung auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger.“ In diesem Zusammenhang formulierte der Kommunikationsexperte sieben Thesen zur Zukunft des Bürgerdialogs:

1. Es reicht nicht, die Türen zu öffnen
2. Sympathiewerte spielen keine Rolle
3. Geld ist selten ein gutes Argument
4. Wer in die Ecke gedrängt wird, greift an.
5. Bürgerdialog erfordert eine offensive Haltung.



Die Auftaktveranstaltung der Kommunikationsseminare fand im Haus der Bayerischen Landkreise in München statt. □

## Klimaschutz und digitale Bildung ...

(Fortsetzung von Seite 1)  
oder neu zu beschaffen und so die Stickoxidbelastung deutlich zu senken. Die alternativen Antriebe im ÖPNV dürfen nicht mehr die Ausnahme sein, sondern müssen so schnell wie möglich zur Regel werden. Dabei dürfen wir nicht ausschließlich auf Elektroantrieb setzen, auch Gas-, Wasserstoff- oder Hybridfahrzeuge sind sinnvoll“, so Lohse. Die Bundesprogramme „Förderprogramm Elektromobilität“ sowie „Klimaschutzinitiative“ seien weit überzeichnet.

### Steuerungsinstrumente erproben

Der Deutsche Städtetag spricht sich ferner dafür aus, einzelnen Städten auf Wunsch zu ermöglichen, finanzielle Steuerungsinstrumente zur verbesserten Verkehrslenkung in bestimmten Zonen zu erproben. Dazu könnten Nahverkehrsabgaben, Zufahrtsgebühren oder auch verpflichtende Bürgertickets für den ÖPNV gehören, erläuterte der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly (Nürnberg). Solche Instrumente könnten dabei helfen, den Verkehr flüssiger zu machen und schädliche Umwelteinwirkungen durch Abgabe zu reduzieren. Die Einnahmen sollten zweckgebunden für den ÖPNV bzw. die Förderung von nachhaltiger Mobilität verwendet werden.

### Akzeptanz schaffen

„Entscheidend für den Einsatz finanzieller Instrumente zur Verkehrslenkung in bestimmten Stadtvierteln wird die Akzeptanz in der Öffentlichkeit sein“, machte Maly deutlich. Außerdem müsse vor-

ab sorgfältig geprüft werden, welche Auswirkungen auf Wirtschafts- und Berufsverkehr und den Einzelhandel vor Ort zu erwarten sind, wie das Verhältnis von Kosten und Nutzen ausfallen wird und welcher Rückgang von Verkehr und Abgasen prognostiziert werden kann.

Für den Erfolg solcher Instrumente seien ein leistungsstarker und attraktiver ÖPNV und ein gut ausgebauter Radwegenetz unabhängig, die zum Umstieg vom Auto auf alternative Angebote motivieren, erklärte Maly. Voraussetzung für eine Erprobung in einzelnen Städten sei zudem die Vereinbarkeit mit den straßen- und verkehrsrechtlichen Regelungen von Bund und Ländern sowie den Mautregeln der Europäischen Union.

### Digitalisierung in Schulen

Themenwechsel. Die Digitalisierung in den Schulen ist eine Aufgabe mit Bedeutung für die gesamte Gesellschaft. Deshalb fordern die Städte die Länder und den Bund auf, mit ihnen gemeinsam einen Masterplan „Ausbau digitaler Bildung“ zu entwickeln. Vor diesem Hintergrund hat der Deutsche Städtetag ein Positionspapier „Lehren und Lernen im digitalen Zeitalter“ verabschiedet und veröffentlicht.

Wie Verbandspräsidentin Lohse darlegte, müssten die klassischen Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen um Medienkompetenz ergänzt werden. Digitale Medien und ihre Nutzung seien bereits jetzt ein wichtiger Teil der Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen. Dies müsse sich auch in der schulischen Bildung widerspiegeln. Da der notwendige Ausbau der

6. Die Dialogverantwortung liegt beim Projektträger.
7. Die Zustimmung der Politik ist dauerhaft zu sichern.

Ein erfolgreicher Bürgerdialog müsse frühzeitig beginnen, riet Bachmeier. „Die frühzeitige, enge Einbindung von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern ist entscheidend für den Erfolg eines Projektes.“ Brodelte die „Gerüchteküche“ bereits, sei es meist schon zu spät, um argumentativ auf Vorbehalte, Ängste und Sorgen – seien sie auch unbegründet – zu reagieren. Mit dem Start des Projekts müssten auch die Kommunikationsaktivitäten beginnen.

Im Projektablauf sollten Unternehmen und Kommunen soweit wie möglich flexibel agieren, meinte der Kommunikationsexperte. Durch Dialogbereitschaft und ernsthafte Bemühungen, eine für möglichst viele Beteiligte zufriedenstellende Lösung zu finden, ließen sich negative Reaktionen und Aversionen von Anwohnern und Bürgern gegenüber dem Projekt vermeiden.

Die Dialogverantwortung liege beim Unternehmen. Dialogangebote an die Bürgerinnen und Bürger müssten kontinuierlich gemacht werden; es gelte, den Informationsfluss konstant zu halten. Zudem seien Argumente und Informationen stetig auf allen Kommunikationskanälen darzulegen.

Bei Debatten zu relevanten Projekten richteten sich zudem Politiker aus Land und Bund oftmals nach der Mehrheitsstimmung und entschieden nach der gefühlten Popularität. Dies habe Auswirkungen auf den Projektverlauf, urteilte Bachmeier, „denn ohne politische Rückendeckung werden Projekte verzögert oder ganz gestoppt“. Außerdem sollten sich Projekt und Projektkommunikation auf Augenhöhe begehen.

digitalen Bildung in den Schulen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei, „fordern wir die Länder und den Bund auf, mit den Städten gemeinsam einen Masterplan ‘Ausbau digitaler Bildung’ zu erarbeiten. Er sollte beschreiben, auf welches Niveau die Schulen digitalisiert werden sollen, Verantwortlichkeiten benennen sowie einheitliche Rahmenbedingungen für Lehren und Lernen mit digitalen Medien schaffen und finanzielle Aspekte klären. Denn die Städte als Schul- und Bildungsträger können diese erheblichen finanziellen Herausforderungen nicht alleine stemmen.“

### DigitalPakt#D

Bei Investitionen in digitale Lehr- und Lernmedien sowie die Endgeräte und Netzinfrastruktur in den Schulgebäuden müssten neben einmaligen Anschaffungskosten auch langfristige Aufwendungen für Betrieb, Wartung, Erneuerung, Updates und Support berücksichtigt werden. Außerdem geht es laut Lohse um die Frage, wie durch bestimmte Regelungen Lizenzgebühren niedrig gehalten werden könnten. Zudem müsse die Breitbandanbindung der Schulen sichergestellt werden. „Wir begrüßen die Absicht des Bundes, sich mit dem ‘DigitalPakt#D’ für digitales Lehren und Lernen zu engagieren. Folgen muss nun allerdings auch eine finanzielle Absicherung“, bemerkte die Präsidentin.

Das Bundesbildungsministerium hatte im Herbst 2016 angekündigt, ab 2018 den Ausbau der digitalen Infrastruktur mit insgesamt fünf Milliarden Euro zu fördern. Allerdings sind diese Mittel im Haushaltsplan des Bundes bisher nicht vorgesehen. **DK**

### Argumenten ein Gesicht geben

Um die öffentliche Akzeptanz zu fördern, muss den Argumenten laut Bachmeier ein Gesicht gegeben werden, indem man die Projektträger personalisiert in Erscheinung treten lässt. „Verstecken“ sich die Verantwortlichen, könne dies dazu führen, dass das Unternehmen eher an Glaubwürdigkeit verliert und die ohnehin knappe Ressource Vertrauen verspielt. Der persönliche Kontakt bestimme letztlich über

das Ansehen des Unternehmens in der Region.

### Checkliste

Basismaßnahmen, laufende Projektkommunikation, Bürgerdialog und politische Kommunikation stellen letztlich die entscheidenden Kommunikationsbausteine dar, bilanzierte Bachmeier. Den Seminarteilnehmern gab er abschließend eine Checkliste mit folgenden wichtigen Fragestellungen rund um das Thema Kommunikation mit auf den Weg:

- Ist meine Projektplanung flexibel genug angelegt, um Kritik abfedern zu können?
- Habe ich Spielräume in der zeitlichen Planung?
- Kenne ich meine zentralen Argumente und Botschaften?
- Kenne ich alle relevanten Stakeholder?
- Weiß ich, welche Botschaften bei den Stakeholdern wirken?
- Bin ich auf kritische Situationen vorbereitet?
- Habe ich einen fundierten Zeit-Maßnahmen-Botschaften-Plan? **DK**

## Forum Zukunft ...

(Fortsetzung von Seite 1)  
niert mit der Stärke des Landkreises in den Bereichen Wirtschaft und Bildung macht uns und dies auch zu einer Impuls gebenden Region“, unterstrich der Landrat. Viele Unternehmen entdeckten den Landkreis Kulmbach als mit in Europa gelegenen, verkehrsgünstigen Standort für sich. So gilt er heute als der drittgrößte Lebensmittelstandort in Bayern, in dem Produktion und Forschung Hand in Hand gehen. Zudem sei der Landkreis Standort führender Unternehmen aus dem Bereich Kälte- und Klimatechnik und Gebäudesystemtechnik. Diese prägten die Leitindustrie der Zukunft.

„Die Leistungsstärke unserer Unternehmen geht einher mit der Leistungsstärke der Menschen in

der Region. Die Unternehmen im Landkreis Kulmbach profitieren von einem hervorragenden Angebot an qualifizierten Fach- und Führungskräften. Dazu tragen der Landkreis Kulmbach und ganz Oberfranken mit einem dichten Netz an weiterführenden und berufsbildenden Schulen, Hochschulen und Universitäten bei“, stellte Söllner fest.

### Breites Angebot

Ein breites Angebot an Arbeitsplätzen, ausreichend Kindergartenplätze, ein flächendeckendes Schulangebot bis hin zu zahlreichen seniorenfreundlichen Einrichtungen machten den Landkreis zu einem attraktiven Ort für jeden Bereich der Lebensplanung. Und schließlich sei er auch

## Der Mensch im Mittelpunkt

### Frühjahrstagung des Bayerischen Heilbäder-Verbands

Für eine Neuausrichtung der Gesundheitspolitik in Deutschland hat sich der Bayerische Heilbäder-Verband (BHV) auf seiner Frühjahrstagung in Bad Endorf ausgesprochen. Hierzu verabschiedeten die Teilnehmer aus 46 Heilbädern und Kurorten einen Zehn-Punkte-Forderungskatalog zur Bundestagswahl 2017.

„Wir brauchen eine Gesundheitspolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt des Gesundheitssystems stellt und dementsprechend auch eine Weiterentwicklung des Präventionsgesetzes von 2015“, hob BHV-Vorsitzender Klaus Holetschek hervor. Ingrid Fischbach, Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, verwies darauf, in dieser Legislaturperiode die richtigen Weichen gestellt zu haben, um gesundheitsförderndes Verhalten zu stärken und vom Lebensstil abhängige Krankheiten zu verhindern oder ihren Verlauf günstig zu beeinflussen. Mit dem Präventionsgesetz würden gute und qualitativ hochwertige Angebote in allen Lebensbereichen ermöglicht. „Da wir alle auch im Alter noch gute Jahre verbringen wollen, haben wir dem Ziel, Pflegebedürftigkeit durch Reha-Maßnahmen zu vermeiden oder zu verzögern, in der Pflegereform mehr Gewicht gegeben.“

### Zehn-Punkte-Papier

In seinem Zehn-Punkte-Papier weist der BHV unter anderem darauf hin, dass das betriebliche Gesundheitsmanagement bei vielen großen Unternehmen zwar etabliert sei, bei mittelständischen und kleinen Unternehmen jedoch Handlungsbedarf bestehe. Die veränderte Arbeitswelt, die Zunahme chronischer Krankheiten und der Fachkräftemangel machten eine betriebliche Gesundheitsförderung unerlässlich. Die Möglichkeit einer Steuerermäßigung von 500 Euro pro Arbeitnehmer sollte nicht nur für therapeutische Leistungen, sondern auch für die im direkten Zusammenhang mit der Maßnahme entstehenden Kosten gewährt werden.

Vor dem Hintergrund, dass bereits jetzt Leistungsträger Schwierigkeiten haben, qualifiziertes Pflegepersonal zu finden und laut Bundesgesundheitsministerium

die Zahl der Pflegebedürftigen im Zeitraum von 2013 bis zum Jahr 2060 von 2,7 Millionen auf 4,7 Millionen steigen und allein die Zahl der Demenzerkrankten von heute etwa 1,4 Millionen bis zum Jahr 2030 auf voraussichtlich 2,2 Millionen zunehmen wird, fordert der Heilbäder-Verband eine bundesweite Kampagne für Pflegeberufe.

### Fachkräftemangel vorbeugen

Um einem Fachkräftemangel vorzubeugen, müsse auch die Attraktivität des Berufsbildes von Ergo- oder Physiotherapeuten gesteigert werden. Aufgrund der demografischen Entwicklung und der Zunahme chronischer Krankheiten werde der Bedarf an qualifizierten Heilmittelerbringern sowohl im Präventions- als auch im Rehabilitationsbereich steigen.

Da die Zahl der ambulanten Vorsorgeleistungen nach §23 Abs. 2 SGB V dramatisch zurückgegangen ist, muss laut Bayerischem Heilbäder-Verband der Zugang zu diesen Vorsorgeleistungen erleichtert werden. Dazu gehöre ein vereinfachtes Antragsverfahren mit mehr Transparenz für Ärzte und Patienten. Darüber hinaus müssten die ambulanten Vorsorgeleistungen zur Pflichtleistung der Krankenkassen werden.

Der Bedarf an Leistungen in der Rehabilitation wird in Zukunft weiter steigen. Dabei sind, so der BHV, eine bessere Vernetzung der Akteure (Hausarzt, Facharzt, Krankenhaus, Pflegeeinrichtung, Sozialstation, Heilmittelerbringer) und eine adäquate Vergütung erforderlich. Die ortsgebundenen Heilmittel wie Moor, Sole oder Thermalwasser müssten in den Heilmittelkatalog aufgenommen werden, da ihre Wirksamkeit belegt ist und sie eine wichtige Therapieergänzung darstellen. **DK**

als lohnenswertes Ausflugs- und Urlaubsziel eine gute Wahl.

„Wir haben das gesamte Ausstellungsjahr gewinnbringend dazu nutzen können, um zum Einen die Schönheit, das Vermögen und die Fähigkeiten unseres Landkreises vor Augen zu führen und zum Anderen auch die Kulisse für vielfältige Themenveranstaltungen und als Plattform für unsere heimische Wirtschaft einsetzen zu können“, bilanzierte der Landkreischef.

Die Abschlussveranstaltung stellte freilich die Gründungsveranstaltung für den „Kulmbacher Stammtisch“ und die Berufung der ersten „Kulmbacher Botschafter“, unter ihnen Jörg Kunstmann, stellvertretender Landrat des Landkreises Kulmbach, Josef Niedermaier, Landrat des Landkreises Bad Tölz-Wolfratshausen, Anton Speer, Landrat des Landkreises Garmisch-Partenkirchen, Direktor Emil Schneider, Bayerischer Landkreistag und Henry Schramm, Oberbürgermeister Kulmbach, dar.

Damit schlage der Landkreis einen neuen Weg bei der Vermarktung des Wirtschaftsraumes Kulmbach sowie des gesamten Kulmbacher Landes ein, erläuterte Söllner. Mit dieser Initiative solle die Region als großartiger Wirtschaftsstandort, aber auch als begehrter Lebensraum weiter ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt werden. Im Vordergrund stünden der Heimatgedanke, das Heimatgefühl und die Verbundenheit zum Kulmbacher Land.

Mit der Initiative „Botschafter werden für das Kulmbacher Land“ sollen sich neue Kontakte in alle Richtungen ergeben, aber auch bestehende Kontakte erweitert und ausgebaut werden. Regelmäßige Treffen in München sollen Anlaufstelle und Informationspunkt für Wirtschaft, Politik, Vereine und Verbände und vor allem für „Kulmbacher oder solche, die es werden wollen“, sein. Für potenzielle Rückkehrer ist geplant, eine zentrale Anlaufstelle bei der Wirtschaftsoffensive im Landratsamt Kulmbach anzuschließen. **DK**

### Integrationshindernis Doppelpass

„Der Doppelpass ist ein echtes Integrationshindernis. Wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte darüber, nach welchen Werten wir hier in Deutschland leben. Wir fordern eine bewusste Entscheidung für die Werte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und keine Staatsangehörigkeit à la carte. Der Doppelpass muss auf den Prüfstand. Es muss klar sein, wem Land die Loyalität gilt.“ Das sagte Thomas Kreuzer, der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag. Kreuzer warnte davor, offensichtliche Wahrheiten aus ideologischen Gründen zu verdrehen. So sei es paradox davon zu reden, dass die doppelte Staatsangehörigkeit ein besonderes Zeichen von Willkommenskultur sei. „Wir laden die hier lebenden Türken ein, voll und ganz Deutsche zu werden. Mehr Willkommenskultur geht nicht.“ □

Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften ziehen Bilanz:

## Bayerische Unternehmen erreichten bestes Ergebnis seit fünf Jahren

Mit ihrem besten Ergebnis seit fünf Jahren haben Bayerns genossenschaftliche Waren- und Dienstleistungsunternehmen das Wirtschaftsjahr 2016 abgeschlossen. Die 1018 Betriebe erwirtschafteten mit ca. 18700 Mitarbeitern einen Gewinn vor Steuern von 273,3 Mio. Euro, was um 27,4 % oder 58,7 Mio. Euro über dem Vorjahresergebnis lag. Dennoch ging der addierte Gesamtumsatz um 0,9 % bzw. 108,1 Mio. Euro auf 11,9 Mrd. Euro zurück. Das lag daran, wie Jürgen Gros, Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern vor der Presse erläuterte, dass die Preise für Milch und andere Agrarprodukte im Berichtsjahr teils erheblich unter Druck standen.

Zwar sind die Waren- und Dienstleistungsunternehmen in 35 Wirtschaftszweigen im Freistaat aktiv und damit in Bayern „fest verankert“, doch gibt es in einigen Bereichen, vor allem in der Agrarwirtschaft, erhebliche Veränderungen, die sich auf die Mitgliederbasis des GVB auswirken. Zu nennen sind hier das Höfesterben und die Rationalisierung in der Landwirtschaft, der Strukturwandel, der etwa die Zahl der Trocknungsgenossenschaften schrumpfen lässt, aber auch das Ende des Brandweinmonopols, das für viele kleine Brennereien das Ende bedeutet oder sie vielleicht allenfalls als Liegenschaftsverwaltungen überleben lässt. Freilich tun sich auch neue Marktnischen auf. Chancen bietet etwa die Nachfrage nach regionalen und gentechnikfreien Lebensmitteln (Milchprodukte, Obst, Gemüse und Wein).

Die Gesamtzahl der Genossenschaften werde in den kommenden Jahren etwas zurückgehen, obwohl pro Jahr mit bis zu 20 Neugründungen zu rechnen sei.

Im Berichtsjahr sind 13 neue Genossenschaften dazu gekommen. Besonders interessant sind in diesem Zusammenhang die Bereiche Energie und IT-Technik. Von den 11,9 Mrd. Euro Gesamtumsatz entfielen (jeweils in Mrd. Euro) 4,5 auf Handelsgenossenschaften, 2,9 auf Milchgenossenschaften, 1,2 auf genossenschaftliche Unternehmen im Raiffeisen-Warengeschäft, 1,1 auf ländliche und 1,0 auf gewerbliche Genossenschaften sowie 0,8 auf Handwerks- und 0,4 auf Energiegenossenschaften. Die meisten Genossenschaften gibt es in Oberbayern mit 357, gefolgt von Schwaben (207) Mittelfranken (146), Unterfranken (90), der Oberpfalz (83), Niederbayern (76) und Oberfranken (49).

Die 13 im Berichtsjahr 2016 erfolgten Neugründungen spiegeln eine breite Palette der Aktivitäten wider. Mit der Versorgung mit Nahwärme befassen sich mittelfränkische Genossenschaften in Profeld, in Höttingen, in Wittelschhofen sowie in Oberfranken in Marktchorngast. In Unterfranken

will eine Genossenschaft durch Kanzleimanagement Rechtsanwältinnen unterstützen, in Iphofen haben sich Weinfreunde zusammengefunden. In Fürth ging aus einer Bildungskoooperation eine Genossenschaft hervor, die sich um die Ausbildung von Betriebsräten kümmert. In Himmelkron in Oberfranken betreibt die Frankenfarm als Genossenschaft ein Wohnhaus, eine Metzgerei, einen Cateringservice und vier Hofläden.

### Breite Palette an Aktivitäten

In Neumarkt in der Oberpfalz wollen 64 Landwirte als bio-regionale Genossenschaft ein Lager für ökologische Erzeugnisse bauen. Diakonie und Malteser sowie die Kliniken der Nordoberpfalz wollen als Genossenschaft die ambulante Palliativversorgung und die Lebensqualität schwerstkranker Menschen verbessern. In Oberösterreich in Oberbayern hat sich ein seit vier Generationen bestehender Familienbetrieb zur Hofmolkerei „Zum Marx eG“ gewandelt. Sie stellt Käse und Joghurt aus Bio-Heumilch her. Und schließlich haben in Oberhaching bei München 29 Bürger eine Genossenschaftsbrauerei gegründet.

In Bayerns genossenschaftlicher Milchwirtschaft tut sich besonders viel. In diesem Bereich sind 9 Molkereien, 130 Milchlieferbetriebe, 13 Sennereien und noch 4

weitere Genossenschaften tätig. Den Milchgenossenschaften gehören 60 % der Milchbauern in Bayern an, die für ein Aufkommen von 5 Mio. Tonnen Milch sorgen. Sie erreichten im Berichtsjahr einen Umsatz von 2,9 Mrd. Euro, was wegen des niedrigen Milchpreises aber fast 96 Mio. Euro weniger waren als im Jahr zuvor. Um sich bei der Finanzierung von gemeinsamen Aufgaben der Milchwirtschaft (z.B. Absatzförderung, Unterstützung der Butter- und Käsebörsen in Kempten, Aus- und Weiterbildung, Forschung, Veterinärfragen, Krisenmanagement) besser aufzustellen, will die Milchwirtschaft einen privatrechtlichen Verein unter dem Namen „milch.bayern e.V.“ gründen, der im Juli 2017 seine Arbeit aufnehmen soll. Freilich will der Bayerische Bauernverband diesen Weg nicht mitgehen, sondern lieber alles beim Alten lassen, wie Vorstandsmittglied Alexander Büchel es ausdrückte.

„Mit Unverständnis“ reagiert der Verband auf die Kritik des Bundeskartellamtes an den Lieferbeziehungen zwischen Milcherzeugern und Molkereien, wobei es u.a. um Dinge wie Kündigungsfristen und Preisfestsetzungen geht. Die Empfehlungen der Behörde für die Ausgestaltung dieser Beziehungen rührten, so Gros, an den Kern bewährter Strukturen genossenschaftlicher Molkereien und seien ein problematischer Eingriff in die seit 150 Jahren bestehenden Strukturen, die auf den Grundsätzen der Selbstverantwortung, Selbstbestimmung und Selbstverwaltung basierten. Die Milcherzeuger als Eigentümer der Genossenschaftsmolkereien entwickelten ihre Vertragsbeziehungen in einem demokratischen Entscheidungsprozess, und führten dies auch im Sinne von Transparenz

## Willibald Folz verstorben

Trauer um ehemaligen GVB-Präsidenten

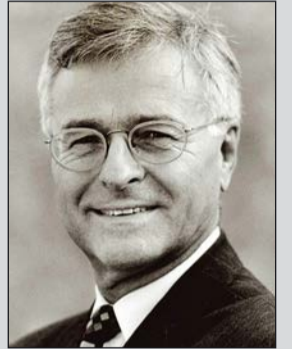
Die Genossenschaftsorganisation trauert um Willibald Folz. Der frühere Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB) verstarb Mitte April kurz vor seinem 81. Geburtstag.

Folz hat sich in einer Vielzahl von Ämtern und Funktionen um das bayerische Genossenschaftswesen verdient gemacht. Von 1990 bis 1999 war er Präsident und Vorstandsvorsitzender des GVB. In dieser Zeit führte er die beiden fusionierten Vorgängerverbände zusammen.

Von 1993 bis 2000 leitete der studierte Jurist und Volkswirt zudem den Aufsichtsrat der Baywa, von 1998 bis 2010 stand er dem Aufsichtsgremium der Münchener Hypothekbank vor. Außerdem gehörte er dem Aufsichtsrat der Bayern-Versicherung Lebensversicherung als stellvertretender Vorsitzender und dem der Bausparkasse Schwäbisch Hall als Mitglied an. Nach mehreren beruflichen Stationen war Folz von 1979 bis 1989 Mitglied des Vorstands der Münchener Hypothekbank. Ab 1985 leitete er das Gremium als Sprecher.

Darüber hinaus engagierte er sich unter anderem in der Wissenschaft. So hielt er an der Katholischen Universität Eichstätt/Ingolstadt als Honorarprofessor Vorlesungen zu Bankrecht und Genossenschaftswesen. Bis zuletzt gehörte er dem Vorstand des von ihm mitgegründeten Historischen Vereins bayerischer Genossenschaften an.

Für seine großen Verdienste wurde Prof. Dr. Willibald Folz vielfach ausgezeichnet. Er erhielt das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, den Bayerischen Verdienstorden und die Raiffeisen/Schulz-Delitzsch-Medaille in Gold des DGRV.



## MünchenerHyp baut Rekordergebnis weiter aus

Zins- und Provisionsüberschuss steigt auf 159 Mio. Euro (Vorjahr: 155 Mio. Euro) Neugeschäft erreicht fast 5 Mrd. Euro

Die Münchener Hypothekbank eG blieb im Geschäftsjahr 2016 auf Wachstumskurs. Der Immobilienfinanzierer hat sowohl das Neugeschäft weiter ausgebaut als auch die Eigenkapitalausstattung gestärkt. „Wir sind mit dem Ergebnis des vergangenen Geschäftsjahres sehr zufrieden. In einem zunehmend härter geführten Wettbewerb haben wir uns mit unseren innovativen Finanzierungslösungen erfolgreich durchgesetzt“, betonte Dr. Louis Hagen, Vorsitzender des Vorstandes der MünchenerHyp.

Die MünchenerHyp erzielte im Hypothekneugeschäft das dritte Rekordergebnis in Folge und übertraf damit ihre eigenen Erwartungen. „Wir hatten uns das Ziel gesetzt, den Rekord des Vorjahres zu halten. Umso mehr freuen wir uns, dass wir uns nochmals steigern konnten“, so Hagen. Das Neugeschäft wuchs um 1,6 Prozent auf 4,93 Mrd. Euro.

Rund zwei Drittel des Neugeschäfts (3,27 Mrd. Euro) entfielen auf die private Wohnimmobilienfinanzierung. Dabei konnte die Bank vor allem das Vermittlungsgeschäft mit den Banken der Genossenschaftlichen FinanzGruppe sowie freien Finanzdienstleistern ausbauen. Das Zusagevolumen im Verbundgeschäft mit den Volksbanken, Raiffeisenbanken, Sparda-Banken und PSD-Banken stieg um 2,4 Prozent auf 2,45 Mrd. Euro. Den Absatz über freie Finanzdienstleister konnte die Bank um über 15 Prozent auf rund 400 Mio. Euro ausbauen. In der Kooperation mit der Schweizer PostFinance haben beide Partner die Marktbearbeitung deutlich verstärkt, um in einem Wohnimmobilienmarkt zu reüssieren, der sich weniger dynamisch als in den Vorjahren entwickelte. Dadurch gelang es, das Neugeschäft mit 430 Mio. Euro stabil zu halten.

In der gewerblichen Immobilienfinanzierung war die Entwicklung ebenfalls positiv. Das Zusagevolumen verzeichnete ein leichtes Plus auf 1,66 Mrd. Euro. Die Risikosituation im Kreditgeschäft zeigte sich unverändert stabil. Die Zuführungen zur Risikoversorge blieben moderat.

Den Refinanzierungsbedarf konnte die MünchenerHyp erfolgreich decken. Sie emittierte im zurückliegenden Jahr zwei großvolumige Hypothekendarlehen, darunter einen über 600 Mio. US-Dollar. Auch insgesamt baute die Bank ihre Refinanzierung in Fremdwährungen aus, auf diese entfielen rund 40 Prozent des Refinanzierungsvolumens an gedeckten Anleihen. Für eine dieser Emissionen – einen Hypothekendarlehen in Schweizer Franken – wurde sie im Rahmen der renommierten mtn-i Awards für den „Deal of the Year“ ausgezeichnet.

### Gestiegene Bilanzsumme

Die Bilanzsumme erhöhte sich aufgrund des kräftigen Neugeschäfts um 0,4 Mrd. Euro auf 38,5 Mrd. Euro zum 31. Dezember 2016. Der Bestand an Hypothekendarlehen wuchs um 2,1 Mrd. Euro auf 27,8 Mrd. Euro. Der Großteil des Zuwachses entfiel mit 1,8 Mrd. Euro auf die private Wohnimmobilienfinanzierung. Der Bestand im Kreditgeschäft mit Staaten und Banken reduzierte sich entsprechend der Geschäfts- und Risikostrategie auf 6,8 Mrd. Euro (Vj. 8,2 Mrd.).

Mit Blick auf kommende regulatorische Anforderungen, allen voran die Einführung der Leverage Ratio im Jahr 2019, hat die MünchenerHyp ihre bereits sehr solide Eigenkapitalausstattung weiter gestärkt. So haben insbesondere die Banken der Genossenschaftlichen FinanzGruppe ihre Beteiligung an der MünchenerHyp ausgebaut. Insgesamt hat die

MünchenerHyp auf diesem Weg rund 250 Mio. Euro an Eigenmitteln eingeworben. Somit weist die Bank zum 31. Dezember 2016 eine harte Kernkapitalquote von 22,9 Prozent (Vorjahr: 17,3 Prozent) aus. Die Kernkapitalquote belief sich zum selben Datum auf ebenfalls 22,9 Prozent (Vorjahr 19,5 Prozent) und die Gesamtkapitalquote auf 24,5 Prozent (Vorjahr 24,2 Prozent). Die MünchenerHyp ist damit auf heutiger Sicht in der Lage, die Leverage Ratio mit einer Quote von 3,35 Prozent zu erfüllen.

Der Zinsüberschuss stieg um 11,9 Mio. Euro auf 233,4 Mio. Euro. Da sich durch das erfolgreiche Neugeschäft die Provisionsaufwendungen deutlich erhöht haben, fiel das Wachstum des Zins- und Provisionsüberschusses mit 4,5 Mio. Euro auf 159,2 Mio. Euro etwas geringer aus. Das Betriebsergebnis nach Risikoversorge stieg um 11 Mio. Euro auf 67,3 Mio. Euro. Nach Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 7,0 Mio. Euro und dem Abzug von Steuern in Höhe von 28,4 Mio. Euro beträgt der Jahresüberschuss 31,9 Mio. Euro (Vorjahr 22,2 Mio. Euro).

Die MünchenerHyp will auch im laufenden Geschäftsjahr nachhaltig wachsen und ihre Marktposition sowohl in der Wohnimmobilien- als auch in der gewerblichen Immobilienfinanzierung stärken. „Dazu werden wir die Marktbearbeitung intensivieren und die Vertriebsaktivitäten mit unseren Partnern weiter ausbauen. Die Bedingungen dafür bleiben gut. Derzeit ist kein Ende der Niedrigzinsphase und damit der großen Nachfrage nach Immobilien- und insbesondere langfristigen Immobilienfinanzierungen erkennbar“, erklärte Dr. Louis Hagen. Die Bank hat sich deshalb vorgenommen, das Ergebnis weiter zu steigern.

MünchenerHyp

**Ihr Partner für gewerbliche Immobilienfinanzierungen. International. Zuverlässig. Langfristig.**

- Attraktive Konditionen
- Große Produktvielfalt
- Schnelle und verlässliche Entscheidungen

Genossenschaftliche FinanzGruppe  
Volksbanken Raiffeisenbanken

www.muenchenhyp.de

Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg:

## Kommunen müssen Negativzinsen zahlen

Trotz Nullzinsphase konnte das Ergebnis noch gesteigert werden

Auch der Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg geht es einerseits nicht besser als allen anderen Sparkassen. Sie leidet unter der Nullzins-Politik der Europäischen Zentralbank (EZB). Andererseits hat sie besser als manch andere Sparkasse bisher die schwierige Phase gemeistert. Mit „risikoarmem Geschäft und stringentem Sparkurs“ hat sie ihr Ergebnis sogar gegenüber dem Vorjahr verbessert. Und trotz weiter schrumpfender Zinsspanne werde, so Vorstandsvorsitzender Josef Bittscheidt in einer Pressemitteilung, die Kreissparkasse ihren stabilen Kurs beibehalten können und 2017 ein operatives Ergebnis auf dem Niveau des „zufriedenstellenden“ Berichtsjahres erreichen. Kommunen müssen inzwischen Verwahrtgelte auf ihre Einlagen zahlen.

Im zurückliegenden Jahr wuchs das Kundengeschäftsvolumen um mehr als 1 Mrd. Euro auf 20,5 Mrd. Euro. Um ihre Entwicklung zu dokumentieren, benutzt die Kreissparkasse nicht den Begriff Bilanzsumme, sondern Kundengeschäftsvolumen, worunter sie die Addition der Kundeneinlagen, der Kundenkrediten und des Volumen von Kundenwertpapieren im Depot versteht. Dieser Begriff sei aussagefähiger als Bilanzsumme, denn diese lasse sich allzu leicht schönrechnen.

Zum Wachstum des Kundengeschäftsvolumens haben vor allem die Kundeneinlagen beigetragen, die um 6,6 % auf 9,3 Mrd. Euro zulegte. Besonders stark stiegen die Einlagen der unternehmerischen Kunden und der Kommunen, nämlich um 14,8 % auf 2,8 Mrd. Euro. Doch ist die Kreissparkasse nicht so recht glücklich mit diesem Zuwachs, „weil uns im derzeitigen Zinsumfeld das Wachstum der Einlagen

Geld kostet“ (in Form von Negativzinsen bei der Zentralbank). In den vergangenen Monaten hätten sich die Zuflüsse sogar noch verstärkt, weil Wettbewerber Verwahrtgelte (Negativzinsen) eingeführt hätten. Deshalb berechne die Kreissparkasse seit Februar auch selbst Entgelte für die Aufbewahrung von Geld, aber nur für die Einlagen von Kommunalkunden und für großvolumige Einlagen unternehmerischer Kunden. Für Privatkunden wolle man Verwahrtgelte so lange vermeiden, „wie wir es betriebswirtschaftlich verantworten können“. Sollte aber ein namhafter Wettbewerber Verwahrtgelte einführen, müsse auch die Kreissparkasse Maßnahmen ergreifen, die einen ungebremsten Einlagenzufluss vermeiden, sagte Bittscheidt.

Der Kreditbestand nahm um 6,5 % auf 8,1 Mrd. Euro zu, vor allem durch langfristige Finanzierungen, besonders im Wohnungsbau. Die Kredite an Unternehmen

stiegen um 7,4 % auf 4,7 Mrd. Euro. Besonders stolz ist man bei der Kreissparkasse, dass die Ausleihequote wiederum rund 87 % erreichte, denn das zeige, dass man private und unternehmerische Investitionen im Geschäftsgebiet mit Kundeneinlagen finanziere. So fördere die Kreissparkasse gemäß ihrem Auftrag den regionalen Geld- und Wirtschaftskreislauf. Die Bestände der Kundenwertpapiere legten um 4 % auf 3,1 Mrd. Euro zu.

Das Aufkommen aus der Zinsspanne als Hauptertragsquelle schrumpfte wegen der EZB-Politik 2016 erstmals um gut 4 %. Damit sei, so der Sparkassenchef, voraussichtlich eine mehrere Jahre anhaltende Phase sinkender Erträge eingeleitet. Um dieser Entwicklung gegenzusteuern, hat die Kreissparkasse 2016 umfangreiche Maßnahmen zur Kostensenkung ergriffen. Unter anderem wurden 114 Stellen „sozialverträglich“ abgebaut. Auch der Sachaufwand konnte gesenkt werden. Der gesamte Aufwand wurde um 2 Mio. Euro reduziert. Einen großen Teil der eingesparten Kosten habe die Kreissparkasse in den Umbau von Standorten und den Ausbau der neuen Online-Filialen gesteckt.

Das operative Ergebnis fiel gegenüber 2015 um 10 Mio. auf 99 Mio. Euro zurück. Dass sich dennoch das Ergebnis vor Steuern im Vergleich zum Vorjahr um 14

Mio. auf 111 Mio. Euro verbesserte, ist vor allem der positiven Entwicklung des Bedarfs an Wertberichtigungen auf Kredite und Wertpapiere zu verdanken. Von diesem Ergebnis wird die Kreissparkasse 28 Mio. Euro an Steuern, darunter 13 Mio. Euro Gewerbesteuer an die Kommunen im Geschäftsgebiet, zahlen und mit einem wesentlichen Teil, nämlich etwa 62 Mio. Euro, die Vorsorgereserven stärken, „die wir als Puffer für die langfristigen Auswirkungen der Nullzinspolitik benötigen“. Der verbleibende Gewinnrest von etwa 21 Mio. Euro wird in die Rücklagen gesteckt, um die steigenden Eigenkapitalanforderungen nach Basel III zu erfüllen.

Im laufenden Jahr wird, wie Bittscheidt sagte, zwar das operative Ergebnis voraussichtlich das Niveau des Berichtsjahres erreichen, ob aber wieder so viel Potential zum Gegensteuern vorhanden sein wird, um auch das Ergebnis vor Steuern auf dem Niveau des Berichtsjahres halten zu können, muss sich erst noch erweisen. Die Zinsspanne, so Finanzchef Walter Fichtel, werde weiter schrumpfen, was man aber über das stringente Sparmanagement versuche auszugleichen.

Ihre Marktanteile hat die Kreissparkasse weiter ausgebaut. So nahm die Zahl der Privatgironkonten um 2,7 % auf rund 210 000 zu. Abgeschlossen sei jetzt der Umbau des Standortnetzes. Die Kreissparkasse hat jetzt 28 größere Filialen, die durchgehend von 7.30 bis 19.00 Uhr geöffnet sind, 24 Geschäftsstellen und 46 SB-Geschäftsstellen. Zusätzlich können Kunden ortsungebunden – per Video oder telefonisch – Kontakt zu einem Berater in der Online-Filiale aufnehmen. Um dem Bedürfnis der Kunden nachzukommen, Bankgeschäfte auch von unterwegs zu erledigen, gib es den Internetauftritt, der die Nutzung von Smartphones und Tablets optimiert. Außerdem gehören mobile Banking-Apps und der Handy-zu-Handy-Bezahldienst „Kwitt“ zum Angebot.

Für sehr wichtig hält die Kreissparkasse die Ausbildung des Nachwuchses. Zum Herbst versucht sie, mindestens 40 Ausbildungsplätze für angehende Bankkaufleute zu besetzen. Bis jetzt sind 33 dieser Plätze vergeben. Nicht ganz leicht ist, ausreichend qualifizierte Azubis zu finden.

Traditionell ist die Kreissparkasse auch sozial engagiert über Spenden, Sponsorings und die Ausschüttungen der Stiftungen. Auf konstantem Niveau kamen so 1,4 Mio. Euro u.a. sozialen und kulturellen Zwecken sowie dem Breitensport zugute. Für Kindertagesstätten aus den drei Landkreisen im Geschäftsgebiet gab es 100 000 Euro. **dhg.**

stützung mit der Auszeichnung ‚Bester Fördermittelberater‘ für wohnwirtschaftliche Förderdarlehen durch die KfW prämiert wurde. Im gewerblichen Kreditgeschäft wurden 39 Mio. Euro Förderdarlehen beantragt.

Ambitionierten Jung-Unternehmern konnte zur finanziellen Unabhängigkeit verholfen werden. Auch wenn die Zahl der Gründungsanfragen im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken ist, blieb die Anzahl der finanzierten Vorhaben (32) sowie das Finanzierungsvolumen (rund 3,7 Mio. Euro) gleich. 156 neue Arbeitsplätze wurden geschaffen, das bringt Augsburg und der Region ein Plus von gut 80 % mehr als 2015, da waren es 85 neue Arbeitsplätze.

### Leasing in Bayern: Top 10

Eigene Leasingspezialisten der SSKA als Ansprechpartner in und um Augsburg für diese alternative Finanzierungsform waren ein Grund dafür, dass 2016 mit fast 20 Mio. Euro Neugeschäft ein weiteres, erfolgreiches Leasingjahr für die Stadtparkasse darstellt. Damit



Groß war die Freude bei den Repräsentanten der prämierten Sparkassen.

### Sparkassen-Finanzgruppe:

## Ausbau der Marktführerschaft im Fördergeschäft

14 bayerische Sparkassen als „Förderprofi“ ausgezeichnet

Mit der Auszeichnung „Förderprofi“ hat die BayernLB in ihrer Zentrale insgesamt 14 Sparkassen aus allen bayerischen Regierungsbezirken prämiert, die 2016 die höchsten Neugeschäftsquoten bei der Vermittlung zinsgünstiger Förderkredite vorzuweisen hatten.

„Förderdarlehen bei der Finanzierung optimal zu nutzen, erfordert oft hohe Fachexpertise und Kundennähe. Die Kundenbetreuer brauchen dafür einen guten Überblick. Aber für die Kunden zählt es sich aus. Die ausgezeichneten Sparkassen haben eindrucksvoll gezeigt, wie wichtig Ihnen das ist“, sagt Dr. Edgar Zoller, der im Vorstand der BayernLB das Sparkassengeschäft verantwortet.

### Starke Marktposition

Mit einem Anteil von 37,3 Prozent (2015: 35,7 Prozent) aller in Bayern vergebenen Förderdarlehen konnten die bayerischen Sparkassen gemeinsam mit der BayernLB die Marktführerschaft im Fördergeschäft gegenüber den Genossenschafts- und Privatbanken im vergangenen Jahr weiter ausbauen. Laut Zoller ist diese starke Marktposition Ergebnis der eng aufeinander abgestimmten Zusammenarbeit zwischen Sparkassen und BayernLB: „Die Nähe und Verbundenheit der Sparkassen zu ihren Kunden und unser fachliches Knowhow greifen hier sehr gut ineinander.“

Insgesamt haben BayernLB und Sparkassen im vergangenen Jahr 21.776 vergünstigte Kredite der staatlichen Förderinstitute KfW Bankengruppe, LfA Förderbank Bayern und Landwirtschafts-

### Verwahrtgelt

Als Reaktion auf das anhaltende Null- und Negativzinsumfeld wurde im 4. Quartal 2016 in einzelnen Fällen begonnen, für gewerbliche und institutionelle Großeinlagen Verwahrtgelte zu vereinbaren. Nach Möglichkeit versucht die Sparkasse, Verwahrtgelte durch alternative Anlagengestaltungen zu vermeiden. Dabei bietet sie ihren Kunden mit hohen Liquiditätsbeständen eine auf ihre individuellen Bedürfnisse zugeschnittene Strukturierung des liquiden Kapitals an. Diese Strategie kann z. B. Geldmarktfonds, Anleihen mit unterschiedlichen Laufzeiten sowie weitere Kapitalmarktloösungen enthalten. Allerdings sind insbesondere institutionelle Kunden vielfach durch ihre Anlagerichtlinien in ihrem Anlagenspektrum begrenzt.

Bislang verzichtet die Stadtparkasse im Kundeneinlagengeschäft darauf, Negativzinsen an Privatkunden weiterzugeben. Diesen Verzicht wird die Sparkasse solange wie möglich fortsetzen und ist bereit, dafür auch Spuren im Ergebnis in Kauf zu nehmen. □

licher Rentenbank mit einem Gesamtvolumen von 3,1 Mrd. Euro ausgereicht, 5,8 Prozent mehr als 2015.

„Besonders bei Investitionen in die Steigerung der Energieeffizienz oder der Innovationskraft lohnen sich Fördermittel für Unternehmen und Privatpersonen. Das gilt auch in Zeiten des Niedrigzins, da Förderdarlehen neben einem besonderen niedrigen Zinssatz auch weitere Vorteile wie ein tilgungsfreies Anlaufzeit bieten können“, sagt Roland Schmautz, Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern.

Die LfA Förderbank Bayern zeichnete die Sparkasse Allgäu mit einem Sonderpreis für die bayernweit höchste Neugeschäftsquote bei LfA-Förderkrediten aus. Hans Peter Göttler, LfA-Vorstandsmitglied, gratulierte den Mitarbeitern: „Sie waren bei der Förderung des bayerischen Mittelstands im vergangenen Jahr besonders engagiert. Von ihrem Wissen und ihrer Beratung vor Ort hängt es ganz entscheidend ab, wie günstig und wie vorteilhaft sich die Unternehmen finanzieren können. Gemeinsam helfen wir so dabei, den Wirtschaftsstandort Bayern langfristig zu stärken, Arbeitsplätze zu sichern und neue Stellen zu schaffen“

Der „Förderprofi“ wird jährlich vergeben. Je Regierungsbezirk wird die Sparkasse mit der höchsten Neugeschäftsquote bei wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Förderkrediten prämiert. Eine weitere Auszeichnung erhält die Sparkasse mit dem höchsten Zusagevolumen im vergangenen Jahr.

### BayernLB als zentraler Dienstleister

Die BayernLB steht den Sparkassen im Fördergeschäft als zentraler Dienstleister zur Seite. Sie berät zu Verfügbarkeit, Konditionen und Kombinationsmöglichkeiten der vielfältigen Programme und leitet sämtliche Mittel von den Förderbanken an die Sparkassen weiter. Förderkredite für große Unternehmenskunden mit einem Jahresumsatz ab 50 Mio. Euro reicht die BayernLB direkt an ihre Kunden aus.

Mit dem Förderprofi wurden folgende Sparkassen ausgezeichnet: SPK Allgäu, SPK Bamberg, SPK Bayreuth, SPK Fürth, SPK Landshut, SPK Neuburg-Rain, SPK Neumarkt i.d.OPf.-Parsberg, SPK Neu-Ulm-Illertissen, SPK Miltenberg-Obernburg, SPK Passau, SPK Schweinfurt, Vereinigte Sparkassen Eschenbach i.d.OPf. Neustadt a.d.Waldnaab Vohenstrauß, Kreissparkasse Höchststadt a. d. Aisch, Stadtparkasse Nürnberg. □

### Bilanzpressekonferenz 2016 der Stadtparkasse Augsburg:

## Solide Bilanz eines erfolgreichen Jahres

Die Stadtparkasse Augsburg konnte auch in 2016 eine stabile Entwicklung im Kredit- und Einlagengeschäft verzeichnen und sich weiterhin erfolgreich im Markt behaupten. „Wir sind auf dem richtigen Weg“, ist sich Vorstandsvorsitzender Rolf Sattelmeyer sicher. „Wir spüren die Auswirkungen der Niedrigzinspolitik, sie sind zum ersten Mal auch deutlich am Ergebnis ablesbar: im Vergleich zum Vorjahr ist unser Zinsüberschuss um rund 5 % gesunken. Das hatten wir bereits in der Vergangenheit prognostiziert, entsprechend haben wir uns aufgestellt und eine Kosten- und Prozessoptimierung vorangetrieben.“

Der dreiköpfige Vorstand dankt dem Verwaltungsrat und den Mitarbeitern, dass die eingeschlagene geschäftspolitische Richtung so konsequent mitgetragen und umgesetzt wird.

Unverändert ist die Stadtparkasse Augsburg die fünftgrößte Sparkasse in Bayern und die größte in Schwaben. Das Kundengeschäftsvolumen – Kundeneinlagen und -ausleihungen – liegt mit rund 9 Milliarden Euro auf Vorjahresniveau.

### Geschäfts- und Ertragsituation

Trotz weiterhin schwieriger Bedingungen wuchs die Bilanzsumme um 0,3 Prozent auf 5.695 Mio. Euro an. Dem zurückgehenden Zinsüberschuss stand ein leicht gestiegener Provisionsüberschuss gegenüber, der Verwaltungsaufwand konnte zurück gefahren werden und bewegte sich leicht unter Vorjahresniveau.

Die Stadtparkasse weist ein Betriebsergebnis nach Bewertung von über 61 Mio. Euro aus. Die gewinnabhängigen Steuern betragen rund 20 Mio. Euro – die Kämmerer von Augsburg und Friedberg können zufrieden sein.

### Kernkapital und Kernkapitalquote

Die SSKA steigerte in 2016 ihr bilanzielles Kernkapital wieder-

rum und liegt mit einer Kernkapitalquote von 17,3 % deutlich über der von der Aufsicht geforderten Quote.

Die sich bis 2019 verschärfenden Kapitalanforderungen erfüllt die Stadtparkasse mit einem haftenden Eigenkapital von mehr als einer halben Milliarde Euro bereits jetzt.

Damit ist weiterhin eine gute Substanz vorhanden und die SSKA in der Lage, Kredite bereitzustellen und die weiteren Risiken des Bankgeschäfts abdecken zu können. Die Sparkassen sind die einzige Institutengruppe, die ihr Eigenkapital nur aus dem erwirtschafteten Gewinn dotieren kann. Das geht nur durch kontinuierliche Zuführungen. Angesichts der niedrigen Zinsspanne wird dies allerdings jedes Jahr anspruchsvoller.

### Kreditgeschäft als Treiber

Die Stadtparkasse Augsburg hat trotz verschärfter rechtlicher Rahmenbedingungen ihren Kreditbestand in 2016 weiter ausgebaut. Das Gesamtkreditvolumen stieg um 36 Mio. Euro auf 4.431 Mio. Euro. Die Kreditausfälle lagen auf erfreulich niedrigem Niveau.

Die Stadtparkasse Augsburg hat im vergangenen Jahr neue Darlehen in Höhe von 683 Mio. Euro an ihre Kunden zugesagt. Mehr als die Hälfte all dieser aus-

gereichten Darlehen wurden von Unternehmen und Selbstständigen (379 Mio. Euro) nachgefragt. Im privaten Kreditgeschäft (245 Mio. Euro) entfielen fast 90 % (212 Mio. Euro) der Darlehenszusagen auf den Wohnbau. Die Sparkasse konnte so viele Kunden beim Bau oder Erwerb von Immobilien sowie bei einer Geschäftserweiterung unterstützen. „Die gute Mietnachfrage einerseits sowie das niedrige Zinsniveau andererseits veranlassen gewerbliche Immobilieninvestoren auch in 2016, die Projektierung von neuen Vorhaben voranzutreiben“, so Dr. Walter Eschle, stv. Vorstandsvorsitzender.

„Im Wohnimmobiliengeschäft stellte die Knappheit an geeigneten Flächen einen limitierenden Faktor dar. Diese Flächenknappheit sowie der Wettbewerb um diese (wenigen) Flächen ließ die Grundstückspreise in 2016 signifikant ansteigen. Dieser Trend setzt sich auch im laufenden Geschäftsjahr fort.“

„In Bayern zählt die Stadtparkasse zu den vertriebsstärksten Sparkassen im Firmenkundengeschäft und wurde hierfür zum wiederholten Male auch 2016 vom Sparkassenverband Bayern ausgezeichnet, eine schöne Bestätigung unserer Arbeit“, findet Dr. Walter Eschle.

### Partner auch bei öffentlichen Darlehen und Existenzgründungen

Auch 2016 waren Förderdarlehen (KfW, LfA und LR-Bank) gefragt: von den 68 Mio. Euro Neugeschäft wurden über 40 % (29 Mio. Euro) für wohnwirtschaftliche Finanzierungen genutzt. Besonders erfreulich war, dass die SSKA für diese Beratungsunter-

Preisrekorde auf Bayerns Wohnimmobilien-Markt:

## Keine Entspannung in Sicht

Sparkassen-Finanzgruppe für stärkere Wohnungsbau-Förderung

**Auf dem Wohnimmobilienmarkt in Bayern zeichnet sich keine Entspannung ab. Die Situation wird weiterhin bestimmt von einer extrem starken Nachfrage sowohl durch Eigennutzer als auch durch Kapitalanleger, einem unverändert knappen Angebot und in vielen Regionen von weiter steigenden Preisen. Dieses Fazit zogen die Experten der Sparkassen-Finanzgruppe vor der Presse in München.**

Eine Lösung für die angespannte Lage, von der jetzt vor allem Immobilienverkäufer profitieren, sehen sie insbesondere in einer kräftigen Steigerung der Neubautätigkeit, der Förderung des Erwerbs von Wohneigentum und damit auch der deutlichen Steigerung der Wohneigentumsquote in Deutschland, die mit 45 % seit vielen Jahren eine der geringsten in Europa ist. Vorsichtig angedeutet wurde, dass es hierzulande „früher oder später“ zu einer Zinswende kommen könnte.

Der Immobilienmarkt in Bayern sei, so Franz Wirthner, Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Landesbausparkasse (LBS), geprägt von Ungleichgewichten. Der enorm starken Nachfrage stehe seit Jahren ein viel zu geringes Angebot gegenüber, und dies gelte weit über die städtischen Ballungsräume hinaus. Dafür gebe es mehrere Ursachen. So sei der Freistaat ein Zuzugsland. Bis 2035 werde die Bevölkerungszahl um etwa 700.000 auf 13,5 Mio. ansteigen. Gleichzeitig stiegen die Zahl der Singlehaushalte, die in manchen Städten schon die Hälfte aller Haushalte ausmachten, und der Wohnflächenbedarf pro Kopf, was selbst in Regionen ohne Bevölkerungszuwachs zusätzlichen Wohnflächenbedarf auslöse. Deshalb werde die Wohnungspolitik in die-

sem Jahr zu den wichtigsten Wahlkampfthemen zählen.

2016 wurden im Bayern rund 65.000 Wohneinheiten in neuen Wohngebäuden genehmigt. Das ist ein Viertel mehr als im Jahr zuvor. Rechnet man sonstige Wohneinheiten, etwa Dachgeschossausbauten, hinzu, waren es etwa 73.000. Damit wurde erstmals das Ziel von jährlich 70.000 neuen Wohneinheiten erreicht, das Bayerns Innenminister Joachim Herrmann seit vielen Jahren als erforderlich nennt. Da dieser Aufschwung aber noch keinesfalls den enormen Nachholbedarf kompensiere und die Nachfrage ungebrochen bleibe, müsse die Politik den Rahmen für mehr Neubau schaffen.

Dieser dürfe sich aber nicht einseitig auf den Mietwohnungsbau beschränken, sondern müsse gleichermaßen auch die Selbstnutzer umfassen. 59 % der Befragten in Bayern sähen nämlich die eigene Immobilie inzwischen als bestes Produkt für den Vermögensaufbau und damit auch für die eigene Altersvorsorge an. Vor fünf Jahren waren es erst 45 %. In dieser Steigerung zeigten sich die Auswirkungen der Null-Zins-Politik der Europäischen Zentralbank (EZB).

Um die Lage auf dem Immobilienmarkt zu entspannen, fordert Wirthner eine stärkere Förderung

des Erwerbs von Wohneigentum. Nach Feststellung des Pestel-Instituts werden in Deutschland nur 0,17 Promille des Bruttoinlandsprodukts zur Förderung der Bildung von Wohneigentum eingesetzt. In Frankreich, den Niederlanden und selbst in den USA sei diese Quote deutlich höher. Wirthner plädiert dafür, den Erwerb von Wohneigentum durch direkte Zuschüsse zu unterstützen, ergänzt um eine starke familienpolitische Komponente, zum Beispiel in Form einer Kinderzulage. Bei jungen Familien, „den Leistungsträgern unserer Gesellschaft“, reiche es vielfach nicht zur frühzeitigen Bildung von Wohneigentum, selbst wenn sie zu den solide verdienenden Haushalten gehörten.

### Sparförderung anheben

Sodann müsse die Sparförderung angehoben werden, um den Aufbau von Eigenkapital im Zinstief zu erleichtern. Das sei nötig, weil der Gesetzgeber immer strengere Vorgaben für die Kreditvergeber mache. Wohnungsbauprämie und Arbeitnehmersparzulage wären seiner Meinung nach geeignete Förderangebote. Aber diese beiden Instrumente seien seit über 20 Jahren nicht mehr an die allgemeine Lohn- und Preisentwicklung angepasst worden. Wohnungsbauprämie gebe es nur bis zu einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 25.600 Euro. Diese Grenze müsse angehoben werden. Die maximal

geförderte Sparleistung sollte auf 1000 Euro erhöht werden. Die Einkommensgrenzen für die Arbeitnehmer-Sparzulage seien parallel anzuheben.

Auch bei den Riester-Produkten sei eine Anpassung notwendig. Der Rechnungszins beim Wohnförderkonto, das zur Ermittlung der nachgelagerten Besteuerung im Ruhestand die geförderten Spar- und Tilgungsbeiträge erfasst, beträgt – gesetzlich festgelegt – 2 %. Diese Größenordnung sei angesichts des tatsächlichen Zinsumfeldes nicht zu rechtfertigen und sollte auf allerhöchstens 1 % abgesenkt werden. Angebracht wäre sogar eine völlige Abschaffung der Verzinsung. Die energetische Sanierung von Wohnimmobilien sollte als Fördertatbestand bei „Wohnriester“ zugelassen werden, was auch dem Klimaschutzziel der Bundesregierung diene. Eine gezielte Steuer- und Förderpolitik könne wieder Schwung in den Gebäudesanierungsmarkt bringen.

### Erschwingliche vier Wände

Trotz steigender Immobilienpreise bleibe in vielen Regionen Bayerns der Erwerb der eigenen vier Wände wegen der guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Freistaat, den steigenden Realeinkommen und den günstigen Kreditzinsen erschwinglich, erläuterte Paul Fraunholz, Geschäftsführer der Sparkassen-Immobilien-Vermittlungs-GmbH (Sparkassen-Immo). Allerdings habe die Bautätigkeit mit der steigenden Nachfrage, vor allem in den Ballungsräumen, nicht Schritt gehalten. Immobilien- und Baubranche würden mehr an den besonders nachgefragten Standorten investieren, wenn mehr Bauflächen ausgewiesen würden.

Nach Ansicht der Sparkassen-

Immo werden sich die Immobilienmärkte in Bayern weiterhin regional unterschiedlich entwickeln mit weiter steigenden Preisen an Standorten mit knappem Angebot. Insgesamt werde das Angebot an Bestandsobjekten konstant bleiben, das Angebot an Neubauobjekten in einigen Regionen zunehmen. Der Preisanstieg werde wohl etwas moderater ausfallen, bei weniger nachgefragten Objekten in schlechtem Zustand müsse mit Preisabschlägen gerechnet werden. Der bayerische Wohnimmobilienmarkt bleibe auch im laufenden Jahr sehr guter Markt für Verkäufer, stellt die Sparkassen-Immo fest, die ihre Position als Marktführer behauptet hat. Sie hat 2016 Immobilien-Transaktionen im Wert von 2,4 Mrd. Euro (+9 %) vermittelt.

Nach Darstellung von Roland Schmautz, Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern, haben Bayerns Sparkassen ihren Bestand an Wohnungsbaukrediten im Berichtsjahr um 5,3 % auf 66,8 Mrd. Euro ausgeweitet. Damit sei mehr als die Hälfte aller Sparkassen-Kredite in den Erwerb oder die Schaffung von Wohnraum gegangen.

Dass das Volumen neuer Wohnungsbaukredite mit 13,9 Mrd. Euro um 5,2 % geringer ausgefallen sei als ein Jahr zuvor, hänge einerseits damit zusammen, dass es 2015 eine Rekordsteigerungsrate von 27,6 % gegeben habe, „die nicht Jahr für Jahr zu wiederholen ist“, andererseits vor allem aber mit der Umsetzung der stark umstrittenen neuen europäischen Wohnimmobilien-Kreditrichtlinie, die in Deutschland besonders eng ausgelegt worden sei. Man begrüße es sehr, dass der Gesetzgeber die Umsetzung noch einmal überarbeiten und so besonders für junge Familien und Senio-

ren die Kreditaufnahme erleichtern wolle.

Nicht einverstanden ist man beim Sparkassenverband mit dem Entwurf für ein neues Finanzaufsichtsrecht-Ergänzungsgesetz, durch das die Bankenaufsicht künftig Immobilienblasen verhindern solle, indem sie Preisüberreibungen am Immobilienmarkt durch die Beschränkung der Neuvorgabe von Wohnungsbaukrediten entgegentritt. Diese weitgehenden Eingriffsbefugnisse entsprächen nicht der aktuellen Risikosituation im Wohnimmobilienmarkt. Die Kreditvergabe in Deutschland sei vorsichtig und kundengerecht. Neue regulatorische Vorgaben führten nur Mehraufwand ohne wirklichen Nutzen für die Kunden.

Da in Bayern erst ein Viertel der privaten Wohngebäude gegen Elementarschäden versichert ist und die Staatsregierung sich stufenweise aus der staatlichen Hilfe bei Naturkatastrophen wie etwa Hochwasser zurückziehen will, fordert der Verband die Immobilienbesitzer zu mehr Eigenverantwortung durch entsprechenden Versicherungsschutz auf. Die Absicht der Staatsregierung sei zu unterstützen, meinte Schmautz.

Die Wohnbaufinanzierung habe 2016 mit einem Effektivzins für private Wohnungsbaukredite von 1,62 % ein historisches Zinstief erreicht. Dies sollte jeder Kreditnehmer bei Entscheidungen über sehr lange Laufzeiten gut bedenken, „denn die Zinsentwicklung muss sich früher oder später wieder drehen“. Mit der Anhebung der amerikanischen Leitzinsen deute sich zwar auch hierzulande eine Trendwende an, ob sie aber auch für Deutschland nachhaltig sei, hänge vor allem von der EZB-Politik ab, stellt Schmautz sibyllisch fest.

dhg.

Deutscher Bankentag in Berlin:

## Beitrag zu stabilem Europa

**Mit dem Motto „Perspektiven schaffen, Europa stärken: Banken in der Verantwortung“ stand der Deutsche Bankentag in Berlin dieses Jahr ganz im Zeichen der EU. Die größte gesellschaftliche Veranstaltung des Bankenverbandes mit heuer rund 600 Teilnehmern aus Wirtschaft und Politik findet alle drei Jahre statt.**

Ob politische Unsicherheiten, wirtschaftliche Herausforderungen, regulatorische Vorgaben oder technologischer Umbruch: Die Bankenbranche muss sich derzeit mit vielen ersten Themen beschäftigen. Um Innovation und Wachstum zu sichern, brauche Europa starke, wettbewerbsfähige Banken, erklärte der Präsident des Bankenverbandes Hans-Walter Peters. Die Ertragslage der Institute sei aber noch nicht überall befriedigend, dies gelte auch für Deutschland. Zunächst seien vor allem die Banken selbst gefordert – mit neuen, auch digitalen Geschäftsmodellen, neuen Ertragsfeldern, aber auch weiteren Kostensenkungen.

Wichtig sei zudem, die von außen vorgegebenen Herausforderungen anzugehen. So belaste die ultralockere Geldpolitik der EZB Sparer, Wirtschaft und Banken. „Hier muss die EZB dringend den Einstieg in den Ausstieg aus der Nullzinspolitik finden, bevor Risiken und Nebenwirkungen – auch für die Finanzstabilität – überhand nehmen“, forderte der Bankenpräsident.

Zudem rief er die Politik dazu auf, sicherzustellen, dass die Bankenregulierung und „der damit verbundene gewaltige Aufwand in einem angemessenen Verhältnis zu der tatsächlichen Wirkung steht“. Hier gebe es viele berechtigte Zweifel. Zweifel kamen Peters auch beim Blick auf die europäische Bankenabgabe. Sie sei gut und habe sich bewährt. „Warum aber, so Peters, können Banken in Deutschland diese Abgabe nicht steuerlich geltend machen, so wie es der Logik des deutschen Steuerrechts entsprechen würde?“ Deutsche Kreditinstitute würden hier benachteiligt, ohne dass dies

plausibel und in irgendeiner Form notwendig wäre. Denn eine starke Volkswirtschaft wie die deutsche brauche Banken, die stark und stabil sind, die Erträge erwirtschaften und damit auch ihre Kapitalbasis weiter verbessern können und die dem Anspruch der Wettbewerbsfähigkeit gerecht werden.

Bundesbankpräsident Jens Weidmann verwies auf die Mitverantwortung der Zentralbanken an der schwierigen Ertragslage der Branche. „Die Erträge der Banken sind aus ganz unterschiedlichen Gründen unter Druck und wir Notenbanken sind daran nicht ganz unschuldig“, sagte er. „Je länger die Niedrigzinsphase anhält, desto größer dürfte die Belastung werden.“

Die schwache Ertragslage deutscher Banken werde aktuell maßgeblich durch den sinkenden Zinsüberschuss getrieben. „Die Ertragsschwäche ist aber grundsätzlich struktureller Natur“, stellte Weidmann fest. So wendeten Banken in Deutschland etwa zehn Cent mehr für einen Euro Ertrag auf als Banken im europäischen Durchschnitt. Der Notenbankchef warnte vor den Folgen einer zu rasch ausgeführten Zinswende. Eine lang anhaltende Niedrigzinsphase, die durch eine schnelle Zinswende beendet würde, wäre besonders ertragsbelastend für die Banken. „Umso wichtiger ist es deshalb, dass sich die Banken mit dem Thema Zinsänderungsrisiko auseinandersetzen und eine entsprechende Vorsorge treffen.“

Weidmann riet den Banken, „ihre Geschäftsmodelle auf den Prüfstand zu stellen und neue Geschäftsfelder zu erschließen“. Er hob vor allem die Möglichkeit hervor, durch die Digitalisierung Kosten zu sparen, denn sie erlau-

be es, Prozesse zu automatisieren und effizienter zu gestalten. Doch zunächst bedeute dies auch Ausgaben, zeigten doch aufsichtliche Überprüfungen von IT-Systemen, dass es hier erheblichen Nachhol-, sprich Investitionsbedarf gibt. Investitionen in die IT-Infrastruktur dienten aber nicht nur der Wettbewerbsfähigkeit der Banken, sie dienten auch der IT-Sicherheit.

Mit Blick auf das Thema Regulierung meinte Weidmann: „Mir ist bewusst, dass die gestiegenen Regulierungsanforderungen gerade die kleinen und mittleren Banken belasten.“ Für diese könne er sich jedoch Entlastungen vorstellen: „Ich denke dabei zum Beispiel an die Einführung von Bagatellgrenzen bei Offenlegungs- und Meldepflichten, unterhalb derer vereinfachte Regeln gelten oder manche Anforderungen ganz entfallen.“ Eine klare Absage erteilte er hingegen Überlegungen, die Kapitalanforderungen zu senken.

„Kritisch betrachtete Bundestagspräsident Norbert Lammert die Abkoppelung der Finanzmärkte von den Gütermärkten. „Allein in den letzten 25 Jahren hat sich das Volumen der Finanztransaktionen weltweit mehr als verfünffacht.“ Als weiteren Beleg nannte Lammert die zunehmende Kritik an der Sinnhaftigkeit mancher Finanzprodukte.

Der Bundestagspräsident sah zwar neue Einsichten, beklagte aber auch neue Versuche. Als erste Einsicht nannte er: „Märkte brauchen Regeln. Auf Finanzmärkte trifft das insbesondere zu.“ Und: „In keiner anderen Branche unserer Volkswirtschaft – nicht nur in Deutschland – hat es einen vergleichbaren Ehrgeiz gegeben, staatliche Regelungen auf ein Minimum zurückzuführen und ihnen dort wo sie vorhanden sind, erfolgreich auszuweichen.“ Vor allem die Globalisierung vereinfache Letzteres. **DK**



## Retten. Löschen. Schützen.

### Investieren Sie in die öffentliche Sicherheit

Nutzen Sie die günstigen Förderkonditionen des Investkredits Kommunal Bayern für Investitionen in die Sicherheit Ihrer Kommune, von Feuerwehr bis Hochwasserschutz. Näheres erfahren Sie unter ► [www.bayernlabo.de](http://www.bayernlabo.de) oder über die Hotline für Kommunen +49 89 2171-22004.

Das Förderinstitut der BayernLB



Positionspapier des Deutschen Städtetages:

## Fixpunkte für Sparkassen

Mit den gegenwärtigen Herausforderungen für Sparkassen befasst sich ein aktuelles Positionspapier des Deutschen Städtetags. Neue Standards bei der europäischen Bankenaufsicht sind auf die Regulierung internationaler Großbanken ausgerichtet und berücksichtigen zu wenig die Besonderheiten der Sparkassen. Zudem erfordern veränderte Markt- und Wettbewerbsbedingungen, die Digitalisierung des gesamten Wirtschaftslebens sowie veränderte Kundenansprüche eine Anpassung der Geschäftsstrategien.

In dem Positionspapier moniert der Deutsche Städtetag, „dass für ausschließlich regional tätige Kreditinstitute und ihre Geschäftsmodelle die europäischen Regelungen nicht angemessen sind“. Dem zentralen europäischen Prinzip der Subsidiarität folgend, seien „Differenzierung und Proportionalität bei der Bankenregulierung gerechtfertigt und erforderlich“.

### Bankenregulierung

Europäische Bankenregulierung müsse verhältnismäßig sein. Die deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken hätten auch in der akuten Phase der Finanzkrise stabilisierend für die Volkswirtschaft gewirkt. Insbesondere die Sparkassen als öffentlich-rechtliche, dezentrale Kreditinstitute in kommunaler Trägerschaft seien in besonderem Maße ihrer jeweiligen Region verpflichtet.

Unter der Kurzformel „Basel IV“ finden derzeit Verhandlungen um die Weiterentwicklung der internationalen Eigenkapitalvorgaben statt. Eine Folge dieser Verhandlungen könne eine weitere Erhöhung der Kapitalanforderungen auch für Sparkassen sein. Bei der Bewertung aller neuen Vorschläge des Baseler Ausschusses wie der EU-Kommission gilt laut Deutschem Städtetag als Gradmesser:

- Die europäische Bankenaufsicht und Bankenregulierung müssen primär auf die als global oder anderweitig systemrelevant definierten Banken ausgerichtet werden.
- Die ökonomischen, aber auch sozialen und politischen

Folgen von Rechtsetzungen und Steuerungsvorgaben sind abzuschätzen. Das ist erforderlich, um ungewollte Folgewirkungen zu vermeiden. Der nunmehr bis 2018 abzustimmende Regulierungsrahmen muss auch in der



Die deutschen Sparkassen: Stabilisatoren für die Volkswirtschaft.

Zukunft Investitionen in die öffentliche, speziell die kommunale Infrastruktur ermöglichen.

- Die Vorschläge der EU-Kommission müssen mit den Grundsätzen der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit vereinbar sein. Definierte systemrelevante Banken sind einem klaren international einheitlichen Regelwerk und einer europäischen Bankenaufsicht zu unterstellen. Die Regeln der Bankenregulierung sind auf die Komplexität, Größe und Geschäftsprofile der Banken abzustimmen.

Vorgaben der EU im Rahmen der Bankenaufsicht dürften nicht zu einer Benachteiligung der Sparkassen führen. Kleine, regionale Institute seien vor zu

hohem Aufwand und weiteren Kosten zu schützen. Insofern wird begrüßt, dass die EU-Kommission derzeit durchaus eine stärkere Berücksichtigung des Proportionalitätsprinzips avisiert.

„Das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe ist weiter zu stärken“, lautet eine weitere Forderung des Kommunalverbands. Es dürfe zu keiner Gefährdung bestehender, funktionsfähiger Institutssicherung durch europäische Einlagensicherungssysteme kommen. Die Vorschläge der EU-Kommis-

sion vom November 2015 zur Schaffung einer vergemeinschafteten Einlagensicherung werden abgelehnt.

### Einlagensicherungssystem

Ein europäisches Einlagensicherungssystem dürfe auch nicht dazu führen, dass hochrisikobehaftete Spekulationen gefördert oder in irgendeiner Form unterstützt werden. Vielmehr bedürfe es der vorrangigen Förderung nachhaltiger Geschäftsmodelle. Die bestehenden, funktionsfähigen Institutssicherungssysteme schaffen zum einen Vertrauen. Denn im Ernstfall werde nicht nur das Vermögen der Einleger, sondern das gesamte Institut durch Unterstützung der angeschlossenen Banken geschützt. Zum anderen könnten mit Hilfe dieser Systeme im Fall der Fälle mögliche Auswirkungen auf die Märkte durch Umstrukturierungen minimiert werden.

### Strukturen und Produkte entwickeln

Veränderte Markt- und Wettbewerbsbedingungen verlangen auch von den Sparkassen Anpassungen und die Fortentwicklung der Geschäftsstrategien. In enger Kooperation mit den kommunalen Trägern gilt es laut Deutschem Städtetag, das jeweilige Filialnetz zu justieren sowie zukunftsfähige Vertriebsstrukturen und Produktangebote zu entwickeln. Prägend für die Strategien seien der für das Geschäftsmodell rechtlich verankerte öffentliche Auftrag und die Einhaltung des damit verbundenen Regionalprinzips.

Eigenkapitalquoten und Risikotragfähigkeit deutscher Banken sind insgesamt deutlich gestiegen. Aktuell wird dem deutschen Bankensektor jedoch – durch das Niedrigzinsumfeld verstärkt – auch eine ausgeprägte Ertragsschwäche vonseiten der Deutschen Bundesbank attestiert. „Insbesondere für Kreditinstitute mit stark zinsabhängigen Geschäftsausrichtungen (wie Sparkassen- und Genossenschaftsbanken) könnte dies mittel- bis langfristig zum bankbetriebswirtschaftlichen Problem werden“, so der Verband. Sparkassen reagierten deshalb

auf die veränderten Umstände. Provisionserträge (insbesondere Kontoführungs- und Zahlungsverkehrsentgelte) würden ausgebaut und Verwahrtgelte zunehmend von Großkunden erhoben. Institute reagierten mit der Überprüfung der Geschäftsstrategien, Fusionen, Neuausrichtung des Filialnetzes und anderen Maßnahmen zur Kosteneinsparung.

Prägend für die Neuausrichtung vieler Institute seien die Digitalisierung des gesamten Wirtschaftslebens und Veränderungen bei den Ansprüchen der Kunden. Forcierte Digitalisierung sowie eine damit verbundene Anpassung der Vertriebsstrategie stellten für viele Sparkassen wesentliche Ansätze zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit dar. Neben wachsendem Kostendruck seien zu beobachtende Veränderungen im Kundenverhalten, vor allem junger Kundengruppen, wesentliche Motive für die angestoßene Technisierung.

### Analog oder digital?

Die Frage danach, wieviel analog und wieviel digital in der Region angeboten werden sollte, ist aus Sicht des Deutschen Städtetags nicht pauschal zu beantworten. Sparkassen folgten wie andere Finanzdienstleister dem Kundenwunsch, viele Leistungskanäle anzubieten. Unter Beachtung der neuen Geschäfts- und Kontaktmöglichkeiten über das Internet verändere sich die Erwartungshaltung der Kunden zu vor allem flexiblen Kontaktangeboten. Laut Positionspapier „ist das stationäre Vertriebsnetz möglichst optimal mit den neuen Möglichkeiten einer Multikanalstrategie zu verknüpfen. Der Kundenzugang zu den Leistungen der Sparkassen stehe im Fokus, ob nun persönlich oder digital.“

Entsprechend ihrem öffentlichen Auftrag sind Sparkassen wesentliche Finanzierungspartner der Kommunen. Die Kommunalfinanzierung war und ist in Deutschland ein risikoarmes Geschäft für Banken. „Eine Entwertung des risikoarmen Geschäfts durch Vorgaben zur Bankensteuerung gefährdet den Kommunalkredit“, heißt es weiter.

Eine Entwertung des risikoarmen Geschäfts im Rahmen der Bankensteuerung könne nicht hingenommen werden. Bankensteuerung sollte zwingend das Risiko der Geschäfte angemessen berücksichtigen, um die Motivation für risikoarme und damit margenarme Geschäfte für Kreditinstitute auch künftig zu erhalten.

Die Gemeinwohlorientierung der Sparkassen sei bei der Erfüllung des öffentlichen Auftrages maßgeblich. Sparkassen, so der Deutsche Städtetag, „genießen zu Recht das besondere Vertrauen der Bevölkerung und der lokalen Wirtschaft. In Abwägung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Institute einerseits und der Trägerinteressen andererseits entscheiden die zuständigen Gremien der einzelnen Sparkasse über mögliche Ausschüttungen. Transparenz bezüglich der Leistungen der Sparkassen zur Erfüllung ihres öffentlichen Auftrages kräftigt den engen Zusammenhalt zwischen den Instituten und ihren kommunalen Trägern.“

Die enge Bindung zwischen den kommunalen Trägern und ihren Sparkassen hat sich nach Auffassung des Kommunalverbandes „uneingeschränkt bewährt“. Die europäischen und nationalen aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Verwaltungsratsmitglieder in den Sparkassen müssten dem spezifischen Geschäftsmodell und der regionalen Verankerung der Sparkassen Rechnung tragen. **DK**

Stiftungsfachtagung 2017 in Berlin:

## Stiftungen als gesellschaftliche Kraft

Mit sämtlichen Bereichen der Stiftungsorganisation und der spezifischen Beziehung von Sparkassen und Stiftungen befasste sich die diesjährige Stiftungsfachtagung der Sparkassen-Finanzgruppe in Berlin. Anregungen für die fördernde und operative Arbeit von Stiftungen gaben zudem wie jedes Jahr Beispielprojekte sowie die Preisträgerprojekte des DAVID, der im Rahmen der Stiftungsfachtagung verliehen wurde.

„Die knapp 750 Stiftungen der Sparkassen-Finanzgruppe leisten als gemeinnützige Akteure einen wertvollen Beitrag für das Gemeinwohl in den Kommunen – und das mit viel Begeisterung und Einfallsreichtum. Unser besonderer Dank gilt den vielen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort für die erfolgreiche Arbeit“, so Georg Fahrenschon, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), in seiner Begrüßung.

### Möglichkeiten und Grenzen

In insgesamt 16 Fachthemensitzungen hatten die zahlreichen Teilnehmer im Anschluss wieder die Möglichkeit, sich über spezielle Themen umfassend zu informieren. So wurde beispielsweise aufgezeigt, wie das Thema Kundenstiftungen/Stiftergemeinschaft in den Sparkassen implementiert werden kann. Zudem wurden eine risikoreichere Geldanlage als Lösungsmöglichkeit erörtert sowie Möglichkeiten und Grenzen für Stiftungen diskutiert.

Den Rahmen für das Stiftungshandeln stellen Stiftungs- und Stiftungssteuerrecht. Experten präsentierten neueste Entwicklungen und widmeten sich aktuellen Fragestellungen, wie z. B. der Reform des Investmentsteuergesetzes oder stiftungsrechtlichen und stiftungssteuerrechtlichen Aspekten bei Kooperationen.

### Begriffswelten

Wenn das Kapital keinen Ertrag mehr bringt – wie kann eine Stiftung dann noch ihrem Auftrag für das Gemeinwohl nachkommen? Helfen hier alternative Kapitalanlagen, Mission Investing, Impact Investments, nachhaltige Anlageformen oder sogar Direktinvestitionen? In einer weiteren Sitzung wurde Klarheit in die derzeitige Begriffswelt gebracht.

Ferner wurden Grundlagen zu den volkswirtschaftlichen Zusammenhängen und Hintergründen der Niedrigzinssituation vermittelt und in Bezug zu den Sparkassen und Sparkassenstiftungen gebracht. Vor dem Hintergrund, dass gerade kleinere Stiftungen ihre Ressourcen zielgerichtet einsetzen müssen, wurden zudem Tipps vermittelt, wie gute Projektanträge den Aufwand in den Sparkassenstiftungen mindern können. Außerdem wurde erörtert, wie die Evaluation von Projekten zur Verbesserung der Stiftungsarbeit beitragen kann.

### Netzwerke schaffen Perspektiven

Mit den Mitteln der Stiftung das Gemeinwohl unterstützen – das ist das Ziel der Sparkassenstiftungen. Doch neben den Sparkassenstiftungen engagieren sich viele weitere Akteure wie öffentliche Einrichtungen, Vereine, Initiativen, Stiftungen, Unternehmen und Privatpersonen für die Regionen. Mittel im Sinne dieses gemeinsamen Ziels wirkungsvoller einzusetzen, dazu können Netzwerke

und Kooperationen beitragen. Anhand des „Netzwerks Stiftungen und Bildung“ wurde dargestellt, dass kooperatives Handeln im Kleinen beginnt, aber bereits große Wirkung haben kann. Wohin Netzwerke führen können, zeigte zum Beispiel der Bonner Bildungsfonds.

### DAVID-Verleihung

Zwei Projekte von Stiftungen der Sparkassen-Finanzgruppe zeichnete der Deutsche Sparkassen- und Giroverband mit dem DAVID aus. Dieser Preis für kleinere Stiftungsprojekte der Sparkassen-Finanzgruppe wird seit dem Jahr 2006 jährlich an herausragende Projekte verliehen, die trotz eines Budgets von unter 25.000 Euro eine große Wirkung entfalten. Durch Einfallsreichtum, die geschickte Wahl von Kooperationspartnern und maßgeschneiderte Maßnahmen gelingt es den Preisträgern, den Bedürfnissen in ihren Regionen zu begegnen.

In der Kategorie „Operatives Projekt“ wurde die Sparkassenstiftung im Rhein-Kreis Neuss ausgezeichnet. Mit ihrem Kinderbuch „Was glaubst Du? Weltreligionen in Grevenbroich“ werden Christentum, Islam und Judentum kindgerecht erklärt. Der Einbezug der unmittelbaren Umgebung der Kinder und alltäglicher Gebäude schafft einen hohen Realitätsbezug, wodurch das Buch wenig abstrakt und damit wirkungsvoll wird. Durch einen begleitenden Kunstwettbewerb werden die Kinder ermutigt, sich aktiv mit den Buchinhalten zu beschäftigen. Das Buch ist ein Beitrag zur Integration und Heimatkunde, sowie zum diesjährigen Reformationsjahr.

### Preis für Jugend-Theaterprojekt

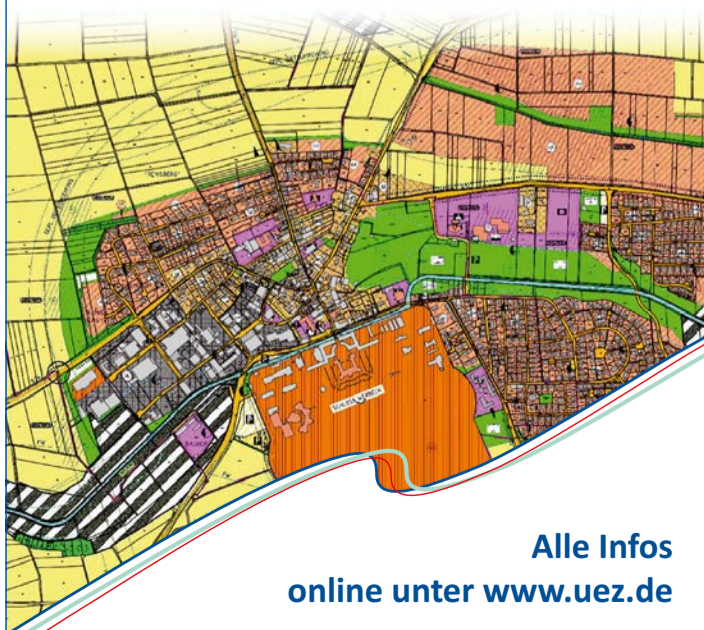
Für die Förderung ihres Jugend-Theaterprojekts wurde die Jugend-, Kultur-, Sport- und Sozialstiftung der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam in der Kategorie „Gefördertes/kooperatives Projekt“ geehrt. Mobbing und Cybermobbing sind Themen, die präsenter sind denn je. Insbesondere Cybermobbing ist eine durch die intensive Nutzung von Computern und Mobiltelefonen begünstigte Form des Mobbing, die sich immer mehr ausbreitet.

Das Theater Eukitea hat aus diesem Anlass Theaterstücke wie „Raus bist Du“, „Gut so“ und „I Like You“ entwickelt, mit denen sie junge und auch erwachsene Zuschauer auf sehr einfühlsame Weise für die Gefahren sensibilisiert. Neben den Themen Mobbing und Cybermobbing geht es in den Stücken außerdem um schwierige Lebenssituationen wie Gewalt und Grenzverletzungen an Kindern.

Die 748 Stiftungen der Sparkassen-Finanzgruppe sind Ausdruck und Teil der Gemeinwohlorientierung der Unternehmensgruppe. Insgesamt unterstützt die Sparkassen-Finanzgruppe gesellschaftliche Belange mit rund 470 Mio. Euro im Jahr. Sie ist der größte nicht-staatliche Kultur- und Sportförderer in Deutschland. **DK**



**Wir gestalten Zukunft mit geografischen Informationssystemen für Kommunen**



Alle Infos online unter [www.uez.de](http://www.uez.de)



## BayernInvest erzielt gutes Ergebnis

Im Geschäftsjahr 2016 steigt das Ergebnis vor Gewinnabführung auf 7,4 Mio. Euro

In einem herausfordernden Marktumfeld mit weiterhin andauernden niedrigen Zinsen sowie einem hohen Ertrags- und Regulierungsdruck blickt die Bayern Invest Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2016 zurück. Das verwaltete Vermögen stieg um 9,2 Prozent auf 71,50 (2015: 65,49) Mrd. Euro. Die Administration sowie das Management von Spezialfonds konnten kräftig zulegen: Das hier verwaltete Vermögen wuchs um 10,9 Prozent auf 63,04 (56,84) Mrd. Euro. Die Total Assets in den Bereichen Publikumsfonds und Vermögensverwaltung lagen mit 8,46 (8,65) Mrd. Euro geringfügig unter dem Vorjahresniveau.

Das Wachstum resultierte sowohl aus Zuflüssen von Bestandskunden als auch einem guten Neugeschäft. Die Steigerung der Provisionsergebnisse (ohne Sondererträge) auf 35,5 (35,2) Mio. Euro ist dabei vor allem auf die Zuflüsse bei den Spezialfonds zurückzuführen. Die Verwaltungsaufwendungen (ohne Sondereinflüsse) lagen auf dem Vorjahresniveau. Die Cost Income Ratio (CIO) konnte trotz umfangreicher Investitionen mit 79,6 (78,6) Prozent unter dem institutionellen Branchenrichtwert von 80 Prozent gehalten werden. Bei einem gestiegenen durchschnittlichen Eigenkapital belief sich der Return on Equity (RoE) auf 39,5 (46,1) Prozent, was nach wie vor einem guten Wert entspricht. Das Ergebnis vor Gewinnabführung erhöhte sich auf 7,4 (7,3) Mio. Euro und war damit eines der besten Ergebnisse seit Gründung der BayernInvest im Jahr 1989.

### Erweiterte Produkt- und Dienstleistungspalette

„Das weitere Wachstum der BayernInvest steht auf einem soliden Fundament“, sagt Dr. Volker van Rühl, Sprecher der Geschäftsführung der BayernInvest Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH. „Allerdings verändern die globale Niedrigzinssituation sowie der zunehmende regulatorische Druck für Investoren das Investmentumfeld entscheidend. Darauf haben wir rechtzeitig reagiert und für unsere Kunden die Produkt- und Dienstleistungspalette erweitert sowie unsere Innovationskraft weiterentwickelt.“ Institutionelle Investoren – wie Versicherungen, Versorgungswerke, Sparkassen und Versorgungswerke – profitieren dabei von dem dualen Geschäftsmodell der BayernInvest als Asset Manager und Master-KVG und der gebündelten Expertise aus einer Hand.

Im Bereich Asset Management legt die BayernInvest im Jahr 2017 – neben benchmarkorientierten Investments – den strategischen Fokus auf das Multi Asset Management, Risiko- und Overlay-Management, passiv gemanagte Mandate sowie Total Return Produkte, die auf einen stetigen positiven Ertrag durch akti-

ves Management ausgerichtet sind. Sie eröffnen die Chance, unterschiedliche Assetklassen auf Gesamtfondsebene unter Risiko- und Wertsicherungsaspekten flexibel zu steuern sowie das vorhandene Risikobudget effizient zu nutzen.

Dr. Volker van Rühl: „Angesichts niedriger Renditen müssen Investoren in liquide Assets zur Steigerung des Ertrags zunehmend bereit sein, höhere Kredit- und Aktienrisiken in globalen Portfolios zu übernehmen.“ Gleichzeitig wächst der Wunsch der Anleger auch in illiquide Alternative Investments zu investieren, um ein höheres Ertragsniveau ihrer Kapitalanlage zu erreichen. Ihnen bietet die BayernInvest beispielsweise im Rahmen von Vertriebskooperationen zukünftig Investments in Private Equity, Infrastruktur und Immobilien an.

### Administrationsexpertise weiter entwickelt

Neben der breiten Basis in der Administration für klassische Anlageklassen wird die Administrationsexpertise für Alternative Investments sukzessive ausgebaut. Als Plattform dient hier insbesondere die BayernInvest Luxembourg S.A., 100%ige Tochter der BayernInvest. Die Administration aller Assetklassen erfolgt auf der Systemarchitektur in München, so dass Investoren ein ganzheitliches Reporting über alle Investments und Fondsstrukturen erhalten.

„Im Fokus der strategischen Weiterentwicklung der Master-KVG stehen der Ausbau des ganzheitlichen Reportings sowie die Erweiterung der Servicepalette vor dem Hintergrund der zunehmenden regulatorischen Anforderungen auf Investorensseite“, sagt Katja Lammert, Geschäftsführerin der BayernInvest und zuständig für das Master-KVG-Geschäft. Auch mit dem weiteren Ausbau der IT-Landschaft sowie der Digitalisierung werden die Grundlagen für zukünftiges Wachstum gelegt. Dies bestätigte kürzlich die Ratingagentur TELOS GmbH, die die BayernInvest im Bereich Master-KVG mit der „Note 1“ (exzellent) und dem „Ausblick 1+“ bewertete. □

## Deutsche sparen 112 Euro monatlich

Die Deutschen sind wieder in Sparlaune: Das zeigt der aktuelle Spar- und Anlageindex von comdirect, der mit 104,8 Punkten um 8,5 Punkte angestiegen ist. Im Schnitt legte jeder Bundesbürger im März 112 Euro beiseite – das sind 4 Euro mehr als noch im Vormonat. Meist bleibt das Ersparnis dabei auf dem Girokonto: 55 Prozent der deutschen Sparer gaben an, das Girokonto zu präferieren. Beliebte Anlageprodukte sind darüber hinaus das Sparbuch (52 Prozent) oder das Tagesgeldkonto (35 Prozent).

Wertpapiere kaufen die Deutschen hingegen weiterhin nur zögerlich. „Die Menschen wollen kurzfristig über ihr Geld verfügen können. Dieses Verhalten ist nachvollziehbar und bis zu einem gewissen Maß ist das auch sinnvoll“,

sagt Kirsten Albers, Leiterin Banking bei comdirect. Der Preis für diese schnelle Verfügbarkeit ist aber hoch, wie die jüngste comdirect-Studie zum Realzinsverlust zeigt. Demnach verliert jeder deutsche Haushalt im Schnitt 872 Euro im Jahr durch Spareinlagen, deren Verzinsung unterhalb der Inflationsrate liegt. „Gerade für den langfristigen Vermögensaufbau sollten die Deutschen daher auch auf Wertpapiere setzen“, so Albers.

So legten die Deutschen im März ihre Ersparnisse an: 1. Girokonto (55 %), 2. Sparbuch (52 %), 3. Tagesgeld (35 %), 4. Bausparvertrag (33 %), 5. Bargeld (30 %), 6. Altersvorsorge (27 %), 7. Lebensversicherung (26 %), 8. Festgeld (18 %), 9. Fonds (17 %), 10. Aktien (13 %). □



Stellvertretender LfA-Vorstandsvorsitzender Dr. Hans Schleicher, Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner, LfA-Vorstandsvorsitzender Dr. Otto Beierl, LfA-Vorstandsmitglied Hans Peter Göttler (v.l.). □

## Erfreuliche Jahresbilanz der LfA Förderbank Bayern

Gesamtförderleistung von 2,74 Milliarden Euro Weiterhin starke Ertragskraft

Die LfA Förderbank Bayern zieht für das Jahr 2016 eine positive Bilanz: Im Hauptgeschäft mit programmgebundenen Förderkrediten verzeichnete die staatliche Spezialbank mit 1,62 Milliarden Euro erneut ein Zusagevolumen auf hohem Niveau.

Zusammen mit den Konsortialdarlehen (825 Millionen Euro) und Globaldarlehen (45 Millionen Euro) ergibt sich bei der Kreditvergabe insgesamt ein deutlicher Zuwachs von 18,1 Prozent auf 2,49 Milliarden Euro. Die Gesamtförderleistung für den Wirtschaftsstandort Bayern, d. h. inklusive Risikoübernahmen, liegt bei 2,74 Milliarden Euro (2015: 2,35 Milliarden Euro).

Zum 31. Dezember 2016 betrug die Bilanzsumme 22,097 Milliarden Euro und lag damit leicht über dem Vorjahresniveau (2015: 22,016). Die Kernkapitalquote (Tier 1) betrug 17,3 Prozent (2015: 22,3 Prozent). Der Rückgang ist dabei einer Methodikumstellung geschuldet. Das Kernkapital ist gestiegen.

### Über 4.400 neue Arbeitsplätze

Bayerns Wirtschaftsministerin und LfA-Verwaltungsratsvorsitzende Ilse Aigner erklärt: „Die Förderleistung der LfA für die bayerische Wirtschaft ist beeindruckend: Im Jahr 2016 konnten allein mit den Förderkrediten über 4.000 Gründer und mittelständische Betriebe unterstützt werden. Mit den Fördermitteln wurden Investitionen in Höhe von gut 2,1 Milliarden Euro angestoßen. Das stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe und schafft Wachstum und Arbeitsplätze in Bayern. So konnten mit Hilfe der LfA fast 115.000 Stellen gesichert und über 4.400 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.“

„Die erfreuliche Jahresbilanz 2016 spricht für sich: Unser Angebot ist bei den bayerischen Unternehmen gefragt. Im Fokus standen insbesondere Gründungen, Unternehmensübernahmen und Betriebserweiterungen. Denn auch bei niedrigen Zinsen bestehen für kleine und mittlere Unternehmen Finanzierungsnachteile gegenüber Großbetrieben. Die gleichen wir mit unseren passgenauen Förderkrediten aus und können den Mittelstand auch bei Zukunftsthemen wie der Digitalisierung unterstützen“, so Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA.

Die bayerischen Kommunen haben 2016 Förderkredite in Höhe von rund 141 Millionen für Infrastrukturinvestitionen nachgefragt. Besonders im Fokus standen Kredite zum Ausbau der Breitbandnetze mit einem Zuwachs von über 60 Prozent. „Mit unserer Unterstützung konnten die 184 geförder-

ten Städte und Gemeinden Infrastrukturprojekte mit einem Volumen von rund 298 Millionen Euro stemmen“, ergänzt Dr. Beierl.

Die LfA ist seit 1951 die staatliche Spezialbank zur Förderung des Mittelstands in Bayern. Die Förderkredite werden grundsätzlich bei den Hausbanken der Unternehmen beantragt und über diese ausgereicht. Um den Wirtschaftsstandort Bayern zu stärken, unterstützt die LfA auch Infrastrukturvorhaben. □

## Erfolgreiche Partnerschaft mit den Sparkassen

510 Millionen Euro an LfA-Förderkrediten zugesagt Mehrwert für den bayerischen Mittelstand

Im vergangenen Jahr haben die bayerischen Sparkassen rund 510 Millionen Euro an Förderkrediten der LfA Förderbank Bayern vergeben. Mit einem Anteil von rund 35 Prozent des gesamten Förderkreditvolumens sind die Sparkassen für Existenzgründer sowie den Mittelstand in Bayern ein zentraler Partner zur Finanzierung von Investitionen und Innovationen.

Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, erklärt: „Aus der Mittelstandsfinanzierung der bayerischen Sparkassen sind die zinsgünstigen LfA-Förderdarlehen nicht wegzudenken. Als Hausbank unserer Firmenkunden binden wir die Förderkredite mit ein und sehen darin einen essentiellen Beitrag zur Wirtschaftsförderung in Bayern. Denn mittelständische Unternehmen, Gründer und Kommunen in Bayern genießen hier reale substantielle Unterstützung für ihre Investitionsvorhaben. Die Förderprodukte der LfA bleiben bei uns deshalb fest in die Beratung integriert.“

### Mehrwert für Mittelstand

„Mehrwert für den bayerischen Mittelstand – das schafft unsere erfolgreiche Partnerschaft mit den Sparkassen. Von der Antragstellung bis zur letzten Auszahlung erhalten die Unternehmen ihre Finanzierung aus einer Hand. Gleichzeitig profitieren sie von den attraktiven Konditionen unseres För-

derangebots mit günstigen Zinssätzen, langen Laufzeiten und Zinsbindungen. Allein in 2016 haben die Sparkassen über 2.100 Förderkredite an den



SVB-Präsident Dr. Ulrich Netzer. □

bayerischen Mittelstand zugesagt. Unternehmerische Ideen können so finanziert und Arbeitsplätze am Standort gesichert sowie neue Stellen geschaffen werden“, so Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA. □

Jetzt kostenlos informieren:  
0800 0 372 372

**Gemeinsam stark.**  
**Kommunale Partnerschaften.**

Als kommunal geprägtes Unternehmen unterstützen wir seit mehr als 50 Jahren zahlreiche Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Südbayern. Mehr über unsere zukunftsweisenden Energielösungen erfahren Sie online oder unter 089 68003-0.

**www.esb.de/kommunen**

Hoher Investitionsbedarf der bayerischen Kommunen:

## 500 Mio. Euro für Hochbaumaßnahmen

„Der Freistaat ist ein verlässlicher Partner seiner Kommunen. Auch in diesem Jahr können wir unsere Kommunen in ganz Bayern mit insgesamt 500 Millionen Euro bei ihren Hochbaumaßnahmen unterstützen“, kündigte Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder an.

Der Freistaat Bayern fördert in diesem Jahr allein im Regierungsbezirk Schwaben Schulbaumaßnahmen und Bauaufwendungen für Kindertageseinrichtungen mit 54 Millionen Euro. Mit den Mitteln werden in Schwaben heuer beispielsweise diese Projekte mit folgenden Beträgen unterstützt: Landkreis Augsburg, Ersatzneubau des Staatlichen Beruflichen Schulzentrums Neusäß: 4.100.000 Euro; Landkreis Dillingen a. d. Donau, Erweiterung, Umbau und Sanierung des Johann-Michael-Sailer-Gymnasiums Dillingen a. d. Donau: 3.400.000 Euro; Stadt Gersthofen, Ersatzneubau der Mittelschule Gersthofen mit Ganztagsbereich: 2.242.000 Euro. Die Zuweisungen werden durch die Regierung von Schwaben verteilt.

Im Regierungsbezirk Mittelfranken werden Schulbaumaßnahmen und Bauaufwendungen für Kindertageseinrichtungen und Theater mit 72,7 Millionen Euro gefördert. Beispiele sind: Zweckverband Senefelder Schule

Treuchtlingen, Ersatzneubau der Senefelder Schule Treuchtlingen mit Sporthalle und Außensportflächen: 4.000.000 Euro; Stadt Schwabach, Umbau und Generalsanierung eines Teilbereiches des Alten Deutschen Gymnasiums für die Staatliche Berufsschule Schwabach: 2.500.000 Euro; Stadt Erlangen, Erweiterung und Generalsanierung des Ohm-Gymnasiums: 2.500.000 Euro.

### Unterfranken

Schulbaumaßnahmen und Bauaufwendungen für Kindertageseinrichtungen und Theater werden im Regierungsbezirk Unterfranken mit 32,5 Millionen Euro gefördert. Unter anderem werden folgende Projekte unterstützt: Landkreis Haßberge, Generalsanierung und Erweiterung der Dr.-Ernst-Schmidt-Realschule Ebern: 2.600.000 Euro; Zweckverband Schulzentrum Haßfurt, Generalsanierung des Schulzentrums Haßfurt: 2.500.000 Euro; Land-

kreis Miltenberg, Generalsanierung des Johannes-Butzbach-Gymnasiums in Miltenberg: 2.000.000 Euro.

### Oberfranken

Allein im Regierungsbezirk Oberfranken fördert der Freistaat Bayern Schulbaumaßnahmen und Bauaufwendungen für Kindertageseinrichtungen und Theater mit 44,3 Millionen Euro. Mit den Mitteln werden unterstützt: Landkreis Bamberg, Generalsanierung und Erweiterung der Realschule Scheßlitz: 2.000.000 Euro; Stadt Hof, Teilsanierung der Berufsschule mit Einbau einer Schulkantine: 2.000.000 Euro; Landkreis Forchheim, Generalsanierung des Ehrenbürg-Gymnasiums in Forchheim: 1.500.000 Euro.

Im Regierungsbezirk Oberpfalz werden Schulbaumaßnahmen und Bauaufwendungen für Kindertageseinrichtungen mit 43 Millionen Euro gefördert. Beispiele sind: Landkreis Regensburg, Generalsanierung, Umbau und Erweiterung des Gymnasiums Neutraubling sowie Schaffung von weiteren Räumen für die Ganztagsbetreuung: 2.496.000 Euro; Stadt Regensburg, Generalsanie-

rung der Grundschule Napoleonsstein mit Neubau einer Sporthalle: 2.039.794 Euro; Landkreis Cham, Staatliche Berufsschule Cham: Neubau für die Fachbereiche Kfz und Metall: 2.000.000 Euro.

Schulbaumaßnahmen und Bauaufwendungen für Kindertageseinrichtungen werden im Regierungsbezirk Niederbayern mit 34,2 Millionen Euro gefördert. Unter anderem werden folgende Projekte unterstützt: Landkreis Deggendorf, Ersatzneubau des Robert-Koch-Gymnasiums im Schulzentrum Deggendorf: 3.500.000 Euro; Stadt Regen, Generalsanierung der Grund- und Mittelschule mit Ganztagschule: 1.253.000 Euro; Stadt Waldkirchen, Ersatzneubau der Emerenz-Meier-Mittelschule: 1.250.000 Euro.

Der Freistaat Bayern fördert in diesem Jahr im Regierungsbezirk Oberbayern Schulbaumaßnahmen und Bauaufwendungen für Kindertageseinrichtungen mit 164,7 Millionen Euro. Mit den Mitteln werden beispielsweise folgende Projekte unterstützt: Landkreis Fürstentumbruck, Neubau und Erstaussstattung der Berufsschule Fürstentumbruck: 5.070.000 Euro; Landeshauptstadt München, Neubau der Fachakademie für Sozialpädagogik und der Berufsfachschule für Kinderpflege, Ruppertstraße: 4.800.000 Euro; Schulverband Odelzhausen, Neubau der Grund- und Mittelschule Odelzhausen: 4.740.000 Euro.

Bayerns Kommunen können grundsätzlich auch in diesem Jahr wieder dringliche Baumaßnahmen an Schulen und Kindertageseinrichtungen zeitnah angehen. Viele Kommunen planen insbesondere im Schulbaubereich mehrjährige Investitions- sowie Sanierungsprogramme. Die Fördermittel für den kommunalen Hochbau sind Minister Söder zufolge „Bestandteil des unverändert kommunalfreundlichen bayerischen Haushalts, in dem jeder vierte Euro für Gemeinden, Landkreise und Bezirke vorgesehen ist“. Der Löwenanteil davon wird über den kommunalen Finanzausgleich abgewickelt, der 2017 mit fast neun Milliarden Euro ein Rekordvolumen aufweist. **DK**

Pressekonferenz der Europa- und Weltmeister im Bauberuf Zimmerer der Karrierechancen in dieser Branche dar. „Alle Bauberufe haben gemein, dass sie bleibende Werte schaffen, die in Jahrzehnten noch stolz von den Erbauern gezeigt werden können. Werte schaffen ist ein Teil von Zufriedenheit im Leben und steht im direkten Zusammenhang mit der Sinnhaftigkeit des Lebens“, so Auracher. Der LVB-Sprecher, der selbst Unternehmer und Ausbilder ist, betonte, dass die Bauberufe in diesen unruhigen Zeiten weitgehend krisensicher sind. Diese Werte würden offensichtlich von vielen Eltern und Kindern wieder entdeckt.

Die Frühjahrsumfrage der Landesvereinigung Bauwirtschaft hat ein Kernproblem der Baubranche hinterfragt, die Entsorgung von HBCD-haltigen Dämmstoffen. Zwar hatte die Bundesregierung im Januar diese Stoffe für ein Jahr von der Einstufung als gefährlicher Abfall befreit, dennoch haben etliche Betriebe nach wie vor Probleme. Die Hälfte der in Bayern betroffenen Bau- und Ausbaubetriebe sieht laut Umfrage keine Entspannung, obwohl die Verbrennung von Styropor in Müllverbrennungsanlagen wieder rechtlich problemlos möglich ist. Rund ein Viertel der betroffenen Unternehmen beklagt, dass die Preise für die Entsorgung weiter steigen. Der LVB-Sprecher fordert eine schnelle Lösung in diesem Jahr, damit die Betriebe nicht im nächsten Jahr vor neuen Entsorgungspässen stehen. **□**

## Förderung des kommunalen Hochbaus

Rund 5,3 Millionen Euro für Erlangen und Möhrendorf

Aufgrund des hohen Investitionsbedarfs der bayerischen Kommunen hat der Freistaat die Fördermittel für den kommunalen Hochbau nach dem Finanzausgleichsgesetz 2017 um mehr als 70 Millionen Euro auf 500 Millionen Euro aufgestockt. In diesem Zusammenhang hat Innen- und Bauminister Joachim Herrmann jetzt ca. 5,3 Millionen Euro für 16 kommunale Hochbauprojekte in seiner Heimatstadt Erlangen und der Gemeinde Möhrendorf bereitgestellt.

Mit den Fördermitteln unterstützt der Freistaat wichtige Projekte für die mittelfränkische Region vor allem im schulischen Bereich und bei der Kinderbetreuung, führte Herrmann aus. Dies seien wichtige Investitionen in die Zukunft. Neben der Erhöhung der Fördermittel auf 500 Millionen Euro in 2017 was einen Anstieg um mehr als 16 % gegenüber dem Vorjahr bedeute, sei der bisherige Fördersatz-Orientierungswert für Gemeinden mit durchschnittlicher finanzieller Lage um 10 % auf jetzt 50 % angehoben worden. Dies sei wichtiges Signal und eine spürbare Entlastung für unsere Kommunen erklärte der Bauminister abschließend. **rm**

### Psychiatrie:

## Die ersten Patienten sind aufgenommen

Neues Zentrum für seelische Gesundheit soll das Lohrer BKH entlasten

Würzburg. Drangvolle Enge im Lohrer Bezirkskrankenhaus soll bald der Vergangenheit angehören: Um das chronisch überbelegte BKH zu entlasten, baute der Bezirk Unterfranken drei Jahre lang für 26 Millionen Euro in Würzburg eine neue Psychiatrie. Am 5. April bezog der erste Patient sein Zimmer, aktuell werden zehn Menschen mit Depressionen, Ängsten und Psychosen behandelt. Am 29. April wird das „Zentrum für seelische Gesundheit“ ausgewählten Gästen erstmals offiziell präsentiert.

An einer Depression zu leiden, bedeutet heute noch immer, Vorurteilen, Berührungsängsten und Misstrauen ausgesetzt zu sein. Allein durch die Art und Weise, wie und wo gebaut wurde, will die neue Psychiatrie laut Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel dem Stigma „Seelische Krankheit“ entgegenwirken. Das Zentrum ist eng an das orthopädische König-Ludwig-Haus (KLH) des Bezirks angebunden und teilweise mit der somatischen Klinik verbunden. Das Wort „Psychiatrie“ nimmt kaum einer, der hier arbeitet, in den Mund. „Wir heißen ‚Zentrum für seelische Gesundheit am König-Ludwig-Haus‘“, betont leitender Oberarzt Martin Hauschild.

### Gemeinsamer Eingang

Die Frage, ob jemand, der das Gebäude künftig als Patient betritt, körperlich oder seelisch krank ist, sollte sich gar nicht stellen. Der geplant gemeinsame Eingang, der noch gebaut werden muss, will zum Ausdruck bringen, dass dies keinen Unterschied bedeutet. „Es gibt auch eine gemeinsame Aufnahme für alle Patienten“, erläutert Ottmar Zipperich, Baureferent des Bezirks.

Erst nach der Aufnahme trennen sich die Wege. Patienten mit Problemen an der Wirbelsäule oder der Hüfte begeben sich zu den orthopädischen Stationen. Patienten, die unter Depressionen, akuten Belastungsreaktionen oder Wahnvorstellungen leiden, beziehen ein Zimmer im Anbau. Das neue MRT, das von der Uni Würzburg betrieben wird, nutzen wiederum alle Patienten gemeinsam.

für eine solche Entscheidung könnte sein, dass man lieber weiter weg behandelt werden möchte, wo man weniger wahrscheinlich Menschen trifft, die man kennt. Aber auch das Konzept der neuen Psychiatrie könnte für die Wahl ausschlaggebend sein.

### Fokus auf Bewegung

„Wir wollen einen Schwerpunkt auf Bewegung setzen“, sagt Martin Hauschild. Dem in Gemeinden wohnenden Psychiater zufolge, der 20 Jahre lang im Lohrer Bezirkskrankenhaus tätig war, setzt sich die Erkenntnis immer stärker durch, wie wichtig Bewegung für psychisch kranke Menschen ist. Dabei gehe es nicht darum, Rekorde aufzustellen: „Deshalb sprechen wir auch von ‚Bewegung‘ und nicht von ‚Sport‘.“ Die Patienten sollen erfahren, wie gut es tut, morgens einen Spaziergang zu unternehmen. In einem der größeren Therapiebereiche wird getanzt und Yoga geübt. All dies sind Möglichkeiten, so Hauschild, jenseits des Tablettschluckens etwas für sich zu tun.

### Kaum Krankenhauscharakter

Was die Inneneinrichtung angeht, wurde versucht, dem neuen Bau so wenig „Krankenhauscharakter“ wie möglich zu verleihen. Die Zimmer sind hell, haben ausnahmslos einen Internetzugang und wurden mit gemütlichen „Lümmelbänken“ entlang der Wände ausgestattet. Zu den Highlights im Therapiebereich gehört eine großzügig eingerichtete Küche, in der gemeinsam gekocht wird.

Dass die neue Psychiatrie bald voll belegt sein wird, daran besteht kaum ein Zweifel. Steigt doch die Zahl der seelisch kranken Menschen stetig an. Vor allem Depressionen gelten mittlerweile als Volkskrankheit. Die Wahrscheinlichkeit, im Laufe des Lebens an einer Depression zu erkranken, wird derzeit auf bis zu 15 Prozent geschätzt. **Pat Christ**

Gute Stimmung im Bayerischen Bau- und Ausbaugewerbe:

## Sehr gute Perspektiven in allen Berufen

Das bayerische Bau- und Ausbaugewerbe befindet sich in guter Stimmung. Damit steigt auch das Ausbildungsengagement der Unternehmen sehr deutlich. In Summe befinden sich inzwischen rund 30.000 junge Menschen in einer Ausbildung in den Bau- und Ausbauberufen. Laut Frühjahrs-Konjunkturbarometer der Landesvereinigung Bauwirtschaft Bayern (LVB) hat sich die Einschätzung der Handwerker, verglichen mit dem Vorjahr, noch einmal stark verbessert.

Rund zwei Drittel der mehr als 2.000 befragten Unternehmen bewertet die eigene Geschäftslage mit gut oder sehr gut, nur drei Prozent sind unzufrieden. Trotz der zurückliegenden üblichen Winterflaute haben sich auch die Umsätze und Gewinne besser entwickelt als im Vorjahr. Der Auftragsbestand ist auf den höchsten Wert in einem Winter seit dem Jahr 2004 gestiegen. Im Ausbaugewerbe sind die Auftragsbücher rund 10 Wochen voraus gefüllt, im Bauhauptgewerbe rund 13 Wochen. Nur noch vier Prozent der Ausbau- und fünf Prozent der Baubetriebe klagt über schlechte Aufträge.

LVB-Sprecher Hans Auracher spricht von einer „bemerkenswert soliden Geschäftsbasis“ für die kommenden Monate und sieht das Bau- und Ausbaugewerbe als „Konjunkturlokomotive des Handwerks und der Gesamtwirtschaft“. Auracher verweist auf die seit Jahren stetige Nachfrage im Wohnungsbau. Er betont, dass steigende Baugenehmigungen jedoch nicht automatisch fertige Wohnungen bedeuten. Daher bleibe der Neubau in vielen Regionen

weit hinter Bedarf. Erfreulich sei, dass der Öffentliche Bau deutlich anziehe. Das Wachstum im Wirtschaftsbau gehe dagegen nur moderat nach oben. Zwar klagt noch rund jeder zehnte Handwerker über schlechte Baupreise, aber die negativen Nennungen gehen auch hier zurück.

Das bayerische Bau- und Ausbaugewerbe startet sehr optimistisch in das Sommerhalbjahr. Zwei Drittel der Bautriebe erwarten in den nächsten Monaten gute Geschäfte und Umsätze, wobei der Optimismus im Ausbausektor besonders stark ausgeprägt ist. Die negativen Prognosen der Unternehmen sind verschwindend gering. „Mit diesen gut gefüllten Auftragsbüchern und den positiven Geschäftserwartungen steigt folglich der Bedarf der Unternehmen an zusätzlichen Mitarbeitern“, stellt Auracher fest. Fast jeder fünfte Betrieb will laut Umfrage der Verbände zusätzliches Personal einstellen. Nur sechs Prozent sehen sich gezwungen, Jobs abzubauen. Allerdings, so Auracher, sei der Bedarf an neuen Mitarbeitern größer als das Angebot. „Der

Nachwuchsmangel hemmt das Wachstum vieler unserer Betriebe“, so der LVB-Sprecher. Daher hat die Landesvereinigung Bauwirtschaft Bayern in diesem Frühjahr die Entwicklung der Ausbildungsplätze besonders unter die Lupe genommen. Die Umfrage zeigt, dass sich die Lehrlingszahlen im bayerischen Bau- und Ausbaugewerbe insgesamt positiv entwickeln, und deutlich besser als in vielen anderen Branchen.

So ist zum Beispiel bei den bayerischen Baubetrieben die Zahl der neuen Lehrverträge im Jahr 2016 um fast sieben Prozent, verglichen mit dem Vorjahr, gestiegen. Man freue sich über diese positive Trendwende und darüber, dass die insgesamt 18 Bauberufe bei jungen Menschen wieder so attraktiv geworden sind, so Auracher. Rund 2.000 junge Menschen befinden sich in der Ausbildung in den Zimmererberufen, im Metallbau sind es etwa 3.200. In den Handwerksberufen des Bereichs Sanitär, Heizung und Klimatechnik ist die Zahl der neu abgeschlossenen Lehrverträge auf den höchsten Stand seit 15 Jahren geklettert. Die Unternehmen aus dem Bereich Garten- und Landschaftsbau konnten die Zahl der Lehrstellen in den vergangenen fünf Jahren um fünf Prozent steigern und erwarten für die nächsten Jahre stabile bis leicht steigende Azubizahlen. 16 Prozent mehr junge Leute haben sich im vergangenen Herbst für eine Ausbildung in den Berufen Maler und Lackierer entschieden. In der Ausbildung zum Fahrzeug- und Metalllackierer stieg das Interesse sogar um 20 Prozent. Neue Berufsbilder werden in nächster Zeit die Spezialisierungsmöglichkeiten noch erweitern. Zufrieden zeigte sich der LVB-Sprecher auch mit der Entwicklung im Schreinerhandwerk, wo die Zahl der Azubis stabil gehalten werden konnte. Für das Zimmerergewerbe stellte in der

### Kindergärten in Holzständerbauweise Neubauten/Anbauten



- eigene witterungsunabhängige Produktion
- keine Baufeuchte
- gute Schallschutzeigenschaften
- nachhaltig aus regionalem Fichtenholz
- hoher Vorfertigungsgrad
- ideale Wärmeisolation
- integrierte Technik
- Festpreisgarantie



84323 Massing • Tel. 087 24/88-0 • Fax 88-500 • info@laumer.de • www.laumer.de

GZ-Interview mit Bauoberrat Wolf Opitsch:

## Wie man als Kommune Holzbauweise durchsetzt

In München-Bogenhausen entsteht in den nächsten Jahren auf dem Gelände der ehemaligen Prinz-Eugen-Kaserne die mit rund 500 Wohneinheiten größte zusammenhängende Holzbausiedlung Deutschlands. Im Stadtplanungsreferat der Landeshauptstadt dafür zuständig ist Bauoberrat Wolf Opitsch.

**GZ:** Herr Opitsch, wie haben Sie definiert, dass die Gebäude in Holzbauweise zu errichten sind? Mit dem Bebauungsplan?

**Wolf Opitsch:** Nein, nicht mit dem Bebauungsplan. Der war erstens schon da, als die Entscheidung fiel, auf dem Gelände eine ökologische Mustersiedlung zu errichten. Und zweitens ist der Bebauungsplan nicht unbedingt das geeignete Instrument dafür. Er definiert die Verteilung der Gebäude und Freiflächen, die Geschosshöhen und die Nutzungen. Wichtig war uns hier vor allem auch eine gute funktionale und soziale Durchmischung. Das Baumaterial definierten wir erst später: bei der Grundstücksvergabe.

**GZ:** Wie haben Sie das gemacht?

**Wolf Opitsch:** Zunächst mussten wir festlegen, ab wann ein Gebäude mit Holzbauteilen überhaupt ein Holzhaus ist. Holzgebäude werden gerade im Geschosswohnungsbau aus Brandschutz- und Schallschutzgründen oft als Hybridkonstruktionen mit mehr oder weniger hohen Stahl-

beton-Anteilen ausgeführt. Deshalb haben wir uns zunächst einmal fachlich beraten lassen, vor allem von Annette Hafner, Pro-



Bauoberrat Wolf Opitsch, Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung.

fessorin für Ressourceneffizientes Bauen an der Ruhruniversität Bochum. Als Bemessungseinheit legten wir schließlich die Masse nachwachsender Rohstoffe bezogen auf die Wohnfläche fest: kg

Nawaros / qm WF. Dann definierten wir ausgehend von bereits realisierten Beispielprojekten für die verschiedenen Gebäudeklassen erreichbare Holzanteil-Standards – sogenannte Nawaro-Stufen – und entwickelten ein darauf zugeschnittenes Förderprogramm.

**GZ:** Wie wurden die Grundstücke vergeben?

**Wolf Opitsch:** Da die Nachfrage sehr hoch war, mussten wir sowieso ein Bewerbungsverfahren durchführen und konnten

da bestimmte Vergabekriterien definieren. So musste jeder Bewerber auf seinem Bewerbungsbogen ankreuzen, welche der drei Nawaro-Stufen er zu realisieren bereit ist. Die meisten gaben die mit dem höchsten Holzanteil an. Die besten Konzepte kamen in die Endauswahl, unter denen wir dann die Grundstücke vergeben konnten bzw. verlost.

**GZ:** Wie sieht das Förderprogramm aus?

**Wolf Opitsch:** Wir unterscheiden zwischen zwei Gebäudetypen: dem Typ A mit 2-3 Geschossen und dem Typ B mit 4-7 Geschossen. Typ A entspricht Gebäudeklasse 3. Der Holzbau lässt sich hier ohne allzu großen Mehraufwand realisieren und wird von uns mit 0,70 Euro/kg Nawaros gefördert. Typ B entspricht den Gebäudeklassen 4 und 5, bedeutet einen höheren Mehraufwand und wird von uns deshalb mit 2,00 Euro/kg gefördert.

**GZ:** Werden andere ökologische Kriterien auch gefördert?

**Wolf Opitsch:** Für Energieeffizienz und Erneuerbare Energien gibt es die allgemeinen Förderprogramme der KfW, des Freistaats Bayern und der Landeshauptstadt München abgerufen werden. Bei diesem Projekt fördern wir zusätzlich nur das, was die anderen Förderprogramme ausblenden: die für den Klimaschutz wichtige CO<sub>2</sub>-Bindung durch Baumaterialien aus nachwachsenden Rohstoffen.

**GZ:** Welche Ratschläge würden Sie einer anderen Kommune geben, die eine Holzhaus-Siedlung realisieren will?

**Wolf Opitsch:** Wichtig sind vor allem drei Dinge: Erstens saubere Definitionen, zweitens

Aufgaben zu erwerben. Der Bayerische Städtetag hat sich an die Bundes- und Landespolitik gewandt mit der Forderung, dass Landwirte zeitlich befristet eine steuerliche Ermäßigung für Grundstücksveräußerungen an Städte und Gemeinden erhalten. Erzielt ein Landwirt Einnahmen aus landwirtschaftlicher Tätigkeit aufgrund einer Veräußerung von Grundstücken an die Gemeinde, müssen Reinvestitionsmöglichkeiten auf bewegliche Wirtschaftsgüter erweitert und weitere steuerliche Ermäßigungen geschaffen werden.

Insbesondere muss ein Grundfreibetrag zweckgebunden für Grundstücksveräußerungen an Städte und Gemeinden und deren kommunale Wohnungsunternehmen für den Mietwohnungsbau geschaffen werden, der das Baugrundstück für das mehrgeschossige Wohnhaus und die erforderliche Infrastruktur umfasst. Bei diesem Modell geht es nicht um neue Steuern – im Gegenteil. Es soll ein Anreiz entstehen, nicht mehr benötigte, ehemals landwirtschaftlich genutzte Flächen an Kommunen zur Schaffung von sozialem Wohnraum zu veräußern. Im Gegensatz dazu würde die Wiedereinführung einer Grundsteuer C auf bebaubare Grundstücke den tatsächlichen Herausforderungen nur beschränkt gerecht werden.

Gerade in den Ballungsräumen verzeichnen Grundstücke eine Wertsteigerung, die mit einer weiteren Steuer nur beschränkt korrigiert werden könnte, zumal diese als „Strafsteuer“ empfunden würde. Zudem würde die Erhebung einer Grundsteuer C Verwaltungskapazitäten vieler Kommunen überschreiten. Sie setzt auch keinen Anreiz, an die Kommune zu veräußern – und nicht an Investoren für Luxuswohnungen. Deshalb lehnt der Bayerische Städtetag die Wiedereinführung einer Grundsteuer C ab. **Quelle:ldBST**

## Vorbereitende Studie für ökologische Mustersiedlung

Die Energieeinsparverordnung (EnEV) und die KfW-Förderprogramme sind ganz auf die Nutzungsphase fokussiert und blenden den Energiebedarf für das Bauen selbst konsequent aus. Dabei gibt es hier enorme Einsparpotenziale. Vor allem der Energiebedarf für die Herstellung von Baumaterialien ist oft sehr hoch – und bei Baumaterialien aus nachwachsenden Rohstoffen niedrig. Noch größer sind die Unterschiede beim Treibhausgas CO<sub>2</sub>, denn Baumaterialien aus nachwachsenden Rohstoffen setzen bei ihrem natürlichen Wachstum keine großen Mengen CO<sub>2</sub> frei, sondern binden große Mengen CO<sub>2</sub>.

Deshalb wurde für die Konzeption der ökologischen Mustersiedlung im Münchner Prinz-Eugen-Park wissenschaftlich untersucht, welche Anforderungskriterien sinnvoll sind und wie sie sich praxisnah definieren und umsetzen lassen. Die Studie ist auf der Website des Lehrstuhls für ressourceneffizientes Bauen der Ruhr-Universität Bochum veröffentlicht und lässt sich als PDF herunterladen: **Kurz-URL: <http://t1p.de/hjje>** □

ein Förderprogramm und drittens eine Qualitätssicherung. Qualitätssicherung bedeutet: eine kompetente fachliche Beratung während aller Projektphasen sowie bei der Planung im Holzbau erfahrene Architekten oder Bauteams aus Architekten und Holzbaunternahmen. Wenn städtebaulich sinnvoll, sind für den Bebauungsplan Gebäude in der Gebäude-

klasse 3 – also mit 2-3 Geschossen – empfehlenswert, weil sich da die Holzbauweise aktuell noch am einfachsten realisieren lässt. Und die Grundstücke sollten in gewissen Abständen verkauft und bebaut werden, damit die ausführenden Unternehmen nicht an ihre Leistungsgrenzen stoßen.

**GZ:** Herr Opitsch, herzlichen Dank für das Gespräch. □



## HOLZBAU IST UNSERE PASSION. DAS KANN MAN SEHEN.

- Öffentliche Bauwerke
- Gewerbliche Bauwerke
- Wohnbauwerke
- Sonderbauwerke

[www.müllerblaustein.de](http://www.müllerblaustein.de)

## Anreize zur Mobilisierung von Bauland schaffen

Der Mangel an geeigneten und bezahlbaren Wohnungen spitzt sich in den bayerischen Städten weiter zu. In den Ballungsräumen und in vielen Hochschulstädten sind die Wohnungsmärkte überhitzt. Der dringende Bedarf von Familien, alleinstehenden Eltern, von Arbeiterinnen und Arbeitern, von Studentinnen und Seniorinnen, aber auch von anerkannten Flüchtlingen an bezahlbaren Wohnungen kann vielerorts trotz größter Anstrengungen nur unzureichend befriedigt werden.

Dabei erhöht sich der Druck auf die Ballungsräume und auf die zentralen Orte der ländlichen Räume. Die neuesten Zahlen des Landesamts für Statistik in den Regionalisierten Bevölkerungsvorausrechnungen bis 2035 zeigen das deutlich auf: Für die Stadt Nürnberg berechnet das Landesamt eine Zunahme der Bevölkerung von 510.000 im Jahr 2015 auf knapp 535.000 im Jahr 2035 um 4,9 Prozent. Im benachbarten Fürth soll die Bevölkerung von 124.000 im Jahr 2015 auf 136.000 im Jahr 2035, also um knapp zehn Prozent, anstei-

gen. In der Stadt Regensburg steigt die Bevölkerung von 145.000 auf 159.000, also um 9,3 Prozent. Die Landeshauptstadt München wächst von 1,45 Millionen auf 1,65 Millionen Menschen im Jahr 2035.

### Eklatanter Wachstumsdruck

Der dramatische Wachstumsdruck ist aber längst kein Phänomen der Großstädte mehr: Der Landkreis Regensburg wächst sogar leicht stärker als die Stadt, nämlich um 9,4 Prozent. Der

Landkreis Erding östlich der Landeshauptstadt wächst um 15,6 Prozent, also um zwei Prozent schneller als die Landeshauptstadt; der Landkreis Dachau westlich der Landeshauptstadt gar um 17,2 Prozent. Die Region München, mit derzeit 2,85 Millionen Einwohnern, wächst bis 2035 auf 3,25 Millionen Menschen an. Das sind 400.000 Menschen, die Wohnungen benötigen, die Kindergartenplätze suchen, die Schulplätze brauchen, die in der Region mobil sein wollen. Raum für Wohnungen und für die hierfür erforderliche Infrastruktur ist in diesen Regionen Mangelware. Bebaubare Grundstücke finden sich oft nur noch in Baulücken. Größere Entwicklungsflächen sind eine Seltenheit. Darüber hinaus zeigen viele Private, darunter auch Landwirte, derzeit wenig Bereitschaft, Flächen selbst zu bebauen oder zu verkaufen. Grundstücke werden für die Nachkommenschaft aufbewahrt oder in Erwartung steigender Baulandpreise gehalten.

### Komplizierte Instrumente

Instrumente des Baugesetzbuchs zur Baulandmobilisierung sind kompliziert, zeitintensiv und streitanfällig. Natur- und artenschutzrechtliche Vorgaben, aber auch Vorgaben zum Lärmschutz beschränken die Entwicklungsmöglichkeiten der Städte. Die Städte suchen nach Werkzeugen, brach liegende Grundstücke und nicht mehr genutzte Liegenschaften einer bedarfsorientierten Nutzung zuzuführen. Diese Werkzeuge fehlen. Oft kämpfen die Städte in mühevollen Verhandlungen mit einzelnen Grundstückseigentümern um wenige tausend Quadratmeter Bauland. Der Erfolg dieser Verhandlungen ist überschaubar und macht Investoren aufmerksam, die oft größere Summen zahlen können. Die kommunalen Spitzenverbände überlegen deshalb Lösungen im Steuerrecht, die es den Kommunen möglich machen, Grundstücke zur Erfüllung öffentlicher

## Rudolf-Winterstein-Grundschule erhält gebrauchtes Schulgebäude

Eine weitläufige Schulanlage, großzügige Grünflächen mit Spielmöglichkeiten, große helle Unterrichtsräume und eine moderne technische Ausstattung zeichnen die Rudolf-Winterstein-Grundschule im bayrischen Kösching aus und schaffen beste Voraussetzungen für erfolgreiches Lernen.

Um dem engagierten Team von hochqualifizierten Lehrkräften auch zukünftig optimale Rahmenbedingungen für ihre wertvolle pädagogische Arbeit zu gewährleisten, hat die Rudolf-Winterstein-Grundschule in vier neue Klassenräume investiert und ein gebrauchtes Schulgebäude von Heinkel Modulbau, Blaubeuren erworben.

### Perfekt integriert

In nur drei Wochen hat Heinkel Modulbau das Schulgebäude an seinem ursprünglichen Standort abgebaut, nach Kösching transportiert und auf dem Schulgelände der Rudolf-Winterstein-Grundschule aufgebaut.

Obwohl gebraucht, steht das Schulgebäude den Bestandsge-

bäuden in nichts nach und ist perfekt in die Umgebung integriert. Die Räume sind großzügig geschnitten. Der hochwertige Innenausbau entspricht den Bestandsgebäuden und bietet optimale Lern- und Lehrbedingungen.

### Projektdaten

- Eingeschossiges Schulgebäude mit einer Gesamtfläche von 310 qm
- lichte Raumhöhe 2,75 m
- vier Klassenräume, breiter Mittelflur
- Fassade: Lärcheschalung
- hochwertige Innenausstattung: Fermacellplatten, Glasfasertapeten, Akustikdecke
- Ausführung nach Schulbau- und GUV-Richtlinie. □

## Straßenunterhaltszuschüsse für Kommunen:

## Deutliche Schieflage

Wegscheider Bürgermeister Josef Lamperstorfer mahnt Korrekturen an

Im Rahmen der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München wurden die Schwerpunkte für die Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich 2018 thematisiert. Dabei verwies der Bürgermeister des Marktes Wegscheid, Josef Lamperstorfer, auf die Schieflage bei den Straßenunterhaltszuschüssen für Kommunalstraßen im ländlichen Raum und plädierte für Korrekturen. Damit traf er auf offene Ohren beim stellvertretenden Geschäftsführer des Bayerischen Landkreistages, Emil Schneider, da es bei den Straßenunterhaltspauschalen für Landkreisstraßen erstmals gelang, die Landkreislflächen zu berücksichtigen. KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle hatte seinerseits darauf hingewiesen, dass sich für eine Änderung in der Vergangenheit keine Mehrheiten gefunden hätten.

Aufgrund eines Beschlusses des Bezirksvorstandes der KPV Niederbayern wird sich dieser nunmehr der Themas annehmen. Darüber hinaus leiteten örtliche CSU-Abgeordnete Finanzminister Dr. Markus Söder entsprechende Unterlagen zu und baten um Unterstützung.

Fakt ist: Die Flächenkommunen haben bei wenig Einwohnern und damit geringer Finanzkraft viele Kilometer Gemeindestraßen (Gemeinde-, Markt- bzw. Stadtstraßen) zu finanzieren. Zahlreichen Kommunen ist es allerdings nicht mehr möglich, diese Straßen ordnungsgemäß instand zu halten, so dass deren Zustand sich von Jahr zu Jahr verschlechtert.

Für den Unterhalt der eigenen Straßen erhalten die Kommunen sog. Straßenunterhaltszuschüsse aus dem KFZ-Steueranteil. Dieser Anteil wurde in den Jahren 2003/2004 von 65 auf 42,8 Prozent reduziert. Zwischenzeitlich beträgt er wieder 52,5 Prozent. „Ebenso wie der Bayerische Gemeindegtag fordern wir wieder eine Anhebung auf 65 Prozent“, so Lamperstorfer. Jedoch sollen die Straßenunterhaltspauschalen nicht prozentual erhöht werden, da die bisherige Ungleichbehandlung

der Kommunen dadurch noch verstärkt werde. Vielmehr sollen alle Kommunen im Freistaat die Straßenunterhaltszuschüsse entsprechend den festgestellten kommunalen Straßenkilometern bekommen.

Bisher erhalten rund 1.800 bayerische Kommunen Straßenunterhaltspauschalen je Kilometer Gemeindestraße und die restlichen finanzstarken 250 Kommunen den festgeschriebenen Anteil am KFZ-Steueranteil, der wesentlich höher sein kann als die Kilometerpauschale.

## Unterhaltszuschüsse staffeln

Nachdem alle im kommunalen Eigentum stehenden Straßen feststehen, sollte Lamperstorfer zufolge die geforderte Erhöhung am KFZ-Steueranteil dazu verwendet werden, die Straßenunterhaltspauschalen zu erhöhen und den Erstattungsbeitrag der 250 wirtschaftsstarke Kommunen so lange einzufrieren, bis sich die Beträge angeglichen haben. Auch plädierte der Wegscheider Bürgermeister dafür, die Straßenunterhaltszuschüsse wie bei den Landkreislflächen zu staffeln, d.h. je mehr kommunale Straßenkilometer

und je weniger Einwohner, desto höher der Erstattungsbeitrag je Kilometer. „Somit werden bei den Kreisstraßenunterhaltszuschüssen die besonderen Bedürfnisse des ländlichen Raumes berücksichtigt, nicht jedoch bei den Unterhaltszuschüssen der ‚Gemeindestraßen‘“, betonte Lamperstorfer und ergänzte: „Hier könnte der Erhöhungsbeitrag am Kfz-Steueranteil für den Einstieg in einen Staffelsatz verwandt werden und damit ein Teil der großen finanziellen Aufwendungen für den Unterhalt der ‚Gemeindestraßen‘ auch durch landwirtschaftliche Fahrzeuge abgedeckt werden.“

## Die Leidtragenden

Wie der Rathauschef erläuterte, sind „insbesondere die Kommunen im ländlichen Raum mit großen Gemeindeflächen, vielen Kilometern Gemeindestraßen und wenigen Einwohnern“ Leidtragende der bisherigen Regelung. Eine zusätzliche Belastung der Gemeinden im ländlichen Raum entstehe dadurch, dass Sanierungen von Straßen mit geringer Breite auch nicht nach dem BayGVFG förderfähig sind. Leider stünden auch für die Umsetzung des „Kernwegenetzes“ trotz Umengungen von Planungskosten und Arbeitsstunden in den ILES keine Mittel zur Verfügung. Ebenso decke die Winterdienstpauschale bei weitem nicht die entstehenden Aufwendungen (Beispiel Wegscheid: Der Winterdienstpauschale von 31.290 Euro stehen Winterdienstkosten von jährlich ca. 150.000 Euro gegenüber).

Laut Lamperstorfer spricht gerade auch das Argument des

Bayerischen Finanzministeriums, wonach ein Großteil der Straßenunterhaltskosten aus den allgemeinen Steuereinnahmen abgedeckt werden muss, für eine Staffelungsregelung auch bei den Gemeindestraßenunterhaltszuschüssen. Durch eine Staffelungsregelung könnte endlich eine Flächenkomponente im Finanzausgleich der Gemeinden

berücksichtigt und damit der ländliche Raum gestärkt werden. Die Marktgemeinde Wegscheid beispielsweise setzt sich aus 84 Ortsteilen zusammen und hat dadurch große Aufwendungen bei der Straßeninfrastruktur.

„Nachdem die kommunale Familie aufgrund der guten finanziellen Situation des Frei-

staats Bayern auch im Jahr 2018 hofft, dass sich der Anteil der Kommunen beim Finanzausgleich erhöhen wird, könnten mit der Berücksichtigung dieser Vorschläge wichtige strukturelle Entwicklungen eingeleitet werden, ohne dass die bisher begünstigten Kommunen finanzielle Einbußen hätten“, so Lamperstorfer abschließend. **DK**

## „Stadtplanung - an alles gedacht“

Fachforum der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau und des Bayerischen Gemeindegtags in Regensburg

Um auf die Ingenieurleistungen für die kommunale Planung aufmerksam zu machen, richtete die Bayerische Ingenieurekammer-Bau das Fachforum „Stadtplanung an alles gedacht“ aus. Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit dem Bayerischen Gemeindegtag organisiert, aus dessen Reihen auch viele der rund 60 Teilnehmer kamen. Der Business Club der Continental Arena in Regensburg bot den würdigen Rahmen.

Dr.-Ing. Werner Weigl, 2. Vizepräsident der Kammer, lobte in seinem Grußwort die enge Zusammenarbeit mit dem Gemeindegtag. Aus aktuellem Anlass gingen Dr. Weigl und Josef Mend,

1. Vizepräsident des Bayerischen Gemeindegtags, gesondert auf das Vergaberecht ein. Mend machte deutlich, dass die Kommunen praktikable Lösungen bei Stadtplanung und Vergabe bräuchten.

Nach einem Impulsreferat von Dipl.-Ing. Roland Pfauntsch

wurde das Thema Stadtplanung anhand zweier Projektbeispiele konkretisiert.

## Standortsicherung und Betriebserweiterung

Im ersten Teil sprachen Dipl.-Ing. Hans-Günter Kanderske, Vorsitzender des Arbeitskreises Stadtplanung der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau, Dipl.-Ing. Christoph Stöberl, Kling Consult Planungs- und Ingenieurgesellschaft und Rechtsan-

walt Mathias Reitberger, Meidert und Kollegen über die Aufgabe von Stadtplanern, Ingenieuren und Juristen bei der Standort-sicherung und Betriebserweiterung.

Janine Ott und Dipl.-Ing. Werner Norgauer von BBI INGENIEURE GMBH stellten anschließend typische Beispiele der Unzulänglichkeiten in der Bauleitplanung vor. Nicht selten stelle sich bei der Bearbeitung der technischen Erschließungsplanung auf Grundlage eines bereits rechtskräftigen Bebauungsplans heraus, dass darin wesentliche Kriterien einer wirtschaftlichen Erschließung außer Acht gelassen wurden. So werde im B-Plan oft der Topographie des Geländes kaum Beachtung geschenkt oder die Trassierung der Erschließungsstraßen lasse eine vernünftige Befahrbarkeit nicht zu. Die Folge seien unnötig hohe Erschließungskosten.

An einem Beispiel zeigten sie auf, wie bereits in der Bauleitplanung die technische Erschließungsplanung erarbeitet wurde und deren Erkenntnisse in den B-Plan einfließen. So wurde im konkreten Fall eine sinnvolle und wirtschaftliche Erschließung in schwierigem Gelände erreicht. **DK**

## Kooperation der Regionen Bayreuth und Wunsiedel:

## Leerstand als Chance

In der Region Ost-Oberfranken entstehen immer häufiger Leerstände, obwohl die Lebensqualität hoch ist, ausreichend und günstiger Wohnraum zur Verfügung stünde und die Möglichkeiten für selbstständiges Arbeiten gegeben wären. Andererseits müssen sich immer mehr Menschen in oder am Rande von Ballungszentren mit teurem Wohnraum zufrieden geben. Dort Mangel, hier Überangebot; aber Angebot und Nachfrage kommen nicht zusammen.

Für Abhilfe soll nun ein gemeinsames Handlungskonzept für den Aufbau eines effektiven, aktiv gegensteuernden „Leerstandsmanagements“ sorgen, das die beiden Regionalmanagements Stadt und Landkreis Bayreuth und Landkreis Wunsiedel aktuell entwickeln. Die beiden Regionen bzw. Regionalmanagements mit den Landräten Dr. Karl Döhler, Wunsiedel, und Hermann Hübner, Bayreuth, haben eine formelle Kooperation geschlossen, die vom Bayerischen Finanz- und Heimatministerium als vorbildlich bezeichnet wird. Mittlerweile

hat auch der Landkreis Hof bzw. das dortige Regionalmanagement Interesse, sich enger in das Projekt einzubinden.

## Gegenstrategie entwickeln

Dieses zielt darauf ab, eine aktive Gegenstrategie zum zunehmenden Gebäudeleerstand sowie Nach-, Um- und Zwischennutzungskonzepte zu entwickeln. Auch sollen Neunutzer, insbesondere aus den Ballungsregionen, akquiriert werden. Besonderes Augenmerk liegt auf dem Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft und der digi-

talen Unternehmen sowie auf neuen Gemeinschaftsformen des Arbeitens (coworking).

Primäre Zielgruppe ist die heimische Bevölkerung, die es gilt, in der Region zu halten. Aber auch junge Kreative, Existenzgründer und umsiedlungswillige Familien oder Senioren aus den Ballungsregionen sind erwünscht.

Interessierte Personen, egal ob Immobilien-Besitzer oder Wohn-/Gewerberman-Suchende, die sich am Projekt beteiligen möchten, können sich unter [www.freiraumlebensfichtelgebirge.de](http://www.freiraumlebensfichtelgebirge.de) melden. **DK**

## Häuser und Wohnungen brauchen bald auch ein Radonattest

In knapp einem Jahr tritt die neue EU Verordnung in Kraft wonach beim Verkauf bzw. der Vermietung von Häusern und Wohnungen nicht nur die Dämmleistung sondern auch die Radondurchlässigkeit attestiert werden muss. Dann muss ein zertifizierter Prüfer bestätigen dass die Konzentration von Radon im Gebäude nicht über 300 Bq/m<sup>3</sup> liegt. Bisher galten 1000 Bq als Richtwert. Etwa 15 % der Gebäude in Österreich und Deutschland sind davon betroffen. Die WHO hat 100 Bq als Richtwert empfohlen – doch dieser Wert wird wie die Ablehnung von Glyphosat von der Politik ignoriert.

Radon ist ein Edelgas, das an zweiter Stelle der Ursachen für Lungenkrebs liegt und in Österreich, aber auch in der EU in vielen Gegenden an die Oberfläche gelangt und durch die feinen Ritzen und Poren auch von Stein und Beton dringt und sich in Räumen sammelt und anreichert. Ist man dieser Konzentration länger ausgesetzt, kann das zu Lungenkrebs führen. Normales Lüften hilft zwar, reicht aber nicht aus. Radon zerfällt nach dem Einatmen in der Lunge und die Zerfallprodukte „bestrahlen“ die Lunge, was wiederum zu Karzinomen führen kann.

Es ist nicht nachvollziehbar, warum dieses Thema nicht kommuniziert wird – zumal bereits jetzt bei Renovierungen

und Neubauten diese Pflicht zur Dokumentation bedacht werden sollte. Doch die dafür zuständige Organisation begnügt sich offenbar nach Inkrafttreten der neuen Norm zu strafen anstatt bereits jetzt für eine Lösung zu sorgen.

## Was tun gegen Radon?

Gegen Radon schützt nur eine dichte Bodenplatte bzw. das auf-tretende Radon muss durch bauliche Maßnahmen ins Freie abgeleitet werden bevor es in die Wohnung kommt. Denn Radon kumuliert in den Räumen.

Es gibt diverse Optionen, um Radon draußen zu halten. Eine davon ist, man baut die erdberührende Bodenplatte auf

IGLU Hohlkörpern, die über Rohre mit der Außenluft verbunden sind. Die Zuluft wird an der Nord- oder Ostseite knapp über dem Erdniveau angesaugt und auf der gegenüberliegenden Seite knapp unter dem Plafond bzw. über einen nicht mehr benötigten Kamin abgeleitet. Dadurch entsteht ein Kamineffekt, der 24 Stunden am Tag und an 365 Tagen im Jahr ohne separate Energiezufuhr funktioniert. Aufsteigendes Radon wird so – wie übrigens auch Feuchtigkeit – kontinuierlich ins Freie abtransportiert.

## Elemente in unterschiedlichen Größen

IGLU Elemente gibt es von 4 cm aufwärts, wobei jene mit 16 cm Höhe ideal sind, weil sie mit handelsüblichen Rohren mit 10 cm DM verbunden werden können. Die IGLU Elemente werden bei Neubauten oder General-Renovierungen auf einer Lage Magerbeton verlegt, bewehrt und mit einer Lage Beton überzogen. **DK**

TV BAYERN ★

LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.



Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region








\* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter: [www.tvbayernlive.de](http://www.tvbayernlive.de)

# Gütesicherung während der Baumaßnahme

Kanalbau in offener Bauweise – Verdichtungsprüfungen

In der Gütesicherung RAL-GZ 961 sind Mindestanforderungen zur Fachkunde, technischen Leistungsfähigkeit und technischen Zuverlässigkeit definiert. Im Einzelnen betrifft dies Anforderungen an Erfahrung und Zuverlässigkeit des Unternehmens bzw. Personals, an die Qualifikation des Personals und dessen regelmäßige Schulung, an Betriebseinrichtungen und Geräte, an Nachunternehmer und die Dokumentation der Eigenüberwachung.

Als ein Element der Qualitätssicherung während der Baumaßnahme haben sich Unternehmen mit RAL-Gütezeichen Kanalbau dementsprechend verpflichtet, eine Eigenüberwachung auf Grundlage vorhandener Muster zu führen. Im Rahmen dieser Eigenüberwachung kontrolliert ein Mitarbeiter je nach Baufortschritt u.a. Angaben zur Ausführungsplanung, statische Nachweise der Bauteile, Bauwerke und Baubehelfe, Angaben zur Sicherstellung von Lastannahmen sowie Dichtheits- und Verdichtungsnachweise.

## Anforderungen an die Verdichtung

Die häufigste Ursache für Rohrschäden sind auf Fehler bei der Verdichtung von Rohrbettung, Seitenverfüllung oder Abdeckung zurückzuführen. Um Lastkonzentrationen auf das Rohr zu vermeiden, ist eine einheitliche Verdichtung im Bereich der gesamten Leitungszone notwendig. Die Rohrgrabenverfüllung im Straßenraum muss – als Planum des Straßenoberbaus – die Tragfähigkeitsanforderungen der einschlägigen Vorschriften erfüllen (z.B. ZTV A-StB 12, ZTV E-StB 09). Der Grad der Verdichtung muss unabhängig davon mit den Angaben in der statischen Berechnung für die Rohrleitung übereinstimmen. Der erforderliche Verdichtungsgrad ist durch Messung nachzuweisen.

## Verfüllung und Verdichtung des Leitungsgrabens

Eine mangelhafte Ausführung der Bettung und eine unzureichende Verdichtung der Leitungszone – insbesondere der oberen Bettungsschicht sowie der Seitenverfüllung – führen zu einer statischen Mehrbeanspruchung des Rohres, deren Größe ein Vielfaches der vorgeesehenen Belastung erreichen

kann. Für eine fachgerechte Rohrbettung darf deshalb nur verdichtungsfähiger Boden verwendet werden. Gut verdichtbar sind nicht bindige bis schwach bindige, grobkörnige und gemischtkörnige Böden. Hierunter fallen die Bodengruppen gemäß DIN 18196: GW, GI, GE, SW, SI, SE, GU, GT, SU, ST.

## Bedeutung der Verdichtung

Die Verdichtung hat wesentlichen Einfluss auf die Setzung des Bodens und damit auf die Lastkonzentration und Spannungsverteilung, die wiederum für die Langlebigkeit der Kanäle und Leitungen entscheidend ist. Bei der Verdichtung werden die Porenräume des Füllmaterials durch eine mechanische Einwirkung von Verdichtungsgeräten verringert oder minimiert. Die obere Bettungsschicht ist sorgfältig einzubauen, um sicherzustellen, dass die Zwickel unter dem Rohr mit verdichtetem Material verfüllt sind. Die Seitenverfüllung stellt die seitliche Stützung des Rohres sicher. Ein Ausweichen des verdichteten Bodens der Leitungszone in weniger dicht gelagerte Bodenschichten des umgebenden Bodens muss dauerhaft verhindert werden.

## Auswahl der Verdichtungsgeräte

Grundsätzlich darf in der Leitungszone nur von Hand oder mit leichten Verdichtungsgeräten verdichtet werden. Es ist unbedingt darauf zu achten, dass die Rohrleitung dabei nicht zur Seite oder in der Höhe verschoben wird. Die mechanische Verdichtung der Hauptverfüllung direkt über dem Rohr sollte erst erfolgen, wenn eine Schicht mit einer Mindestdicke von 300 mm über dem

Rohrscheitel eingebracht worden ist.

Die Wahl des Verdichtungsgerätes, die Zahl der Verdichtungsdurchgänge und die zu verdichtende Schichtdicke sind auf das zu verdichtende Material und die einzubauende Rohrleitung abzustimmen. Der Boden ist lagenweise einzubauen und zu verdichten. Die Anzahl der Übergänge und die Dicke der eingebauten Schicht sind an das verwendete Verdichtungsgerät anzupassen.

Um Schäden an verlegten Rohr zu vermeiden, dürfen mittlere und schwere Verdichtungsgeräte erst eingesetzt werden, wenn eine Überdeckungshöhe (im verdichteten Zustand) von mindestens 1,00 m über Rohrscheitel vorhanden ist. Bei der Verwendung schwerer Verdichtungsgeräte ist auf mögliche Beeinflussung von anderen Leitungen und Gebäuden zu achten.

## Prüfmethoden

Für die Püfung der Verdichtung sind gemäß den Technischen Regelwerken die Prüfung der Proctordichte (DIN 18127), eine Rammsondierung (DIN EN ISO 22476-2), ein Dynamischer Plattendruckversuch (TF BF-StB Teil B 8.3) sowie ein Statischer Plattendruckversuch (DIN 18134) möglich. Gemäß den Vorgaben (Angaben zur Ausführung) der ATV DIN 18300 sind die „Anforderungen und Nachweise für das Verdichten“ in der Leistungsbeschreibung anzugeben.

## Kontrollprüfungen nach DWA-A 139

Die Prüfungen müssen gemäß ZTV E-StB 09 durchgeführt werden. Demnach werden die Prüfungen nach Eignungsprüfungen, Eigenüberwachungsprüfungen des Auftragnehmers und Kontrollprüfungen des Auftraggebers unterschieden. Als Prüfmethode muss die Methode M 3: Vorgehensweise zur Überwachung des Arbeitsverfahrens gem. ZTVE-StB 09 gewählt werden. Die vereinbarte Arbeitsweise ist einzuhalten und umfasst insbesondere visuelle Prüfungen der Tragfähigkeit der Grabensohle, der trockenen Grabensohle, des Verbaus bzw. der Abböschung der Grabenwand, des Arbeitsraums, des Wassergehaltes der Füllböden, der Verdichtung der Rohrzwickel und der Schütthöhen.

Im Weiteren sind Einzelversuche zur Beurteilung der mit dem Arbeitsverfahren erzielten Verdichtungsqualität erforderlich. Beim Einsatz indirekter Prüfverfahren (z. B. Dynamischer Plattendruckversuch nach TP BF-StB 92 Teil 8.3, Rammsondierungen nach DIN EN ISO 22476-2) sollte im Zuge von Probeverdichtungen zu Beginn der Kanalbaumaßnahmen der Zusammenhang zwischen dem Ergebnis des gewählten Prüfverfahrens und dem Anforderungswert ermittelt werden (Kalibrierversuche).

Ist dies nicht erforderlich oder nicht möglich, können – einvernehmlich zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer – Richtwerte für das Prüfverfahren vereinbart werden, die auf Erfahrungen beruhen. Der Abstand der Prüfpunkte sollte bei Rohrleitungsgräben jeweils 25 m in der Leitungszone und Hauptverfüllungszone nicht überschreiten.

## Baustein der Qualitätssicherung

Bei der Dokumentation der Eigenüberwachung handelt es sich um einen wesentlichen Baustein im Rahmen der Gütesicherung während der Baumaßnahme. Die Eigenüberwachung beinhaltet neben der Verdichtungskontrolle die Dokumentation folgender weiterer Nachweise: Abnahmeprotokoll, TV-Inspektion, Dichtheitsprüfungen, Verformungsnachweise (bei biegeweichen Rohren).

Die Dokumentation enthält auch etwaige Fehlerprotokolle, die getroffenen Maßnahmen zur Beseitigung der Fehler sowie die Wiederholungsprüfungen. Die diesbezüglichen Unterlagen – hierzu zählen die Abnahmebescheinigungen, die Ergebnisse der Abschlussuntersuchungen und -prüfungen sowie sämtliche Nachweise der Eigenüberwachung – sind mindestens fünf Jahre aufzubewahren und auch dem Auftraggeber auf Verlangen vorzulegen.

Die Eigenüberwachung der Gütezeicheninhaber ist u.a. Gegenstand der Prüfungen bei Firmen- und Baustellenbesuchen der Prüfingenieure im Rahmen der RAL-Gütesicherung. In den Beurteilungsgruppen zum Kanalbau in offener Bauweise (AK3, AK2, AK1) erfolgen Baustellenbesuche situationsabhängig mindestens zweimal im Jahr und Firmenbesuche mindestens einmal alle zwei Jahre. Dabei werden die Vollständigkeit und Plausibilität der Eigenüberwachung stichprobenartig kontrolliert.

## Unterstützung durch die Gütegemeinschaft

Zur Unterstützung der Gütezeicheninhaber bietet die Gütegemeinschaft Leitfäden zur Dokumentation der Eigenüberwachung an (siehe Leitfäden für die Eigenüberwachung auf [www.kanalbau.com](http://www.kanalbau.com)). Andere, insbesondere innerbetriebliche Dokumente, die im Rahmen von Qualitätssicherungssystemen erstellt wurden, können alternativ verwendet werden.

Darüber hinaus unterstützt die Gütegemeinschaft die Unternehmen mit RAL-Gütezeichen Kanalbau Gruppe AK3, AK2 und AK1 mit preisgünstigen und praxisnahen Schulungen. Hierbei werden Neuerungen in den allgemein anerkannten Regeln der Technik vermittelt, und es wird auf Besonderheiten und Erfahrungen bei der Bauausführung eingegangen. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Durchführung der Eigenüberwachung durch die Mitarbeiter des Unternehmens. □

## Fachtagung boden:ständig in München:

# Vorfahrt für Boden- und Gewässerschutz

Die aktuellen klimatischen Veränderungen erfordern Anpassungen der Landschaftsgestaltung und Bodennutzung. Auch viele Landwirte und Gemeinden haben diese Notwendigkeit erkannt. Mit ihnen hat die Bayerische Verwaltung für Ländliche Entwicklung in den vergangenen Jahren erfolgreiche Wege entwickelt, wie die Probleme Schritt für Schritt bewältigt werden können. Jetzt gilt es, aus den Anfängen ein dauerhaftes Angebot für Landwirte und Gemeinden zu schaffen. Wie dieser Schritt gelingen kann, wurde beim 3. boden:ständig-Forum 2017 in München beleuchtet.

Vor 160 Gästen machte Landwirtschaftsminister Helmut Brunner darauf aufmerksam, dass er Bayerns Böden wetterfester und Nährstoffeinträge in Bäche und Seen verringern will. „Die Abschwemmung von Ackerboden durch die immer häufiger auftretenden Starkregen ist eine Gefahr für Bodenfruchtbarkeit und Gewässerqualität“, betonte Brunner.

Um gegenzusteuern, stellt der Minister jetzt zusätzliches Personal bereit. Acht neue Fachleute an den Ämtern für Ländliche Entwicklung sollen eine 2014 von Brunner gestartete Initiative für mehr Boden- und Gewässerschutz noch schneller voranbringen: „boden:ständig“ heißt das Angebot der Verwaltung für Ländliche Entwicklung, bei dem Landwirte, Kommunen und Fachverwaltungen gemeinsam maßgeschneiderte Lösungen erarbeiten. 40 Projektgebiete gibt es bereits, die ersten Erfahrungen sind dem Minister zufolge vielversprechend: „Dank intensiver Zusammenarbeit sind zahlreiche Kooperationsprojekte entstanden, die dauerhaft Fortschritte beim Boden- und Gewässerschutz erwarten lassen.“

Rainer Blaschke, Geschäftsführer Landschaftspflegeverband Rottal-Inn, bezeichnete boden:ständig als ein Instrument für engagierte Leute vor Ort, die nach passenden und realisierbaren Lösungen suchen, das örtlich und zeitlich flexibel bleiben muss, ausreichend gut ausgebildete Berater und Mitarbeiter vor Ort benötigt und auf gute Förderinstrumente und praktikable Verfahren angewiesen ist.

Das Erfolgsgeheimnis der Initiative ist Minister Brunner zufolge die optimale Arbeitsteilung der Beteiligten: Die Landwirte setzen auf erosionsmindernde Bewirtschaftungsverfahren, die Gemeinden sorgen für einen naturnahen Zustand der Wasserläufe und gemeinsam realisiert man Puffersysteme wie Abflussmulden und Feuchtfelder.

Nach Aussage des Ministers ist boden:ständig ein Paradebeispiel dafür, wie gut der bayerische Grundsatz „Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht“ funktioniert, wenn alle Beteiligten eng eingebunden werden und vertrauensvoll zu-

sammenarbeiten. Für die nötigen Anreize zum Mitmachen sorgen zudem passgenaue staatliche Zuschüsse – etwa im Rahmen des Bayerischen Kulturlandschaftsprogramms, das Brunner im vergangenen Jahr gezielt auf den Boden- und Gewässerschutz ausgerichtet hat.

Alle Forumsteilnehmer waren sich einig, dass gerade nach der katastrophalen Flut im Landkreis Rottal-Inn im vergangenen Jahr das Interesse der Bürger und der Grundbesitzer an Maßnahmen zum Bodenerhalt und zum Wasserrückhalt groß ist. Robert Brandhuber von der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft verwies darauf, dass Schäden durch Starkregen jeden betreffen. Der Anpassungsbedarf in der landwirtschaftlichen Flur sei groß – sowohl bei der Bewirtschaftung als auch bei der Wasserführung. Landwirte beschränken erfolgreich versprechende Lösungswege, die von den Verwaltungen unterstützt würden. Als derzeit noch zu gering erachtete Brandhuber die Flächenwirksamkeit.

Der Erhalt der Böden und der Gewässer in Bayern wird bei boden:ständig mit großer Kompetenz der Landwirte und der Behörden vorangetrieben. Wie Monika Maier, Bürgermeisterin der niederbayerischen Gemeinde Bodenkirchen darlegte, wurden im Projektgebiet bereits verschiedene Gewässerabschnitte naturnäher gestaltet und aufgewertet. Weitere Bachabschnitte folgen kontinuierlich. Wichtig sei in der Gemeinde die Öffentlichkeitsarbeit und die Einbindung der Bürger. Dazu zählten u.a. Gebietsbegehungen und „Spaziergänge“ unter fachkundiger Führung sowie Pflanzaktionen).

Insgesamt wurden im Gemeindegebiet Bodenkirchen bislang über drei Bachkilometer des Flusses Bina verbessert; für weitere Abschnitte sind die Förderanträge gestellt. Die nächsten Abschnitte und weitergehende Maßnahmen sind in Planung, die vorbereiteten Gespräche werden nach und nach geführt. Aufgrund verbesserter Fördermöglichkeiten sollen nun verstärkt auch Maßnahmen an den Nebenbächen in Angriff genommen werden. **DK**

## Bayerischer Wasserpakt

### Zwölf Verbände unterzeichneten Vereinbarung zum freiwilligen Wasserschutz

**Freising.** Gemeinsam unterzeichneten der Bayerische Landwirtschaftsminister Helmut Brunner, Umweltministerin Ulrike Scharf und zwölf bayerische Verbände einen Wasserpakt. Inhalt dieses Paktes sind konkrete Vereinbarungen und Selbstverpflichtungen zum Gewässer- und Bodenschutz – mit dem Ziel, die hohe Qualität des Trinkwassers und der Gewässer zu erhalten und zu verbessern. Schon heute liegt der Freistaat noch über dem ohnehin schon hohen bundesdeutschen Standard: über 90 Prozent der hiesigen Messstellen erfüllen die strengen Grenzwerte für Nitrat. Im gesamten Bundesgebiet sind dies 82 Prozent der Stellen.

Mit dem Wasserpakt sollen freiwillige Maßnahmen über die gesetzlichen Vorgaben hinaus umgesetzt werden, um die Einträge von Stickstoff, Phosphor und anderen Schadstoffen zu reduzieren. Hierzu soll unter anderem die Beratung verbessert, die Bildung intensiviert, die Forschung verstärkt und die Öffentlichkeitsarbeit ausgebaut werden.

Im Rahmen des Wasserpaktes möchte der Fachverband Biogas e.V. konkret dazu beitragen, die Anforderungen der neuen Düngeverordnung sowie der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) praxisgerecht und mit zeitgleich größtmöglichem Beitrag zum Gewässerschutz umzusetzen. Dabei sollen unter anderem Multiplikatorenschulungen angeboten werden, die gute Beispiele zeigen und zum Nachahmen anregen sollen.

Neben dem Bayerischen Bauernverband sind u.a. auch der Verband der Energie- und Wasserwirtschaft, der Landesfischereiverband, der Fachverband Biogas e.V. und die Maschinenringe Partner im Wasserpakt. □

VBEW-Fachtagung Wasser in Ingolstadt:

# Wasserversorger mahnen den Schutz der Ressource an

**Die Herausforderungen für eine sichere Trinkwasserversorgung und für eine zuverlässige Abwasserentsorgung sind und bleiben anspruchsvoll. Nicht nur die Auswirkungen des Klimawandels und des demographischen Wandels stellen die Wasserwirtschaft vor Herausforderungen, auch der vorsorgende Grundwasserschutz hat höchste Priorität. Darüber hinaus stellt die zunehmende Digitalisierung auch die Wasserversorger vor neue Aufgaben.**

Das Ziel, die hohe Qualität und Zuverlässigkeit der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung unter wirtschaftlichen und ökologischen Gesichtspunkten weiterhin zu gewährleisten, steht für die bayerische Wasserwirtschaft an oberster Stelle. „Dafür müssen wir als Branche leistungsfähig bleiben um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden“, sagte Markus Rauh, Vorstandsmitglied des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW im Vorfeld des diesjährigen Expertentreffens der bayerischen Wasserwirtschaft.

## Auswirkungen des Klimawandels

Durch den Klimawandel sind auch in Bayern neben höheren Durchschnittstemperaturen im Allgemeinen auch längere Trocken- und Starkregenphasen mit veränderten Hochwasserereignissen zu erwarten. Besonders trockene und warme Jahre, wie beispielsweise im Jahr 2015, haben bereits spürbare Auswirkungen auf den Wasserhaushalt. Zeitweise wiesen 45 Prozent der Messstellen in Bayern niedrige und sehr niedrige Grundwasserstände auf.

## 12. Wasserforum der Regierung von Unterfranken:

# Was Brot mit Wasserschutz zu tun hat

**Würzburg. Markus Roth aus dem Würzburger Stadtteil Heidingsfeld ist ein besonderer Bäcker. Jedes seiner Brote ist mit „Wasserschutzweizen“ gebacken. Das ist noch selten, wobei Roth nicht ganz alleine dasteht: 13 Bäcker in Unterfranken engagieren sich inzwischen über ihre Backkunst für den Schutz des Grundwassers. Warum das so wichtig ist, wurde 170 Teilnehmern beim 12. Wasserforum der Regierung von Unterfranken aufgezeigt.**

In Unterfranken soll es auch in Zukunft genug und vor allem qualitativ hochwertiges Trinkwasser geben. Um dieses Ziel zu erreichen, versucht die Regierung von Unterfranken seit 16 Jahren mit ihrer „Aktion Grundwasserschutz“, Mitstreiter in den verschiedensten Bereichen zu gewinnen. Vor allem Landwirte wären in der Lage, die Qualität des Trinkwassers zu verbessern. Denn das, was sie zu viel an Stickstoff düngen, gelangt ins Wasser und spiegelt sich in hohen Nitratgehalten.

Mit dem 2014 etablierten „Backweizenprojekt“ als Teilinitiative der „Aktion Grundwasserschutz“ werden Landwirte motiviert, auf die letzte Düngung vor der Weizernte zu verzichten. Diese letzte Düngung steigert zwar den Proteingehalt des Weizens, was das Getreide qualitativ voller und auf dem Markt teurer macht, allerdings gelangt gerade dadurch viel Stickstoff in Boden und Grundwasser, da die Pflanzen den ganzen Dünger nicht mehr aufnehmen können. Vier Landwirte aus Unterfranken sind inzwischen bereit, gegen eine Ausgleichsprämie auf die Spätdüngung und damit auf den „Proteinboost“ kurz vor der Ernte zu verzichten.

Nun müssen sich, damit der Weizen am Ende verbacken werden kann, auch Mühlenbesitzer bereiterklären, das Getreide in kleinen Mengen separat zu mahlen. „Eine Mühle zu finden, die nur zwei Tonnen mahlt, war schwierig gewesen“, erläuterte Nicole Nefzger vom Frankfurter Forschungsinstitut für biologi-

„Die Wasserversorger müssen ihre Vorsorge- und Versorgungsstrategie an den klimatischen Einflüssen ausrichten. Hier sind vor Ort geeignete Lösungen zu entwickeln, wie z. B. der Bau eines „Zweiten Standbein“, um die Versorgungssicherheit auch im Falle einer Außerbetriebnahme eines Brunnens aufrechterhalten zu können.“, betonte Rauh.

## Grundwasserschutz hat oberste Priorität

In Bayern wird das gesamte Trinkwasser weitgehend aus Grundwasser gewonnen. Das Trinkwasser hat in Bayern eine sehr gute Qualität, allerdings sind aus Sicht der Wasserwirtschaft die steigenden Nitratwerte in bestimmten Regionen besorgniserregend. Allen voran ist hier der Gesetzgeber gefragt, mit der derzeit in der Verabschiedung befindlichen Düngeverordnung geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen. Um darüber hinaus einen Anreiz zur Grundwasserschonung in landwirtschaftlichen Flächen in Wasserschutzgebieten zu schaffen, werden in Bayern bereits seit den 1990er Jahren freiwillige Vereinbarungen zwischen Wasserversorgern und Land-

Forstwirten geschlossen. Zum langfristigen Schutz unserer Gewässer bedarf es der Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft, deshalb ist der VBEW auch Unterstützer des offiziell eröffneten Wasserpakts, einer Vereinbarung zum kooperativen Gewässerschutz mit der Landwirtschaft. „Der flächendeckende Grundwasserschutz auf gesetzlichem Niveau ist Grundanforderung für die Zukunft der Trinkwasserversorgung, darüber hinaus sehen wir den Schutz der Gewässer aber auch als eine gemeinsame Aufgabe und Verpflichtung für Staatsregierung, Kommunen, Verbände der Wasserwirtschaft, Wirtschaft und Gesellschaft“, erklärt Markus Rauh.

## Wasserversorger werden smart

Digitale Technologien halten auch in der Wasserwirtschaft Einzug. Immer mehr Versorger setzen mittlerweile fernauslesbare elektronische Wasserzähler ein. Nachdem im Strom- und Gasbereich der anstehende Smart Meter Roll-Out die Versorgungsunternehmen schon länger intensiv beschäftigt, werden die digitalen Messeinrichtungen auch in der Wasserwirtschaft immer relevanter. Für die Wasserversorger bedeuten die neuen Zähler neben einer effektiveren Leckagesuche auch eine Verbesserung der Trinkwasserhygiene. Der Ruf nach einer Zwangsdigitalisierung im Wasserbereich hat indes die bayerischen Datenschützer auf

den Plan gerufen. Der VBEW plädiert für eine transparente Information der Trinkwasserkunden über den Nutzen dieser neuen Technologien.

Als Tagungsort der jährlichen Fachtagung Wasser hatte der VBEW Ingolstadt gewählt. In diesem Jahr feiert Ingolstadt 125 Jahre kommunale Wasserversorgung gleichzeitig mit 115 Jahre kommunale Entwässerung.

## 125 Jahre kommunale Wasserversorgung in Ingolstadt

„Für die Ingolstädter Kommunalbetriebe, als der kommunale Ver- und Entsorger in Ingolstadt, stellte die Fachtagung die Brücke her, zwischen einer vor über hundert Jahren erstmals geregelten Wasserver- und -entsorgung hin zur modernen Daseinsvorsorge, wie wir Sie aktuell garantieren“, so Thomas Schwaiger, Vorstand der Ingolstädter Kommunalbetriebe. Am historischen Rückblick sähe man besonders den weiten Weg, den die Ver- und Entsorgung bereits gegangen ist,

so Schwaiger weiter. Angefangen von der Wasserbereitstellung über zentrale Brunnen, über die Ver- und Entsorgungsanbindung jeden einzelnen Haushaltes bis hin zur Ressourcenschonung und zum modernen Versorgungsnetz, verschiebt sich der Handlungsschwerpunkt im historischen Zusammenhang.

Die unzureichenden hygienischen Verhältnisse und in diesem Zusammenhang die Cholera-Epidemie von 1873 machten eine geregelte Wasserver- und -entsorgung für Ingolstadt unabdingbar. So fiel 1892 mit der Fertigstellung des ersten Wasserwerkes der Startschuss für die kommunale Wasserversorgung in Ingolstadt. Zehn Jahre später folgte der Start der Entwässerung mit dem Bau des ersten zusammenhängenden Kanalsystems in der Innenstadt von Ingolstadt.

2017, mehr als hundert Jahre später, war der Internationale Tag des Wassers mit der Fachtagung der Auftakt für das Jubiläumsjahr der Ingolstädter Wasserversorgung und Entwässerung. Weitere Aktionen wie eine Ausstellung,

Lehrpfade oder auch einen Tag der offenen Tür sind im Laufe des Jahres geplant.

Das Jubiläum und damit der historische Rückblick boten die Gelegenheit, den heutigen Standard in der Daseinsvorsorge zu würdigen. Die ständige Weiterentwicklung dieses Standards ist Thema der Fachtagung.

## Wichtiges Branchentreffen

„Die Fachtagung Wasser ist für uns jedes Jahr ein wichtiges Branchentreffen. Auf der Agenda stehen zentrale bayerische Wasserthemen, aber auch übergeordnete Aspekte, die unsere Branche betreffen und über die unsere Unternehmen informiert sein müssen“, so Markus Rauh. An der Tagung nahmen über 100 Fachleute der Wasserwirtschaft, Wissenschaftler, Vertreter aus Ministerien und Behörden sowie von Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsunternehmen teil. Gastgebendes Unternehmen der Tagung sind in diesem Jahr die Ingolstädter Kommunalbetriebe AöR. □

## Bericht des Landesamtes für Umwelt:

# Niedrigwasser in Bayern

**Phasen niedrigen Wasserstands sind für den Norden Bayerns im Sommer typisch, für den Süden Bayerns im Winter. Über die aktuellsten Erkenntnisse der Niedrigwasserentwicklung informiert der neue LfU-Bericht „Niedrigwasser in Bayern – Grundlagen, Veränderungen und Auswirkungen“, den Bayerns Umweltministerin Ulrike Scharf in München vorlegte.**

Das Niedrigwasserereignis 2015 hatte eine Vielzahl von Auswirkungen auf die Gewässerökosysteme und die Wasserwirtschaft. Umfangreiche Maßnahmen sind künftig erforderlich, um das Wasserdargebot in extremen Trocken- und Niedrigwasserperioden in Bayern flächendeckend zu garantieren.

Der gegenwärtige Klimawandel wird sich laut Bericht voraussichtlich auf die Verteilung und Menge des Niederschlags auswirken und damit auch den natürlichen Wasserhaushalt verändern, insbesondere in den Abflussexremen. Es ist damit zu rechnen, dass künftig nicht nur Hochwasser, sondern auch Trocken- und Niedrigwasserperioden häufiger und extremer auftreten werden. Für die Abschätzungen des zukünftigen Klimas in Bayern wurden 31 regionale Klimaprojektionen ausgewertet. Demnach wird sich die bereits heute messbare Erwärmung in der Zukunft verstärken.

Die Abschätzung der Veränderung der Niederschläge ist weniger eindeutig und mit größeren Unsicherheiten behaftet als die Aussagen zur Temperatur. Vor allem für Unterfranken, Mittelfranken und Bereiche südlich der Donau wird eine Abnahme der Niederschläge im Sommer erwartet. Der Trockenheitsindex, abgeleitet anhand der Bodenfeuchte, wird in Gesamtbayern, mit Ausnahme des Alpenraums, vor allem in den Sommermonaten ansteigen. Dieser Anstieg ist besonders ausgeprägt in Nordbayern, also in Gegenden, die bereits jetzt die höchsten Trockenheitswerte in Bayern aufweisen.

Während im Winterhalbjahr aufgrund des Klimawandels überwiegend keine Verschärfung der Niedrigwasserlage in Bayern zu erwarten ist, ergeben sich im Sommerhalbjahr regional unterschiedliche Auswirkungen. Für den Zeitraum 2021 bis 2050 zeigt sich für Nordbayern eine leichte Entspannung.

Die jährliche Grundwasserneubildung in Bayern liegt im Zeitraum 1951 bis 2015 bei durchschnittlich 204 mm und findet überwiegend während des Winterhalbjahres statt. In der nahen Zukunft (2021 bis 2050) ist für ganz Bayern mit Rückgängen der Grundwasserneubildung, je nach betrachteter Klimaprojektion,

zwischen 10 mm und 30 mm zu rechnen. Diese sind in Südbayern deutlicher ausgeprägt als in Nordbayern. In ferner Zukunft verstärken sich die Abnahmen der Grundwasserneubildung weiter, so dass ein Rückgang zwischen 25 mm und 77 mm zu erwarten ist.

Wie die Publikation darstellt, steigt bedingt durch die Zunahme von Klimarisiken auch der Handlungsbedarf der Wasserwirtschaft im Umgang mit Niedrigwasser. Ein nachhaltiges Niedrigwassermanagement umfasse sowohl Vorsorgemaßnahmen als auch operative Maßnahmen. Die Konzepte und Maßnahmen der Niedrigwasserversorgung sollen die Entstehung und die Wirkungen von Niedrigwasser im Vorfeld und langfristig minimieren. Das operative Niedrigwassermanagement zielt auf kurzfristig wirkende Maßnahmen in akuten Niedrigwassersituationen ab.

## Schwerpunkthemen

Die Träger des operativen Niedrigwassermanagements in Bayern sind die 17 regionalen Wasserwirtschaftsämter. Auf Grundlage der dezentralen Verwaltungsstruktur werden regionale und sektorale Niedrigwasserkonzepte unter Beteiligung von Stakeholdern entwickelt. Das Bayerische Landesamt für Umwelt stellt Grundlagen und Instrumente für das Niedrigwassermanagement zentral bereit. Für die Weiterentwicklung des Niedrigwassermanagements in Bayern sind drei Schwerpunkthemen auszumachen: Die landwirtschaftliche Bewässerung, die Speicherbewirtschaftung und die vertiefte Untersuchung der gewässerökologischen Auswirkungen von Niedrigwasser.

Niedrigwassermanagement benötigt eine umfassende Informationsbasis. Das beginnt mit Monitoringdaten und reicht über Informations- und Warndienste zur Einschätzung der aktuellen Lage bis hin zu Vorhersagen der weiteren Entwicklung. Um Niedrigwassersituationen zeitnah zu erkennen und zu bewerten, wurde in Bayern 2008 der Niedrigwasser-Informationsservice NID eingerichtet. Die dort angebotenen Messdaten und Lageberichte sind Grundlagen für frühzeitige Reaktionen in der Wasserwirtschaft.

Auch die Öffentlichkeit kann sich im Internetportal des NID über die aktuelle Situation und die weitere Entwicklung informieren.

Gewässerqualität und -ökologie werden durch Niedrigwasser direkt beeinflusst und ggf. auch indirekt dadurch, dass sich die Belastungen durch Gewässernutzungen wie Wasserentnahmen, stofflichen und kalorischen Einleitungen im Niedrigwasserfall verstärkt auswirken. Negative Auswirkungen auf die Gewässerökologie bei Niedrigwasser entstehen aus der reduzierten Wasserführung, höheren Temperaturen, Sauerstoffmangel und erhöhten Nähr- und Schadstoffkonzentrationen. Der gute chemische und ökologische Zustand der Gewässer, d. h. die wichtigsten Umweltziele gemäß der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), können dadurch gefährdet werden.

Der überwiegende Teil des Trinkwassers in Bayern wird aus Quellen und Brunnen gewonnen. Oberflächenwasser spielt nur eine untergeordnete Rolle. Das sind grundsätzlich günstige Voraussetzungen für die Qualität und Sicherheit der öffentlichen Wasserversorgung. Dennoch kann es während Niedrigwasserperioden lokal zu Engpässen kommen, besonders bei Quellwassernutzung, aber auch bei der Versorgung aus Kluft- oder Karstgrundwasserleitern.

In Bayern beträgt der Anteil der Wasserkraft an der gesamten Stromerzeugung 15 %. Mögliche Auswirkungen von Niedrigwasserperioden sind Einbußen in der Kraftwerksleistung und daraus folgend eine geringere Energieproduktion.

Um auch bei Niedrigwasserhältnissen eine gute Wasserqualität zu gewährleisten, werden in Bayern bei der Ermittlung und Genehmigung von Abwassereinleitungen bereits ungünstige Abflussverhältnisse berücksichtigt. Eine Verschärfung von zukünftigen Niedrigwassersituationen kann hierbei jedoch weitere Anpassungen erforderlich machen.

Fazit: Ein wesentlicher Anteil der Lebensqualität in Bayern ist auf den Wasserreichtum des Landes zurückzuführen. Um diesen vorteilhaften Zustand für die Zukunft zu bewahren, sollten die Risiken und Konsequenzen des Klimawandels frühzeitig erkannt und notwendige Anpassungsmaßnahmen vorbereitet und ergriffen werden. Dies gilt im besonderen Maße für hydrologische Extremsituationen, wie sie Niedrigwasserphasen darstellen. **DK**

demopark 2017 in Eisenach:

## Multitalente für Kommunen

Jubiläumsmesse bietet unübertroffene Technikvielfalt

Ein besonders attraktives Paket wurde zur Jubiläumsveranstaltung der demopark, Europas größter Freilandausstellung für die Grünflächenpflege und andere kommunale Dienstleistungen, geschnürt. Spannende Technologien „zum Anfassen, Einsteigen und Ausprobieren“ werden bei der 10. Auflage in Eisenach vom 11. bis 13. Juni im Mittelpunkt stehen. Mehr als 400 namhafte Aussteller aus 15 Ländern und weit über 100 spannende Innovationsideen erwarten Garten- und Grünflächenprofis, Greenkeeper und Kommunalexpertern im Mekka der grünen Branche.

Mit ihrem umfangreichen Produktangebot hebt sich die demopark von den begrenzten Möglichkeiten einer Hallenausstellung deutlich ab. „Wir sind nah am Puls der Praktiker. Wo Mähroboter Steilhänge bezwingen, Schlepper anspruchsvolle Geländeparcours meistern und die Kraft von Motorsägen hör- und sichtbar wird, ist die demopark“, erklärt demopark-Gründer Dr. Bernd Scherer. Eine faktisch unübertroffene Technikvielfalt – in der Breite wie auch in der Tiefe – bilde das Alleinstellungsmerkmal der Messe.

Allerdings habe man auch im Konferenzbereich deutlich zugelegt. „Dass wir als wesentlicher Innovationstreiber des GaLaBaus

aber auch weiterhin Hightech vom Feinsten“, betont Scherer. Schließlich fungiere die Messe „seit vielen Jahren als regelrechter Innovationssensor der grünen Branche“. Nahezu alle wichtigen Hersteller richteten ihre Innovationszyklen konsequent an der europaweit größten Branchenausstellung aus. „Ein Alleinstellungsmerkmal, auf das wir auch stolz sein dürfen“, stellt Scherer fest.

### Elektrifizierung und Digitalisierung

Aus technologischer Sicht sei derzeit eine Entwicklung zu beobachten, die einerseits auf die Elektrifizierung von Antriebskonzepten, andererseits auf die Digi-

Betriebsdatenerfassung, aber auch die mobile, GPS-gesteuerte Überwachung von Maschinen im GaLaBau- und Kommunaltechnik-Einsatz Realität werden lassen.“

### Traktor als multifunktionaler Geräteträger

Knappe Kassen und immer weniger Zuschüsse von Bund und Ländern stellen viele Kommunen vor große finanzielle Schwierigkeiten. Das gilt auch für die Neuanschaffung von Fahrzeugen. Aus diesem Grund rückt gerade der Traktor in den letzten Jahren als multifunktionaler Geräteträger immer mehr in den Fokus der Entscheider.

Je nach Größe und Motorleistung lassen sich Traktoren überall in der Kommune einsetzen: auf Geh- und Radwegen, zur Rasen- und Grundstückspflege oder zum Großflächeneinsatz bei der Straßenreinigung im Baubereich sowie im Transport. Modelle für den Kommunaleinsatz zeichnen sich durch maximale Wendigkeit, geringes Gewicht und schmale Ausführungen.

### Geräte für den Ganzjahreseinsatz

Maschinen für den Winterdienst müssen auf Gehwegen leistungsstark, aber trotzdem schmal sein. Mittlerweile gibt es Modelle in der 50 PS-Klasse, die unter 1,50 Meter Außenbreite haben. Beim Mäheinsatz auf kleineren Flächen dagegen sind sehr wendige und leichte Maschinen gefragt, die den Rasen nicht beschädigen. Selbst ein kleiner Standardtraktor passt oft wegen seiner Außenbreite oder Gesamthöhe nicht in dieses Anforderungsprofil. Zusätzlich erschwert sein höheres Gewicht den Einsatz auf Rasenflächen, die Gefahr einer Beschädigung der gepflegten Grünfläche ist hoch.

### Spezialgetriebe

Auch müssen in Kommunen oft kleine Einzelparzellen bearbeitet werden, bei denen der Fahrer häufig Arbeitsgeschwindigkeit und Fahrtrichtung zu wechseln hat. Ein Schaltgetriebe, wie es bei Standardtraktoren in der unteren Leistungsklasse oft verbaut wird, ist für diesen Einsatz nur bedingt geeignet. Zentimetergenaues Rangieren in engen Durchfahrten oder das Umfahren von Hindernissen ist mit diesen Getrieben nicht nur unkomfortabel, sondern kostet auch mehr Zeit. Aus diesem Grund haben

sich im kommunalen Einsatz und im Dienstleistungssektor bei Kommunaltraktoren hydrostatische Antriebe durchgesetzt.

Ein immer wichtigeres Thema wird in vielen Kommunen die mechanische oder thermische Unkrautbekämpfung. Unkraut siedelt sich gern dort an, wo es unerwünscht ist – zwischen Pflastersteinen, auf Kieswegen oder in Rinnsteinen am Rand von Fahrbahnen. Das Grün stört nicht nur die Optik, es erschwert auch die Reinigung von Flächen mit dem Kehrbesen bzw. Kehrbürsten. Kommunen dürfen zur Beseitigung dabei aber nicht mehr zur chemischen Keule greifen: Laut Pflanzenschutzgesetz ist der Einsatz von Herbiziden auf allen Flächen, die nicht landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzt werden, verboten. Daher sind andere Lösungen gefragt. In der Praxis setzt sich die mechanische oder thermische Unkrautbeseitigung mit Infrarot- oder Wärmewasser immer stärker durch. Hierzu bieten zahlreiche Hersteller innovative Lösungen an.

### Wildkrautbekämpfung

Ein gängiges Verfahren der Unkrautbekämpfung ist die mechanische Wildkrautbürste, die Unkräuter oberflächlich entfernt oder sogar herausreißt. Die Bürsten sind als Walze, meistens jedoch als Radialbürste erhältlich. Die Geräte gibt es als handgeführte Einzweckmaschinen oder



Unwegsames Gelände ist für den Unitrac kein Problem. Mit unterschiedlichsten Zusatzgeräten wird das wendige Fahrzeug zum multifunktionalen Alleskönner.

als Anbaugerät für Einachs-Geräteträger, Mini-Bagger, Traktoren, Radlader usw.

Auch die handgeführten Maschinen sind heute nicht selten mit hydrostatischem Antrieb und Seitenverstellung auf dem Markt. Auch lassen sich die Bürsten teilweise per Parallelogramm anheben oder so kippen, dass sie nur sehr schmale Bereiche reinigen können. Per Funkfernbedienung kann der Fahrer bei einigen Modellen die Bürstendrehrichtung, den Schwenkarm und die Längs- oder Querneigung von der Fahrerkabine aus verstellen.

(Fortsetzung auf Seite 16)



Testen während der Astrad:

## Stufenloser Unitrac und Lintrac

Wer sich über die einfache Bedienung von Lintrac und Unitrac informieren möchte, ist bei der LDrive-Roadshow genau richtig. Die Roadshow macht am 10. und 11. Mai 2017 auf der Astrad in Wels Station.

Sowohl beim Lintrac als auch beim neuen Unitrac 112 LDrive setzt Lindner auf möglichst einfache Bedienung. Dank des einfachen Drehreglers wird jeder Fahrer zum Vollprofi – Motor starten, Fahrtrichtung wählen, Gas geben und lenken. Wer bei der Arbeit besonders effizient arbeiten möchte, verwendet den LDrive-Drehregler auf der Armlehne. Im Rahmen der LDrive-Roadshow kann sich jeder Interessierte von der einfachen Bedienung überzeugen – u. a. am 10. und 11. Mai

stellung zu finden. Außerdem können Fahrer z.B. den Beladestand oder die Achslasten überprüfen. Für besonders wirtschaftliches Arbeiten steht das digitale Fahrtenbuch.

Herzstück des Unitrac 112 LDrive ist das leistungsverzweigte CVT-Getriebe, das Lindner mit ZF-Komponenten selber baut. Der Unitrac 112 LDrive fährt stufenlos von 20 bis 50 km/h mit reduzierter Motordrehzahl, alle Einstellungen erfolgen über die aus dem Lintrac bekannte LDrive-Armlehne. Die Nutzlast beträgt sechs Tonnen.

### Mehr als 500 Lintracs

Das zweite stufenlose Fahrzeug von Lindner ist der Lintrac, von dem bereits mehr als 500 Modelle gefertigt wurden. Der Lintrac ist der erste stufenlose Standardtraktor mit 4-Rad-Lenkung. Weitere technische Highlights sind die Hochleistungs-Arbeitshydraulik von Bosch und die besonders einfache LDrive-Bedienung.

### Große Erfahrung mit der 4-Rad-Lenkung

Beim stufenlosen Lintrac hat Lindner die jahrelange Erfahrung mit der 4-Rad-Lenkung der Unitrac-Transporter genutzt. Die hintere Achse lenkt bis zu 20 Grad ein. Besonders praktisch: Per Knopfdruck kann der Einschlag der Hinterräder begrenzt werden. Damit wird verhindert, dass die Hinterräder streifen, wenn aufgrund schwieriger Straßenverhältnisse Schneeketten notwendig sind. Die Heck-, Front- und Arbeitshydraulik mit Verstellpumpe machen den Lintrac zum variablen Geräteträger. **Lindner im Internet:** [www.lindner-traktoren.at](http://www.lindner-traktoren.at)



Umweltschonende Unkrautbekämpfung auf der demopark: Die Mid Series verdrängt Unkraut allein durch den Auftrag von heißem Wasser. Dabei wird die Wassertemperatur konstant im effektiv wirksamen Bereich zwischen 98 und 99,6 Grad gehalten. Unabhängig von der Außentemperatur – ob bei -10 Grad oder bei 40 Grad im Schatten. Diese Neuerung ermöglicht eine höhere Flächeneffizienz. Sie spart Wasser und damit Kraftstoff und Kosten. Die benutzerfreundliche Maschine ist serienmäßig mit zwei verschiedenen Unkrautlanzen, einer Reinigungslanze und einem 500-Liter-Wassertank ausgestattet und zeichnet sich durch einen niedrigen Geräuschpegel und geringe Abgasemissionen aus.

Foto: Heatweed Technologies GmbH

und der Kommunaltechnik gelten, ist nicht neu, dass wir auch auf der Ebene des Fachprogramms in der ersten Liga spielen, allerdings schon“, so Scherer.

### Innovative Praxislösungen

Im Rahmen eines hochkarätig besetzten Panels präsentieren renommierte Experten am 13. Juni im demopark-FORUM ganztägig innovative Praxislösungen zu wichtigen Herausforderungen des kommunalen Maschinen- und Geräteinsatzes.

„Markenkern der demopark ist

alisierung von Funktionen und Prozessen setze: „Elektrifizierung, Hybrid-Antriebe, Automatisierung, Robotik und Smart Technologies sind die zentralen Hightech-Trends der diesjährigen demopark“, erläutert Scherer.

Dass die Branche dabei „nicht für bloße Hypes und markige Ankündigungen, sondern für praxistaugliche und marktreife Lösungen“ stehe, verdeutliche der prall gefüllte Neuheitenkatalog. „So werden wir auf der diesjährigen demopark eine Reihe von spannenden Produktideen erleben, die Telemetrie und digitale



\* Lindner gewährt auf Neufahrzeuge mit Stufenlosgetriebe (Lintrac 90 & Unitrac 112 LDrive) in Verbindung mit dem TracLink-System 3 Jahre Garantie

Innenminister de Maizière übergab neue Einsatzfahrzeuge an THW-Präsident Broemme:

## Technisches Hilfswerk übernimmt 41 Mercedes-Benz Arocs Allradkipper

Euro VI Motoren verbrauchen signifikant weniger Kraftstoff und haben um mehr als 90 Prozent reduzierte Partikel- und NOx-Emissionen

41 neue Einsatzfahrzeuge übergab Bundesinnenminister Thomas de Maizière an den Präsidenten des Technischen Hilfswerks (THW) Albrecht Broemme vor dem Brandenburger Tor in Berlin, darunter auch den Mercedes-Benz Arocs 1835 AK 4x4. Das verjüngt die Fahrzeugflotte nicht nur deutlich, sondern bringt sie mit dem Euro VI Motor auch auf den neuesten Stand der Emissionsgesetzgebung.

Der Bundestag hat dem Technischen Hilfswerk ein mehrjähriges, umfangreiches Investitionsprogramm für Einsatzfahrzeuge und Großgeräte bewilligt. Damit werden Fahrzeuge und Großgeräte angeschafft, um die Herausforderungen im Bevölkerungsschutz noch besser zu bewältigen.

„Moderne Einsatzfahrzeuge verbessern sowohl die Einsatzfähigkeit als auch die Attraktivität des THW“, unterstrich dessen Präsident Albrecht Broemme.

Kersten Trieb, Leitung Vertrieb Behörden- und Sonderfahrzeuge Mercedes-Benz Deutschland, ergänzte bei der Übergabe: „Wir freuen uns sehr, dass sich der Bund bei der Bestellung von neuen Einsatzfahrzeugen bewusst für

den Mercedes-Benz Arocs 1835 AK 4x4 mit Euro VI Abgas-technologie entschieden hat und damit eine echte Vorbildfunktion im Sinne des Umweltschutzes übernimmt!“

### Meiller-Kippaufbau

Nach einer Ausschreibung entschied sich das Bundesministerium des Innern für die Beschaffung von 41 Allradkippern des Typs Mercedes-Benz Arocs 1835 AK 4x4 mit einem Kippaufbau von Meiller. Der beim THW intern „Lkw-Kipper 9“ zu geländegängig K 9“ genannte Arocs dient zur Beförderung der dreiköpfigen Einsatzmannschaft und als Geräteträger für die THW-

Hilfsausstattungsmodulen. Zudem ist die Kombination mit 24-Tonnen-Anhängern möglich – für den Transport von schweren Stromaggregaten, Ponton- und Bootsanhängern oder Tiefladeanhängern für den Transport von Baggern und Radladern. Ob Hochwasser, Ölschäden, Erdbeben oder Sturmschäden – die Liste der Einsatzoptionen für das THW ist vielfältig. Um diesen Herausforderungen angemessen begegnen zu können, bündelt das THW Personal und Spezialtechnik in unterschiedlichen Einheiten, in denen der Arocs 1835 AK 4x4 jeweils eingesetzt werden kann. Zudem wurden auch Arocs als 6x6 zur Verwendung in der Fachgruppe Wassergefahren beschafft, das heißt als Einheit mit einem schweren Bootsanhänger und einem Ladekran, der das Boot in das Gewässer ablassen kann.

### Sechszylinder-Reihenmotor

Der Sechszylinder-Reihenmotor OM 936 LA schöpft aus einem Hubraum von 7,7 l eine Leistung von 260 kW (354 PS). Das maximale Drehmoment von 1400 Nm wird über das automatisierte Schaltgetriebe Mercedes PowerShift 3-Getriebe G 211-12 und das Verteilergetriebe VG 1600-3W auf alle Räder übertragen. Das ClassicSpace L Fahrerhaus ist 2,30 m breit und bietet Platz für drei THW-Helfer und ihre persönliche Ausrüstung. Das 6785 mm lange Fahrzeug hat einen Radstand von 3900 mm.

### Zuverlässiger Einsatz von Euro VI in Mercedes-Benz Einsatzfahrzeugen

Die Euro VI Technologie wurde von Mercedes-Benz 2011 als erster Hersteller noch vor der ge-

### Hervorragende Produkte für Kommunen:

## Reich an Effizienz und Vorteilen

Große Erleichterung im Hause Reich Tank und bei den Kunden des vor 80 Jahren gegründeten oberbayerischen Traditionsunternehmens. Die BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft hat sich mit einem 49-Prozent-Anteil als Minderheitsgesellschafter bei der Kunststoffverarbeitung Reich GmbH engagiert. Nun ist der Weg für eine aussichtsreiche Weiterentwicklung geebnet.

Reich ist ein Pionier bei der Fertigung von Behältern, Silos, Rohren oder Tanks aus glasfaserverstärktem Kunststoff (GFK). Im Vergleich zu vielen anderen Materialien – wie zum Beispiel Eisen, Stahl oder Titan – ist GFK vor allem leichter und korrosionsbeständiger. Daher werden die Reich-Behälter und -Anlagen insbesondere im Straßen-Winterdienst sowie in der chemischen Industrie gerne eingesetzt. Mit rund 3.000 realisierten Winterdienst-Anlagen, die neben den Autobahnen weithin sichtbar sind, ist Reich bundesweiter Marktführer.

Trotz dieser Erfolge musste das oberbayerische Unternehmen nach einem hohen Forderungsverlust durch die Zahlungsunfähigkeit eines wichtigen Kunden 2015 Insolvenz in Eigenverwaltung beantragen. Die im Insolvenzplan in Zusammenarbeit mit dem Sanierungsberater Planer und Kollegen GmbH durchgeführten operativen Restrukturierungsmaßnahmen zeigten Erfolg. Die langjährigen Kunden- und Lieferantenbeziehungen wurden weitergeführt und bei stabilem Umsatz stieg die Profitabilität.

„Mit dem Engagement der

### Bilanz Winterdienst in Bayern:

## Zwölf Mal zum Mond und zurück

Bayerns Innen- und Verkehrsstaatssekretär Gerhard Eck: Knapp 90 Millionen Euro für Winterdienst in Deutschlands kältestem Bundesland

Auch wenn sich der Winter im April in großen Teilen Bayerns mit Schnee und Glätte zurückgemeldet hat, der Winterdienst neigt sich für diese Saison dem Ende zu. Bayerns Innen- und Verkehrsstaatssekretär Gerhard Eck hat deshalb Bilanz gezogen.

Da Bayern den kältesten Winter von allen Bundesländern hatte, fiel wieder viel Arbeit an. Eck machte deutlich: „Unsere 3.100 Frauen und Männer in Orange haben in der vergangenen Wintersaison etwa neun Millionen Kilometer zurückgelegt. Das ist so weit, wie zwölf Mal zum Mond und wieder zurück.“ Knapp 600 eigene Winterdienstfahrzeuge waren unterwegs. Hinzu kamen nochmals 650 LKW privater Unternehmer. „Der Einsatz der gesamten Mannschaft ist ein unverzichtbarer Beitrag dafür, dass wir mobil und sicher unterwegs sein können“, so Eck. „Knapp 90 Millionen Euro haben wir für den Winterdienst auf Autobahnen, Bundes-, Staats- und Kreisstraßen in Bayern ausgegeben.“

„Rund 350.000 Tonnen Salz und knapp 100 Millionen Liter Salzsole haben die Kolleginnen und Kollegen unserer Staatsbauverwaltung diese Saison bayernweit auf den überörtlichen Straßen verteilt. Allein das Salz hat 23 Millionen Euro gekostet. Weiter schlagen rund 16 Millionen Euro für die gemieteten Fahrzeuge zu Buche“, so Eck weiter. Ein einziger Tag Winterdienst mit Vollein-

satz kostet demnach bis zu zwei Millionen Euro. Im Vergleich zum milden Winter der letzten Saison war der Winter dieses Mal deutlich arbeitsreicher. So wurde im Winter 2015/2016 mit 245.000 Tonnen Salz und rund 90 Millionen Liter Salzsole deutlich weniger verteilt.

Damit immer ausreichend Salz vorhanden ist, werden bereits im Sommer die staatlichen Lagerhallen in den Meistereien sowie die Zentrallager wieder aufgefüllt, zu günstigeren Preisen als in der Hochsaison. Die sechs bayerischen Zentrallager liegen an verkehrsgünstigen Punkten wie in Gewerbegebieten oder an einem Binnenhafen. Je nach Bedarf können die Straßen- und Autobahnmeistereien das Salz aus den Zentrallagern abrufen. Überwacht werden die Lagerbestände über das Internet.

Im Winterdienst betreuen die 93 Autobahn- und Straßenmeistereien rund 25.000 Kilometer Autobahnen, Bundes-, Staats- und Kreisstraßen in Bayern. Hinzu kommen im Freistaat noch die Verpflichtungen und die Ausgaben der Städte und Gemeinden.

Auf den Autobahnen und hoch belasteten Bundes- und Staatsstraßen wird der Winterdienst rund um die Uhr durchgeführt. Das übrige Straßennetz der Bundes-, Staats- und Kreisstraßen betreuen die 19 Staatlichen Bauämter zwischen 6.00 Uhr und 22.00 Uhr. □



V.l.: Albrecht Broemme, Präsident des Technischen Hilfswerks (THW), Stephan Mayer, MdB, Präsident der THW-Bundesvereinigung e.V., Dr. Thomas de Maizière, Bundesinnenminister, Frank Schulze, THW-Bundessprecher und Ingo Henke, THW-Bundesjugendleiter. □

## Multitalente für Kommunen ...

(Fortsetzung von Seite 15)

Eine Alternative zur mechanischen ist die thermische Unkrautbekämpfung. Sie ist bei allen Oberflächenbelägen bis auf Bitumen oder Kunststoff möglich. Zur thermischen Behandlung gibt es Geräte, die Dampf oder Heißwasser mit einer Temperatur bis 100 °C erzeugen. Bei beiden Verfahren stirbt das Unkraut nach wenigen Tagen ab, weil das Pflanzeneiweiß aufgrund der Hitzeinwirkung gerinnt. Wasserbehälter und Erhitzer lassen sich problemlos auf Pritschenfahrzeugen mit Benzin- oder Elektromotor aufbauen. Die Wassertanks sind – je nach Größe des Trägerfahrzeugs – mit Volumina von 750 bis 10.000 Litern verfügbar. Brennkessel im Flüssiggasbetrieb erhitzen das Wasser auf zirka 100 °C. Es lässt sich wahlweise mit Niederdruck oder kalt bzw. heiß mit Hochdruck ausbringen. Damit können die Geräte nicht nur zur Unkrautbekämpfung, sondern auch zur Reinigung von Plätzen, Mauern, Bänken usw. eingesetzt werden.

Daneben gibt es Infrarot- und Heißluftgeräte, die mit Wärmestrahlung arbeiten. Andere Modelle flammen das Unkraut ab, wobei weniger die Flamme, sondern allein die Hitzeinwirkung ausreicht, um die Pflanzen absterben zu lassen. Bei der Infrarotstrahlung kommt teilweise Technik zum Einsatz, die seit Jahrzehnten auch zur Beheizung von Industriehallen verwendet wird.

Die thermische Bekämpfung gilt als nachhaltiger, weil sie auch die Wurzeln und Keime der Pflanzen im Boden zerstört. Auch

lässt sich damit Unkraut auf Kies- oder Splittwegen entfernen. Teilweise empfehlen die Hersteller auch eine Kombination aus beiden Verfahren: Im Frühjahr oder bei hohem Unkraut beziehungsweise dichtem, krautigem Bewuchs erfolgt die Unkrautbekämpfung zunächst mechanisch, während im Anschluss das thermische Verfahren zum Einsatz kommt.

Auch kann ein häufigerer Einsatz von konventionellen Kehrmaschinen das Unkraut auf einer einmal gründlich gereinigten Fläche zurückdrängen. Denn wenn Schmutz und Sand regelmäßig entfernt werden, gibt es keinen Nährboden für Flugsamen. Auch lassen sich damit junge Triebe von Kräutern im Frühstadium teilweise beseitigen.

### Sonderschauen

Den Blick über den Tellerrand zu wagen, ist für die demopark seit jeher gelebte Praxis. Dies beweisen seit vielen Jahren nicht zuletzt auch wechselnde Sonderschauen. Mit der Sonderschau „Bauaktive Stadt“ betritt die demopark 2017 allerdings Neuland. „Denn in diesem Versuchsballon geht es gleichsam um kreative wie effektive Beiträge der GaLaBau-Branche, der Baustoffindustrie und der Maschinenhersteller zur vernetzten Stadt von morgen“, erläutert Scherer.

Ebenso zukunftsorientiert präsentiert sich die bestens eingeführte Sonderschau Rasen, die brandaktuelle Pflegekonzepte für den Rasenprofi parat hat. **DK**

setzlichen Frist auf den Markt gebracht und hat sich auch bei Einsatzfahrzeugen des THW, im Katastrophenschutz und im Feuerwehreinsatz seither bestens bewährt. Hiermit setzt die öffentliche Hand vorbildhaft auf die moderne und umweltschonende Euro VI Abgasnorm.

Die Euro VI Motoren sind bereits aus niedrigen Drehzahlen heraus besonders durchzugsstark. Dabei verbrauchen sie, trotz der gegenüber Euro V um mehr als 90 Prozent reduzierten Partikel- und NOx-Emissionen, deutlich weniger Kraftstoff. Die Motoren erfüllen die Abgasnorm Euro VI mit gekühlter Abgasrückführung sowie einer kompakten Abgasbox, in der ein SCR-System und ein geschlossener Partikelfilter platzsparend integriert wurden. □



Holder C 270 mit Anbaugeräten der Premiumpartner Dücker und Fiedler. Foto: Max Holder GmbH

## Multifunktion jenseits des Standards

Holder präsentiert sich auf der Demopark als Komplettlösungsanbieter

Mit seinem Full-Liner-Fahrzeugangebot von 27 bis 110 PS und einem der größten Anbaugeräteprogramme am Markt sendet Holder auf der Messe demopark vom 11.-13. Juni 2017 ein starkes Signal. Das Metzinger Traditionsunternehmen bietet seinen Kunden eine 360-Grad-Rundumversorgung für alle Anwendungen und Einsatzbereiche – und legt dabei gewohnt strenge Maßstäbe an: Echte Multifunktionalität bedeutet für Holder den Anspruch, dass die jeweilige Anwendung vergleichbar mit dem Arbeitsergebnis eines Einzelfahrzeugs durchgeführt werden soll. Und hier sucht Holder seinesgleichen.

Beim „Pflichtprogramm“, den Standardanwendungen Winterdienst und Grünflächenpflege, erweisen sich die Metzinger Kommunalmaschinen als absolute Profis. Besonders wenn die Ansprüche an Mensch und Maschine größer werden, machen sich die 2016 eingeführten und seitdem sehr erfolgreich laufenden und wachsenden Premiumpartnerschaften bezahlt. Die enge Zusammenarbeit mit ausgewählten Anbaugeräteherstellern ermöglicht es Holder, die Anbaugeräte optimal auf die eigenen Fahrzeugmodelle abzustimmen und technisch einwandfreie und langfristig funktionierende Komplettsysteme anbieten zu können. Die dritte Standardanwendung Kehrmaschinen wird bei Holder massiv ausgebaut: Mit zwei neuen Kehrmaschinen, die auf der diesjährigen demopark Premiere feiern, erweitert Holder das ohnehin schon breite Anbaugeräteprogramm der C-Reihe um modernsten Anwendungstechnik.

Immer wichtiger wird für die Kunden die „Kür“, womit Spezialanwendungen gemeint sind. Ob es um die Entfernung und Reini-

gung von Fahrbahnmarkierungen geht, um Randstreifenmähen oder die Wildkrautbekämpfung mit Heißwasser: Holder hat für praktisch jede Anforderung eine Lösung parat – und falls ausnahmsweise doch nicht, kümmern sich die erfahrenen Holder Ingenieure um eine maßgeschneiderte Sonderentwicklung.

### Service aus einer Hand

Die Max Holder GmbH ist ein renommierter Hersteller von multifunktionalen, knickgeleiteten Fahrzeugen für kommunale Anwendungen sowie Obstbau. Ob Rasenpflege, Wegereinigung, Transportaufgaben, Erdbewegung, Pflanzenschutz, Laubarbeiten, Winterdienst oder zahlreiche Spezialanwendungen – in vielen Ländern vertrauen Kunden auf die Marke Holder. Das 1888 gegründete Traditionsunternehmen aus Metzgingen (Deutschland) bietet Komplettlösungen und Services aus einer Hand: multifunktionale Trägerfahrzeuge, passende Anbaugeräte, individuelle Serviceleistungen und flexible Mietkonzepte. □



Ralph Breiltgens und Erwin Wick (v.l.). □





demopark: Breit aufgestelltes Unimog-Programm

## Grün hilft Orange

Unimog-Geräteträger arbeiten das ganze Jahr über U 218 – der kompakte Unimog für Kommunen mit einem hervorragenden Preis-Leistungs-Verhältnis

Kommunale Aufgaben wie Grünpflege, Winterdienst und Straßenunterhaltung werden immer häufiger nicht mehr nur durch die Kommunen selbst, sondern auch von landwirtschaftlichen Dienstleistern und Lohnunternehmen ausgeführt – die Einsatzfarbe „Grün“ unterstützt den Bereich von „Orange“. Dem trägt der Auftritt der Mercedes-Benz Unimog auf der Freilandausstellung Demopark (11.-13. Juni 2017, Stand B-243) bei Eisenach Rechnung.

Gerade die Möglichkeit, mit nur einem Geräteträger-Fahrzeug über das ganze Jahr hinweg völlig unterschiedliche Arbeiten zu erledigen, ist die große Stärke des Unimog und überzeugt auch Landwirte, die nach besserer Auslastung ihrer Betriebe suchen. Die Möglichkeiten liegen in Grünarbeiten und Straßenpflege in der Übergangszeit vor dem Frühjahr

ger. Ein Unimog U 530 in Agrarausstattung inklusive Heckzapfwelle ist mit einem Holzhacker kombiniert – ein Unimog-Zug, der anschaulich die Leistungsfähigkeit der Geräteträger von Mercedes-Benz dokumentiert. Auch der Unimog U 423 mit einem System zum Gießen von Pflanzen und Schwemmen von Straßen demonstriert die Mehr-



U 530: Randstreifenmähen der Autobahnmeisterei Knetzgau.

und dem Winter, im Winterdienst selbst, im Wegebau und im Gewässerbau, wie beispielsweise bei Arbeiten an Uferflächen oder im Bachbett.

### Neue Nutzungsmöglichkeiten

Dafür bringt der Unimog alles mit: sowohl leistungsstarke Motoren, ausgeklügelte Kraftübertragung für die Straße und den Geräteinsatz, als auch hervorragende Eigenschaften für die Fahrt abseits fester Straßen. Daneben hilft die Autobahntauglichkeit des Unimog, auch längere Wegstrecken zwischen den Einsatzorten mühelos und komfortabel zu bewältigen. Die Exponate und Vorführungen auf dem 3780 m<sup>2</sup> großen Ausstellungsgelände von Mercedes-Benz greifen diese Anforderungen gezielt auf. So ist zum Beispiel ein Unimog U 529 in Agrarausstattung mit Geräten zum Wegebau ausgerüstet, die dabei helfen, Überwucherung von Banketten zu verhindern und die Drainage sicherzustellen. Die Agrarausstattung umfasst dabei unter anderem eine Frontzapfwelle zum Geräteantrieb, Frontkraftheber und die Möglichkeit zum Anbau eines Frontladens. Für die meisten Modelle sind mechanische oder hydraulische Heckzapfwellen und Heckkraftheber lieferbar, ebenso spezielle Reifengrößen bis 495/70 und die vom Fahrerplatz aus bequem bedienbare Reifendruckregelung Tire Control Plus.

Ein ausgestellt Unimog U 423 für die Arbeit an Gewässern hat Seilwinde sowie einen Ladekran und zieht dazu einen Anhän-

geren technischen Lösungen Maßstäbe in der Branche. So mit dem optional erhältlichen stufenlosen Fahrertrieb EasyDrive. Die Synergie von Hydrostat und mechanischem Schaltgetriebe ermöglicht den fliegenden Wechsel zwischen beiden Antriebsarten während der Fahrt. Der Hydrostat im Unimog erlaubt Geschwindigkeiten bis zu 50 km/h, darüber hinaus fährt man bis 89 km/h effizient und kraftstoffsparend im mechanischen Achtgang-Schaltgetriebe.

Präzise und fein dosierbar geht außerdem die Load-Sensing-Hydraulik für den Geräteantrieb ans Werk. Abgerufen wird nur die tatsächlich benötigte Leistung. Außerdem wurde die Stützlast des Unimog am Heck um drei Tonnen erhöht (Sonderausstattung) – wichtig für den Einsatz mit landwirtschaftlichen Anhän-



U 423 mit Claas Disco 3200F Profil und Disco 9200 Contour.

gem. Ein weiteres bei Landwirten und Bauhöfen begehrtes Feature ist die Ausstattung des Unimog mit Frontlader.

Für die Unimog Geräteträger U 423 bis U 530 ist auch eine Allradlenkung lieferbar. Sie macht drei verschiedene Lenkungsarten möglich: Normallenkung über die Vorderräder, Allradlenkung mit allen Rädern in entgegengesetzten Einschlagwinkeln, „Hundegelenkung“ für die Diagonalfahrt mit parallel gestellten Rädern. Dadurch wird der ohnehin kleine Wendekreis um bis zu weitere 20 Prozent reduziert und die Manövrierfähigkeit des Fahrzeugs in allen Einsatzsituationen gesteigert. Die Reifendruckregelung Tire Control Plus sorgt unkompliziert für die Erhöhung der Traktion und gleichzeitig für maximale Bodenschonung. Über Lenkradastasten lässt sich der Reifendruck komfortabel auf die Modi „Straße“, „Sand“ und „Schlechtweg“ einstellen. Das LED-Licht-Paket als Zusatzausstattung bietet exzellente Beleuchtungsverhältnisse sowohl für die Fahrt auf der Straße als auch für den Geräteinsatz.

### Ideal für Kommunen

Das Unimog-Programm der Geräteträger umfasst die Einstiegsmodelle Unimog U 216 und U 218 sowie U 318, den neuen U 323 und den U 423, denen die Vierzylindermotoren mit Leistungen zwischen 115 kW (156 PS) und 170 kW (231 PS) gemeinsam sind. Die Unimog U 427 und U 527 sowie U 430 und U 530 haben Sechszylindermotoren und verfügen über 200 kW (272 PS) beziehungsweise 220 kW (299 PS). Dazu kommen die neuen Typen U 423, U 429 und U 529 mit Motoren in der Traktor-Abgasnorm Tier4f.

Exakt auf die Bedürfnisse klei-



Unimog U 423 mit Aufbaukehrmaschine der Firma Trilety.

neren Kommunen zugeschnitten ist der Unimog U 218. Er ist der ideale Nachfolger der heute noch weit verbreiteten Unimog U 1200, U 1400 und U 1600 aus der Zeit zwischen 1988 und 2002. Typisch für die Einsatzdauer des Unimog: Von den 16 401 produzierten Fahrzeugen dieser Baureihe 427 sind allein in Deutschland noch 10 420 Exemplare zugelassen. Der Unimog U 218 bietet in Kompaktheit, Nutzlast, Kraft, Robustheit und Zuverlässigkeit ähnliche Werte wie die früheren Unimog, kann aber den aktuellen Stand an Komfort, Sicherheit und Effizienz für sich verbuchen.

### Kommunalhydraulik

Mit dem Unimog U 5023 findet auch ein Modell aus der Baureihe der hochgeländegängigen



Unimog U 423 mit Frontkehrbesen der Firma Dücker.

Anbaugeräten dank der hier installierten Kommunalhydraulik in Kombination mit den überragenden Fahreigenschaften im Gelände.

### Präsentation: Unimog in allen Jahreszeiten

Vielfältige Einsätze das ganze Jahr über mit nur einem Geräteträger zu bewältigen macht die Stärke des Unimog aus. Das gilt sowohl für die klassischen Anwendungen Winterdienst, Straßenunterhaltung und Grünarbeiten wie auch für segmentübergreifende Einsatzfelder. Vier Anbauräume stehen zur Verfügung, zusätzlich zu Front und Heck können zwischen den Achsen und auf dem Chassis Geräte montiert werden. Die Vorführungen auf dem Stand von Mercedes-Benz auf der Demopark verdeutlichen eindrucksvoll, wie gut die Geräteträger mit den An- und Aufbaugeräten der Zulieferindustrie harmonieren. Mit ihnen un-

terhält Mercedes-Benz spezielle Vereinbarungen über die Anforderungen an die Geräte, die Hersteller sind eingeteilt in 14 hochspezialisierte „Unimog Partner“ und in 17 „Unimog Expert Partner“.

### Freilandausstellung: Exponate in Bewegung

Die Demopark ist in der Branche die größte Freilandausstellung Europas und gilt als richtungweisend für den Markt der Kommunaltechnik und im Garten- und Landschaftsbau. Sie findet zum zehnten Mal statt, zum siebten Mal auf dem Flugplatz Kindel bei Eisenach (11. bis 13. Juni 2017). Auf einer Ausstellungsfläche von über 250.000 Quadratmetern erwarten mehr als 400 Aussteller ihre Besucher. Typisch für die Messe: Hier lassen sich Exponate nicht nur anschauen, sondern auch im Einsatz erleben und in vielen Fällen auch selbst ausprobieren.



## Erntehelfer. Facharbeiter. Straßenmeister. Oder kurz: Unimog.

Der Unimog überzeugt Agrar- und Lohnunternehmen mit seiner enormen Wirtschaftlichkeit. Dafür sorgen der geringe Kraftstoffverbrauch bei gleichzeitig hoher Leistung von bis zu 220 kW (299 PS), Front- und Heckzapfwelle sowie Hydraulik ab Werk, schneller Gerätewechsel und

dadurch eine hervorragende Auslastung an 365 Tagen im Jahr. Auf dem Acker und im Grünlandeinsatz bewegt sich der Allrounder zudem genauso souverän wie auf Straßen. Mehr unter [www.mercedes-benz.com/unimog\\_agrarlogistik](http://www.mercedes-benz.com/unimog_agrarlogistik)



### Nicht verpassen!

Getourt wird von April bis Juni 2017. Termine in Ihrer Nähe:

04.05.2017 | Beuthäuser | Biathlonstadion, Oberhof

23.05.2017 | Wilhelm Mayer | Brühlhalle, Elchingen

30.05.2017 | Henne Heimstetten | Océ, Poing (bei München)

Mehr Infos unter [mbs.mercedes-benz.com/unimog-tour-2017](http://mbs.mercedes-benz.com/unimog-tour-2017)

### Mercedes-Benz

Trucks you can trust



Carl Beuthäuser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Carl Beuthäuser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: [heimstetten@henne-unimog.de](mailto:heimstetten@henne-unimog.de), Internet: [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: [info@kurt-herold.de](mailto:info@kurt-herold.de), Internet: [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: [info@klmv.de](mailto:info@klmv.de), Internet: [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: [nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com](mailto:nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com), Internet: [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)

# Marke DONAURIES nimmt Fahrt auf

**Geschäftsbereichsversammlung: Viele Projekte laufen gerade an**

**Donauwörth (pm).** „Es reicht nicht aus, die Vorzüge unserer Region zu betonen. Wir müssen in die Köpfe der Menschen kommen“. Nach vielen Gesprächen ist Landrat Stefan Rößle überzeugt, dass man die Menschen emotional ansprechen muss, um wahrgenommen zu werden. Diese Überzeugung vertrat er auch bei der zweiten Geschäftsbereichsversammlung der Marke DONAURIES in Rain.

Dazu hatte der Wirtschaftsförderverband DONAURIES e.V. als Träger der Marke in das moderne Event-Center „La Piazza“ der Fa. logic-base eingeladen. Rund 45 Markenpartner nahmen die Gelegenheit wahr, sich über laufende und geplante Projekte zu informieren und den Etatplan zu verabschieden.

Landrat Stefan Rößle erklärte in seiner kurzen Einführung, dass die Rainer Firma einer von über 40 neuen Markenpartnern sei, die seit der ersten Geschäftsbereichsversammlung Ende Februar 2016 dazugekommen sind. „Insgesamt sind es jetzt 142 Markenpartner, dies ist eine überaus erfreuliche Entwicklung“, betonte er, räumte aber auch ein, dass die Wahrnehmung der Marke im Landkreis noch verbesserungswürdig

sei. In diesem Zusammenhang appellierte er an alle Markenpartner, im Rahmen ihrer Kommunikation und Außerdarstellung auch auf die Marke zu verweisen, etwa durch das Verwenden des Logos auf Briefpapier, in Publikationen oder auf der Homepage. Eine tolle Aktion sei auch die Idee der Fa. Stengel aus Donauwörth, ein neues Pflaster nach der Marke zu benennen: „Ich würde mich freuen, wenn es mehr Aktionen in dieser Richtung gäbe“.

## Region neu positionieren

Andererseits müsse man aber auch etwas Geduld mitbringen, zehn Jahre seien für eine Markenprozess durchaus realistisch. Dies sei dem Landkreis auch von einem ausgewiesenen Mar-

ketingprofi bescheinigt worden, der im vergangenen Sommer zusammen mit dem Markenvorstand und dem Fachbeirat Marketing die Ergebnisse mehrerer Befragungen analysierte. Seine Tipps waren unter anderem, die Mittelstandsregion neu zu interpretieren und zu positionieren.

## Erfolge in Form von Geschichten kommunizieren

„Unsere starken mittelständischen „Hidden Champions“ müssen wir in der Kommunikation personalisieren und ihre Erfolge in Form von Geschichten kommunizieren“, betonte Landrat Rößle. Ergebnis dieser Diskussion sei aber auch gewesen, das Thema Eventqualität aufzugreifen. Das Veranstaltungsangebot der Region zu koordinieren und ein bis zwei regionale Events besonders zu unterstützen, könne helfen, dass die Region eine überregionale Ausstrahlungskraft und Bekanntheit bekommt. „Und bei den Befragungen kam auch heraus, dass wir offener sind als viele denken“, so Rößle. Dieser „Regionalcharakter“ soll durch persönliche Geschichten fassbarer und „nahbarer“ gemacht werden.

Dass einige dieser Anregungen und Ideen bereits umgesetzt werden und es mit der Marke insgesamt aufwärts geht, wurden im Bericht von Veit Meggle, Geschäftsführer des Wirtschaftsförderverbandes, deutlich. So ist kürzlich eine überregionale Anzeigenkampagne gestartet, mit der unter dem Motto „Ganz schön was los im DONAURIES“ für Veranstaltungen

in der Region geworben wird. In einer weiteren Kampagne kommen Persönlichkeiten aus der Region zu Wort und erzählen, warum DONAURIES ihr persönlicher Glückstreffer ist. Große, erfolgreich umgesetzte Projekte sind unter anderem das Regionalportal DONAURIES mit Jobportal und Veranstaltungskalender sowie die erste Verleihung des Labels „TOP-Arbeitgeber DONAURIES“. Neben einigen kleineren Veranstaltungen wird die Marke DONAURIES in diesem Jahr das Blasmusikfestival „BLASIUS“ unterstützen, das durch den Musikverein Fremdingen organisiert wird. Meggle verwies darauf, dass damit genau die Zielgruppe der Marke angesprochen werde und das Festival beitragen könne, die Region sympathisch, offen und vielfältig zu verkaufen.

## Videowettbewerb und Markenzelt

Sich mit der Region auseinander zu setzen ist das Ziel eines Videowettbewerbs, der in Kürze auslobt werden wird. Hier können Einzelpersonen, Gruppen, aber auch Vereine oder Firmen in einem kurzen Film zeigen, warum DONAURIES für sie ein Glückstreffer ist. „Erstmals wird es heuer auch ein Markenzelt bei der DONAURIES-Ausstellung in Donauwörth geben“, freute sich Veit Meggle: „Acht Markenpartner beteiligen sich, außerdem werden wir im Rahmen der Ausstellung das Label „TOP-Arbeitgeber“ verleihen“.

Die anschließenden Regularien – Verabschiedung des Etatplanes und Entlastung der Vorstandsschicht – waren schnell erledigt. Damit blieb Zeit, die Räumlichkeiten der Fa. logicbase zu besichtigen und bei einem kleinen Imbiss gemeinsam ins Gespräch zu kommen. □



**Wirtschaftsförderverband-Geschäftsführer Veit Meggle stellte bei der Geschäftsbereichsversammlung die Projekte der Marke DONAURIES vor.**  
Bild: Angela Kerle

## Stadt-Umlandbereich Rosenheim (SUR):

# Qualität für die Zukunft sichern

**Die Untersuchung von Trassen für Radschnellwege in einer Ost-West-Achse von Stephanskirchen über Rosenheim nach Bruckmühl und in einer Nord-Süd-Achse von Großkarolinenfeld über Rosenheim nach Raubling und Brannenburg sowie der Beitritt der Gemeinde Bad Feilnbach standen im Vordergrund der jüngsten Sitzung des Stadt-Umlandbereichs Rosenheim (SUR).**

Zum rund 180.000 Einwohner zählenden Verbund gehören nunmehr die Städte Rosenheim, Bad Aibling und Kolbermoor, die Gemeinden Bad Feilnbach, Brannenburg, Feldkirchen-Westerham, Großkarolinenfeld, Raubling, Rohrdorf, Schechen und Stephanskirchen sowie die Märkte Bruckmühl und Neubeuern. Laut Rosenheims Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer „können wir mit der Aufnahme von Bad Feilnbach ein weiteres erfolgreiches Kapitel im Rahmen unserer interkommunalen Arbeitsgemeinschaft aufschlagen“. Dies zeige, dass der Stadt-Umlandbereich Rosenheim mit seinem Plan, die Siedlungsentwicklung regional zu steuern und die Wirtschaftsachse München – Mangfalltal – Rosenheim innerhalb der Europäischen Metropolregion München zu stärken, auf dem richtigen Weg ist, so die SUR-Vorsitzende.

sich allein die Antworten und Lösungen nicht erarbeiten können. Umso dankbarer sei sie, dass der Verbund seit nunmehr 20 Jahren existiert. Vor diesem Hintergrund rief die SUR-Vorsitzende dazu auf, an win-win-Lösungen zu arbeiten und - sollte das nicht gelingen - zumindest fair und transparent nach Möglichkeiten des Ausgleichs zu suchen. DK

## BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 51 vom 01.01.2017

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

## Hebammenversorgung im ländlichen Raum:

# „Brandbrief“ von Landrat Löffler

**Vor dem Hintergrund der derzeitigen Situation in der Hebammenversorgung hat sich der Chamer Landrat Franz Löffler in einem „Brandbrief“ an die Vorstandsvorsitzenden der AOK Bayern und des Spitzenverbandes der Gesetzlichen Krankenversicherung gewandt.**

Der Chamer Landrat weist darauf hin, dass die geplanten Änderungen im Hebammenbereich für die Kliniken im ländlichen Raum, für die die Landkreise aufgrund ihres gesetzlichen Versorgungsauftrags die Verantwortung tragen, auch strukturell bedeutsam seien. Er befürchtet, dass es sogar zu einer Unwirtschaftlichkeit der Geburtshilfeabteilung im Chamer Krankenhaus kommen könne und deren Existenz bedroht sei.

rufflichen Hebammen, dass dem Belegsystem zugunsten der Angestelltenvariante der Boden entzogen werden soll, sei hier wohl nicht ganz von der Hand zu weisen. Das neue Vergütungs- und Behandlungssystem werden sich in einem typischen ländlichen Landkreis wie dem Landkreis Cham negativ auswirken.

## Die Konsequenzen

Löffler schreibt hier wörtlich: „Zum einen werden etliche Geburten nicht mehr in Cham stattfinden können, Schwangere müssen von den Beleghebammen abgewiesen werden. In der Konsequenz werden die Geburtenzahlen in Cham sinken, was zu einer Unwirtschaftlichkeit der Geburtshilfe führen und deren Existenz bedrohen wird. Viele werdende Mütter werden künftig eine Stunde und mehr in die nächste Klinik unterwegs sein. Was dies bei Notfällen bedeutet, möchte ich mir gar nicht ausmalen. Die Belegerinnen in Cham werden unter den Prämissen des neuen Vergütungssystems erst recht keine Kolleginnen mehr finden, da die Beschränkung in der Geburtsbetreuung insgesamt zu finanziellen Einbußen führen wird.“

## Deutliche Mehrkosten

Auch ein Wechsel zum Angestelltensystem wäre nicht machbar. Aufgrund der tariflichen Arbeitszeitregelungen bräuchte man an den Sana Kliniken des Landkreises Cham statt 10 dann 18 Hebammen. Abgesehen davon, dass sich diese für eine ländliche Klinik auf dem Markt nicht finden lassen, wären damit Mehrkosten von ca. 1 Mio. Euro jährlich verbunden. Diese Mehrkosten müssten aufgrund des bestehenden DRG-Systems dann für mindestens zwei Jahre vorfinanziert werden, was unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten völlig undenkbar sei. □

## „Antistrukturpolitik“

Entscheidungen der Kassen, die sich quasi als „Antistrukturpolitik“ zu Lasten des flachen Landes auswirken, könnten daher nicht un widersprochen bleiben. Er fordert die Vertreter der Krankenversicherungen auf, bei ihren Planungen auch die Auswirkungen auf die geburtshilflichen Leistungen vor Ort und auf die letztendlich betroffenen Frauen und Mütter zu bedenken.

Löffler erläutert in dem Brief, dass die hauptamtliche Abteilung für Gynäkologie und Geburtshilfe an den Sana Kliniken des Landkreises Cham derzeit über 900 Geburten pro Jahr mit steigender Tendenz aufweist. Die Hebammenversorgung werde durch eine Beleghebammenpraxis mit 10 Hebammen sichergestellt. Da es jedoch immer schwerer werde, qualifizierten Nachwuchs für die ländlichen Räume zu finden, hätten schon Vor- und Nachsorgeleistungen zurückgefahren werden müssen.

## Plan konterkariert

Die an sich positive geplante Anhebung der Vergütung für freiberufliche Hebammen von 20 bis 30 Prozent werde konterkariert, wenn im Gegenzug gefordert wird, dass die Hebamme sich dann nur noch um zwei Gebärende gleichzeitig kümmern darf. Die Befürchtung der freibe-



Donau-Ries:

# „Full House“ beim 1. Spielezirkel der Kommunalen Jugendarbeit

**50 Fans von Brett-, Karten- und Gesellschaftsspielen haben am 1. Spielezirkel, der von der Kommunalen Jugendarbeit gemeinsam mit der St. Georg-Schule in Nördlingen organisiert wurde teilgenommen. In gemütlicher Runde konnten dabei clevere Spielzüge gewagt, neue Gesellschaftsspiele und neue Leute kennengelernt werden. Und das Beste: Die SMV bot leckere Pizza zum Verkauf an. So konnten die Spieler gestärkt die neuesten Spielrends, aber auch alte Klassiker ausprobieren.**

Jeder Mitspieler erhielt einen eigenen Spielerpass, in welchem seine Teilnahme dokumentiert wurde. Und wenn ein Spiel nicht gewonnen wurde, gibt es trotzdem einen Gewinn für jeden: Die Spielwarenhändler vor Ort unterstützen das „Mitmachen“, indem sie beim Einkauf mit dem Spielerpass Rabatte gewähren.

Am offenen Spielertreff, der dieses Jahr in weiteren fünf verschiedenen Städten im Landkreis durchgeführt wird, können alle Spielebegeisterte ab 14 Jahren, Ehrenamtliche, Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Behindertenhilfe ohne Anmeldung teilnehmen.

Weitere Spielregeln? Freunde informieren, eigene Gesellschaftsspiele in die Tasche packen,

Kommen wie es zeitlich passt und mitspielen. Für Getränke zu fairen Preisen ist gesorgt. Flyer und Plakate liegen in allen Gemeinden und Städten im Landkreis aus.

- 13. Mai, 18-22 Uhr, Kath. Pfarrheim St. Sebastian Oettingen
- 24. Juni, 18-22 Uhr, Mittelschule Wemding
- 30. September, 14-18 Uhr, Jugendzentrum Monheim
- 4. November, 18-22 Uhr, Mittelschule Harburg
- 1. Dezember, 18-22 Uhr, BRK-Zentrum Donauwörth.

Nähere Informationen: Landratsamt Donau-Ries, Kommunale Jugendarbeit. □

## Immer mehr Barrieren fallen

Behinderte Menschen loben Engagement der Stadt Würzburg für Inklusion

Eine Woche vor dem Europäischen Protesttag behinderter Menschen Anfang Mai lud die Stadt Würzburg zu ihrem ersten „Inklusionsforum“ ein. Die Veranstaltung zeigte: So manche Barriere, gegen die Würzburger mit Handicap in früheren Jahren protestieren mussten, ist inzwischen beseitigt. Zum Beispiel gibt es im Rathaus endlich einen Aufzug. Klar wurde aber auch, dass noch viel zu tun ist, um Würzburg tatsächlich barrierefrei und inklusiv zu machen.

Würzburg gehörte deutschlandweit zu den ersten Städten, die einen Kommunalen Aktionsplan Inklusion erarbeiteten. An diese Aufgabe gingen nicht nur Referenten, Fachbereichsleiter und Sachbearbeiter. Würzburger Bürger mit Handicap wirkten als Experten in eigener Sache mit. Aus ihren Wünschen und Forderungen kristallisierten sich 187 Maßnahmen zur Barrierefreiheit in sechs Handlungsfeldern heraus. Seit drei Jahren ist die Stadt dabei, sie umzusetzen.

Wer eine Behinderung hat, sei es von Geburt oder durch einen Unfall, muss im Alltag Probleme bewältigen, die Menschen ohne Handicap völlig fremd sind. Ein Rollstuhlfahrer zum Beispiel kann nicht ohne weiteres die Straßenbahn benutzen. Auch ist es für ihn noch mal schwerer, Wohnraum zu finden, da noch immer viele Wohnungen nur durch Treppen erreichbar sind und es auch nicht möglich ist, sich in ihnen im Rollstuhl zu bewegen. Menschen mit geistiger Behinderung tun sich schwer, behördliche Schreiben zu verstehen. Außerdem ist es ihnen nur selten möglich, einen „normalen“ Job zu finden. Viele sind in Werkstätten tätig.

### Genutzte Chance

Das wäre auch das Schicksal von Nicolas Noe gewesen, gäbe es nicht das Projekt „Inklusiv! Gemeinsam arbeiten“ der Mainfränkischen Werkstätten. Dadurch erhielt Noe einen Job bei der Stadt Würzburg. Der junge Mann hilft in einer Schulkantine mit und unterstützt die Inklusionsbeauftragte Vera Gehlen. Überschwänglich bedankte sich Noe beim Inklusionsforum, dass ihm diese Chance eingeräumt wurde.

„Seit Jahren übererfüllt die Stadt die Schwerbehindertenquote“, erklärte Ole Kruse vom

Personalreferat. Fünf Prozent aller Stellen sollten dem Gesetz zufolge mit einem Schwerbehinderten besetzt sein. Die Stadt lag in den letzten Jahren stets zwischen sechs und sieben Prozent. Momentan sind rund 200 behinderte Menschen beschäftigt. „Wir haben bei uns im Sozialreferat zum Beispiel zwei Arbeitsplätze für stark sehbehinderte Frauen eingerichtet“, so Sozialreferentin Hülya Düber. Das Umweltreferat heuert Mitarbeiter der Mainfränkischen Werkstätten zur Grünflächenpflege an.

### Sprache im Fokus

Düber selbst war in den vergangenen Monaten vor allem mit dem Thema „Verständliche Sprache“ beschäftigt. Der Schriftverkehr zwischen Bürgern und Stadtverwaltung soll in Zukunft so sein, dass auch Menschen, die Probleme mit der Sprache haben, verstehen, was ein Behördenmitarbeiter von ihnen will. Ist es aus juristischen Gründen nicht möglich, einen Bescheid verständlich zu formulieren, soll es Begleitschreiben geben, die erklären, was gemeint ist.

Auch beim Inklusionsforum wurde Wert auf Verständliche Sprache gelegt. „Deshalb lese ich heute meine Rede auch ab“, erklärte Oberbürgermeister Christian Schuchardt, der die Veranstaltung eröffnete. Wäre dem Publikum dennoch etwas unverständlich geblieben, hätte es die Möglichkeit gegeben, darauf durch signalrote „Bitte Leichte Sprache!“-Karten aufmerksam zu machen. Die Karten wurden während der zweistündigen Veranstaltung allerdings nicht. Was ein bisschen verwunderlich war. Konnte wirklich jeder der 160 Teilnehmer zum Beispiel etwas mit dem Begriff

„Sozialraumanalyse“ anfangen?

Viel geschehen ist in der Stadt inzwischen in Sachen Barrierefreiheit. Immer mehr Schulen wurden in letzter Zeit umgestaltet, zeigte Heinz Benkert vom Schulamt auf. Damit auch Schüler im Rollstuhl an naturwissenschaftlichen Experimenten teilnehmen können, gibt es in Physiksälen inzwischen höhenverstellbare Versuchstische.

Immer inklusiver wird auch der Sportbereich, verdeutlichte Sportamtsleiter Jens Röder. Zu den Vorbildprojekten gehört die Veranstaltung „No Limits“, die am 6. Mai wieder organisiert wird. Auch am Residenzlauf am Sonntag werden sich etliche Menschen mit Handicap beteiligen.

Im Kultursektor tat sich ebenfalls einiges. Hier zählt das inklusive Tanzprojekt des Theaters tanzSpeicher zu den Vorzeigeeinitiativen. Unter der Regie von Dominik Blank erarbeiten nichtbehinderte Tänzer mit Tänzern aus der Schule des Zentrums für Körperbehinderte Choreographien. Der Kulturspeicher brachte mit „Kunst mit allen Sinnen“ ebenfalls ein Vorbildprojekt auf den Weg.

### Barrierefreier Zugang zum ÖPNV

Zu den größten Wünschen behinderter Menschen gehört der barrierefreie Zugang zum öffentlichen Personennahverkehr. Der Behindertenbeirat und der kommunale Behindertenbeauftragte Karl-Heinz Marx kämpfen dafür, dass Würzburgs Straßenbahnen mit mobilen Rampen ausgestattet werden. Erste erfolgreiche Schritte zur Umsetzung wurden unternommen, allerdings droht aktuell ein Stillstand des Projekts.

Was den ÖPNV angeht, sei eher ein Rückschritt zu konstatieren, empörte sich eine Teilnehmerin: „Denn immer mehr Fenster sind mit Werbung zugeklebt.“ Das nervt die Strabakundin gewaltig, stellt dies doch eine neue Barriere dar: Sehbehinderte könnten sich nicht mehr orientieren, wo sie gerade sind. Pat Christ



Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Na, Leute, sollten wir zum Europa-Tag nicht auch mal eine Pro-Europa-Demo organisieren, wie sie derzeit in fast allen großen Städten stattfinden? Auch wir könnten doch ein Zeichen gegen das ewige Europa-Bashing bestimmter Leute setzen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, war Feuer und Flamme für die Aktion, die eine Bewegung namens Pulse of Europe aufgebracht hat: Für die Idee der europäischen Einigung auf die Straße zu gehen.

Also, ich war spontan begeistert von dem Vorschlag. Zunächst, weil ich schon immer mal bei einer Demo mitmachen wollte, aber mich bis dato noch kein Anliegen hinter dem Ofen hervor und auf die Straße gelockt hat. Durch die Stadt ziehen und skandieren „Bürger, lasst das Glotzen sein, kommt heraus und reißt euch ein“ oder „Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns Euro-

### Unser Horizont ist europäisch

pa klaut“ – das ist bestimmt ein cooles Erlebnis.

Neben solchen, vielleicht in einer unbefriedigten Rebell-Biographie wurzelnden Phantasien, gefäll mir noch etwas anderes: Es ist doch absolut bemerkenswert, dass in Deutschland einmal für etwas demonstriert wird. Wir Deutsche, das Volk der Ablehner, Zweifler, Veränderungsgegner und Angsthasen vor allem und jedem sagen mal JA zu etwas. Allein das ist doch schon einen Fußmarsch durch die Innenstadt wert.

Zudem wäre eine solche Demo mal eine Abwechslung, die Schwung in den Europatag bringen könnte. Ehrlich mal, die bisherigen Veranstaltungen sind zwar gut gemeint, haben aber einen solch langen Bart, dass sie keinen mehr hinter dem Ofen hervorlocken. Die Volkstanzgruppen aus unseren Partnerstädten altern langsam vor sich hin, seit sie das erste Mal bei uns aufgetreten sind (man nennt das einen traditionellen Programmpunkt), der Italiener am Stadtplatz, der Spanier in der Taubengasse und der Kroat am Bahnhof bieten auch jedes Jahr die gleichen kulinarischen Grüße europäischer Vielfalt, die mittlerweile jede Hausfrau und jeder Hobbykoch im Repertoire hat. Und weil alles so vor-

hersehbar und schon mal dagewesen ist, deshalb wird auch die Berichterstattung über den Europatag in der Lokalpresse immer kürzer.

Das ist ja das Fatale: Europa ist so erfolgreich, dass es sich bei uns allen ganz selbstverständlich in unser Leben geschlichen hat. Auf unseren Speisezetteln, auf unsere Playlists, in unseren Designgeschmack, kurz in unsere Lebenswirklichkeit. Unser Horizont ist europäisch, aber wir alle nicken selig, wenn irgendwer die Schuld für irgendwas, das schiefgeht, denen aus Brüssel zuschiebt. Das darf dann immer schön Europa ausbaden.

Dabei ist es mit Europa das Gleiche wie mit der Ehe oder einer tiefen Freundschaft: Man muss ständig daran arbeiten. Es genügt nicht, dass man sich gegenseitig schätzt, bewundert und die Harmonie genießt. Was man schätzt, muss man auch verteidigen, was man bewundert, muss man auch in positivem Licht darstellen und die Harmonie muss man befördern, indem man die Wertschätzung und Anhänglichkeit gegenüber dem Partner auch deutlich macht und sich nicht damit zufrieden gibt, das Positive als selbstverständlich hinzunehmen und nur das Kritikwürdige zu thematisieren.

Mein Chef, der Bürgermeister, brennt für Europa und möchte genau das bewirken: Gut über Europa zu sprechen, sich bewusst machen, wie sehr wir eigentlich schon Europäer geworden sind und deutlich machen, was wir verlieren würden, wenn wir nicht sorgsam mit der europäischen Idee umgehen, sondern den Diskurs über die Zukunft unseres Kontinents denjenigen überlassen, die mit nationalistischen Rezepten der Zwischenkriegszeit die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts meistern wollen. Ich twittere ihm den Satz eines Zeitzeugen, der die Nation untergehen und Europa aufstehen sah, Franz Josef Strauß: „Dieses Europa hat ein gemeinsames Schicksal und eine gemeinsame Zukunft. Was liegt näher, als dass es zu einer gemeinsamen Politik kommen muss?“

the Sabriul

## Pragmatische Lösung – großer Erfolg

Mitarbeiter am Landratsamt München erleichtern jungen Flüchtlingen den Start in die Berufsschule

„Schubladen-Denken“ ist menschlich – und auch in Verwaltungen weit verbreitet. Dabei funktioniert manches besser, wenn man über den Tellerrand seiner eigenen Zuständigkeit schaut. Im Landratsamt München tun sich deshalb immer wieder verschiedene Organisationseinheiten zusammen, um Arbeitsvorgänge zu optimieren. Diesmal ging es darum, den Anwärtern für Berufsintegrationsklassen die Formalitäten beim Ausfüllen von Schülerbeförderungsanträgen zu erleichtern.

In mehr oder weniger regelmäßigen Abständen startet der Landkreis München gemeinsam mit der Regierung von Oberbayern mit neuen Berufsschulintegrationsklassen für junge Flüchtlinge und Asylberber. Im Vorfeld steht ein hoher Planungsaufwand, damit die richtige Anzahl an Schulplätzen geschaffen, die Räumlichkeiten gefunden und diese ausgestattet werden können. Auch die Suche nach Lehrpersonal gestaltet sich für die Regierung von Oberbayern zunehmend schwieriger.

Wenn es dann so weit ist, müssen die jungen Leute informiert werden, wann und wo es losgeht. Oft warten sie schon mehrere Monate, um endlich einen der begehrten Schulplätze zu bekommen, die deutsche Sprache besser zu lernen und sich auf das Berufsleben vorzubereiten.

Da die Schulplätze nur in einigen Gemeinden des Landkreises zur Verfügung stehen, müssen die jungen Leute in den meisten Fällen die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen. Dafür benötigen sie ab dem ersten Schultag eine entsprechende Schülerkarte. Anträge ausfüllen ist nicht jedermanns Sa-

che. Wenn man jedoch, wie die jungen Leute, der deutschen Sprache noch nicht so mächtig ist oder sie noch gar nicht versteht, wird es richtig kompliziert.

Aus diesem Grund haben sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes München etwas ausgedacht. Unterschiedliche Fachbereiche haben sich zusammengetan und eine pragmatische Lösung gefunden. Vor jedem Schulstart gibt es nun eine „Fotoaktion“. Los geht's mit einer freundlichen Einladung an die neuen Berufsschülerinnen

und -schüler, sich in der Außenstelle des Landratsamtes in der Ludmillastraße einzufinden. Kürzlich waren fast 80 junge Leute da, um sich vom hauseigenen Medienzentrum fotografieren und dann von Sozialpädagogen, Verwaltungsfachkräften und Auszubildenden beim Ausfüllen der Anträge unterstützen zu lassen. Das optimiert den Vorgang für alle. Schöner Nebeneffekt: Auch die Schulen erhalten eine perfekte Liste mit Fotos ihrer neuen Schülerinnen und Schüler.

Landrat Christoph Göbel freut sich über seine kreativen Mitarbeiter: „Mit guten Ideen und etwas weniger Bürokratiendenken kommt man oft einfacher und besser ans Ziel. Ich freue mich, dass das im Landratsamt dort, wo es möglich ist, immer mehr gelebt wird.“



Das Team des Landratsamts nach getaner Arbeit.

### Regionalpolitik:

## Region Passau weiter voranbringen

Wirtschaftsstaatssekretär Pschierer übergab Förderbescheid

Mit ca. 260.000 Euro will die Staatsregierung in den nächsten drei Jahren die Vermarktungs GmbH in Ruhstorf an der Rott fördern. Diese neu gegründete Gesellschaft soll für einen Teil der von Kapazitätsanpassungen bzw. Entlassungen betroffenen Siemens-Mitarbeiter am Standort Rustorf neue Arbeitsplätze schaffen. In diesem Zusammenhang hat Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer jüngst einen staatlichen Förderbescheid für die Vermarktungsgesellschaft übergeben.

Für den Staatssekretär ist dies ein wichtiger Schritt zur Ansiedlung von Unternehmen sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der ostbayerischen Region Passau. Damit gehe man gemeinsam mit dem Unternehmen Siemens, dem Landkreis und der Gemeinde neue Wege bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Region.

### Image verbessern

Parallel dazu werde der Konzern zu den weiterhin selbst genutzten Räumlichkeiten den Standort an der Rott zu einem Industriepark ausbauen. Es gehe hier vor allem um durch die Kapazitätsanpassungen frei gewordener Flächen für Büronutzung,

Produktion und Lager. Ziel der durch den Landkreis Passau und der Marktgemeinde Ruhstorf gegründeten Gesellschaft sei insbesondere die Vermarktung des Industrieparks, um Investoren in die Region und damit Arbeitsplätze an den Standort zu bringen, erläuterte Pschierer. Zudem solle das Image und die wirtschaftliche Struktur im Raum Passau verbessert werden.

### Beispielhafte Unterstützung

Für den Passauer Landrat Franz Meyer ist die Unterstützung der Staatsregierung beispielhaft und ein deutliches Signal an den Standort Ruhstorf sowie den gesamten Landkreis. Als „kommunale Familie“ stehe

man auch selber in der Pflicht, alles zur nachhaltigen Stärkung der Wirtschaftsstruktur zu unternehmen. Gemeinsam mit dem bayerischen Wirtschaftsministerium und der Vermarktungsgesellschaft werde der Landkreis Passau diese aktive Rolle übernehmen. Denn Politik, die fordere, müsse auch handeln, erklärte Meyer zum Abschluss.

### Perspektiven schaffen

Der Erste Bürgermeister der Marktgemeinde Ruhstorf, Andreas Jakob, lobte das gemeinsame Engagement und begrüßte ausdrücklich die Gründung der Vermarktungsgesellschaft zur Schaffung neuer Arbeitsplätze für die betroffenen Siemens-Mitarbeiter. Jede Initiative des Staates sowie des Konzerns könne die schwierige Situation vor Ort nur verbessern. Der Staatssekretär ergänzte, mit den Aktivitäten entfalte man neue Perspektiven für die Menschen vor Ort. rm

## Via Claudia Augusta zur Belebung der gesamten Wirtschaft

Künftig sollen die europäische Marke Via Claudia Augusta und ihre Publikationen auch nichttouristischen Unternehmen und der Landwirtschaft aus den Orten entlang der Route offen stehen, die besondere Produkte und Services bekannt machen und mit der faszinierenden Geschichte der alten Straße verbinden möchten. Ziel ist, den wirtschaftlichen Austausch entlang der Route zu fördern und gemeinsam auch über die Route hinaus international Aufmerksamkeit zu finden, betonen die 3 Präsidenten der Via Claudia Augusta von Deutschland, Italien und Österreich, Giorgio D'Agostini (Italien), Paul Iacob (Deutschland) und Dr. Walter Stefan (Österreich).

Menschen von allen Kontinenten informieren sich auf [www.viac Claudia Augusta](http://www.viac Claudia Augusta) über die erste trans-europäische Straße über die Alpen. Rund 130.000 davon bewegt die Via Claudia Augusta jährlich zu einer Reise auf den Spuren der Römer über die Alpen oder zu einem Urlaub in einer der Regionen entlang der Römerstraße. Sie geben dabei geschätzte 100 Mio Euro aus. Im nachhaltigen Tourismus ist die Via Claudia Augusta also bereits eine bekannte und bedeutsame Größe.

Eine jährliche repräsentative Umfrage des Allgemeinen deutschen Fahrradclubs (ADFC) weist die Radroute entlang der Römerstraße als zweitbeliebteste grenzüberschreitende Route der Deutschen aus. Die Via Claudia Augusta ist aber nicht nur beliebt, sondern auch für ihre Qualität ausgezeichnet, mit 4 Sternen. Die Produzenten oder Dienstleister, die mit der Via Claudia Augusta gemeinsam Erfolg haben wollen, sollen also auch Wert auf Qualität legen, ist Rudolf Zündt wichtig, der — wie der Tiroler Ehren-Obmann Dr. Siegfried Gohm bereits Mitglied der Arbeitsgruppen war, die vor über 10 Jahren die strategi-

schen Leitlinien mitbestimmte, die jetzt — nach dem Tourismus — auch diesem Bereich konsequent in die Tat umgesetzt werden.

Die Marketing-Arbeit für die besonderen Qualitäts-Produkte und -Services von der Via Claudia Augusta kann auf touristische Publikationen aufbauen, die jährlich über 1 Mio. Kontakte mit potentiellen Kunden haben. Die markante orange-schwarze Marke der Via Claudia Augusta mit den 3 Bögen findet breite Sympathie. Die Jahrtausende alte Straße weiß unzählige Geschichten als Basis für Storytelling zu erzählen und steht für Beständigkeit und zugleich Weltoffenheit. Die Geschichten, die die alte Straße erzählt, sind außerdem eng mit den Menschen und ihren Kulturen verbunden. Alles Dinge, die viel gern mit ihrem Angebot verbinden wollen.

Es ist also für Unternehmen, Landwirtschaft und ihre Verbände auf alle Fälle eine Überlegung wert, mit der Via Claudia Augusta zu kooperieren, meint der Geschäftsführer der Via Claudia Augusta EWIV, Mag. Christoph Tschakner. □



Von rechts: Paul Iacob (Vorsitzender des bayerischen Vereins und Füssener Bürgermeister), Walter Stefan (Obmann des Tiroler Vereins) und Giorgio D'Agostini (italienischer und derzeit internationaler Präsident). Bild: Via Claudia Augusta

## Cadolzburg lädt zur Zeitreise in das Mittelalter

Die Cadolzburg ist weit über die Grenzen der Markt-gemeinde hinaus ein für die gesamte Metropolregion Nürnberg bedeutendes Baudenkmal. Dort wurden aus den Burggrafen von Nürnberg die Kurfürsten der Mark Brandenburg.

„Die spannende Geschichte und historische Bedeutung der Cadolzburg wieder ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rufen, ist ein Anliegen des neuen Bürgerlebnismuseums, das im Sommer 2017 eröffnet wird. Es ist den Mitarbeitern der Bayerischen Schlösserverwaltung zusammen mit Experten für die Geschichte der Hohenzollern gelungen, den erstklassigen Rang dieser Burganlage und ihrer Herrscher eindrucksvoll in einem neuen Buch aufzuführen. Die spannende Lektüre der wissenschaftlichen Informationen bietet eine gute Vorbereitung für einen anregenden Besuch auf der Cadolzburg mit seinem neuen Bürgerlebnismuseum“, teilt Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder mit.

Der Aufstieg in das Gremium der sieben Königswähler bedeutete für die Familie der Hohenzollern einen Sprung in die absolute Elite des Alten Reichs. 1415 wurde aus dem Burggrafen Friedrich VI. der Kurfürst Friedrich I. und gleichzeitig aus der burggräflichen Residenz Cadolzburg einer der wichtigsten Herrschaftssitze des späten Mittelalters.

Beim Konzept für das neue Bürgerlebnismuseum steht die

Blütezeit der Cadolzburg im 14./15. Jahrhundert im Vordergrund. Verteilt auf vier Geschosse des Alten Schlosses wird über das Leben im Mittelalter auf der Cadolzburg informiert. Der Freistaat investiert insgesamt rund 36,8 Millionen Euro in die Cadolzburg.

### Ausstellungseröffnung im Juni

Derzeit finden die Schulungen der Burgführer für das neue Bürgerlebnismuseum statt. Im Mai wird die Vorburg-App freigeschaltet. Unter dem Motto: „Herrschafts-Zeiten! Erlebnis Cadolzburg“ werden die Besucher ab dem 23. Juni 2017 nach der feierlichen Eröffnung auf rund 1.500 m² Ausstellungsfläche eine Zeitreise ins Mittelalter in der Cadolzburg erleben.

Die wissenschaftlichen Beiträge in der Publikation der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen spannen einen historischen Bogen vom 13. bis ins 21. Jahrhundert. Ausgehend von der Bau- und Nutzungsgeschichte der Cadolzburg bieten die Beiträge auch Seitenblicke auf die Herrschaftsstruktur und -kultur der Hohenzollern in Franken. □

## Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt als Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH die Dokumentation zum InfrastrukturForum 2017 bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Bayerische Landesausstellung in Coburg:

## Ritter, Bauern, Lutheraner

Am 9. Mai 2017 öffnet in Coburg die Bayerische Landesausstellung „Ritter, Bauern, Lutheraner“ ihre Pforten. Sie ist ein Höhepunkt im Jubiläumsjahr „500 Jahre Reformation“. Zu Coburg hatte der Reformator Martin Luther eine besondere Beziehung: Nirgendwo sonst im heutigen Bayern hielt er sich länger auf als hier.

1530 war Coburg für ein gutes halbes Jahr sein Wohnsitz — wenn auch nicht ganz freiwillig. Eigentlich war Luther auf dem Weg zum Augsburger Reichstag, um zusammen mit den evangelischen Delegierten die „Confessio Augustana“ als grundlegende Bekenntnisschrift der evangelisch-lutherischen Christen vorzustellen.

### Unfreiwilliger Wohnsitz

Coburg, das damals zum Herrschaftsbereich des Kurfürsten und Luther-Gönners Johann der Beständige gehörte, war Zwischenstation der Reisegesellschaft. Für Luther, der mit der Reichsacht und dem Kirchenbann belegt war, wäre die Weiterreise gefährlich gewesen. Deshalb bezog er, während seine Gefährten weiter Richtung Augsburg aufbrachen, zwei Zimmer auf der Veste Coburg. Dort arbeitete er an der deutschen Übersetzung von Teilen des Alten Testaments und pflegte einen umfangreichen Schriftwechsel; außerdem predigte er in der Coburger Stadtpfarrkirche St. Moriz.

### Schauplätze

Veste und Kirche sind die Schauplätze der Bayerischen Landesausstellung, die bis zum 5. November 2017 zu sehen ist. Der Name der Ausstellung — „Ritter, Bauern, Lutheraner“ — deutet bereits an, dass es dabei nicht nur um die Person Luthers geht: Vielmehr stellt das „Haus der Bayeri-

schen Geschichte“, das die Ausstellung konzipiert hat, die gesamte Epoche zwischen Mittelalter und Neuzeit in den Mittelpunkt. In dieser Zeit schärfte der religiöse Umbruch in Deutschland das Bewusstsein für soziale Ungerechtigkeiten, was schließlich auch zu den Bauernkriegen führte; die Naturwissenschaften stellten bisher als sicher geltende Überzeugungen in Frage und mit dem Buchdruck startete das Zeitalter der Massenmedien.

Zusätzlich gibt es in der Moritzkirche bis Ende Oktober regelmäßig Konzerte und Andachten. Zeitgleich zeigt das Naturkundemuseum im Coburger Hofgarten die Sonderausstellung „Fabelhaft! Tiere, Natur und Schöpfung bei Martin Luther“.

### Reformation und Revolution

Doch nicht nur Coburg war im heutigen Franken ein wichtiger Schauplatz der Reformation: Mehr dazu liest man in der 148-seitigen Broschüre „Reformation und Revolution. Das ‚Konfessionelle Zeitalter‘ in Franken“. Sie ist kostenlos über Franken Tourismus erhältlich und steht auch auf der Webseite [www.franken-luther.de](http://www.franken-luther.de) als Blätterkatalog bereit.

Die Webseite gibt zudem einen Überblick über die vielen Veranstaltungen in Franken, die 2017 Luther und die Reformation in den Mittelpunkt rücken. □

### Vorschau auf GZ 10

In unserer Ausgabe Nr. 10, die am 18. Mai 2017 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Abfall · Recycling · Altlastensanierung
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Öffentliche Beleuchtung · Straßenbeleuchtung
- Sicherheitstechnik · Kontroll- und Überwachungsanlagen
- Brand- und Katastrophenschutz
- Schulungen für Kommunalpolitiker und kommunale Angestellte
- Kommunale Museen

## LIEFERANTEN - **GZ** - NACHWEIS

### Abzeichen

**FAHNEN KOCH COBURG**  
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

**Fahnen Koch**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Postfach 1654  
96406 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-552723

### Ankauf / Briefmarken

**Briefmarken-Ankauf**  
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten  
Briefmarkenauktionshaus Schulz  
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg  
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

### Energiedienstleistung



### Fahnenmaste + Fahnen

**FAHNEN KÖSSINGER**

- Fahnen
- Maste
- Roll-Ups
- Bekleidung
- und vieles mehr

www.fahnen-koessinger.de  
Telefon: 09451 / 9313-0

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr **ABO** der  
**BAYERISCHE**  
**Gemeindezeitung**  
www.gemeindezeitung.de

### Fahnenmaste + Fahnen

**HELA-MAST** GmbH  
P. HENKEL  
Fahnenmaste, Fahnen, Lichtmaste, Leuchten, Flutlichtanlagen, Fahrradständer, Abfallsammler  
HELA-MAST GmbH · Postfach 10 11 55 · 57202 Kreuztal  
Telefon: 02732/7687-0 · Telefax: 02732/7687-10  
E-Mail: info@hela-mast.de · Internet: www.hela-mast.de

### Fahnenmaste + Fahnen

**FAHNEN KOCH COBURG**  
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

**Fahnen Koch**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Postfach 1654  
96406 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-552723

### Gewerbebau

Inserieren bringt Erfolg!  
www.gemeindezeitung.de

**Laumer BAUTECHNIK**  
Laumer Bautechnik GmbH  
Bahnhofstr. 8  
84323 Massing  
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen  
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume  
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung  
www.laumer.de · info@laumer.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:  
www.twitter.com/gz\_aktuell  
www.facebook.com/GZaktuell

### Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.  
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH  
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG  
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge  
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG  
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG  
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH  
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

### Schacht-Ausrüstungen

Schachtdeckungen, Schachtleitern  
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen  
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik  
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218  
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:  
**CONSTANZE VON HASSEL**  
Telefon 08171.9307-13  
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:  
**THERESA VON HASSEL**  
Telefon 08171.9307-10  
hassel.theresa@gemeindezeitung.de



Fachveranstaltung der Bayerischen GemeindeZeitung in München



## 2. Bayerisches InfrastrukturForum

# Mehrwert durch Nachhaltigkeit

Mit attraktiven Highlights wie einem Live Hacking-Vortrag zum Thema „Spionageattacken auf die deutsche Industrie“ wartete das 2. Bayerische InfrastrukturForum der Bayerischen GemeindeZeitung in München auf. Zahlreiche Besucher aus den bayerischen Kommunen konnten sich unter anderem über Kommunalen Hoch- und Tiefbau, Verkehrs- und Leitungsinfrastruktur sowie so genannte weiche Standortfaktoren und deren günstigste Finanzierung informieren.

In den Räumen des Bayerischen Bauindustrieverbands fanden die verantwortlichen Repräsentanten aus Bayerns Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken die exakt auf ihren Bedarf zugeschnittenen Lösungsangebote. Hochkarätige Referenten diskutierten mit den Gästen ihre jeweiligen Fachgebiete, zudem konnte das erneut von Andrea Bräu (Bayerischer Rundfunk) souverän moderierte und filmisch von TV Bayern begleitete Forum knapp zwei Dutzend Partner bzw. qualitativ hervorragende Aussteller für sich gewinnen.

Die hochkarätigen Referenten Christian Wunderlich / Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Rafael Fedler / NSIDE ATTACK LOGIC GmbH, Bertram Kölsch / BayWa Energie Dienstleistungs GmbH, Clemens Graf von Wisser, Youssef Fahd und Thomas Fuchs / UniCredit Bank AG, Julia Osterried / Lehrstuhl für Bauprozessmanagement und Immobilienentwicklung TU München, Dr. Burkhard Seizer / Drees & Sommer Infra Consult und Entwicklungsmanagement GmbH, Günter Müller-Czygan / HST Systemtechnik GmbH & Co. KG, Maximilian Böldt / Erster Bürgermeister Kirchheim bei München, Dr. Johannes Böhm / amplus AG sowie Christian Neus / Amprion GmbH boten den Gästen wertvolle Entscheidungshilfen bei ihren individuellen Fragen.

Ministerialdirigent Christian Wunderlich aus dem Bayerischen Heimatministerium berichtete über die Fortentwicklung des Landesentwicklungsprogramms in Bayern. Ein Bestandteil ist die Lockerung des sogenannten Anbindegebots. Demnach dürfen an Autobahnausfahrten und vierspurigen Straßen sowie an Bahnlinien künftig Industriegebiete auf der grünen Wiese entstehen. Auch für interkommunale Gewerbegebiete und für große Freizeit- und Tourismusprojekte gibt es Lockerungen.

In ihrer Begrüßung hatte GZ-Verlegerin Theresa von Hassel darauf hingewiesen, welch großen Stellenwert die Schaffung von gleichwertiger - nicht gleichartiger – Lebensqualität im bayerischen Flächenstaat einnimmt. „Wenn es Ihnen gelingt, Ihre vielfältig verflochtenen Infrastruktureinrichtungen in einem ganzheitlichen Ansatz sinnvoll und nachhaltig zu gestalten, dann schaffen Sie mit der Infrastruktur in Ihrer Region ein Mehr an Lebensqualität für Ihre Bürgerinnen und Bürger“, so von Hassel an die Adresse der Kommunalvertreter. ■

### DOKUMENTATION IM INTERNET

*Dieser Sonderdruck sowie die Vorträge – soweit freigegeben – stehen mit Links zu den Ausstellern zum Download bereit.*

[www.bayerisches-infrastrukturforum.de](http://www.bayerisches-infrastrukturforum.de)

Christian Wunderlich / STMFLH

# Fortentwicklung des Landesentwicklungsprogramms in Bayern

Über die inzwischen vom Ministerrat beschlossenen beiden Teilfortschreibungen des Landesentwicklungsprogramms in Bayern informierte Ministerialdirigent Christian Wunderlich. Wie der Leiter der Abteilung Landesentwicklung und Heimat betonte, verliehen die Erweiterung des Raumes mit besonderem Handlungsbedarf, die Neugestaltung des Zentrale-Orte-Systems und Lockerungen am Anbindegebot der wirtschaftlichen Entwicklung des ländlichen Raumes neuen Schub und entlasten Ballungsräume. Zudem schütze der Mindestabstand von Höchstspannungsleitungen das Wohnumfeld und die Änderung des Alpenplanes ermögliche touristische Entwicklung im Allgäu.

## 1. Erweiterung Raum mit besonderem Handlungsbedarf (RmbH)

Durch Anhebung des Strukturindikators auf 90 % und neuen Berechnungen mit aktuellem Zahlenmaterial wird der Raum mit besonderem Handlungsbedarf (RmbH) im Landesentwicklungsprogramm nochmals erweitert. Der RmbH erfasst bayernweit nun 33 Landkreise einschließlich neun kreisfreier Städte und 150 Einzelgemeinden außerhalb dieser Kreise. Die Zuordnung zum RmbH ist insbesondere für die Konditionen in verschiedenen Förderprogrammen wichtig. Damit kann ein größerer Anteil Bayerns von höheren Fördersätzen, etwa beim Breitbandausbau oder der regionalen Wirtschaftsförderung, profitieren.

Bei der Breitbandförderung haben Fördergemeinden die Chance auf einen erhöhten Fördersatz von 80 %, in Härtefällen sogar 90 %. Beim Regionalmanagement ist eine Erhöhung des Fördersatzes um 20 % auf bis zu 80 % möglich. Im Doppelhaushalt 2017/2018 sind für die betroffenen Förderprogramme ausreichend Haushaltsmittel vorgesehen, um den höheren Bedarf durch die Erweiterung des RmbH abdecken zu können. Der Strukturindikator für die Einstufung als RmbH setzt sich aus fünf Einzelkriterien zu Demographie und Ökonomie zusammen:

- Bevölkerungsprognose
- Arbeitslosenquote
- Beschäftigtendichte
- verfügbares Einkommen privater Haushalte
- Wanderungssaldo junger Menschen

## 2. Lockerung Anbindegebot

Um die Ansiedlung von Gewerbegebieten gerade in ländlichen Teilräumen zu befördern und dort neue Arbeitsplätze zu schaffen, enthält das Landesentwicklungsprogramm eine Lockerung des Anbindegebots. Künftig gelten Ausnahmen auch für Gewerbe- und Industriegebiete an Ausfahrten von Autobahnen und vierstreifigen Straßen sowie Gleisanschlüssen, interkommunale Gewerbe- und Industriegebiete und große Freizeit- und Tourismusprojekte. Einzelhandel bleibt bei den Gewerbe- und Industriegebieten ausgeschlossen, um den innerstädtischen Einzelhandel nicht zu gefährden. Daneben gibt es Änderungen im Verfahrensrecht: in grenznahen Gebieten soll eine bessere Reaktion auf die Praxis der Gebietsausweisung jenseits der Grenze möglich sein. Außerdem können die Bedürfnisse strukturschwacher Gemeinden noch stärker berücksichtigt werden.

## 3. Fortentwicklung Zentrales Orte System

Das Zentrale-Orte-System sichert eine flächendeckende, wohnortnahe Daseinsvorsorge für ganz Bayern. Das bisherige System bedarf einer Weiterentwicklung. Der Bevölkerung sollen auch in Zukunft im gesamten Freistaat Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäuser und Behörden wohnortnah zur Verfügung stehen. Das System soll an die kommunale Realität angepasst werden.



Ministerialdirigent Christian Wunderlich  
Bayerisches Finanzministerium

Insgesamt sollen 59 Gemeinden nach dem neuen System aufgestuft werden. Für bestehende Mittel- und Oberzentren wird es einen „Bestandsschutz“ geben. Neu festgelegt werden sollen drei Metropolen mit insgesamt sechs Gemeinden (München; Nürnberg/ Fürth/ Erlangen/ Schwabach und Augsburg), zwölf Oberzentren (mit 18 Gemeinden) und 16 eigenständige Mittelzentren (mit 26 Gemeinden); neun Gemeinden werden bestehenden Mittelzentren neu zugeordnet.

## 4. Bevölkerungsverträglicher Stromnetzausbau

Bislang gab es in Bayern keine klaren Regeln für den Mindestabstand von Höchstspannungsleitungen zu Wohngebäuden oder Schulen. Die Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms sieht vor, dass zum Schutz des Wohnumfeldes künftig innerhalb von Ortschaften ein Mindestabstand von 400 Metern von Höchstspannungsleitungen zu Wohngebäuden oder Schulen gelten soll. Außerhalb von Ortschaften soll ein Mindestabstand von 200 Metern gelten. Außerdem wird ein neuer Grundsatz im Landesentwicklungsprogramm festgelegt, dass es künftig keine Überspannungen von Siedlungen mehr geben soll. Wo bestehende Freileitungen über Siedlungen ersetzt werden, sollen diese aus dem Ort herausgelegt werden. Damit kann auch beim Ersatz bestehender Leitungen eine massive Verbesserung für die Bevölkerung erreicht werden. →

## 5. Änderung der Zonierung des Alpenplanes / Liftprojekt Riedberger Horn

Zur Eröffnung von Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinden Obermaiselstein und Balderschwang soll der Alpenplan im Landesentwicklungsprogramm geändert werden. Ziel ist eine punktuelle Änderung, um die geplante Skiverbindung am Riedberger Horn landesplanerisch zu ermöglichen. Danach sollen die relevanten Flächen in der Zone C am Riedberger Horn der Zone B zugeordnet werden. Um den Eingriff so kleinräumig wie möglich zu gestalten, soll die Änderung auf das zwingend Erforderliche und damit auf rund 80 Hektar beschränkt werden.

Lediglich rund 0,04 % der Gesamtfläche der Zone C des Alpenplans sind betroffen. Gleichzeitig sollen im Gebiet der begünstigten Gemeinde Balderschwang zwei naturschutzfachlich wertvolle Kompensationsgebiete am Bleicherhorn sowie am Hochschelpen mit einer Fläche von insgesamt rund 304 Hektar in die Zone C aufgenommen werden.

In zwei transparenten Beteiligungsverfahren wurden zu den Teilfortschreibungen I und II Kommunen, Verbände, Behörden und Öffentlichkeit angehört. Diese Verfahren sind abgeschlossen. Jetzt wird die LEP-Teilfortschreibung dem Landtag zu dessen Zustimmung zu geleitet.

Laut Wunderlich ist die Förderung gleichwertiger Lebensbedingungen im Freistaat oberstes Ziel der Bayerischen Staatsregierung und hat Verfassungsrang. Die Projektförderung des Regionalmanagements hilft der Region dabei, die Herausforderungen vor Ort flexibel und aktiv anzugehen und in wichtigen Zukunftsthemen wie demografischer Wandel, Wettbewerbsfähigkeit, Siedlungsentwicklung, Regionale Identität und Klimawandel gemeinsame Strategien und Projekte zu entwickeln. Mit maßgeschneiderten Lösungen sollen die Regionen fit für die Zukunft gemacht werden. Regionalmanagements sind in Bayern mittlerweile nahezu flächendeckend eingerichtet und umfassen rund 90 Prozent der Fläche des ländlichen Raums.

Seit Anfang 2015 ist die neue Förderrichtlinie des Heimatministeriums zur Stärkung und Neuausrichtung des Regionalmanagements in Kraft. Die neu eingerichtete Servicestelle Bayern Regional am Heimatministerium berät die Initiativen auf ihrem Weg zu einer Förderung. Die neue Förderung ist ein großer Erfolg. Mittlerweile bestehen 64 eingerichtete Regionalmanagements in ganz Bayern. Seit Anfang 2015 wurden rund 60 Initiativen zu der neuen Projektförderung beraten. Übergeben wurden bereits 53 Förderbescheide nach neuer Richtlinie mit einer Gesamtförderung von nun rund 13 Millionen Euro. Im Doppelhaushalt 2017/18 stehen sieben Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung.

Schnell voran kommt Wunderlich zufolge die vor zwei Jahren gestartete Verlagerung von Behörden und staatlichen Einrichtungen in den ländlichen Raum. 26 Behörden und staatliche Einrichtungen haben bereits in allen Regierungsbezirken ihren Dienstbetrieb aufgenommen, das sind mehr als 40 Prozent der Verlagerungsprojekte. Ursprünglich war der Plan, alle Umzüge bis spätestens 2025 abgeschlossen zu haben.

### Konzept „Regionalisierung von Verwaltung“

Ende 2016 waren bereits rund 340 Personen an den neuen Zielorten angekommen, davon rund 170 Beschäftigte und 170 Studierende. Das Konzept „Regionalisierung von Verwaltung - Behördenverlagerungen 2015“ sieht insgesamt 64 Verlagerungsprojekte im Umfang von 3.155 Personen (2.225 Arbeits- und 930 Studienplätze) vor. Startschuss war im März 2015.

Alle Regierungsbezirke profitieren davon. Für die neuen Behördenstandorte wurden vorrangig Regionen ausgewählt, die im Raum mit besonderem Handlungsbedarf liegen und nicht im Rahmen der Hochschulinitiativen bereits umfangreich gefördert werden. Konversionsgemeinden wurden ebenfalls berücksichtigt. Das Konzept ist Bestandteil der Heimatstrategie der Bayerischen Staatsregierung. ■

*Das 2. Bayerische Infrastrukturforum in München bot reichlich Gelegenheit zu umfassender Information und konstruktivem Austausch.*





Dr. Josef Wallner, Bayerischer Bauindustrieverband

## Dr. Josef Wallner / Bayerischer Bauindustrieverband

# Bayern Mobilität 2030

Das Projekt Bayern Mobilität 2030 hat der Bayerische Bauindustrieverband 2014 gestartet. Es soll der Beitrag der Bayerischen Bauindustrie zur Erreichung des Ziels Gleichwertige Lebensbedingungen sein, das im Herbst 2013 in die Bayerische Verfassung aufgenommen wurde. Gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern sind nur dann verwirklicht, wenn ein hochleistungsfähiges Mobilitätssystem Stadt und Land gut verbindet. Gelingen kann dieses nur auf Basis einer hochwertigen und gut ausgebauten Verkehrsinfrastruktur, so die Kernaussagen.

Niedergelegt wurden die Zielvorstellungen und Umsetzungsvorschläge 2015 in der POSITION Mobilität. Diese überreichte Präsident Josef Geiger am 4. Mai 2015 an Ministerpräsident Horst Seehofer. Der Ministerpräsident stellte das Konzept Bayern Mobilität 2030 dem Bayerischen Kabinett vor und erteilte Verkehrsminister Joachim Herrmann den Auftrag zur Weiterverfolgung der Konzeption Bayern Mobilität 2030.

Verkehrsminister Herrmann machte dann den Vorschlag, zu diesem Projekt einen Kongress gemeinsam mit der vbw und dem Bayerischen Bauindustrieverband durchzuführen. Bei diesem gut besuchten Mobilitätskongress „Mobil in die Zukunft“ am 1. Februar 2016 sagte der Minister zu, eine Unabhängige Expertenkommission Bayern Mobilität 2030 einzusetzen.

### Themenschwerpunkte der Expertenkommission

Die mit Fachleuten aus Deutschland, Österreich und der Schweiz besetzte Kommission hat die Arbeit am 27. Oktober 2016 mit ihrer Auftaktsitzung aufgenommen. Verkehrsminister Herrmann eröffnete sie mit seiner Rede. Zu Geschäftsführern der Kommission wurden bestellt Frau Dr. Karin Jäntsch-Hauke, Oberste Baubehörde, und Prof. Dr.-Ing. Holger Magel, Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum. Die Kommission wählte Staatsminister a. D. Dr. Otto Wiesheu zu ihrem Vorsitzenden.

In vier Sitzungen behandelte die Kommission die Themenkomplexe Landesweites Verkehrskonzept einschließlich Finanzierungsmodell, Personenverkehr, Gütertransport, Digitalisierung der Mobilitätssysteme, Bürgerbeteiligung und Bürgerdialog bei Verkehrsinfrastruktur- und Mobilitätsprojekten sowie Wege zu schnelleren Genehmigungsverfahren.

Publiziert werden die Empfehlungen der Unabhängigen Expertenkommission in der POSITION Bayern Mobilität 2030. Diese wird BBIV-Präsident Josef Geiger an Ministerpräsident Seehofer überreichen. Im Auftrag der Expertenkommission wird er dem Ministerpräsidenten den Vorschlag machen, die Bayerische Staatsregierung möge ein Projekt Modellregionen Bayern Mobilität 2030 initiieren. Das Bayerische Verkehrsministerium solle dann die bayerischen Städte und Gemeinden bzw. Regionen dazu auffordern, sich mit geeigneten Modellprojekten um die Teilnahme zu bewerben. Diese Projekte müssen einen engen Zusammenhang zu den Erkenntnissen der Expertenkommission haben und prinzipiell auch auf andere Räume übertragbar sein. Um die Modellprojekte auf den Weg zu bringen, sollte die Bayerische Staatsregierung dafür eine Anschubfinanzierung zusagen.

Die Modellprojekte sollen zusammen widerspiegeln, um was es Bayern Mobilität 2030 letztlich geht: um zukunftsfähige Mobilität für Menschen und ihre individuellen Ansprüche an gleichwertiges Arbeiten, Leben und Wohnen in allen Regionen Bayerns. ■



unendlich viel Unterhaltung  
für Zuhause und unterwegs.



Rafael Fedler / NSIDE ATTACK LOGIC GmbH

## Spionageattacken auf die deutsche Industrie

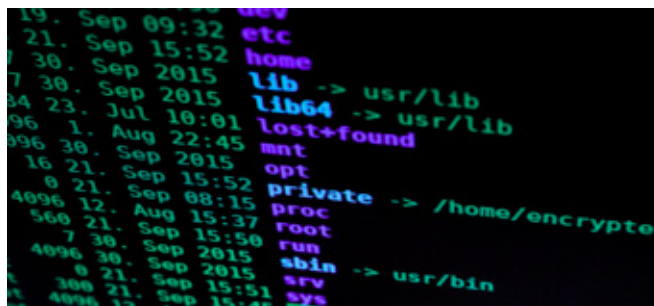
Viele Menschen glauben nur das, was sie auch mit eigenen Augen gesehen haben. Security Analyst Rafael Fedler demonstrierte in seinem Live-Hacking-Vortrag, wie professionelle Angriffe auf IT-Systeme durchgeführt werden. Er berichtete über tatsächliche Vorkommnisse und eigene Erfahrungen aus seiner täglichen Arbeit.



Durch Live-Hacking Vorführungen und Ethical-Hacking Workshops von NSIDE ATTACK LOGIC bekommen die Teilnehmer die Möglichkeit, hinter die Kulissen von Hacker-Angriffen zu blicken. Fedler zeigte auf, wie Hacker und Spione wirklich ticken. Welche Tools und Tricks sie verwenden. Wie man ihre heimlichen Attacken frühzeitig erkennt und sich am besten vor ihnen schützen kann. Getreu dem Motto „Kenne Deinen Feind!“ wird durch derlei Veranstaltungen ein hohes Bewusstsein und damit einer der besten Schutzmechanismen, die „User Awareness“ geschaffen.

Bestandteil der Live Hackings sind u. a. folgende Themen: Moderne Spionageangriffe, Open Source INTelligence (OSINT), Gezielte Malware-Angriffe, Industrie4.0 Security, - Social Engineering, - Mobile Security, - Wireless Security, - Browser Security sowie VoIP Security. „Wir simulieren realitätsnahe Cyber-Attacken, um Schwachstellen in Unternehmensnetzwerken und -systemen aufzuspüren. Dabei verfolgen wir einen ganzheitlichen Ansatz und konzipieren in enger Abstimmung mit unseren Kunden maßgeschneiderte und für die Kunden transparente Sicherheitsanalysen“, informierte Fedler. Gemeinsam mit den Kunden würden effiziente und logische Angriffsstrategien entwickelt.

Darüber hinaus testet das Unternehmen einzelne Spezialsysteme und IT-Umgebungen auf Schwachpunkte und demonstriert resultierende Angriffsketten. Fedler: „Wir blicken hinter die Kulissen und schaffen bei Mitarbeitern oder dem Management Team Bewusstsein für aktuelle Bedrohungen gegenüber Cyber-Angriffen.“



Spezialisiert hat sich die NSIDE ATTACK LOGIC GmbH auf die realistische Simulation gezielter Spionageangriffe, das sogenannte RedTeaming. Dabei wird das Unternehmen als Ganzes betrachtet, um die wahrscheinlichsten Angriffswege aus den Augen eines realen Hackers zu identifizieren und sich vor gezielten Attacken zu schützen.

In mehreren Schritten - von der Auskundschaftung des Ziels und der taktischen Informationsbeschaffung über die Ermittlung erfolgsversprechender Angriffspfade und die Infiltration des Netzes des Kunden bis hin zur Suche nach sensiblen Daten und den Einsatz von gezielter Malware - werden alle Phasen eines realistischen Angriffs von erfahrenen Hackern abgebildet. Mit Hilfe der NSIDE RedTeam Assessments werden kritische Schwachstellen identifiziert und das tatsächliche Schutzniveau des Kunden analysiert. Der Kunde kann somit effiziente Maßnahmen zur Verbesserung der Unternehmenssicherheit ableiten und umsetzen.

### „Penetrationstests“ identifizieren Schwachstellen

Von hochqualifizierten und erfahrenen IT Security Analysten werden die sog. Penetrationstests ausgeführt. Hier werden die Effektivität der Sicherheitsmaßnahmen eines Unternehmens evaluiert und Schwachstellen identifiziert. Die Spezialisten von NSIDE ATTACK LOGIC gehen hierbei wie reale Hacker vor.

Ziel der Penetrationstests ist es, so viele Schwachstellen wie möglich in dem vom Kunden definierten Scope offen zu legen, damit der Kunde diese beheben kann. Selbstverständlich geschieht dies nur nach einer vorhergehenden detaillierten Analyse und Absprache mit dem Kunden.

### Markante Beispiele

Beispiele für NSIDE Penetrationstests sind Onlineshops / Webportale / Online-Banking vor dem Go-Live, Geldautomaten (ATMs) und SB-Geräte, IT-Produkte und Embedded-Systeme, Terminalumgebungen für einen definierten Benutzerkreis, Mobile Devices wie iPhones, iPads oder Android-Geräte, Mobile Anwendungen für iOS und Android, TK-Anlagen, Voice-over-IP (VoIP) Lösungen und Wireless-Umgebungen/Implementierungen.

Ob diverse Banken in Deutschland und in der Schweiz, Versicherungskonzerne, Medienunternehmen, Telekommunikationsunternehmen wie Vodafone Kabel Deutschland, DAX 30 Technologieunternehmen, große Chemieunternehmen, diverse Mittelständler aus dem Bereich Industrie & Fertigung, deutsche und schweizerische Energieversorger oder Regierungen, staatliche Behörden und Rüstungsunternehmen: Sie alle haben bereits in der Vergangenheit die Dienste der Spezialisten von NSIDE ATTACKLOGIC in Anspruch genommen. ■



## M / Wie daheim, nur besser

Erfahren Sie in zwei Minuten, was 42 Millionen Passagiere pro Jahr am Flughafen München so lieben: <https://youtu.be/dAvnwuzM2tl>

Verbindung leben

Bertram Kölsch / BayWa Energie Dienstleistungs GmbH

## Realisierte Contracting-Lösungen mit nachwachsenden Brennstoffen

Die Themen Klimaerwärmung, CO<sub>2</sub>-Einsparung und Umweltschutz sind in aller Munde. Wie Vertriebsleiter Bertram Kölsch erläuterte, habe die Klimakonferenz von Paris den Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen beschlossen. Von den Kommunen würden eine Vorreiterrolle und eine Vorbildfunktion erwartet. „Erstellt wurden lokale Wärmekataster, Umweltkonzepte und Energiekonzepte, teilweise mit konkreten Handlungsempfehlungen. Es fehlen aber die Ressourcen zur Umsetzung.“

Häufig werde die Investitionshürde mangels Kapital oder Unsicherheit bezüglich der Maßnahmenwahl in die Zukunft geschoben. Die Folge: Kostensenkungspotentiale und CO<sub>2</sub>-Minderungen werden nicht realisiert. „Wir nehmen Ihnen diese Hürde!“, machte Kölsch deutlich.

Die präzise Analyse der Kundensituation und die Berücksichtigung individueller Kundenwünsche sind Markenzeichen der BayWa Energie Dienstleistungs GmbH. Das 100%ige Tochterunternehmen der BayWa AG bietet Contracting als cleveres Rundum-Sorglos-Paket an. Hier unterscheidet man zwischen Anlagen- und Betriebsführungs-Contracting.

### Contracting als cleveres Rundum-Sorglos-Paket

Während beim Anlagen-Contracting die BayWa Anlagen zur Nutzenergielieferung plant, finanziert, errichtet und betreibt (Vertragslaufzeit ca. 10 bis 20 Jahre, fest definierter Energiepreis, BayWa trägt Investitions-, Energieeffizienz- und Instandhaltungsrisiko) übernimmt das Unternehmen beim Betriebsführungs-Contracting den Betrieb der vorhandenen Energieanlage. Hier bleibt die Anlage im Eigentum des Kunden, die BayWa übernimmt das Energieeffizienzrisiko und es sind kürzere Vertragslaufzeiten – ab ca. 5 Jahre – möglich.

Das BayWa Contracting für Nahwärmeversorgungen garantiert die Wärmelieferung aus Holz-Brennstoffen und anderen CO<sub>2</sub>-armen Wärmequellen. Die Heizzentralen befinden sich außerhalb der Ortsmitte. Die Einbindung aller Kundengruppen ist möglich. Die größere Dimension der Erzeugungsanlage fördert Effizienz, Emissionsverhalten und Wirtschaftlichkeit. Sehr gut geeignet ist der Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung und/oder Biomasse. Der Raumbedarf für die Übergabestation beim Kunden ist minimal; es gilt, historische Gebäude CO<sub>2</sub>-



arm zu machen. „Mit Holz-Brennstoffen kommt man der CO<sub>2</sub>-Neutralität schon sehr nahe“, betonte Kölsch.

Von dem breiten Spektrum an Leistungen konnten sich bereits zahlreiche zufriedene Kunden überzeugen. So setzt die Blumenhof-Klinik im oberbayerischen Bad Feilnbach auf Energie-Contracting der BayWa Energie Dienstleistungs GmbH. Diese brachte die Technik der Heizanlage für rund 500.000 Euro auf den neuesten Stand, rüstete auf den Betrieb mit Holzpellets um, liefert in den nächsten 15 Jahren Wärme und kümmert sich um Betrieb und Wartung aller Anlagen. Die Holzpellets-Heizung wird künftig nur noch im Notfall auf flüssigen Brennstoff zurückgreifen. Herzstück der sanierten Heizzentrale ist ein Holzpellets-Kessel mit einer Leistung von 550 kW. Bei Spitzenlasten arbeiten zwei heizölbeheizte Niedertemperaturkessel mit. Die CO<sub>2</sub>-Einsparung beläuft sich auf 780.000 kg pro Jahr.

### Zufriedene Kunden in Aying und Bamberg

Die Gemeinde Aying in Oberbayern wiederum besitzt ein eigenes Holzhackschnittel-Heizhaus und versorgt über ein kurzes Nahwärmenetz mehrere eigene Liegenschaften wie das Rathaus, die Feuerwehr und den Kinderhort. Die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH gewann im Rahmen einer Ausschreibung den

Brennstoff-Lieferungs- und Betriebsführungsvertrag. Zum Einsatz kommen technisch getrocknete Hackschnitzel mit definiertem Restfeuchtegehalt. Die CO<sub>2</sub>-Einsparung beträgt 120.000 kg im Jahr.

Die ehemalige Königlich Bayerische Oberpostdirektion in Bamberg stammt noch aus Kaisers Zeiten und wurde von 1904 bis 1907 gebaut. Heute dient die Immobilie als Verwaltungsgebäude für die Unterbringung mehrerer Behörden und Institutionen. Dass die erste Heizung eine Kohlenheizung war, bringt heute den Vorteil, entsprechend hohe Heiz- und Lagerräume im Keller zu haben. Ideale bauliche Voraussetzungen also für den Einbau einer modernen Pellet-Heizung. CO<sub>2</sub>-Einsparung: 240.000 kg/Jahr.

### Hohe CO<sub>2</sub>-Einsparung in Parsberg

In Parsberg (Oberpfalz) werden das Schulzentrum mit Turnhallen und Schwimmbad sowie das Krankenhaus, der Kindergarten und das Rathaus seit 2014 durch die Wärmelieferung aus Holz-Hackschnitzeln mit Heizwärme versorgt. Die Gesamtlänge des Wärmenetzes beträgt ca. 1,7 km. 2014 ging das Projekt auf die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH über. Die CO<sub>2</sub>-Einsparung beläuft sich auf jährlich 820.000 kg.

### Beispiel Nittenau

In Nittenau (Oberpfalz) wird das Schulzentrum (Gymnasium, Realschule, Grundschule und Mittelschule mit Turnhallen und Schwimmbad) sowie das Reha-Zentrum, der Kindergarten, die Feuerwehr, die Stadthalle und das Rathaus seit 2012 durch die Wärmelieferung aus Holz-Hackschnitzeln mit Heizwärme versorgt. Die Gesamtlänge des Wärmenetzes beträgt ca. 1,65 km. 2014 wurde das Projekt auf die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH übertragen. CO<sub>2</sub>-Einsparung: ca. 850.000 kg pro Jahr. →



„Mit Holz-Brennstoffen kommt man der CO2-Neutralität schon sehr nahe“



Ein vor der Einweihung stehendes Hackschnitzel-Heizhaus in einem Gewerbegebiet versorgt produzierende Betriebe, Verwaltungen, Restaurant, Dienstleister, Lagerhallen etc. Die Heizzentrale verfügt über ein ca. 1 km langes Nahwärmenetz, es gibt zahlreiche Unterstationen. Die CO2-Einsparung beträgt 300.000 kg pro Jahr.

In punkto Ausschreibungen riet Kölsch dazu, sich die Vorplanungskosten zu sparen und auf ein „detailliertes Leistungsverzeichnis bis zur letzten Schraube“ zu verzichten. Stattdessen biete sich eine funktionale Ausschreibung an. Die Versorgungsaufgabe müsse klar beschrieben werden, zudem sei die konkrete Anlage durch den Contractor zu konzeptionieren. Sinnvoll sei es zudem, auf Restwerte oder Endschaftsregelungen zu verzichten und eine Wertung zum Beispiel über Gesamtkosten und CO2 zu verfassen.

„Vermeiden Sie Fehler“, gab Kölsch den Zuhörern mit auf den Weg. Überdimensionierung mache teuer, ebenso wenig durchdachte technische Anlagenkonzepte. Fehlerquellen seien zudem u. a. zu lange Wärmenetze, das Schielen auf die maximale Förderung und unprofessionelle Vertragswerke. Die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH dagegen baue und betreibe auf eigenes Risiko.

### Solidität und Erfahrung

Erfahrung und Verlässlichkeit zeichneten das Unternehmen aus, so Kölsch. Da langfristige Wärmelieferungsverträge ein hohes Maß an Vertrauen erforderten, sei die BayWa mit ihrem gut ausgebildeten Personal, langjährigen Erfahrungen in der Energiebranche und der Solidität eines seit über 90 Jahren bestehenden Konzerns mit zahlreichen Referenzen die erste Adresse für maßgeschneiderte Kundenwünsche. ■





## Ganz Bayern in 60 Minuten.

Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns.  
Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region



\* **Ab jetzt immer samstags** von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter:  
[www.tvbayernlive.de](http://www.tvbayernlive.de)

Clemens Graf von Wisser, Youssef Fahd und Thomas Fuchs / UniCredit Bank AG

## Finanzierungsmöglichkeiten für Netzinfrastuktur

In nicht allzu ferner Zukunft steht das Konzessionsende für Strom- und Gasnetze an und kommunale Gebietskörperschaften planen, diese Netze in ihr Eigentum überzuführen – Stichwort Rekommunalisierung. Zahlreiche Kommunen bevorzugen hierbei die Finanzierung über Kommunaldarlehen. „Gleichwohl gibt es immer wieder Strukturen und wirtschaftliche Zwänge, die unter Umständen andere Instrumente oder Finanzierungsstrukturen erfordern“, hob Clemens Graf von Wisser, Leiter Public Sector Bayern Süd der HypoVereinsbank in München hervor.

Wie Youssef Fahd, zuständig für die Projektfinanzierung, erläuterte, müssten Kommunen als Konzessionsgeber alles transparent beschreiben. Gleichzeitig aber seien sie Bewerber. „Das heißt: Es gibt immer inhärente Interessenkonflikte, verbunden mit hohen Kosten. Deshalb haben wir stets Kooperationen mit strategischen Partnern im Blick.“

Der Netzbetrieb als natürliches Monopol ist laut Fahd Gegenstand staatlicher Eingriffe und Regulierungen. Anreizregulierung bedeutet, dass eine festgelegte Erlösobergrenze von fünf Jahren Anreize zu Kostensenkungen für Betreiber geben soll. Der Grundgedanke hierbei ist, den Kapitaleinsatz marktüblich zu verzinsen und operative Kosten bei effizientem Netzbetrieb zu erstatten.

Durch die Entkopplung der tatsächlichen Kosten sind höhere oder niedrigere tatsächliche Renditen möglich. Die Erlösobergrenze sinkt über die Laufzeit leicht, da sie einem Effizienzpfad unterliegt. Netzkosten für kommende Regulierungsperiode werden von den Kosten des Basisjahrs maßgeblich bestimmt.

### Schuldscheindarlehen als Option

Nach den Worten von Thomas Fuchs, Director Public Sector Origination im Bereich Corporate & Investment Banking der HypoVereinsbank, ist die Fremdfinanzierung von Kommunen bislang in der Regel durch Kommunaldarlehen im investiven Bereich sowie durch Kassenkredite für den kurzfristigen Liquiditätsbedarf geprägt. Angesichts verschärfter Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen für Banken im Zuge von Basel III täten Kämmerer allerdings gut daran, ihre Investorenbasis zu verbreitern. Für mittel- und langfristige Finanzierungsbedürfnisse könne dabei die Aufnahme eines Schuldscheindarlehens (SSD) eine Option sein. Hierbei handle es sich um eine für den Kreditnehmer relativ einfache, schnelle und diskrete Finanzierungsform.

Bei diesem neuen Trend im Bereich Langfristfinanzierungen unterscheidet man zwischen Kommunalen Schuldscheindarlehen (bei kommunalem Emittent oder 100 % kommunale Bürgschaft) und Unternehmensschuldscheindarlehen (ohne bzw. mit kommunalen Bürgschaften < 100%). Bei Kommunalen Schuldscheindarlehen sind in der Regel Laufzeiten zwischen 2 und 30 Jahren (> 15 Jahre inkl. Tilgungskomponente) gängige Praxis und das Mindestvolumen beträgt ca. 5 bis 10 Mio. Euro.



v.l. Clemens Graf von Wisser, Youssef Fahd  
UniCredit Bank

Investoren sind insbesondere bei langen Laufzeiten Versicherungen, Pensionskassen und Versorgungswerke, da für diese die öffentliche Hand aufgrund ihrer Bonität eine interessante Anlageklasse darstellt. Die Preisfindung orientiert sich an der Kreditanalyse des Emittenten aufgrund aktueller Haushalts- und Finanzkennzahlen, aber auch an der künftig zu erwartenden Entwicklung der Kommune bzw. Region (z. B. demografische Entwicklung) und der Stärke des jeweiligen Bundeslandes. Die Dokumentation erstreckt sich über ca. 2 bis 5 Seiten, der Transaktionsprozess dauert 4 bis 6 Wochen.

Unternehmensschuldscheindarlehen haben dagegen Laufzeiten zwischen 5 und 15 Jahren, das Mindestvolumen beläuft sich auf 10 Mio. Euro. Die Investoren kommen hauptsächlich aus dem Sparkassen-, Genossenschafts- und Geschäftsbankensegment; zudem gibt es Institutionelle Investoren (vor allem Versicherungen). Die Preisfindung orientiert sich an der Kredit- und Strukturanalyse des Emittenten und des Bürgen bzw. des kommunalen Hintergrunds. Investoren beurteilen die historische Geschäftsentwicklung des Emittenten mit besonderem Fokus auf das Risikoprofil des Unternehmens. Die Dokumentation umfasst ca. 15 Seiten, der Transaktionsprozess erstreckt sich über 8 bis 10 Wochen.

### Zunehmende Nachfrage nach attraktivem Produkt

Das Schuldscheindarlehen ist Fuchs zufolge „ein attraktives Produkt, das man in der Ausschreibung parallel zu Kommunaldarlehen anbietet“. Fakt sei, dass die Nachfrage nach dem Produkt zunehme. „Wir sehen hier einen großen Anteil von Versicherern und vergleichbaren Investoren, die diesem Produkt, aber auch dem Kapitalmarkt insgesamt mehr Fülle und Leben geben.“

Gerade für Kommunen biete sich mit dem Schuldscheindarlehen im Vergleich zum bislang vorherrschenden Kommunaldarlehen die Möglichkeit, den Investorenkreis über die Banken hinaus zu erweitern und damit eine Diversifizierung der Gläubiger zu erreichen.

Wenn allerdings die Kommune das Eigenkapital nicht aufbringen, sondern einen anderen Eigenkapitalinvestor in die Netzgesellschaft miteinbringen will, dann werden nach Darstellung von Youssef Fahd Projektfinanzierungen interessant. →

Die strukturellen Vorteile dieses weiteren Trends im Bereich Langfristfinanzierungen liegen auf der Hand:

- Finanzierung außerhalb der eigenen Bilanz der Kommune
- Kein/begrenzter Rückgriff auf Gesellschafter und Sponsoren (non-recourse Finanzierung)
- Verkauf des SPV (Special Purpose Vehicle/Einzweckgesellschaft) unabhängig vom sonstigen Geschäft des Versorgungsunternehmens grundsätzlich möglich
- Begrenzung der Risikoverteilung unter den Projektbeteiligten auf die Risiken aus dem Projekt
- Befreiung von Kapital für andere kommunale Vorhaben
- Mehrere Eigenkapitalgeber mit Altkonzessionär einfach strukturierbar.

Die ökonomischen Vorteile einer Projektfinanzierung bestehen in den sehr langen Kreditlaufzeiten von bis zu 30 Jahren, einem Asset-based Ansatz mit erprobter Regulierung und der Finanzierung des Eigenkapitals über Kommunaldarlehen mit der Folge eines „Zinsüberschusses“ zwischen regulierten Eigenkapitalkosten und kommunalen Zinskosten. Im derzeitigen Zinsumfeld kann Fahd zufolge eine sehr günstige langfristige Finanzierung umgesetzt werden, wodurch sich die Netzentgelte für Verbraucher reduzieren.

Durch Auslagerung der Finanzierung wird die Kommune fiskalisch entlastet. Auf kommunaler Ebene findet keine Bilanzierung der Fremdfinanzierung statt. Hinzu kommt, dass „ausgelagerte Kredite“ bei einer Kommune Freiräume für andere Projekte schaffen können. Eigenkapitalinvestoren in eine Struktur zu integrieren, ist

eine zusätzliche Option. Eine Überwachung und Einflussnahme der Kommune auf die strategische Ausrichtung der Netzgesellschaft ist grundsätzlich - zum Beispiel über einen Sitz im Aufsichtsrat – möglich. Das Interesse von deutschen Eigenkapitalgebern ist groß; UniCredit hat Zugang zu engagierten Mid-Cap-Investoren, die in regulierte Assets wie Netzgesellschaften investieren wollen.

### Bundesweites Interesse

Wie Fahd zudem darlegte, führe der starke Wettbewerb für regulierte Vermögenswerte zu rückläufigen Renditeanforderungen. Vor allem auch Versorgungswerke und Pensionskassen, die häufig auch als Fremdkapitalgeber tätig seien, bekundeten bundesweites Interesse. Erstere wünschten in der Regel keinen unternehmerischen Einfluss, sondern „ausschließlich“ eine attraktive Rendite. ■

## Kompetenz für Kommunen.

Ein Unternehmen kommunaler Spitzenverbände



In unserem Büro in München bieten wir folgende Dienstleistungen für Sie an:

- **Kalkulation von Kommunalabgaben**  
Erschließungsbeiträge ▪ Straßenausbaubeiträge/wiederkehrende Beiträge ▪ Gebühren und Beiträge in der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung ▪ Friedhofsgebühren
- **Energieausschreibung: Strom und Gas**
- **Ausschreibung von Konzessionsverträgen für örtliche Strom- und Gasnetze**

**KUBUS Kommunalberatung  
und Service GmbH**

www.kubus-mv.de

**Hauptsitz Schwerin**

Bertha-von-Suttner-Str. 5, 19061 Schwerin

☎ 0385/30 31-251 ✉ info@kubus-mv.de

**Büro München**

Germaniastraße 42, 80805 München

☎ 089/44 23 540-0 ✉ bayern@kubus-mv.de

Julia Osterried

Lehrstuhl für Bauprozessmanagement und Immobilienentwicklung TU München

## Effizientes Infrastrukturmanagement in Deutschland

Vom Bayerischen Bauindustrieverband finanziell gefördert wird derzeit ein Forschungsvorhaben des Lehrstuhls für Bauprozessmanagement und Immobilienentwicklung der TU München zum Thema Infrastruktur, über dessen vorläufige Ergebnisse die wissenschaftliche Mitarbeiterin Julia Osterried informierte. In ihrem Vortrag wurden insbesondere die Stoffliche Ver- und Entsorgung sowie die Verkehrsinfrastruktur thematisiert.



Vom Forschungsvorhaben werden laut Osterried folgende Ergebnisse erwartet:

- Ist-Analyse der Infrastruktur hinsichtlich Quantifizierung des Investitionsstaus
- Definition und Darstellung von Maßnahmen zur Erhaltung der Infrastruktur in Deutschland
- Quantifizierung der Kosten, die im Rahmen der identifizierten Maßnahmen für die Infrastruktur in der Betriebsphase aufzuwenden sind
- Entwicklung von Kriterien hinsichtlich Objektkonzeption zur Optimierung von Folgekosten aufgrund von Synergieeffekten
- Entwicklung erforderlicher Maßnahmen und Mittel im Rahmen einer Instandhaltungsstrategie zur Rückführung der Infrastruktur in den Soll-Zustand
- Quantifizierung des jährlichen Mittelbedarfs zur Erhaltung des Infrastrukturbestandes.

Die weiteste Fassung des Begriffes der Infrastruktur geht Osterried zufolge auf Reimut Jochimsen (1966) zurück: „Infrastruktur ist die Gesamtheit der materiellen, institutionellen und personellen Einrichtungen und Gegebenheiten, die der arbeitsteiligen Wirtschaft zur Verfügung stehen und dazu beitragen, dass gleiche Faktorentgelte für gleiche Faktorleistungen bei zweckmäßiger Allokation der Ressourcen gezählt werden.“

„Bei der stofflichen Ver- und Entsorgung (Abwasserinfrastruktur) reden wir über ein Netz, das im Jahr 2013 fast 600.000 km lang war“, so die wissenschaftliche Mitarbeiterin. Das Netz wachse stetig, jedoch werde das Wachstum kontinuierlich weniger und künftig werde es vermutlich stagnieren und/oder sogar rückläufig sein, „da es heute bereits Netzbereiche gibt, die überdimensioniert sind - nicht aufgrund falscher Planung, sondern aufgrund negativer Bevölkerungsentwicklung“.

### Homogene Altersstruktur

Die Altersstruktur der Leitungsinfrastruktur in Deutschland mit einem Anlagevermögen von immerhin ca. 400 Mrd. Euro bezeichnete Osterried als „relativ homogen“: Einerseits gebe es relativ neue Netzabschnitte, andererseits auch zahlreiche aus den 1960er Jahren und früher.

Aufgrund der Altersstruktur, der Abnutzung, der Auslastung und der Bauausführung weise die Abwasserinfrastruktur bzw. die ganze Infrastruktur unterschiedliche Zustände auf. Eine erste grobe Schätzung ergebe einen Instandhaltungsrückstau in Höhe von 50 Mrd. Euro, „wobei dieser Wert extrem unscharf ist“: Falle beispielsweise die Zustandsbewertung offensiver aus, erhöhe sich der Instandhaltungsrückstau schnell auf 80 bis 100 Mrd. Euro.

### Verkehrsinfrastruktur

Betrachtet man die Verkehrsinfrastruktur, die dem Baulastträger Bund zuzuordnen sind, betrage das Straßennetz ca. 230.000 km. Die Bundesautobahn mit rund 13.000 km und die Bundesstraßen mit rund 38.000 km erschienen zwar absolut gesehen gering, seien aber aufgrund ihrer Leistung pro Kilometer verstärkt zu betrachten. Das Anlagevermögen von Straßen und Brücken werde vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur auf 570 Mrd. Euro bilanziert. In diesen Zahlen seien jedoch noch nicht die Kommunen inbegriffen, die eine beträchtliche Netzlänge aufweisen.

Vor allem in den 1970er und 80er Jahren wurden viele Brücken gebaut; Tunnel vermehrt insbesondere ab den 1990er Jahren. Ab 2007 ist Osterried zufolge „eine Sättigungstendenz“ erkennbar. Durch seine geographische Lage in Mitteleuropa sei Deutschland eine verkehrliche Schnittstelle zwischen den Staaten Europas.

Obwohl der Anteil der Bundesfernstraßen am gesamten überörtlichen Straßennetz nur knapp ein Viertel beträgt, bewältigten sie fast die Hälfte aller Kfz-Jahresfahrzeugleistungen. Der Schwerlastverkehr in Richtung Osten sei relativ groß, weshalb er in hohem Maße zur Abnutzung der Verkehrsinfrastruktur beitrage. Die Instandhaltungskosten seien eine Funktion der Verkehrsbelastung und Qualität der Bauausführung. Rund 30 % der Bundesfernstraßen wiesen einen schlechten bis sehr schlechten Zustand auf. „Allgemein kann festgehalten werden, dass der Zustand in den neuen Bundesländern besser ist, offenbar eine reaktive Erhaltung von Verkehrswegen vorrangig ist und Investitionen für Erhaltungsmaßnahmen fehlen“, unterstrich Osterried. →





*„Einerseits gibt es relativ neue Netzabschnitte, andererseits auch zahlreiche aus den 1960er Jahren und früher.“*

Insgesamt sei folgende Problemstellung des Infrastrukturmanagements in Deutschland festzuhalten:

- Für eine Realisierungsentscheidung sollten sowohl Erstinvestitionskosten wie auch zukünftige Investitionskosten und Betriebskosten bekannt sein.
- Tatsächlich übersteigen Kosten der Betriebsphase (zukünftige Investitionskosten, Betriebskosten) die Kosten aus den Phasen der Projektentwicklung und –realisierung.
- Die Kenntnis aller Kosten sollte somit das Vergabekriterium bestimmen.

„Aufgrund unserer Untersuchungen können wir zusammenfassen, dass Instandhaltungsmaßnahmen bei der Abwasser- und Verkehrsinfrastruktur in zu geringem Maße in Deutschland durchgeführt werden“, stellte die TU-Mitarbeiterin fest. Dementsprechend existiere in Deutschland aufgrund des schlechten Zustands ein erheblicher Investitionsrückstau. Dies resultiere daraus, „dass offenkundig zum einen zu geringe Haushaltsmittel vorhanden sind und zum anderen kein zielgerichteter Einsatz der vorhandenen Mittel erfolgt“.

„Im Rahmen unseres Forschungsvorhabens untersuchen wir mögliche Instandhaltungsstrategien am Beispiel Straßen, die auf Zustandsbewertungen basieren“, fuhr Osterried fort. Bei Straßen könne dies erfolgen, da durch die derzeitige Bewertung nach Substanzwert Aussagen zur Höhe der Instandhaltungskosten getroffen werden können.

### *Instandhaltungsrückstau für Bundesfernstraßen*

Auf Grundlage der vorhandenen Substanzwerte könne der Instandhaltungsrückstau für Bundesfernstraßen in Deutschland quantifiziert werden. Diese Ergebnisse seien jedoch vorläufig und grob geschätzt. Die Investitionen bezögen sich jedoch allein auf die Straße und nicht auf Ingenieurbauwerke. Insgesamt liegen nach Osterrieds Darstellung für die Bundesautobahnen 5,3 Mrd. Euro und für Bundesstraßen ca. 3,8 Mrd. Euro vor. „Diese Investitionen wären für Straßen allein für den Bund erforderlich, um die Verkehrswege in den ursprünglichen Soll-Zustand zu versetzen. Aus der laufenden Betriebsphase sind im Übrigen noch keine Kosten berücksichtigt.“ ■

## Da geht noch was.

Vom Dauerstau zur Non-Stop-Mobilität? Wir unterstützen Sie, wenn es darum geht, Ideen für eine zukunftsfähige Mobilität zu entwickeln. Dabei setzen wir mit Elektroautos, dem ÖPNV und Fußgänger-Lösungen auf einen intermodalen Verkehrsträger-Mix.

[www.dreso.com/infrastruktur-beratung](http://www.dreso.com/infrastruktur-beratung)

*the blue way*

**DREES &  
SOMMER**

Dr. Burkhard Seizer / Drees & Sommer

Infra Consult und Entwicklungsmanagement GmbH

## Mobility (R)Evolution - Mobilität für die Stadt von morgen

Eine Zukunftsvision, in der die heutigen Städte zu Megacities heranwachsen und die Infrastruktur maßlos überlasten, skizzierte Senior Projektpartner Dr. Burkhard Seizer. Die Infrastruktur von morgen müsse schnell, günstig, gesund, kommunikativ und ökologisch sein – eine dauerhafte Anpassung an die Bedürfnisse und Anforderungen der Zukunft sei unumgänglich, erklärte Seizer. Dabei führten zahlreiche Wege zum Ziel einer optimierten Infrastruktur.

Die Mobilität hat sich in den vergangenen Jahrhunderten stark geändert: Die Erfindung des Automobils war der letzte große Meilenstein in der Entwicklung der Mobilität. „Heute sehen wir die Folgen dieser Entwicklungen tagtäglich auf unseren Straßen und in unseren Städten. Dabei ist das Thema Stau nicht nur in Deutschland, sondern weltweit vor allem in den Megacities ein riesiges Problem“, stellte Seizer fest.

Fakt sei, „dass wir in Zukunft immer mehr in urbanen Strukturen leben werden. Das müssen nicht nur Megacities sein, sondern auch kleinere Städte in Industrieräumen werden wachsen“. Dies führe auch zu einem wachsenden Mobilitätsbedürfnis und entsprechenden Folgen: „Der Verkehr wird dichter, die Staubbelastung wächst und bei tristem Novemberwetter nimmt auch die Feinstaubbelastung zu.“

### Belastete Innenstädte

Die ersten Innenstädte kämpfen Seizer zufolge immens mit den Folgen und suchen händeringend nach Lösungen. „Der letzte Schritt wäre, dass den Innenstädten der Ausschluss der Kraftfahrzeuge droht. Spätestens hier müssen wir uns fragen: Was nützen uns die schicksten, funktionalsten, besten Immobilien, wenn wir sie nicht mehr erreichen?“

Wie also kann Mobilität diesen Anforderungen gerecht werden? „Meines Erachtens kann ein einziges Verkehrsmittel dem nicht gerecht werden. Der Schlüssel zum Erfolg liegt in der geschickten Kombination von Verkehrsmitteln“, führte Seizer aus. Intermodalität funktioniere in den Städten immer mehr durch Sharing Angebote und nicht wie früher durch

ausschließlich stationsgebundene Systeme. Mittlerweile sei das Free-floating-Carsharing sehr stark im Kommen, wobei es diese Systeme nicht nur im Automobil-, sondern auch im Fahrradbereich gebe.

Statistiken belegten, dass die Anzahl der Nutzer von Free-floating-Systemen wie Car2go oder DriveNow in den vergangenen drei Jahren rapide angestiegen ist, erläuterte Seizer. Hauptnutzer seien jüngere Menschen mit höherem Bildungsabschluss sowie ältere Menschen ab etwa 55 Jahren, die sich mit neuen Mobilitätsformen beschäftigen. Hier finde ein klarer Paradigmenwechsel statt.

Ein weiterer Trend in der Mobilitätsentwicklung sind umweltfreundliche Antriebstechnologien. Wie Seizer bemerkte, „brauchen wir unter anderem ein flächendeckendes Netz von E-Tankstellen, einheitliche Technologien sowie einheitliche Abrechnungssysteme“. Er zeigte sich davon überzeugt, „dass der Bedarf an Elektro-Tankstellen steigen wird und die Elektromobilität in Zukunft einen sichtbaren Teil unserer Mobilität darstellen wird“. Schätzungen zufolge werden im Jahr 2020 nur rund 5 % der Neufahrzeuge tatsächlich Elektrofahrzeuge, jedoch über 20 % Hybridfahrzeuge sein. Ein Teil davon sind Plug-in Hybridfahrzeuge, die ebenfalls E-Tankstellen benötigen.

Das Mobilitätsverhalten wird laut Seizer auch von der weiter fortschreitenden Digitalisierung beeinflusst. Autos seien immer stärker miteinander vernetzt und könnten sich aufgrund ihrer Sensorik und Intelligenz quasi autonom bewegen – mit großen Auswirkungen auf die Städte. „Ein autonom fahrendes Fahrzeug muss nicht mehr in der Innenstadt par-

ken, sondern kann, nachdem es die Person abgeliefert hat, es sich wieder am Stadtrand gemütlich machen“, erklärte Seizer. Zudem sei weniger Straßenraum nötig, da die Autos geringere Abstände haben und auch der Verkehr insgesamt eine flüssigere Rolle spielen kann.

### Funktionierendes Konzept

Letztlich gehe es für das Quartier, die Stadt, aber auch für eine einzelne Immobilie darum, das richtige Mobilitätskonzept zu erstellen, betonte Seizer. Hier gehe man standardmäßig so vor, dass zunächst untersucht wird, welches Mobilitätsbedürfnis besteht (von wo kommen die Menschen in dem Gebiet und wo möchten Sie hin). Anschließend müssten alle Möglichkeiten des Einsatzes von Verkehrsmitteln (motorisiert/unmotorisiert, öffentlich, privat (mit/ohne sharing) eruiert und in ein intermodales Konzept gegossen werden. Hierbei spiele auch eine Rolle, welche Veränderungen an der Infrastruktur durchgeführt werden müssen, damit ein solches Konzept funktionieren kann.

Schritt 2 sei die Umsetzung des Konzepts mit den Anpassungen der Infrastruktur und der Mobilitätsmöglichkeiten. Schritt 3 wiederum betreffe die Änderung des Mindsets, „d.h. Menschen müssen verstehen, wie die neue Mobilität funktioniert“.

**Seizers Fazit:** „Ich bin der Meinung, dass wir ohne eine neue Mobilität in unseren Städten nicht weiterkommen.“ Es sei zwingend notwendig, diese zu durchdenken, die Möglichkeiten dazu zu schaffen und Aufklärungsarbeit zu leisten, „damit wir auch in Zukunft nicht immobil werden, sondern mobil bleiben.“ ■



Günter Müller-Czygan

HST Systemtechnik GmbH & Co. KG

## KOMMUNAL 4.0 – zukunftsfähige Vernetzung von Infrastruktureinrichtungen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

Sicherheit hat oberste Priorität, wenn es um die Planung und Finanzierung sowie den Bau und Unterhalt der kommunalen Infrastruktur geht. Gerade in der Wasserwirtschaft, aber auch in der regenerativen Energiewirtschaft stehen in den kommenden Jahren vielerorts große Sanierungs- bzw. Neubauprojekte an. Seit mehr als 20 Jahren bietet die HST Systemtechnik für die Wasserver- und Abwasserentsorgung systemübergreifende Lösungen an, die Maschinenteknik und IT kombinieren, so Günter Müller-Czygan, Marktleiter Geschäftsentwicklung Objekte/KOMMUNAL 4.0.



Angeregt durch die Entwicklungen im Umfeld von Industrie 4.0 und dem Internet der Dinge (IoT) hat sich HST dazu entschieden, Maschinen und Anlagen mit den neuen Möglichkeiten einer umfassenden webbasierten Datenerfassung und -Analyse noch intelligenter zu machen. Eine darauf aufbauende, systemübergreifende Vernetzungsintegration dezentraler Objekte in Infrastruktursystemen ermöglicht ein flexibleres, effizienteres Betriebsmanagement kommunaler Netzstrukturen, macht diese sicherer und damit zukunftsfähig.

Mit seinen webbasierten Produkten SCADA.web, Kanio.web und NiRA.web hat HST die ersten Schritte in Richtung der nächsten technischen (R)evolution bereits zurückgelegt. NiRA.web ist ein Providing-Angebot für Niederschlagsdaten der HST und Meteo-media. Die bereitgestellten Daten werden aus Radarbildern gewonnen und über ein dichtes Messnetz herkömmlicher Regenschreiber angeeicht. Durch diese Kombination von Radar- und klassischer Messtechnik können zu jedem Standort in der Bundesrepublik Deutschland Niederschlagsdaten zur Verfügung gestellt werden. Diese innovative Technologie bietet entscheidende Vorteile für die Wasserwirtschaft und den Hochwasserschutz.

Bei SCADA.web, dem Web-Portal zur Fernüberwachung und Fernsteuerung, handelt es sich um ein innovatives Dienstleistungsangebot für Wasserwirtschaft, Energiewirtschaft, Umwelttechnik, Versorgungsbranchen und Infrastrukturmaßnahmen, das von HST und weiteren Systempartnern angeboten wird.

### Technische Betriebsabläufe effizient planen

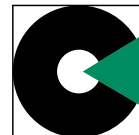
Weil die Beschaffung einer Zentrale entfällt, ist nun auch die Überwachung von Maschinen und Anlagen möglich, die bisher aus Kostengründen nicht fernüberwacht wurden. Die Außenstationen kommunizieren über das Internet z. B. per GPRS in Echtzeit mit dem Portal.

Technische Betriebsabläufe effizient und wirtschaftlich vorbereiten, planen und dokumentieren – das sind die Stärken des Betriebsführungssystems KANiO. Standardfachsachen ermöglichen den Einsatz in unterschiedlichen Organisationseinheiten wie z.B. Kanalbetriebe, Kläranlagen, Gas-, Wasser-, Stromversorgungsbetriebe und der Industrie in allen Branchen. →



**COPLAN AG**

Generalplaner  
Architekten  
Ingenieure



Die Zeiten klassischer, getrennter Ingenieurleistungen mit Insellösungen sind vorbei. Heute bewegen uns fachübergreifende Themen. Wir entwickeln ganzheitliche Lösungen für unsere Kunden, indem wir flexibel, kreativ und vernetzt arbeiten.

Typische Anwendungsfälle für KOMMUNAL 4.0 sind:

- Überlastete Kläranlagen und Regenbecken
- Aktivierung von Stauvolumen/Reduzierung von Einleitungen/Überläufen
- Vernetzung von Drosselorganen bzw. Abflussreglern
- Strukturierte Betriebsführung
- Netzweit organisiertes Monitoring, Alarmierung und Reporting
- Integration von Niederschlagsdaten zur Überwachung/Steuerung/Instandhaltung von Sonderbauwerken und Netzen
- BigData: Automatisierte Auswertung von verschiedenen Prozessdaten zur schnellen Beurteilung von Vorgängen und Zuständen.

Das Projekt KOMMUNAL 4.0 ist als einer von 16 Siegern aus ca. 130 Bewerbern des Technologiewettbewerbs „SMART SERVICE WELT“ des Bundeswirtschaftsministeriums hervorgegangen. Das Konsortium unter Federführung der HST Systemtechnik GmbH & Co. KG strebt die Entwicklung von internetbasierten Daten- und Serviceplattformen an, um eine zukunftsfähige und damit vorausschauende Planung und Betriebsführung sowohl technischer Objekte als auch gesamter Infrastrukturnetze in der Wasserwirtschaft durch Digitalisierung zu ermöglichen. Im Sinne der Digitalisierungsstrategie der Bundesregierung werden die Nutzvorteile der digitalen Transformation der Wirtschaft und Gesellschaft (siehe Industrie 4.0, Smart City, Smart Factory) auf die Wasserbranche und vergleichbare Infrastrukturen übertragen.

Ein wesentlicher Bestandteil des Förderprojektes KOMMUNAL 4.0 ist die Erprobung der vorgesehenen Entwicklungen anhand realer Projekte in Kooperation mit kommunalen Netz- und Objektbetreibern als sogenannte assoziierte Partner. Hierzu wurden bereits während der Antragsstellung mehrere Kooperationsvereinbarungen getroffen (z. B. Stadt Ingolstadt), um Pilotanwendungen wie z.B. „Simulation und Benchmarking wasserwirtschaftlicher Objekte“, „Energie- und Wärmeanalyse aus Abwasserströmen“, „Zusammenhang Streusalzeinsatz und Abwasserreinigung in Abwasserzuläufen zu Kläranlagen in Winterzeiten“ oder „Sinkkästen-Management“ zu entwickeln und in der Realanwendung zu testen.

### *Kommunen als assoziative Partner gesucht*

Zusätzliche Pilotprojekte sind vorgesehen, so dass HST weitere Kommunen als assoziative Partner sucht, die aufgrund ihrer Netzstruktur und Anzahl von Sonderbauwerken ihre Bewirtschaftungsorganisation modernisieren wollen und für KOMMUNAL 4.0 ein besonderes Potenzial aufweisen. Angesprochen sind laut Müller-Czygan ausdrücklich die Kommunen, die als Teilnehmer dieses von der Bundesregierung unterstützten Vorzeigeprojekts zusammen mit den anderen Projektpartnern die Digitalisierung der Wasserwirtschaft aktiv mitgestalten und eine Vorreiterrolle übernehmen wollen.

Auch warb Müller-Czygan dafür, dem Verein KOMMUNAL 4.0 beizutreten. Der Verein dient der Weiterführung von Ideen und Konzepten aus dem Vorhaben KOMMUNAL 4.0, der Vernetzung von Fachleuten und Interessierten und wird spezielle Angebote zur Aus- und Weiterbildung rund um das Thema Digitalisierung in der kommunalen Wasserwirtschaft anbieten. Kommunen, Hochschulen und Unternehmen, die an einer Mitgliedschaft interessiert sind, können sich an den Vereinsvorstand wenden unter [www.kommunal4null.de](http://www.kommunal4null.de) ■

## Maximilian Böttl / Erster Bürgermeister Kirchheim bei München

### Das S-Bahn-Bündnis Ost

Wie wichtig ein belastbarer Personennah- und Güterverkehr für die Region München nicht nur heute, sondern auch in Zukunft ist, verdeutlichte Bündnissprecher und 1. Bürgermeister von Kirchheim, Maximilian Böttl. Steigende Anforderungen an Logistik und Wirtschaft sowie ein überproportionales Bevölkerungswachstum belasteten Straßen und Schienen. Dies sorgte nicht nur für Unmut bei Pendlern und Anwohnern, sondern belastete auch die Umwelt. Die ganzheitliche Weiterentwicklung des Verkehrsnetzes in München und Umgebung sei ein wesentliches Thema des Bündnisses, wenn es um nachhaltige Entwicklung von Infrastruktur geht, so Böttl.



Maximilian Böttl  
Erster Bürgermeister Kirchheim

Seit Jahren erleben die Landkreise München, Erding und Ebersberg ein enormes Bevölkerungswachstum. Die S-Bahnhöfe sind schon heute an ihren Kapazitätsgrenzen. Ein vierspuriger Ausbau der Linie S2 macht nach Böttls Auffassung eine Taktverdichtung und Expressbahnen möglich und sorgt so für eine Lösung der Mobilitäts- und Wohnungsherausforderung.

Aktuell wird der Münchner Osten mit der S2 in einer 20- bzw. 40 Minuten-Taktung befahren. Die zweispurigen Trassen werden dabei im Mischbetrieb genutzt. Das bedeutet, dass sowohl der Personennahverkehr als auch der Güterverkehr über dieselben Gleise abgefertigt werden. Die Zuständigkeit für den Verkehr übernehmen damit sowohl der Bund (Güterverkehr) als

auch der Freistaat Bayern (Schienenpersonennahverkehr). Diese Taktung hat erhebliche Auswirkungen auf die Bevölkerung der anrainenden Gemeinden.

Die Situation, dass die S-Bahnstrecke im Münchner Osten bereits jetzt stark überlastet ist, verschärft sich Böttl zufolge in Zukunft nicht nur durch den prognosti-

zierten Bevölkerungszuwachs rund um München weiter: „Andere Infrastrukturprojekte wie beispielsweise die 2. Stammstrecke, der Erdinger Ringschluss, die Ausbaustrecke ABS 38 München – Mühldorf – Freilassing und der Brenner-Basis-Tunnel werden den Straßen- und Schienenverkehr stärker belasten.“

Das S-Bahn-Bündnis Ost gründete sich 2015, um nachhaltig einen vierspurigen Ausbau der S-Bahnstrecke zwischen München Ost und Markt Schwaben sowie den Bau einer eigenen S-Bahnhaltestelle bei der Messe München voranzutreiben und umzusetzen. Initiatoren und Mitbegründer des Bündnisses sind die Gemeinden Aschheim, Kirchheim bei München, Poing, Markt Schwaben sowie die Landkreise München, Ebersberg und Erding, die Industrie- und Handelskammer München und Oberbayern, die Handwerkskammer für München und Oberbayern und die Messe München.

Seit seiner Gründung hat das Bündnis zahlreiche politische Mandatsträger für seine Forderungen und als aktive Unterstützer für sich gewinnen können. Das S-Bahn-Bündnis Ost wird überparteilich von Politikern aus den betroffenen Stadt- und Gemeinderäten, von Abgeordneten aus den Kreistagen, aus dem Landtag und Bundestag unterstützt. Auch aus der Bevölkerung kommt starke Zustimmung für die Forderungen und das Engagement des Bündnisses. Vereine wie Green City e. V. und Unternehmen aus der Region positionieren sich als Bündnispartner und werben aktiv.

Um ihre parteiübergreifende Zustimmung zu signalisieren, trafen sich im vergangenen Jahr alle Abgeordneten aus den Gemeinden, Städten, den Landkreisen sowie von Bund und Land zu einer Mandatsträgerkonferenz. Mitglieder und Initiatoren einigten sich dabei auf ein gemeinsames Memorandum und formulierten folgende konkrete Forderungen:

- Alle fahrplan- und signaltechnischen Möglichkeiten sollen ausgeschöpft werden, um das Fahrplanangebot auf der Bahnstrecke zwischen München Ost und Markt Schwaben zu verdichten.
- Wir fordern weitere netzergänzende Maßnahmen auf der S 2-Ost zur Taktverdichtung.

- Das Bayernpaket für barrierefreie Bahnhöfe soll zügig und aufwärtskompatibel umgesetzt werden.
- Alle notwendigen Schritte zur Umsetzung des vierspurigen Ausbaus der Bahnstrecke zwischen München Ost und Markt Schwaben sollen unverzüglich angestoßen werden.
- Die Messe München erhält einen eigenen S-Bahnhof und wird direkt an die S-Bahn Linie angeschlossen.

Laut Kirchheims Bürgermeister sind schon heute die Anreisemöglichkeiten bei Messegroßevents völlig überlastet. Mit der S-Bahnbindung werde eine zusätzliche Anfahrtsmöglichkeit geschaffen und das Gesamtsystem entlastet.

Bisher sei ein zweimaliger Umstieg vom Flughafen zur Messe nötig. Ein wachsender Anteil an internationalen Ausstellern und Besuchern erfordere jedoch eine direkte Verbindung. Bereits heute mache das Messe- und Kongressgeschäft 10 Prozent des gesamten Fluggastaufkommens in München aus.

Parallel zum demographischen Wandel entwickelt sich der Münchner Osten auch wirtschaftlich weiter: In den nächsten zehn Jahren werden ca. 20.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Diese Arbeitnehmer nutzen ebenso den öffentlichen Nahverkehr. Unternehmen im Münchner Osten geben dem Projekt weiter Aufwind.

Die zusätzliche Verbindung zur Messe und die Optimierung der Taktung lassen laut

Bödl verstärkt auf den öffentlichen Nahverkehr zurückgreifen. Dies habe weniger Verkehr auf den Straßen rund um die Messe zur Folge.

Für mehr Umweltschutz müsse der Verkehr konsequent von den Straßen auf die Schienen verlagert werden. Ein Ausbau der S2 zwischen München Ost und Markt Schwaben Sorge für einen nachhaltigen Lärmschutz entlang der gesamten Strecke.

Der Streckenabschnitt zwischen München Ost und Markt Schwaben ist Bödl zufolge ein wesentlicher Bestandteil der transeuropäischen Güterverkehrsmagistrale Paris – München – Wien – Budapest. Steigende Ansprüche aus Wirtschaft und Logistik erforderten eine belastbare Infrastruktur auch auf der Strecke zwischen München Ost und Markt Schwaben.

### Finanzierung sicherstellen

Der Bündnissprecher plädierte dafür, die Finanzierung des vierspurigen Ausbaus der S2 über den Bund mittels Aufnahme in den Bahnknoten München sicherzustellen. Die Bahnstrecke östlich von Markt Schwaben ist als Teilabschnitt der ABS 38 bereits Bestandteil des Bundesverkehrswegeplanes, der Ausbau zwischen München- Riem und Markt Schwaben noch nicht. Ein Gutachten des S-Bahn-Bündnis Ost zur Situation des Schienenverkehrs im Münchner Osten könne dafür die Basis schaffen. Es diene als Entscheidungsgrundlage für den Bund. Das Bündnis wird dabei auch vom Freistaat Bayern gestärkt: Er begrüßt das Engagement des S-Bahn-Bündnis Ost für den Ausbau der Schieneninfrastruktur und unterstützt das Gutachten. ■

## Ihr Public Sector-Betreuer vor Ort

HypoVereinsbank Regionalbereich Bayern Nord  
Elke Megow, Tel.: 0911 2164-1627  
E-Mail: elke.megow@unicredit.de

HypoVereinsbank Regionalbereich Bayern Süd  
Clemens Wisner, Tel.: 089 378-41580,  
E-Mail: clemens.vonwisner@unicredit.de

Das Leben ist voller Höhen und Tiefen. Wir sind für Sie da.

Willkommen bei der  
**HypoVereinsbank**  
Unternehmer Bank  
Member of **UniCredit**

Dr. Johannes Böhm / amplus AG

## Mobiles Internet in ganz Bayern: Flächendeckend und bezahlbar

In ihrer noch jungen Chronik hat sich die amplus AG als eines der führenden Breitbandunternehmen im ostbayerischen Raum etabliert. Seit seiner Gründung im Jahr 2009 befindet sich das Unternehmen auf einem beispiellosen Wachstums- und Expansionskurs. „Als Tochter der CCNST Group, einem Verbund von auf den Breitbandausbau spezialisierten Unternehmen, versorgt die amplus AG mehr als 100 Gemeinden in 14 Landkreisen Bayerns mit schnellem Internet und Bandbreiten von 200 Mbit/s und mehr“, erläuterte Dr. Johannes Böhm, Leiter Kommunalbetreuung.



Dr. Johannes Böhm, amplus AG

Das über 500 Kilometer lange Glasfasernetz erreicht mit mehr als 750 Kabelverzweigern und 100 Hauptverteilern rund 350.000 Haushalte. Im Rahmen geförderter und eigenwirtschaftlicher Glasfasererschließungen hat das Unternehmen rund 1.300 FTTB-Anschlüsse realisiert.

Durch den Roll-out der amplus AG stehen im gesamten Einzugsgebiet viele hundert Schaltschränke made by CCNST als Generalunternehmer. Ihr Wissen haben die Entwickler in die Konzeption und Roll-out-Planung inklusive Billing-Systeme für Elektroladesäulen umgesetzt. Seit 2012 wurden für ein regionales Projekt im Bayerischen Wald und im Gäuboden Ladesäulen für Elektrofahrzeuge für den jeweiligen Standort konfiguriert, vor Ort in Betrieb genommen und miteinander vernetzt. Jede dieser Ladesäulen verfügt darüber hinaus bereits heute über einen Hotspot-Zugang für „Tankende“. Die eigene Linie „C-Mobility“ vereint somit Design, Funktionalität und User Experience.

Damit Nutzer ganz ohne Volumen- oder Geschwindigkeitsbegrenzungen das mobile Internet genießen können, hat die amplus AG als zweitgrößter Carrier Bayerns eine Hotspot-Initiative über den gesamten Freistaat gestartet. So haben auch Kommunen in abgelegenen Winkeln Bayerns Zugang zum mobilen Internet. Im Fokus der Initiative stehen alle Bürgerinnen und Bürger, Touristen, öffentliche Institutionen, Vereine und Gewerbetreibende im Gemeindegebiet.

Mithilfe der WLAN-Technologie erfolgt eine kabellose Datenübertragung zwischen dem Hotspot und dem mobilen Endgerät des Kunden. Office-Anwendungen, Online-Dienste und Social Media sind so überall nutzbar. Die Basis des öffentlichen Netzwerks ist denkbar einfach: Entweder per direkter Verbindung zur

aktiven Glasfasertechnik der amplus AG oder über einen VDSL-Anschluss innerhalb eines Gebäudes. Per WLAN verbundene Access Points an verschiedenen Positionen eines Areals sichern die stabile und schnelle Verbindung zum mobilen Internet für alle Nutzer.

Mit dem Hotspot-System der amplus AG stehen Kommunen verschiedene Optionen offen. Sie können Bürgern entweder unbegrenzt oder aber für einen bestimmten Zeitraum kostenloses WLAN zur Verfügung stellen. Gesetzt den Fall, dass Nutzer nach Ablauf der kostenlosen Zeit weiter surfen möchten, sind individuelle Minutenpakete über Paypal zusätzlich buchbar. Kunden der amplus AG surfen generell kostenlos.

Gleichzeitig sind die Hotspots ein Multiplikator im Standortmarketing: Jede Kommune kann eine individuelle Startoberfläche erhalten – zum Beispiel mit den interessantesten Informationen auf einen Blick oder durch das Hervorheben von Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten in der nahen Umgebung des Hotspots.

Ebenso bietet die amplus AG allen Asylunterkünften kostenfreie Hotspot-Systeme an. Auf diese Weise können bereits Asylbewerber in der Chamer Gemeinde Rettenbach den stetigen Kontakt in ihre Heimatländer aufrechterhalten. Weitere Hotspots für Flüchtlingsunterkünfte finden sich unter anderem in den Kommunen Falkenstein und Neunburg vorm Wald. Per Anfrage an [hot.spot@amplus.ag](mailto:hot.spot@amplus.ag) erarbeiten die Mitarbeiter individuelle Hotspot-Konzepte für interessierte Kommunen.

„Mehr als nur ein Internet“ ist laut Böhm IPTV, die Übertragung von Video- und Audioinformationen über geschlossene IP-Netzwerke. Zeitversetztes Fernsehen ist möglich, da Fernsehsender in einer

Cloud am Firmenstandort gespeichert werden. Auch ist ein digitales Speichern von Sendungen und Programmen ohne zusätzliche Hardware möglich. Der Bedarf nach höheren Bandbreiten bei Internet-Verbindungen steigt weiter. Eine nachhaltige Glasfaserversorgung heißt Gleichberechtigung, weshalb das regionale Unternehmen auf die Mitnutzung von bereits vorhandener Infrastruktur und Lückenschlüssen in ländlichen Regionen setzt.

Durch eine enge Zusammenarbeit mit kommunalen Einrichtungen und Stadtwerken reduzieren sich die Kosten für die Breitband-Erschließung. Ein Beispiel: Im Rahmen des bayerischen Breitband-Förderverfahrens kooperierte amplus mit der Stadt Cham. Anstatt das bereits vorhandene Leerrohrsystem zu überbauen, schloss das Unternehmen lediglich die Lücken zum erweiterten Glasfasernetz. Der größte Kostenfaktor - die notwendigen Tiefbauarbeiten zur Trassenführung konnte durch die Kooperation des Breitband-Carriers mit der Stadt auf ein Minimum reduziert werden. Die offizielle Inbetriebnahme des Glasfasernetzes erfolgte im August 2015. Über 31 Kilometer Glasfaserkabel versorgen 2.000 Chamer Adressen.

Auch im Rahmen eigenwirtschaftlicher Erschließungen verfolgt amplus diesen Ansatz. Die Stadt Plattling wünschte sich für die Anwohner im Neubaugebiet „Pielweichser Feld“ eine zukunftsfähige Breitband-Versorgung mittels einer FTTB-Erschließung. Die in Plattling vertretenen Telekommunikationsanbieter lehnten Glasfaser bis ins Haus jedoch ab. So oblag es schließlich amplus, gemeinsam mit den Stadtwerken das Vorhaben der Stadt in die Tat umzusetzen. Das Resultat der vorausschauenden Planungen war ein für ganz Ostbayern vorbildliches Pilotprojekt zur Zusammenarbeit im Rahmen eines Betreibermodells. Nach nur wenigen Monaten konnte der Netzbetrieb mit zukunftsfähiger Technik für rund 50 Haushalte realisiert werden. ■

Christian Neus / Amprion GmbH

## Energieversorgung Bayerns: Perspektive eines Übertragungsnetzbetreibers

Die Energiewende und der dafür notwendige Netzausbau sind eines der größten Infrastrukturprojekte in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Mit dem sicheren Betrieb und bedarfsgerechten Ausbau ihres Netzes übernimmt die Amprion GmbH ihren Teil der Verantwortung für eine zukunftsfähige Stromversorgung.

Mit rund 11.000 Kilometern Länge besitzt Amprion das längste Höchstspannungsnetz in Deutschland. Es verbindet regenerative und konventionelle Kraftwerke mit Verbraucherschwerpunkten und ist gleichzeitig wichtiger Bestandteil des Übertragungsnetzes in Deutschland und in Europa. „Durch seine zentrale Lage in Europa ist unser Übertragungsnetz eine wichtige Drehscheibe für den europäischen Stromhandel zwischen Nord und Süd sowie zwischen Ost und West“, betonte Christian Neus, Leiter nationale und europäische Netzplanungsprozesse.

Deutschlandweit verläuft das Netzgebiet der Amprion durch die Bundesländer Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. Im Freistaat ist das Unternehmen mit zahlreichen Netzanlagen präsent. Die zentrale Aufgabe der rund 1.100 Mitarbeiter ist, jederzeit Strom zu marktgerechten Preisen sicher zu übertragen.

Nach Neus' Worten reicht die gesicherte Leistung in Bayern vor Abschaltung der Kernkraftwerke gerade aus, um die Jahreshöchstlast zu decken. Laut Erkenntnissen im Bayerischen Energiedialog hat der Freistaat nach Abschaltung der Kernkraftwerke im Jahr 2022 eine Versorgungslücke von 5 GW an gesicherter Leistung und es fehlen 40 TWh Energie.

„Der Ausbau erneuerbarer Energien erfolgt größtenteils in ländlichen Regionen, Strom wird aber überwiegend in den Städten und an Industriestandorten verbraucht“, stellte Neus fest. Die erneuerbare Stromerzeugung habe daher aus der Perspektive des Transportnetzes einen lastfernen Charakter. Die Spitzenlast liegt aktuell bei etwa 85 GW.



Christian Neus, amprion GmbH

Im Energiesystem der Zukunft wechselt sich nach Neus' Darstellung die Energieproduktion aus Wind und Sonne ab: Windige Tage seien in Deutschland selten sonnig und an sonnigen Tagen sei der Wind meistens schwach. Das Transportnetz Sorge für den überregionalen Ausgleich zwischen den PV-Erzeugungsschwerpunkten im Süden Deutschlands, Windstandorten im Norden / Nord-Osten und Ballungszentren.

Im Klartext hieße das: Im windreichen Norden und Nordosten erfolgt die Erneuerbare Energie-Anbindung, vor allem die Windparkanbindung an ein leistungsstarkes, regionales Ost-West-Netz, das zusammen mit Offshore-Anschlüssen als „Windsammelschiene“ dient. Im Süden vollzieht sich die Integration vor allem der Solarenergie durch regionale Netzverstärkung, einer Art „Solarsammelschiene“, während im Westen und Osten die Integration der gesicherten Leistung aus konventionellen Kraftwerken mit der Sammelschiene „Gesicherte Leistung“ erfolgt.

Damit Energiewende und Netzausbau gelingen, braucht es aber mehr als Ingenieurwissen. Ebenso wichtig ist die gesellschaftliche Akzeptanz. Deshalb sucht Amprion den Dialog vor Ort mit Bürgern, gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen sowie mit Politik und Wirtschaft. →



## IT-SICHERHEIT FÜR DIE WASSERWIRTSCHAFT

Digitaler Schutz und Prävention mit ISMS-Tool  
zur Erfüllung des BayEGovG Art. 8

Infos unter [www.hst.de/it-sicherheit-bayern](http://www.hst.de/it-sicherheit-bayern)

**VERNETZUNG. KLAR. MACHEN.**



Ein Beispiel hierfür ist die Mediation Garenfeld. Die dortige Bürgerinitiative „Menschen unter Strom e.V.“ und Amprion unterzeichneten eine gemeinsame Mediationsvereinbarung zum Neubau einer 380-kV-Umspannanlage. Mit ihren Unterschriften setzen beide Parteien gemeinsam den Schlusspunkt unter einen erfolgreichen Dialogprozess und bewiesen damit, dass sich im Gespräch auf Augenhöhe auch zunächst unvereinbar scheinende Interessen auf einen gemeinsamen Nenner bringen lassen. Der Dialog wurde mit dem expliziten Ziel geführt, unter Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten offen das Für und Wider möglicher Varianten zu erörtern. Inzwischen haben sich Bürgerinitiative und Amprion auf eine Variante geeinigt.

### Konverter-Dialog Ultranet

Verwiesen wurde zudem auf den Konverter-Dialog Ultranet. Der Übertragungsnetzbetreiber Amprion GmbH stellte dem Rhein-Kreis Neuss und den Kommunen in einer Informationsveranstaltung die Ergebnisse der methodischen Suche nach einem Konverter-Standort für die Gleichstromverbindung Ultranet vor. Auf Basis einer großräumigen Analyse hatte Amprion in einer ersten Stufe 19 mögliche Standortbereiche ermittelt, von denen sechs in der Abwägung als besser geeignet eingestuft wurden. In der zweiten Stufe wurden Daten und

Informationen wie zum Beispiel Bebauungspläne der sechs Bereiche aus den Kommunen ergänzt. Eine von Dritten vorgeschlagene Dreiecksfläche wurde vorbehaltlich einer erforderlichen Nutzungsänderung gutachterlich geprüft. Amprion setzt weiter auf den Dialog mit den Gemeinden und Bürgern und wird mit Veranstaltungen über die nächsten Schritte sowie die Umsetzung des Konverter-Baus informieren. Bei der Gestaltung des Standorts plant Amprion die Beteiligung der Bürger.

Der Austausch mit den Anwohnern ist Amprion auch sehr wichtig bei den Planungen für die neue Strombrücke ALEGrO von Deutschland nach Belgien. Erstmals setzt der Netzübertragungsbetreiber hier auch eine Online-Beteiligungsplattform ein. Darüber hinaus eröffnete Amprion parallel zum Erdkabel-Pilotprojekt in Raesfeld dort auch eine Ausstellung, die umfassend über die Erdverkabelung im Höchstspannungsbereich informiert.

Tatsache ist: Innovative Ideen und neue Technologien können die Akzeptanz steigern. Da die Topologien von Autobahn-, Eisenbahn- und Übertragungsnetz Neus zufolge sehr ähnlich sind, „plant Amprion eine maximal mögliche Bündelung der Infrastrukturtrassen, um neue Landschaftseingriffe und Betroffenheiten zu reduzieren“. ■

Artikel der Partner und Aussteller des 2. Bayerischen Infrastruktur Forums

## ABG Hotel Tagungszentrum

# Herzlich Willkommen mitten in Bayern – im Tagungszentrum Altmühltal

Zentral und verkehrsgünstig mitten in Bayern gelegen, können wir unseren Partnern in 42 Tagungs- und Gruppenräumen, meist mit traumhaften Ausblick auf die Altmühl, in fast allen Belangen zu ihrem Erfolg verhelfen. Vom Seminar bis zum Kongress unterstützen wir unsere Gäste stets mit höchsten Qualitätsansprüchen in Küche und Service. In unseren Räumlichkeiten und den 250 Zimmern in sechs Häusern sowie dem großen Gelände mitten im Grünen werden wir auch ausgefallenen Wünschen gerecht, zu einem wirklich guten Preis-/Leistungsverhältnis. Versprochen!

Der große Vorteil dieses traumhaft gelegenen Tagungszentrums ist die Tatsache, dass alle Teilnehmer die gleiche Strecke fahren, da sich der geographische Mittelpunkt Bayerns in unserem Landkreis befindet. Zudem erreicht der Tagungsteilnehmer unser Haus in etwa 10 Minuten von der A9 München – Nürnberg aus.

Die 42 modern ausgestatteten und lichtdurchfluteten Räume erleichtern das Lernen und Arbeiten immens. Bei schönem Wetter kann man jederzeit seine kreative Tätigkeit ins Freie verlegen. Bedingt durch die Einzellage oberhalb der Altmühl beschränkt sich der Geräuschpegel auch an der frischen Luft auf die Laute der Natur. Das im Hauptgebäude liegende Casino bietet unseren Gästen täglich ein großes und abwechslungsreiches Büffet mit frischen Zutaten meist aus der Region und selbstgebackenen Kuchen. Beim Essen fällt der Blick durch die vollverglasteten Fronten ins Altmühltal und im Sommer kann man sein Mittagessen sogleich an einen der Tische im Freien verlegen. Nach dem Essen bietet sich ein Verdauungsspaziergang rund um das Tagungszentrum oder ein wenig Ruhe auf den Wiesen förmlich an.

Nach Feierabend nutzen unsere Gäste gerne die Freizeitangebote des Tagungszentrums, wie das große Hallenbad, den Saunabereich



mit Infrarotkabine, die Tischtennisplatten innen und außen sowie die hauseigenen Mountainbikes. Für die Tiefenentspannung werden mehrmals wöchentlich kostenfrei auch Yoga-Kurse angeboten.

Abgesehen von der zentralen Lage mitten im geographischen Herzen Bayerns können die Gäste unserer Region, gleich ob sie sich beruflich oder privat hier aufhalten, sich in der landschaftlich wunderschönen Umgebung auf vielerlei Art körperlich betätigen. Da wäre z.B. auch die Altmühl, die direkt unterhalb des Tagungszentrums ruhig dahin fließt und ein Event-Programm im Kanu förmlich aufdrängt. Der Klettergarten in Beilngries bietet sich für Teambuilding oder einfach nur Spaß an. Interessant und beliebt ist auch das Erkunden der Landschaft mit dem Mountainbike direkt ab Tagungszentrum. Wer es lieber etwas ruhiger angeht, schaut sich die schöne Altstadt von Beilngries an. Das Altmühltal hat viel zu bieten. Wir organisieren das für Sie. ■





AED-SYNERGIS GmbH

# Infrastrukturmanagement mit ProOffice Lösungen

Ob öffentliche Verwaltung, Dienstleister oder Industrieunternehmen: Im inhouse wie im gehosteten Betrieb bietet ProOffice, Software für Infrastruktur- und Facilitymanagement, eine IT-konforme, sichere und administrationsfreundliche „Überall“-Lösung. Die direkte Integration von CAD und GIS gehört zu den besonderen Stärken der AED-SYNERGIS GmbH.



Für individuelle Aufgabenstellungen bietet AED-SYNERGIS folgende Infrastruktur-Management Lösungen:

## Außenbeleuchtung

Mit ProOffice Außenbeleuchtung wird ein Anlagenbuch als Grundlage für vorausschauende Maßnahmenplanung und sachgerechte Entscheidungen geführt. Der Kunde profitiert bei der Umrüstung auf moderne LED-Technik und der damit verbundenen Energiekosteneinsparung.

## Gebührensplitting

Deutsche Kommunen müssen seit 2010 statt einer einheitlichen Abwassergebühr eine Schmutzwasser- und eine Niederschlagswassergebühr mit unterschiedlichen Gebührenmaßstäben erheben. Mit ProOffice Gebäuhrensplitting wird die Grundlage zur Erstellung von Gebührenbescheiden per Software anhand von exakt bewerteten Versiegelungsflächen geliefert.

## Baumkataster

Ein Baumeigentümer muss im Schadensfall nachweisen, dass er die notwendigen Maßnahmen zur Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht durchgeführt hat. Um sein Haftungsrisiko zu minimieren, erfasst er seinen Baumbestand gerichtsfest und

belegt erfolgte Pflegemaßnahmen – auch nach einer Fällung. ProOffice Baumkataster unterstützt bei der Ersterfassung inklusive Verortung per GIS Software sowie bei der Durchführung von Folgekontrollen und Pflegemaßnahmen ohne langwierige Vor- und Nachbearbeitungszeiten.

## Grün und Spielplatz

Betreiber von Grünanlagen planen Kataster gestützt deren Pflege inklusive Plankosten und -zeiten. Zudem führen sie Wartungen durch und sind für die Verkehrssicherheit verantwortlich. Mit ProOffice Grün und Spielplatz haben sie durch die GIS-Integration den räumlichen Überblick. Pflegeaufwände und Termine leiten sie für Ihre Grünanlagen auf Grundlage von exakt abgegrenzten Grünflächen und dem von ihnen festgelegten Servicelevel ab.

## Wartungsbuch Wasser/Abwasser

Das ProOffice Wartungsbuch Wasser bzw. Abwasser hilft bei der Erfüllung behördlicher Auflagen und reduziert den Arbeitsaufwand bei Prüfungen. Hierfür können Objektdaten, deren Position in der Karte und Maßnahmen stets eingesehen werden.

## Wildbach

Wildbäche und Schutzbauwerke müssen ständig betreut und instandgehalten werden. Mit ProOffice Wildbach können alle Aufgaben der Wildbachbetreuung, die in die Zuständigkeit der Gemeinde fallen, per Software in einem erweiterten, digitalen Wildbachkataster abgedeckt werden.

## Friedhof

Friedhofbetreiber koordinieren und dokumentieren umfangreiche Vorgänge im Bestattungswesen. Hierzu zählen die Planung von Grabfeldern, die Personenzuordnung, die Bestandserfassung oder die Prüfung von Grabstätten in einem digitalen Friedhofskataster. Mit ProOffice Friedhof werden diese Arbeiten im Büro oder direkt am Grab ohne mühsame Vor- und Nachbereitung erledigt. Vorgänge (z.B. Bestattungen) und damit verbundene Prozesse (Positionen belegen, Personen zuweisen, Rechnungen erstellen) werden zentral gesteuert. Dadurch bleiben alle Sachdaten wie zugewiesene Grabstellen, Belegungen und freie Positionen stets im Blickfeld. ■

[www.aed-synergis.de](http://www.aed-synergis.de)

## Friedwald

# FriedWald, die natürliche Alternative zum herkömmlichen Friedhof

Seit einigen Jahren ist die Bestattungskultur im stetigen Wandel. Wo über viele Jahrhunderte einzig Friedhöfe letzte Ruhestätte waren, gibt es nun unterschiedlichste Alternativen. Die Nachfrage der Menschen nach alternativen Begräbnisstätten zeugt vom Wunsch nach Veränderung. Wachsende Mobilität, urbane Wohnlagen, sich wandelnde Familienstrukturen und die häufig als Last empfundene Grabpflege bringen die Menschen dazu, sich nach unkomplizierten, trostreichen und naturverbundenen letzten Ruhestätten zu sehnen.

### Das FriedWald-Konzept

FriedWald bietet die Möglichkeit der Bestattung in der Natur. Hier ruht die Asche Verstorbener in biologisch abbaubaren Urnen an den Wurzeln der Bäume. Eine Namenstafel am Baum macht auf die Grabstätte aufmerksam, deren Pflege die Natur übernimmt. So zieren beispielsweise im Winter Schnee und Eiskristalle die Ruhestätten, während frische Farben und leuchtende Blüten den Wald im Frühjahr dekorieren. Im Trauerfall finden Angehörige hier einen natürlichen, behütenden Ort, an dem sie ihren Gefühlen freien Lauf lassen und die Beisetzung so gestalten können, wie sie es wünschen. Im FriedWald können Menschen für ihre letzte Ruhe aber auch vorsorgen. Die Erleichterung, diesen wichtigen Abschnitt geplant und ihren Angehörigen schwierige Entscheidungen abgenommen zu haben, ist einer der vielen Gründe für die große Nachfrage nach einer letzten Ruhestätte im FriedWald. Bundesweit über 12.500 Beisetzungen im Jahre 2016 zeigen, dass diese Alternative dem Bedürfnis vieler Menschen entspricht.

### Die Kooperation

Ein FriedWald ist ein gewidmeter Friedhof. Dies setzt voraus, dass er in kommunaler oder kirchlicher Trägerschaft betrieben wird. In Zusammenarbeit mit FriedWald beantragt der Friedhofsträger die Genehmigung für die Einrichtung eines Friedhofs, er beschließt die Änderung des Flächennutzungsplans und beauftragt diese. Außerdem erlässt der Träger eine Friedhofs- und eine Friedhofsgebührensatzung, und übernimmt die hoheitliche Aufgabe der Grabzuteilung. Schließlich überwacht er die Einhaltung der erlassenen Friedhofsatzung, wozu er einen Friedhofsbetreiber als Erfüllungshelfen beauftragen kann, zum Beispiel die FriedWald GmbH.

### Der ideale FriedWald-Standort

Als FriedWald eignen sich Laub- oder Mischwaldbestände am besten. Eine Fläche von mindestens etwa 15 Hektar, die über eine öffentliche Straße erreichbar sein sollte und an deren Ende ein Wanderparkplatz für bis zu 15 bis 20 PKW

bereits existiert oder errichtet werden kann, bietet ideale Voraussetzungen. Ein gut begehbarer Waldboden ist unabdingbar. Steile Hanglagen über 25% Neigung sind hingegen ungeeignet. Die Nähe zu größeren Städten und Ballungsräumen ist optimal.

### Die Gemeinde und der FriedWald

Über einen FriedWald-Standort zu verfügen, ist ein Alleinstellungsmerkmal für jede Gemeinde. Bürgerinnen und Bürger aus der Umgebung sehen dieses Projekt als äußerst positiv an. Menschen, die sich für den FriedWald entscheiden, nehmen ihren Baum wie ein Familienmitglied wahr. Regelmäßige Besuche an ihrem eigenen oder an dem Baum eines Verstorbenen verbinden sie auf natürliche Weise mit ihrem eigenen Leben. So frequentieren sie auch für Trauerfeiern die örtliche Gastronomie und geben der Gemeindeentwicklung positive Anreize. ■

Weitere Informationen stehen unter [www.friedwald.de/portal/ersteinrichtung](http://www.friedwald.de/portal/ersteinrichtung) zur Verfügung.

### Die Partnerschaft

So funktioniert die klassische Partnerschaft zwischen waldbesitzender Kommune und FriedWald in Bayern:



## KfW Bankengruppe

# „Die Frage nach dem Geld – mit KfW Förderprodukten die kommunalen Herausforderungen meistern“

Für viele bayerische Städte und Gemeinden gehören der Kampf gegen den Klimawandel und die Bewältigung des demografischen Wandels zu den zentralen Herausforderungen. Die staatliche KfW Bankengruppe bietet hierfür attraktive Förderprodukte.

### KfW Förderung für effizienten Umwelt- und Klimaschutz

Auch wenn die bayerischen Kommunen im bundesdeutschen Vergleich finanziell relativ gut dastehen, bleibt vielerorts nicht viel Spielraum für Investitionen in Umwelt- und Klimaschutz. Aus gutem Grund wird daher verstärkt auf die Wirtschaftlichkeit von Investitionen geachtet. Hier spielen neben den zu erzielenden Einspareffekten vor allem die Umsetzungs- und Finanzierungskosten eine Rolle.

Daher setzt die KfW durch zinsgünstige Darlehen und Zuschüsse Investitionsanreize und erhöht so gleichzeitig die Wirtschaftlichkeit der Investitionen. Dabei gilt grundsätzlich das Prinzip: Je energieeffizienter, desto höher die Förderung. Von Kommunen können folgende Förderprodukte für Umwelt- und Klimaschutzinvestitionen genutzt werden:

- IKK – Investitionskredit Kommunen**  
 Mit diesem zinsgünstigen Investitionskredit können allgemeine Investitionen in die kommunale und soziale Infrastruktur mitfinanziert werden.  
 (Weitere Infos im Internet unter [www.kfw.de/208](http://www.kfw.de/208))
- Energetische Stadtsanierung – Zuschuss**  
 In diesem Programm werden Zuschüsse für die Erstellung von Quartierskonzepten und den Einsatz von Sanierungsmanagern vergeben. Bis zu 65 % der Sach- und Personalkosten werden dabei übernommen. ([www.kfw.de/432](http://www.kfw.de/432))
- IKK – Energetische Stadtsanierung – Quartiersversorgung**  
 Investitionen in die energieeffiziente Wärme- und Kälteversorgung, sowie energieeffiziente Wasserver- und Abwasserentsorgung können mit diesem zinsgünstigen Förderprodukt finanziert werden. Hinzu kommt ein Tilgungszuschuss in Höhe von 5 %. ([www.kfw.de/201](http://www.kfw.de/201))
- IKK – Energetische Stadtsanierung – Energieeffizient Bauen und Sanieren**  
 Mit diesem zinsgünstigen Kredit für die energetische Gebäudesanierung können Einzelmaßnahmen oder Komplettanierungen von kommunalen Nichtwohngebäuden finanziert werden. Werden dabei bestimmte Energiebedarfswerte unterschritten, gibt es Tilgungszuschüsse bis zu 17,5 %. ([www.kfw.de/218](http://www.kfw.de/218)) Auch die Errichtung bzw. der Ersterwerb von energieeffizienten kommunalen Gebäuden kann zinsgünstig finanziert werden. Bei Unterschreitung vorgegebener Energiebedarfswerte kommt ein 5 %iger Tilgungszuschuss hinzu.  
 ([www.kfw.de/217](http://www.kfw.de/217))

### Barriereabbau in der kommunalen Infrastruktur

Wie kaum ein anderes Land erleben wir derzeit eine massive Alterung der Bevölkerung. Gleichzeitig wachsen Bewusstsein und Bereitschaft, Menschen mit Behinderung eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Des Weiteren geht es aber auch darum, ein kinder- und familienfreundliches kommunales Umfeld zu schaffen. All dies macht es nötig, den öffentlichen Raum an die sich ändernden Bedürfnisse anzupassen.

Für die Finanzierung der hierfür erforderlichen Maßnahmen bietet die KfW ein passendes Förderdarlehen:

- IKK – Barrierearme Stadt**  
 Investitionen in die barriere-reduzierende Umgestaltung der Infrastruktur, insbesondere in öffentlichen Gebäuden, im Verkehr und im öffentlichen Raum können mit diesem zinsgünstigen Förderprodukt finanziert werden.  
 ([www.kfw.de/233](http://www.kfw.de/233))

Kommunen können ihre Kreditanträge direkt bei der KfW stellen.

*Einen Überblick über das Produktangebot der KfW Infrastrukturfinanzierung finden Sie unter [www.kfw.de/infrastruktur](http://www.kfw.de/infrastruktur). Einige der hier vorgestellten Förderprogramme werden auch von den bayerischen Landesförderinstituten BayernLabo und LfA angeboten und zusätzlich verbilligt.*

Autor:

David Michael Näher

Key Account Manager KfW Bankengruppe



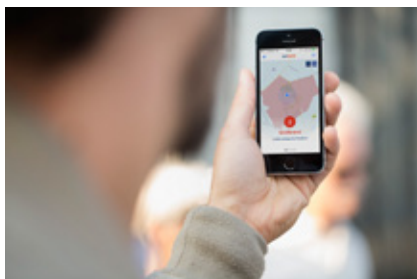
Sylvia Bischoff-Salim, KfW Bankengruppe

KATWARN / Fraunhofer-Institut

# Mehr als nur eine App – Kommunales Warnsystem KATWARN wichtiges Instrument für bayerische Kommunen

München - Ob bei Feuerwehreinsätzen, aufziehenden Unwettern oder Bombenfunden aus dem Zweiten Weltkrieg - das Bevölkerungswarnsystem KATWARN ist für viele bayerische Kommunen und Landkreise zu einem wichtigen Helfer bei der Warnung und Information ihrer Bürgerinnen und Bürger geworden.

Das System hat sich nicht nur bei besonders aufsehenerregenden Katastrophen wie beispielsweise dem Großbrand im BASF-Werk Ludwigshafen bewährt. Auch Kommunen außerhalb großer Ballungszentren nutzen KATWARN mit Erfolg.



So warnte beispielsweise der Landkreis Aschaffenburg beim Sturmtief „Egon“ Mitte Januar dieses Jahres seine Einwohner vor Extremwetter. In Teilen des Landkreises war es zu Stromausfall und Straßensperrungen gekommen. Im Landkreis Altötting kam es Ende Januar zu extremem Glatteis auf den Straßen. Mittels KATWARN informierte der Kreis über den Schulausfall an diesem Tag. Ende März kam KATWARN dort erneut zum Einsatz als der Landkreis für den Wasserzweckverband Inn-Salzach vor bakteriellen Verunreinigungen im Trinkwasser warnte und die Bevölkerung zum Abkochen des Wassers aufforderte.

Die zielgerichtete Information der betroffenen Bevölkerung spielt in diesen und ähnlichen Gefahrensituationen eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, Menschenleben zu schützen und Schäden an materiellen Gütern so gering wie möglich zu halten.

KATWARN ist für die offizielle Warnung und Information in Schadenfällen auf kommunaler Ebene als Ergänzung zu den bestehenden Systemen angelegt. Hat ein Landkreis KATWARN eingeführt, steht damit das System allen Kreisangehörigen zur Verfügung.

Über KATWARN kann ein Landkreis mittels Smartphone-App, SMS und E-Mail Bürgerinnen und Bürger schnell über Gefahrenlagen informieren und zugleich konkrete Handlungsanweisungen übermitteln. Beispiel: „Warnung Großbrand, gültig ab sofort für den Postleitzahlbereich 12345, Fenster und Türen geschlossen halten.“ Die Nachrichten werden dabei ortsbasiert zugestellt, d.h. Nutzer können sich über die Ortungsfunktion immer für den eigenen aktuellen Aufenthaltsort und zusätzlich für weitere, frei wählbare Orte (Postleitzahlen oder Ortspunkte) informieren lassen.

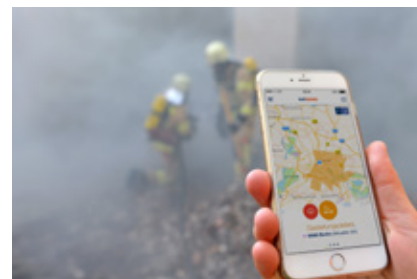
Ferner ist es möglich, spezielle „Themen zu abonnieren“, etwa Sicherheitsinformationen zu speziellen Anlässen wie dem Oktoberfest in München oder dem Musikfestival „Rock am Ring“.



Mit KATWARN können die Kommunen ein System nutzen, das den neuesten technischen Entwicklungen und dem damit sich ändernden Verhalten der Endkunden gerecht wird: Denn Internet, Mobiltelefone und soziale Medien verändern nicht nur die Kommunikation der Menschen im Alltag, sondern auch in Gefahrensituationen.

„Die Frage für uns Katastrophenschützer ist, welche Inhalte wir auf welchen Wegen am besten verbreiten können. Aus den sich ändernden Gewohnheiten bei der Mediennutzung folgen spezifische Erwartungshaltungen an die jeweils übermittelten Informationen. Dies muss

insbesondere im Krisenfall berücksichtigt werden“, fasst der Leiter der Branddirektion München, Wolfgang Schäuble zusammen. Oftmals gehe Schnelligkeit der Information vor Vollständigkeit. Entwickelt wurde KATWARN vom



Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme FOKUS. „KATWARN ist weit mehr als eine App fürs Smartphone. Es ist ein vernetztes System, das eine Vielzahl von Informationsquellen einbindet und die Informationen zielgerichtet an die jeweils Betroffenen über ganz unterschiedliche Informationswege weiterleiten kann“, erklärt Daniel Faust, Gesamtprojektleiter von KATWARN bei Fraunhofer FOKUS. Dabei legt das Institut großen Wert auf die Ortsgenauigkeit des Systems: So kann das Bedienpersonal einer Leitstelle inzwischen mittels des Redaktionssystems freihändig auf einer Landkarte das zu warnende Gebiete festlegen oder vordefinierte Risikogebiete auswählen. Nur die betroffenen Menschen im festgelegten Gebiet erhalten eine Warnung.

Die Entwicklung bzw. Weiterentwicklung und der Betrieb des Systems wird von den öffentlichen Versicherern wie der Versicherungskammer Bayern als Beitrag zu Gemeinwohl und zur Schadensprävention finanziert. ■

Weitere Informationen finden Sie unter [www.katwarn.de](http://www.katwarn.de)



Birgit Zeidler, LfA Förderbank Bayern

## Förderkredite bei bayerischen Kommunen gefragt - LfA Förderbank Bayern finanziert Infrastrukturprojekte

Für den Standort Bayern ist eine gute und leistungsfähige Infrastruktur unerlässlich. Die LfA Förderbank Bayern unterstützt Kommunen bei ihren Vorhaben - auch bei Investitionen in Energieeffizienz, erneuerbare Energieträger und den Ausbau von Breitband-Hochgeschwindigkeitsnetzen. Und das zu günstigsten Konditionen und extra langen Laufzeiten. Im Jahr 2016 hat die LfA 184 bayerischen Kommunen rund 141 Millionen Euro an Förderkrediten zugesagt.

Als staatliche Spezialbank betreibt die LfA seit 1951 umfassende Wirtschaftsförderung in Bayern. Dabei finanziert sie Vorhaben mittelständischer Unternehmen und Gründer. Städte und Gemeinden unterstützt die LfA bei Ihren Investitionsvorhaben mit zinsgünstigen und langfristigen Förderkrediten und bei größeren Projekten auch als zuverlässiger Partner in Konsortialfinanzierungsrunden zusammen mit anderen Banken.

Antragsberechtigt sind im Förderangebot für Kommunen kommunale Gebietskörperschaften, deren rechtlich unselbständige Eigenbetriebe und kommunale Zweckverbände. Die Darlehen sind mit Laufzeiten von 10, 20 und 30 Jahren langfristig ausgerichtet. Kommunen haben zudem die Möglichkeit, je nach Laufzeit bis zu 2, 3 und 5 Tilgungsfreijahre in Anspruch zu nehmen. Der Finanzierungsanteil der LfA beträgt bis zu 100 Prozent der förderfähigen Investitionen bei Krediten bis 2 Millionen Euro und max. 50 Prozent der förderfähigen Kosten bei Krediten über 2 Millionen Euro.

### Basisangebot

Das Basisangebot der LfA zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen ist der Infrakredit Kommunal. Gefördert werden Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur (inkl. öffentlichem Personennahverkehr), die Ver- und Entsorgung (inkl. Wasser und Abwasser), die allgemeine Energieeinsparung und Umstellung auf umweltfreundliche Energieträger (inkl. EEG-Anlagen), die touristische Infrastruktur, in Wissenschaft, Technik und Kulturpflege sowie in nicht umlagefähige Kosten für die Erschließung von Gewerbe- und Industrieflächen (inkl. Aufwendungen für Grunderwerb).

### Spezialprogramme Energie und Breitband

Die Bewältigung der Energiewende ist auch eine Aufgabe der Städte und Gemeinden. Mit dem Infrakredit Energie bieten wir Kommunen eine langfristige Finanzierung von Maßnahmen zur allgemeinen Energieeinsparung (mind. 20 Prozent) und Umstellung auf erneuerbare Energieträger (ohne EEG-Anlagen; Darlehenshöchstgrenze: 4 Millionen Euro pro Vorhaben).

Mit dem Infrakredit Breitband flankiert die LfA das Zuschussprogramm des Bayerischen Finanzministeriums auf Basis der Bayerischen Breitbandrichtlinie bzw. Kofinanzierungs-Breitbandrichtlinie. Zur Finanzierung des über den Zuschuss hinausgehenden Eigenanteils der Gemeinde bietet die LfA Förderkredite mit besonders günstigen Zinssätzen und langen Laufzeiten an.

### Persönliche Beratung und direkte Beantragung

Beantragt werden die Förderkredite direkt bei der LfA.

Bei Fragen steht Interessierten das Team Infrastrukturfinanzierung der LfA telefonisch (089/ 2124 1505) oder per E-Mail ([infra@lfa.de](mailto:infra@lfa.de)) zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie auch unter

[www.lfa.de/infrastruktur](http://www.lfa.de/infrastruktur)

# IMPRESSIONEN



*Terminhinweis*

## 3. BAYERISCHES INFRASTRUKTUR FORUM

*8. März 2018*

[www.bayerisches-infrastrukturforum.de](http://www.bayerisches-infrastrukturforum.de)

Sonderdruck der  
Bayerischen GemeindeZeitung Nr. 9/2017

Redaktion: Doris Kirchner  
Gestaltung: Michael Seidl  
Fotos: Valerio Agolino & Pixabay  
Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel  
Anzeigenleitung: Constanze von Hassel  
Veranstaltungen: Theresa von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH  
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11  
Telefax 08171 / 9307-22  
[www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)  
[info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)

Druck: Creo-Druck  
Gutenbergstr. 1  
96050 Bamberg

Die Fachveranstaltungen der Bayerischen Gemeindezeitung:



**BAYERISCHES  
INFRASTRUKTUR  
FORUM**



**BAYERISCHES  
WASSERKRAFT  
FORUM**



**BAYERISCHES  
ENERGIE  
FORUM**



**BAYERISCHES  
BREITBAND  
FORUM**

